

Zur Gemeinwesenarbeit in der Sozialplanung

**Eine Fallstudie der Berner Stadtrandsiedlung
Gäbelbach und ihres Gemeinschaftszentrums**

INAUGURAL-DISSERTATION

zur

Erlangung der Doktorwürde

der

Philosophischen Fakultät

der Philipps-Universität Marburg/Lahn

vorgelegt von

GABRIELE HERRMANN

aus Zürich

Marburg/Lahn 1974

1975

Zur Gemeinwesenarbeit in der Sozialplanung

**Eine Fallstudie der Berner Stadtrandsiedlung
Gäbelbach und ihres Gemeinschaftszentrums**

INAUGURAL-DISSERTATION

zur

Erlangung der Doktorwürde

der

Philosophischen Fakultät

der Philipps-Universität Marburg/Lahn

vorgelegt von

GABRIELE HERRMANN

aus Zürich

Marburg/Lahn 1974

Von der Philosophischen Fakultät der Philipps-Universität
Marburg/Lahn als Dissertation angenommen am 9. November 1975

Tag der mündlichen Prüfung: 14. November 1975

Hauptberichterstatter: Prof. Dr. W. Wyniger

1. Mitberichterstatter: Prof. Dr. F. Deppe

2. Mitberichterstatter: Prof. Dr. I. Weber-Kellermann



Vorwort

Anstoss zu dieser Arbeit gab der Leiter des Gemeinschaftszentrums Gäbelbach, der sich beim Aufbau seines Gemeinwesenarbeits-Projekts in der Siedlung gerne auf eine Bedürfnisabklärung bei der Bewohnerschaft abgestützt hätte. Wir waren uns aber bald darin einig, dass eine solche Erhebung, sofern sie mehr erbringen sollte, als man sich auch ohne Beizug der Empirie etwa vorstellen kann, unsere Mittel übersteigen würde. Stattdessen kamen wir überein, dass ich das Projekt von aussen verfolgen sollte, d.h. mit soviel aktiver Beteiligung, als nötig war, um mich umfassend zu informieren, ohne das Geschehen in seinen Grundzügen zu beeinflussen. Die Absicht war, darzulegen, wie dieses Siedlungszentrum zustande kam, welche Ziele damit verfolgt wurden und welche Reaktionen es im Zuge seiner Entwicklung auslöste.

Da ein solches Projekt nicht losgelöst von seinem sozialen, wirtschaftlichen, politischen und städtebaulichen Zusammenhang betrachtet werden kann, werden diese Aspekte, die Rahmenbedingungen des Gemeinschaftszentrums, im ersten Teil dargestellt. Im zweiten Teil werden vor diesem Hintergrund die Vorstellungen des Leiterteams von seiner Arbeit im Quartier und die Entstehung des Gemeinschaftszentrums aufgezeichnet, wobei die (beabsichtigten oder nebenher sich einstellenden) gesellschaftspolitischen Konsequenzen besondere Aufmerksamkeit erhalten, da es hier um einen Entwurf möglicher Wohn- und Lebensformen in einer städtischen Agglomeration geht, der exemplarischen Charakter erhalten könnte.

Es erschien angezeigt, die Erhebungen Ende 1971 mit dem Abschied des ersten Teams im Gemeinschaftszentrum Gäbelbach abzubrechen. Die Teilnahmebereitschaft und die Einstellungen der Bewohner konnten bis zu diesem Zeitpunkt vernachlässigt werden, zumal sie in dieser Anlaufphase kaum zur Beteiligung zugezogen worden waren. Dies müsste in einer anschliessenden Untersuchung geleistet werden und wäre mit einer Erfolgskontrolle der politisch-pädagogischen Bemühungen der Gemeinwesenarbeiter zu verbinden.

Die vorliegende Arbeit wäre nicht möglich gewesen ohne die bereitwillige Unterstützung, die mir von an der Sache interessierten Personen, insbesondere seitens des Leiters des Gemeinschaftszentrums Gäbelbach, zuteil wurde. Ihnen möchte ich an dieser Stelle meinen Dank für ihre Hilfe bei der Zusammenstellung des Materials aussprechen.

G.H.

INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung: Das Gemeinschaftszentrum als Ausdruck eines Krisenbewusstseins	4
---	---

I. TEIL DIE RAHMENBEDINGUNGEN DES GEMEINSCHAFTSZENTRUMS GÄBELBACH

1. Die sozio-ökonomischen und politischen Verhältnisse in Bümpliz/Bethlehem	17
1.1 Die Bevölkerungsstruktur	17
1.2 Das Wohnungsangebot	29
1.3 Die Struktur von Grundbesitz und Liegenschaftenver- waltung	32
1.4 Politische Verflechtungen	34
2. Die Siedlung Gäbelbach	40
2.1 Die Lage zur Stadt und zu den benachbarten Siedlun- gen	40
2.2 Die Bauperioden	44
2.3 Die Besitzverhältnisse in der Siedlung Gäbelbach	45
2.4 Die architektonische Gestaltung der Siedlung	55
2.5 Die Belegung der Wohnungen im freien und im sozialen Wohnungsbau	62
3. Die affektive Bindung an den Gäbelbach	70
3.1 Determinanten der Wohnzufriedenheit	75
3.2 Folgerungen	83
4. Der Ruf nach Ruhe und Ordnung: Forderungshaltungen der Bewohner der Siedlung Gäbelbach	92
5. Die einschränkenden Bedingungen der monofunktionalen Stadttrandsiedlung	98
5.1 Zu den Voraussetzungen einer bedürfnisgerechten Wohnumwelt	98
5.2 Zu den Einschränkungen durch die aktuelle Baupraxis	104

II. TEIL DAS GEMEINSCHAFTSZENTRUM ALS OEFFENTLICHKEITERSATZ

6. Vorbemerkungen zum Begriff der Oeffentlichkeit	114
7. Die Vorstellungen vom öffentlichen Leben in der Stadt- randsiedlung	118
7.1 Das Gemeinschaftszentrum über seine soziale Funktion	121
7.2 Thesen zur Kritik des Gemeinschaftszentrums	128
8. Rekonstruktion der Entstehung und Entwicklung des Gemeinschaftszentrums Gabelbach bis Ende 1971	145
8.1 Die Projektierungsphase	145
8.2 Aufbau und ein erster Abbruch	151
8.3 Nachtrag zu den Thesen	160
9. Ueber die Interessen der Geldgeber	164
9.1 Die Kirche	165
9.2 Die Baugesellschaften	166
9.3 Die Mieter	170
9.4 Die gemeinnützigen Vereine, Stiftungen und Fonds	171
9.5 Die kommunalen Behörden	172
10. Schlussbetrachtungen: Gemeinwesenarbeit und politische Sozialisation	179

ANHANG

Methoden und Materialien	185
Verzeichnis der Tabellen und Abbildungen	200
Anmerkungen und Nachweise	202
Literaturverzeichnis	217

Einleitung: Das Gemeinschaftszentrum als Ausdruck eines Krisenbewusstseins

"Wir haben ein ungutes Gefühl, wenn wir an diesen riesigen Betonklötzen vorbei in die Stadt fahren. Es kommen uns die Schlagworte in den Sinn, mit denen man heute so leichtfertig umspringt: Vermassung, Vereinsamung, Verwahrlosung der Jugend, Zunahme der Kriminalität, Rauschgiftringe, Jugendkrawalle; Zunahme der Selbstmorde, der Homosexualität, der Schlaflosigkeit, der Depressionen; Ueberfremdung, Mietzinswucher, Spekulationsgewinne; Verpestung von Wasser, Luft und Landschaft; Zerfall der Familie." (1)

"Denn gerade das, dass hier draussen die Stadt Bern mit einem Paukenschlag anfängt, wenn man aus dem Westen kommt, mit einer kühnen Tat, über Kuhweglein auf der Krete ein solches Haus, und dass sich das nachher alles so konzentriert, die Dichte hier drin, die es zum Leben und zum Wohnen braucht - denn der Mensch braucht zum Leben und zum Wohnen nicht nur Sonne, er braucht Begegnung, er braucht Geborgenheit, er braucht ein Stadtgefühl, das er nur im Stadttinnern bekommt - wie das hier herangewachsen war, wusste man, das Werk hier draussen ist gelungen." (2)

Alarmierende Schlagworte gegen beschwörende Beschönigungen; ein Vortrag vor dem Gemeinnützigen Frauenverein gegen eine Festansprache zur Eröffnung des Gemeinschaftszentrums in der Siedlung Gäbelbach. Beide Redner führen ihr Publikum in Gedanken auf der Hauptstrasse aus der Westschweiz in die Stadt Bern. Dass Stadtrand-siedlungen eine besondere Problematik innewohnt, ist siedlungssoziologisches Gemeingut geworden und will beredet und beschrieben werden. Der Stadtplaner macht sich Gedanken über "sozialprophylaktische Siedlungsplanung, sozialstrukturelle Siedlungsgestaltung und soziale Siedlungsausrüstung", "um so gewissermassen an der Quelle soziale Störungen abfangen zu können, die wirklich im Siedlungsbau gründen." (3) Die öffentlichen und privaten Institutionen, Sozialfürsorge, Landeskirchen, Baugesellschaften, Stiftungen und gemeinnützige Vereine wollen praktische Arbeit leisten und die

Vorschläge in räumlich und ideell abgegrenzte, institutionell gefestigte Realität umsetzen. Vorläufiges Resultat ist das Gemeinschaftszentrum. Und dieses ist auf dem besten Weg, als belebender sozio-kultureller Kern von Wohnsiedlungen wesentlicher Bestandteil der bernischen Sozialplanung zu werden.

Im Tscharnergut, der Berner Renommiersiedlung der sechziger Jahre am westlichen Stadtrand, wurde 1962 die im Vorjahr an der "Hygiene- und Sportausstellung" (Hyspa) in Zürich ausgestellte Freizeitanlage, bestehend aus Restaurant mit Saalbau, Bibliothek und Freizeitwerkstätten, sowie einem Kleintiergehege und einigen Kellerräumen in Betrieb genommen. Das Projekt war auf Anregung der Architekten und der Fürsorgedirektion Bern gemeinsam mit dem Freizeitdienst der Pro Juventute ausgearbeitet worden. Dabei waren die Initianten von Anfang an darauf bedacht, als Leiter nicht einen Bastler anzustellen, von dem nur eine handwerkliche Freizeitgestaltung zu erwarten war, sondern sie entschieden sich für den einzigen nicht handwerklich vorgebildeten Bewerber, einen Lehrer, der in der Pfadfinderbewegung aktiv gewesen war*. Entsprechend mauserte sich die Freizeitanlage bald zum Gemeinschaftszentrum durch, dessen Hauptanliegen die Gemeinwesenarbeit im Quartier war.

Im Gäbelbach nun, der 1965 bis 68 gebauten Nachbarssiedlung an derselben Ausfallstrasse, konnte man von Anfang an auf die ersten

* So schreibt einer der Vorkämpfer, Dr. phil. P.M., Sekundarlehrer, sozialdemokratischer Grossrat, Präsident der BVG und initiativer Bürger aus Bümpliz, zur Entstehungsphase des Gemeinschaftszentrums Tscharnergut: "Der weltweite Auf- und Ausbruch der Jugend hatte damals noch nicht stattgefunden, es bestanden damals noch keine Untersuchungen über Bandenbildung und Verbrechertum und deren Entstehung in Grossiedlungen. Trotzdem urteilte man damals klar, dass zwar der tätige Betrieb in Werkstätten und Kellern als wesentliches Gegengewicht zu den beschränkten Wohnungen nötig sei, dass aber das innere Verhältnis zum Wohnort, die geistigen Probleme des Zusammenlebens in erster Linie gemeistert werden müssten, und man wählte folgereichtig als Leiter der Freizeitanlage nicht einen Handwerker, sondern einen Menschen, dem gerade diese psychologischen Probleme am Herzen lagen."
In: Berner Gemeinschaftszentren II/III 1971, S. 2

Erfahrungen im Tscharnergut abstellen und gezielter vorgehen. 1964 trug der Architekt A.*; der mit der Gesamtgestaltung der Siedlung und der Planung der Gemeinschaftsanlagen beauftragt worden war, im Evangelisch-reformierten Kirchgemeinderat Bethlehem die Idee vor, im Gäbelbach ein ökumenisches Zentrum zu schaffen. Die katholische Kirche war an diesem Projekt nicht interessiert; die reformierte Kirche hingegen suchte neue Räumlichkeiten, nachdem die Kirche Bethlehem wegen ihrem unglücklich gewählten Standort nie ins Quartier integriert werden konnte. Im allgemeinen Zuge des "Heraustretens der Kirche in die Welt" (4) verzichtete sie auf eine reine Kultstätte zugunsten von Mehrzweckräumen und einem grossen Saal, der so ausgestattet wurde, dass er sich sowohl für kirchliche als auch für weltliche Anlässe eignete. Die Freizeitwerkstätten wollte sie allerdings nicht übernehmen. Die Architekten konnten die Baugesellschaften und die Fürsorgedirektion für die Bauträgerschaft gewinnen**. Mittlerweile war die "Bernische

* Normalerweise sollen in dieser Arbeit die agierenden Personen lediglich durch ihre Berufsposition oder ihre Funktion bezüglich der Siedlung Gäbelbach gekennzeichnet werden; wo ein besseres Verständnis der Zusammenhänge dies erfordert - z.B. wenn mehrere Personen dieselbe oder eine ähnliche Funktion erfüllen - sollen zusätzlich noch fiktive Initialen verwendet werden, die keinem realen Namen entsprechen.

** Vgl. die Besprechungsnotiz über die Sitzung in der Direktion der Sozialen Fürsorge der Stadt Bern vom 3.3.1967: "Aus dem bisherigen Verhandlungen ging hervor, dass weder die Kirchgemeinde noch die Einwohnergemeinde als Träger der Freizeitanlage auftreten wollen. Die zu gründende Aktiengesellschaft für die Gemeinschaftsanlagen im Gäbelbach (Fernheizung, Läden, Einstellhalle, Schwimmbad, Grünanlagen) ist bereit, als Bauherr für die Freizeitanlagen aufzutreten. Die Einwohnergemeinde hat auf Anfrage mitgeteilt, dass sie sich an dieser Gesellschaft mit einem Viertel des Aktienkapitals beteiligen werde. Weitere Aktionäre sind die Familien-Baugenossenschaft Bern, die Baugenossenschaft Brünneleichenholz, Herr S. Für den Betrieb der Freizeitanlage dagegen ist vorgesehen, ein eigener Verein zu gründen, an dem sich Kirchgemeinde, Einwohnergemeinde und weitere Interessenten beteiligen würden. Es sind nach Möglichkeiten Bewohner des Gäbelbach beizuziehen, vorerst soll ein kleiner Vorstand handeln."

Vereinigung für Gemeinschaftszentren und Freizeitanlagen" (BVG) gegründet worden, die als zentrales Organ die Verhandlungen mit den kirchlichen und kommunalen Behörden, den gemeinnützigen Gesellschaften und den privatwirtschaftlichen Institutionen leitete. 1967 wurde der Pfarrer, 1968 ein Sozialarbeiter als Freizeitleiter eingestellt, die das provisorische Gemeinschaftszentrum gemeinsam führen sollten, bis die definitiven Gebäulichkeiten, das "Gäbelhus", im Juni 1971 eröffnet werden konnte.

Der Gäbelbach nimmt eine Schlüsselstellung ein in der Entwicklung der bernischen Agglomeration, und dies durchaus auch im Bewusstsein der Verantwortlichen. So stellte Herr C., Architekt, der im Namen der Evangelisch-reformierten Landeskirche das "Gäbelhus" an den Verein für das Gemeinschaftszentrum Gäbelbach übergab, in seiner Ansprache fest: "Wahrscheinlich war das Tscharnergut seinerzeit so ein wenig ein Anfang dieses Ueberbauungsgedankens; der Gäbelbach, in dem wir uns befinden, betrachte ich als eine wesentliche, beachtliche Zwischentappe, es wird aber weitergehen: im Gebiet von Brünnen, Winterhale, Niederbottigen, Oberbottigen werden in den nächsten zwanzig Jahren Wohnungen entstehen, ein Mehrfaches von Tausend, mit Einkaufsmöglichkeiten, Schulen, Arbeitsplätzen, Erholungsgebieten etc."

Dieses "Weitergehen" nimmt sich allerdings in der Wirklichkeit nicht so problemlos aus, als dass es ohne nähere Ausführungen belassen bleiben könnte: Man weiss zwar, dass sich in der westlich an Bern angrenzenden Region, die heute noch nahezu unverbaut ist, die Bevölkerung in den nächsten fünfzig Jahren bis auf ihr Sechsfaches - zur "Nachbarstadt von Bern in denselben Grenzen" (5) - erweitern liesse und stellt sich auch schon an, dieses Planziel zu verwirklichen. Man tut dies aber nicht nach einer umfassenden Regionalplanung, sondern ratenweise - "im Baukastensystem", nach der Terminologie des Stadtplaners, "was bedeutet, dass jede Parzelle für sich gestaltet werden kann, sie muss sich einfach ins Ganze einfügen" (6). Im Westen soll sich dann alles um ein neu zu schaf-

fendes "Dorf- und Kulturzentrum Bümpliz", das an der Stelle des alten Dorfkerns erstellt würde, gruppieren; im Osten, am vornehmeren Stadtrand (in der Siedlung "Oberes Murifeld" für 20'000 Einwohner sind keine Sozialwohnungen geplant), soll ein zweites Zentrum entstehen, und als drittes und bedeutendstes soll das heutige Stadtzentrum erhalten und ausgebaut werden.

In dieser Entwicklung nun erfüllt das Gemeinschaftszentrum Gäbelbach eine doppelte Funktion: es soll einerseits die einzelnen Protagonisten und Akteure miteinander bekannt werden und Erfahrungen sammeln lassen, damit sie entscheiden können, ob sie auch grössere Vorhaben gemeinsam angehen wollen; andererseits soll es die Probe aufs Exempel stellen, ob die Institution "Gemeinschaftszentrum" die an sie gestellten Forderungen erfüllt und somit als bewährtes Modell "sozialprophylaktischer Siedlungsplanung" gelten kann. Zumindest im ersten Punkt scheinen die Ergebnisse auch schon recht positiv ausgefallen zu sein, setzt doch der Vertrauensarchitekt der Kirche, Herr C., seine Ausführungen fort: "Ich habe gesagt, ich betrachte den Gäbelbach als eine beachtliche Zwischenetappe; ich möchte das kurz begründen, indem ich einfach vier Punkte herausgreife: Es hat angefangen mit der Grundidee, mit der Tatsache, dass ein Bauer, ein Landwirt, der hier seinen Hof, sein 'Heimet' hatte, bereit war, Land abzutreten. zu Bedingungen, die günstiger waren oder die günstiger sind, als sie selbst die Einwohnergemeinde Bern selbst stellt. Dann haben sich mehrere Bauherren ... zusammengeschlossen zu einer baulichen Interessengemeinschaft; sie erklärten sich bereit, diese Aufgabe gemeinsam zu realisieren. Dann haben sich die Architekten zusammengeschlossen mit gemeinsamen, ähnlichen oder sogar gleichen Planungsideen und haben die Aufgabe realisiert, und schlussendlich - auf das darf ich besondere Wichtigkeit legen - hat sich die Kirche und die Freizeitinstitution zusammengeschlossen, um in einer wohl neuartigen, vielleicht sogar einmaligen Manier die Aufgabe dieses Gäbelhauses zu realisieren."

Zum zweiten, wohl sachlich relevanteren Punkt, ob das Gemeinschaftszentrum seine Funktion erfüllt, lässt sich abschliessendes noch nicht sagen. Dem Vizepräsidenten des Vereins Gemeinschaftszentrum Gäbelbach "scheint es, zeugt von recht grossem sozialem Bewusstsein die Tatsache, dass das 'Gäbelhus' überhaupt gebaut worden ist von Leuten, die ihre Geisteskraft und ihre finanziellen Mittel wesentlich profitreicher sonstwie hätten verwenden können"; und der Präsident der Bernischen Vereinigung für Gemeinschaftszentren empfindet es gar als einen "welthistorischen Augenblick", "dass sich alle Seiten zusammengetan haben zur Verantwortung für den Menschen, dem man das Maximum geben will. - Denn es ist so, dass sonst in der Welt dieses Bewusstsein erst entsteht, aber hier ist es realisiert." (7)

Welches ist das Bewusstsein, das hier "realisiert" ist? Was bewegt Baugesellschaften, Kirche und Behörden dazu, soziale und kulturelle Einrichtungen "in allen neuen Quartieren sowie nach Möglichkeit in bestehenden alten Quartieren" (8) zu planen und einzurichten? Es wird in verantwortlichen Kreisen konstatiert, dass "durch die Zusammenballungen von Menschen in den grossen Wohnblöcken doch ganz neue Verhältnisse und Lebensformen entstanden sind" (so der Kirchmeier der Evangelisch-reformierten Landeskirche), und "die Gefahr der Isolierung des einzelnen" evoziert, "in all diesen Schlafstädten, die man rund um die Stadt hat, wo man isoliert lebt und damit einen wesentlichen Lebensgehalt nicht bekommt (so der Fürsorgedirektor der Stadt Bern); man befürchtet, dass die Bewohner der neuen Siedlungen keine "inneren Beziehungen" zum Quartier haben (so der Stadtpräsident) und kein "Verständnis für die Nöte ihrer Mitmenschen" (so der ehemalige Geschäftsführer der Familien-Baugenossenschaft). Die Einsichten bleiben aber partikular, unmittelbar an die eigene wirtschaftliche oder sozio-kulturelle Funktion in der Gesellschaft geknüpft und im Faktum der vorgegebenen Raumplanung, in der Logik des funktionalistischen Städtebaus befangen.

Den Baugesellschaften liegt - mit einem Seitenblick auf ihre Stel-

lung am Wohnungsmarkt - am "zeitgemässen Komfort", zu dem ausser zentraler Ver- und Entsorgung auch Läden, Gemeinschafts- und Freizeitanlagen, Schulen und Kinderspielplätze gehören (9): "Grundsätzlich wurde beschlossen, dass es wünschenswert wäre, eine Schwimmhalle und eine Freizeitanlage zu bauen. Um der Siedlung eine gewisse Attraktion zu verleihen, besonders im Hinblick auf die bessere Vermietbarkeit in einem Zeitpunkt, wo vielleicht einmal ein Ueberangebot an preisgünstigen Wohnungen vorhanden sein wird, wurde der Schwimmhalle der Vorrang eingeräumt." (10) Die Freizeitanlagen sollen als Verlängerung des Wohnkomforts der Wohnung nach aussen gewisse Bewegungs- und Betätigungsspielräume freigeben, besonders für Kinder und Jugendliche, aber auch etwa für bastelnde Erwachsene. Allerdings soll die Freizeitanlage auch wieder nicht "zu einem Hauptanliegen der Siedlung werden. In erster Linie ist noch immer dem individuellen, behaglichen Wohnen die grösste Aufmerksamkeit zu schenken. Der Bewohner einer Mietwohnung soll nach heutiger Auffassung komfortabel leben können und sich vor allem in seiner Wohnung heimisch und behaglich fühlen." (11) Der für die Gesamtplanung der Siedlung verantwortliche Architekt, Vorstandsmitglied der Familien-Baugenossenschaft, möchte im Siedlungszentrum nicht nur die Möglichkeit umfassender Bedürfnisbefriedigung verwirklicht sehen, sondern den integrierten Kern der Siedlung, in dem sich das soziale Leben zu hoher Konzentration verdichtet und dadurch ein "Gemeinschaftsgefühl" hervorrufen kann (12). Der Stadtplaner seinerseits überhöht das seit der Charta von Athen klassische Wohnprogramm zur Vision der Stadt der Zukunft: "Sie wird nicht zur brutalen Addition nackter Wohnbedürfnisse degenerieren, sondern veredelnd in einfachen aber kühnen Formen das Wohnen in den Mittelpunkt des arbeitenden Menschen zurückführen, des arbeitenden Menschen, der nicht mehr sich selber zur Arbeit, sondern seinen zu Hause geleisteten Beitrag zum Ort gemeinsamer Fertigung und Verteilung transportieren wird." (13) Und der Politiker verkürzt es wiederum auf die kompakte Formel: "Der Mensch braucht drei Orte zum Leben: dort, wo er arbeitet, dort, wo er wohnt und dort, wo er sich mit den andern trifft." (14)

Die Kirche, vor die Wahl gestellt, "entweder die Voraussetzungen zur richtigen Erfüllung ihres Auftrages in völlig veränderten Verhältnissen neu zu schaffen, oder zur Bedeutungslosigkeit abzusinken" (15), entschliesst sich zur Integration in die bestehenden Strukturen und strebt "eine möglichst enge Zusammenarbeit zwischen Kirche, Einwohnergemeinde - insbesondere deren Fürsorgedirektion - und der Vereinigung für Gemeinschaftszentren und Freizeitanlagen" (16) an. Die "kirchliche Arbeit" soll damit "nicht mehr isoliert geleistet, sondern in den Rahmen einer umfassenden Betreuung der Anwohner gestellt werden." (17) Diese Zusammenarbeit erscheint dem Kirchmeier, Herrn Dr. iur. M.N., auch sehr naheliegend, denn "praktisch der grösste Teil unserer Bevölkerung ist Mitglied unserer Landeskirche, und unser ganzes Staatswesen fusst ja auf christlicher Ethik. Und es ist an sich sowieso falsch, immer zwischen Kirche und Staat eine Trennung zu machen. Es sind ja dieselben Leute, die hinter der ganzen Sache stehen, und die Kirche und der Staat sind wir ja alle zusammen, nicht." (18)

Gar so unrealistisch dürfte das noch nicht einmal sein, zumindest nicht auf der Ebene, auf der er steht. Unter den Verantwortlichen haben sich die Argumente für das Gemeinschaftszentrum einander weitgehend angeglichen; es scheint weniger die Sache zu sein, die die Urteile bestimmt, als die Situation, in der diese abgegeben werden. Der allgemeine Konsens reduziert die Problematik der Wohnsiedlung am Stadtrand auf Komfort in der Wohnung, Befriedigung der üblichen, gesellschaftlich sanktionierten Bedürfnisse nach Gütern und Dienstleistungen, sportlicher und kultureller Betätigung in der Siedlung; auf zahlengerechte Verteilung von Alterswohnungen und sozialen Folgeeinrichtungen, das ganze vielleicht noch mit einigen Gewerbe- und Reparaturbetrieben durchsetzt und auf ein gemeinschaftstiftendes Zeltdach im Zentrum ausgerichtet. So auseinandergelegt und abgeteilt scheint sich die Siedlungsproblematik griffig in die Hand zu legen, bar aller Charakteristiken der Auswegslosigkeit, die Diskussionen um die Stadt sonst gerne kennzeichnen. Da müsste, so meint man, sich nur noch jemand finden, der "die Men-

schen einander etwas näher bringt" und sie mit "Verständnis für ihre Nöte" (19) betreut, und ein anderer müsste darauf verpflichtet werden, die Anlagen und Einrichtungen umsichtig zu führen. Die Bewohner müssten an der Sache interessiert werden, dann könnte man ihnen ein gewisses Mitbestimmungsrecht zugestehen, sie aber umgekehrt auch zur Mitarbeit und Mitverantwortung bitten. Der Kirchmeier sieht in der Beteiligung der Bewohnerschaft keine unüberwindlichen Schwierigkeiten: "Ich persönlich bin auch der Meinung, dass Leute, die mit irgendetwas arbeiten sollen - dass die in in der Mitverantwortung stehen sollen und dass ihnen damit eben auch ein Mitbestimmungsrecht eingeräumt wird. Es kommt nur eben darauf an, wie weit man das Mitbestimmungsrecht ausgestalten kann. Wenn es natürlich in eine absolute Autonomie ausarten würde, wäre das Pendel einfach ins Extrem ausgeschlagen, nicht. Wir müssen dort ganz sicher einfach einen vernünftigen Mittelweg suchen. ... Denn Sie dürfen auch nicht vergessen, soweit wir Kirchensteuern zur Verfügung stellen, dass wir - dass die Behörden sich da einfach ein gewisses Mitbestimmungsrecht ihrerseits vorbehalten. Aber ich glaube also, dass wir dort ganz sicher zu einem gangbaren Weg kommen werden." (20) Auch die Liegenschaftenverwaltungen nehmen gerne die Gelegenheit wahr, den "Gäbelbachverein zu mobilisieren" (21), wenn sich Verwaltungsaufgaben auf diese Weise reibungsloser bewältigen lassen; sie sind's zufrieden, dass ihre Vertreter in der Statutenkommission für den Trägerverein des Gemeinschaftszentrums "die Forderungen der Bauträger unmissverständlich dargelegt" (22) haben und sind sich einig: "Es ist gut, dass rechtzeitig von unserer Seite dazu 'geschaut' wurde, damit der Betrieb Freizeitanlage von Anfang an richtig gesteuert wird." (23)

Solange sie das Steuer nicht aus der Hand lassen und die Schlüsselpositionen im Gemeinwesen richtig, was immer auch heisst: mit "verantwortungsvollen" Personen besetzen, vermeinen sie in paternalistischer Selbstsicherheit eine Gewähr dafür zu haben, dass die andernorts beobachteten Mangelercheinungen und Fehlanpassungen in vorstädtischen Wohnkolonien sich in den hiesigen

Siedlungen nicht reproduzieren werden. Es sollen unproblematische neue Viertel entstehen, die nicht nur gut besonnt und durchgrünt sind, sondern auch einen guten Service haben und ein angenehmes soziales Klima - konfliktlose Enklaven ungetrübten Wohn- und Freizeitvergnügens, in denen die Leute ruhig und zufrieden in die Jahre hinein leben und die Kinder nicht zu schwierigen Jugendlichen und kriminellen Rowdies heranwachsen: sie haben ja alles, was sie brauchen; für jedes Bedürfnis (sofern es kein verbotenes ist!) gibt es eine Einrichtung, einen Club oder Verein, und wenn es sie noch nicht gibt, können sie geschaffen oder gegründet werden; Berater und Helfer stehen zur Seite.

Unruhestifter werden, soweit sie erkennbar sind, draussen gehalten. Zwar mussten die Baugesellschaften und die Kirche ihr Veto-recht in den Beschlussgremien der Gemeinschaftszentren weitgehend fahren lassen, sie können nicht mehr, "wenn es irgendwie extrem wird", "sofort den Hahnen abstellen"; es stehen ihnen aber immer noch Wege offen, ihren "Standpunkt geltend zu machen" (24), etwa über die Einstellung bzw. Beurlaubung des vollamtlichen Personals, oder über sehr allgemein gehaltene, unverfängliche Benützungsbestimmungen für die Räumlichkeiten. Zum Beispiel sind im gemäss den Statuten "politisch und konfessionell neutralen" Gemeinschaftszentrum "rein parteipolitische Veranstaltungen" nicht erlaubt: "Ursprünglich hatte man ja auch diese geduldet, dann kamen gewisse Parteien auf, wie z.B. die PdA, nicht, extremistische Parteien, die die Kirche komplett ablehnen, und da hatten wir natürlich kein Interesse daran, Leute, die uns ablehnen, die nicht zu uns gehören, unsere Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen. Und dann hat man gesagt, ja wo wollen wir die Grenze ziehen, da hat man dann die Lösung gefunden, dass wir gesagt haben, wir wollen einfach Veranstaltungen rein parteipolitischen Charakters, wie ich gesagt habe: Wählerversammlungen und derartiges, grundsätzlich verbieten. Aber wir sind dabei, auch dort wieder eine gewisse Lockerung eintreten zu lassen, weil wir finden, die Kirche muss sich irgendwie lockern, und schauen, wie wir das auf einen tragbaren Nenner für

uns bringen können." (25) Auf diese Weise wird allerdings nicht der "reinen Parteipolitik" die Türe gewiesen, sondern der politischen Auseinandersetzung schlechthin.

Antagonistische Beziehungen und systemimmanente Konflikte werden aus dem verklärten Gesellschaftsbild verdrängt und tauchen erst wieder als Negative auf: kriminalisiert oder als Missbräuche von Vertrauen und rechtsstaatlichen Freiheiten denunziert*; als persönliche Fehlleistungen und individuelle Pathologien fassbar gemacht. Wird dennoch auf die möglichen Wechselbeziehungen zwischen gesellschaftlichen Erscheinungen und den Lebensbedingungen am Wohnort eingegangen, so bleiben sie plakativ, mit Schlagworten erledigt, oder sie werden im Rekurs auf die vielen Einzelnen, die die Gemeinschaft ausmachen, wieder individualisiert, der Verantwortung eines jeden Bewohners überwiesen und in einen moralischen Zusammenhang gestellt, wie etwa bei der Uebernahme des "Gäbelhus" durch den Vizepräsidenten des Vereins Gemeinschaftszentrum Gäbelbach: "Auch das 'Gäbelhus' kann, falsch verstanden, zu einem bloßen Konsumgut werden. Man konsumiert, was die Bauherren und die Leiter anbieten. Und gerade dort liegt unser Hauptanliegen, dass wir probieren, mit den Bewohnern zusammenzuarbeiten, damit die Bewohner mitdenken, produktiv mitarbeiten können, dass wir also ein Instrument zur Selbstentfaltung und Selbstgestaltung zur Verfügung stellen und nicht eines jener x-tausend Güter, die man gedankenlos konsumiert. Ob das 'Gäbelhus' auf dieser ideellen Ebene

* So darf sich z.B. von der Kirche aus gesehen jede politische Partei am Wahlkampf um ein Pfarramt beteiligen, das entspricht den demokratischen Spielregeln. "Sollte man dann sehen, dass z.B. ein reines - eine extremistische Gruppe oder irgend jemand eine Wahl in einer Art und Weise verfälscht, die sich mit unserer Rechtsordnung nicht mehr vereinbaren lassen könnte, dann müssten wir halt eben die staatlichen Organe, die Aufsichtsorgane anrufen, um eventuell eine Kassation einer solchen Wahl herbeizuführen oder eben die Rechtsmittel ergreifen, die wir aufgrund unserer demokratischen politischen Rechtsordnung haben, die müssten wir eventuell halt dann ergreifen, nicht."
(Zitat aus dem Interview mit dem Kirchmeister der Evangelisch-reformierten Landeskirche, 19. 1. 1971)

letztlich ein Erfolg sein wird, entscheidet letztlich die Bevölkerung: Ob sie bereit ist, sich selbst aktiv zu gestalten, selber zu entscheiden, wie das 'Gäbelhus' zu füllen ist; das entscheidet die Bevölkerung selbst. Das Gefäss ist da." Das erleichtert nicht nur die Orientierung, es gibt einem auch ein Mittel an die Hand, allfällige Misserfolge zu deuten und abzuurteilen, da man sich ja auf die Position zurückziehen kann, man habe seinen Beitrag zum Gelingen geleistet, nun sei die Reihe an den andern, den Bewohnern und ihren Beratern, den Gemeinwesenarbeitern.

Der Zusammenhang zwischen baulichen Formen und gesellschaftlichen Strukturen, zwischen sozialen Folgeeinrichtungen und den tatsächlichen Verhaltensdispositionen und Interaktionen ist für die Bauträger im wesentlichen direkt und unvermittelt. Die Kinderkrippe ist unter fünf niedlichen Hütchendächern über den Gemeinschaftsanlagen untergebracht, und der Deckenschmuck des grossen Saals unter dem Zeltdach will mit dem Titel "Ein Leib - viele Glieder" das harmonische Zusammenspiel der verschiedenen sozialen Gruppen symbolisieren.

Das Verhältnis zur Technologie und zur Gesellschaft ist ein ungebrochenes; mittels bestimmter Vorkehrungen, die direkt aus manifesten, elementaren gesellschaftlichen Funktionen abgeleitet werden (26), meinen sie, das Leben in der Siedlung lenken zu können und damit eine "gesunde" Entwicklung der städtischen Agglomeration zu fördern. Eine differenzierte, Ambivalenzen einschliessende und latente soziale und sozialpsychologische Funktionen mit berücksichtigende Betrachtungsweise ist nicht anzutreffen in Kreisen der für den Berner Städtebau Verantwortlichen. Ihre Argumente fliessen gleichsam mit den Trends architektonischer Moden ineinander über. Noch hängen sie am auflockernden Vorstadtgrün, streben aber gleichzeitig auch schon "urbane Dichte" und "Stadtgefühl" an. Man ist versucht, angesichts dieser Problembewältigung mit Otto Kirchheimer "an Marx' berühmtes Wort" zu erinnern, "dass die Gesellschaft nicht mehr Probleme aufwirft, als sie in einem bestimm-

ten Augenblick lösen kann. Da ist auch die Tatsache, dass diejenigen, die grössere politische Entscheidungen treffen, nicht von einer tabula rasa aus arbeiten und nur die technisch am leichtesten realisierbaren Möglichkeiten vorschlagen. Der Ausgangspunkt für ihre Pläne ist wahrscheinlich doch ihre persönliche, ob konformistische oder revolutionäre, Erfahrung in ihrer Gesellschaft." (27)

I. TEIL DIE RAHMENBEDINGUNGEN DES GEMEINSCHAFTSZENTRUMS GAEBEL- BACH

1. Die sozio-ökonomischen und politischen Verhältnisse in Büm- pliz / Bethlehem

1.1 Die Bevölkerungsstruktur

Bern-West - die Quartiere Bümpliz und Bethlehem - ist, was möchte man anderes erwarten vom grünen Stadtrand, bevorzugte Wohngegend junger Familien: es ist ein expandierendes Gebiet, die Wohnungen sind neu und verhältnismässig billig, die Kinderspielplätze reichlich vorhanden, Wälder und Wiesen in nächster Nähe. Allerdings stehen Bümpliz und auch das erst neulich ausgebaute Bethlehem in Bern traditionellerweise im Verruf, kleinbürgerliche Vorstadt zu sein. Reiche und solche, die es bald zu werden gedenken, wohnen lieber in den östlichen Stadtquartieren und den davor liegenden Gemeinden; in den Westen ziehen vorwiegend Aermere und weniger Aufwärtsmobile. So sind z.B. nach einer von der Verfasserin durchgeführten Erhebung (1) ungefähr die Hälfte der Bewohner der Siedlung GÄbelbach Angehörige der Unterschicht, d.h. Leute, die vermutlich nie über ihre gegenwärtige Lage am unteren Ende der Berufs-Status-Hierarchie hinaussteigen werden. 27,2%, die grösste Berufspositions-Klasse im Sample (vgl. Tabelle 1), sind an- und ungelernte Hilfskräfte in Industrie, Verwaltung und Handel; die nächstfolgende Gruppe stellen mit 21,5% die Arbeiter und Handwerker mit einem Lehrabschluss, zum Teil auch mit Untergebenen am Arbeitsplatz. 9,2% sind uniformierte Beamte (Polizist, Tram- und Busfahrer, Postbote etc.), 18,5% sind (nicht uniformierte) Angestellte in öffentlichen und privaten Dienstleistungs-, Verwaltungs- und Handelsbetrieben. Einen relativ grossen Anteil machen mit 13,8% die "übrigen mittleren Angestellten" aus: Absolventen von Berufsschulen (Lehrer, Techniker, Laborantin) und Ausübende spezialisierter, weder rein administrativer noch rein industriell-

Tabelle 1

Die Berufspositionen von Haushaltsvorständen und Alleinstehenden

Berufspositionen	Wohnungstypen ¹⁾							S _{n.s.} abs. %		S _s abs. %		Total abs. %	
	1-1½/2	2½/2	3-3½/2	3-3½/2 s	4-4½/2	4-4½/2 s	5½/2, 6½/2						
gehobene Position	0	2	3	0	1	0	2	8	4,1	0	0	8	4,1
selbständige in Handel & Gewerbe	0	0	1	0	0	0	1	2	1,0	0	0	2	1,0
mittlere Positionen:													
Angestellte in Büro, Verkauf, Vertretung	3	7	14	4	6	1	1	31	15,9	5	2,6	36	18,5
Handwerker, Arbeiter (gelernt)	2	2	16	14	3	5	0	23	11,8	19	9,7	42	21,5
uniformierte Beamte	0	0	0	11	3	4	0	3	1,5	15	7,7	18	9,2
übrige	2	4	13	3	3	0	2	24	12,3	3	1,5	27	13,8
niedrige Position: an- und ungelernte Hilfskräfte	1	5	14	22	2	7	2	24	12,3	29	14,9	53	27,2
Rentner, alleinstehende Frauen ohne Beruf	0	3	2	1	0	1	0	5	2,6	2	1,0	7	3,6
Studenten	0	0	2	0	0	0	0	2	1,0	0	0	2	1,0
gesamt	8	23	65	55	18	18	8	122	62,6	73	37,4	195	100

Anmerkungen:

Aus dieser Tabelle ausgenommen sind: berufstätige Ehefrauen und Jugendliche, die bei ihren Eltern wohnen.

1) unterschieden nach: Anzahl Zimmer und Mietzulagen (s = subventioniert)

manueller Berufe, die eine besondere Ausbildung erfordern (z.B. Bauzeichner, technischer Kalkulator, Drogist, Apothekenhelferin). Hingegen wohnen nur wenige Angehörige der gehobneren Schichten im Gäbelbach, und zwar (vielleicht auch wieder bezeichnenderweise) Intellektuelle und Hochschulabsolventen, aber keine Inhaber von Führungspositionen in Industrie und Verwaltung, wenig Selbständig-erwerbende (in unserem Sample ein Ladeninhaber im Gäbelbach und eine Bilderrestaurateurin) und wenig Studenten. Es hat ebenfalls nur vereinzelte Altersrentner, aber einige alleinstehende Frauen mit Kindern.

Diese Daten lassen sich ergänzen durch die Ergebnisse einer anderen Erhebung, die in den beiden Bethlehemer Siedlungen Tscharnergut und Gäbelbach (zusammen ca. 9000 Einwohner) durchgeführt wurde (2). Nach dieser Untersuchung beziehen rund zwei Drittel der Bewohner ein monatliches Familien-Einkommen von weniger als Fr. 2000.- (im Gäbelbach liegt ungefähr bei diesem Einkommen die Limite, die zum Bezug einer Sozialwohnung berechtigt - vorhanden sind allerdings nur etwa halb so viele subventionierten Wohnungen). 78,6% der Bewohner haben ein Einkommen zwischen Fr. 1200.- und 2400.-, wobei das Schwergewicht (35,7%) im Bereich von Fr. 1600.- bis 2000.- liegt, 6,1% weisen aber ein Einkommen aus, das unter Fr. 1200.- liegt, und nur rund 3% verfügen über mehr als Fr. 3200.- im Monat.

Dabei gilt es zu bedenken, dass dieses Geld im Normalfall für eine drei- bis fünfköpfige Familie ausreichen muss (in jedem fünften Haushalt verdient allerdings die Frau mit). Von den 185 Haushalten, die in unserem Sample erfasst wurden, sind 148 Haushalte mit Kindern (80%) (vgl. Tabellen 2 und 3). Von den ausgezählten Bewohnern sind 80% Kinder unter 14 Jahren und ihre jun- gen Eltern, zwei Altersgruppen, die im Gäbelbach bedeutend stärker vertreten sind als in der Stadt Bern* (vgl. Abbildungen 1, 2).

* Auf ähnliche Zahlen kam auch die oben zitierte Fernsehuntersuchung: 75% der Haushalte in den beiden Siedlungen beherbergen drei bis fünf Personen, 6,3% sechs und mehr; in 93,5% der Haushalte leben ein bis drei Kinder unter 16 Jahren.

Tabelle 2

Art und Grösse der Wohngemeinschaften: Haushalte mit Kindern1 Familien: Ehepaar mit Kind(ern)

Wohnungstyp	Anzahl Kinder:					gesamt
	1	2	3	4	5	
1-1½						0
2½	3	1				4
3-3½	25	12	3			40
3-3½ subv.	14	25	11	1		51
4-4½		6	6	5		17
4-4½ subv.		4	10	2	1	17
5½, 6½		2	2	1		5
zusammen	42	50	32	9	1	134

2 Familien: Ehepaar mit Kind(ern) und Verwandten

3½	1 Kind, Schwägerin	1
3½ subv.	4 Kinder, Schwager	1
4	5 Kinder, Schwiegermutter	1

3 unvollständige Familien: Mutter mit Kind(ern)(und Untermietern)

Wohnungstyp	Anzahl Kinder					gesamt
	1	2	3	4	6	
						1 2 U'm.
1-1½	2					2
2½	1					1
3-3½	1		1	1		3
3-3½ subv.		2	1			3
4-4½						0
4-4½ subv.					1	1
5½						1
zusammen	4	2	2	1	1	11

Tabelle 3

Art und Grösse der Wohngemeinschaften: kinderlose Haushalte1 Ehepaare ohne Kinder

Wohnungstyp	<u>Ehepaare:</u>			gesamt
	allein in der Wohnung	mit einem Verwandten	mit einem 1) U'mieter	
2 1/2	8			8
3-3 1/2	11	2	1	14
zusammen	19	2	1	22

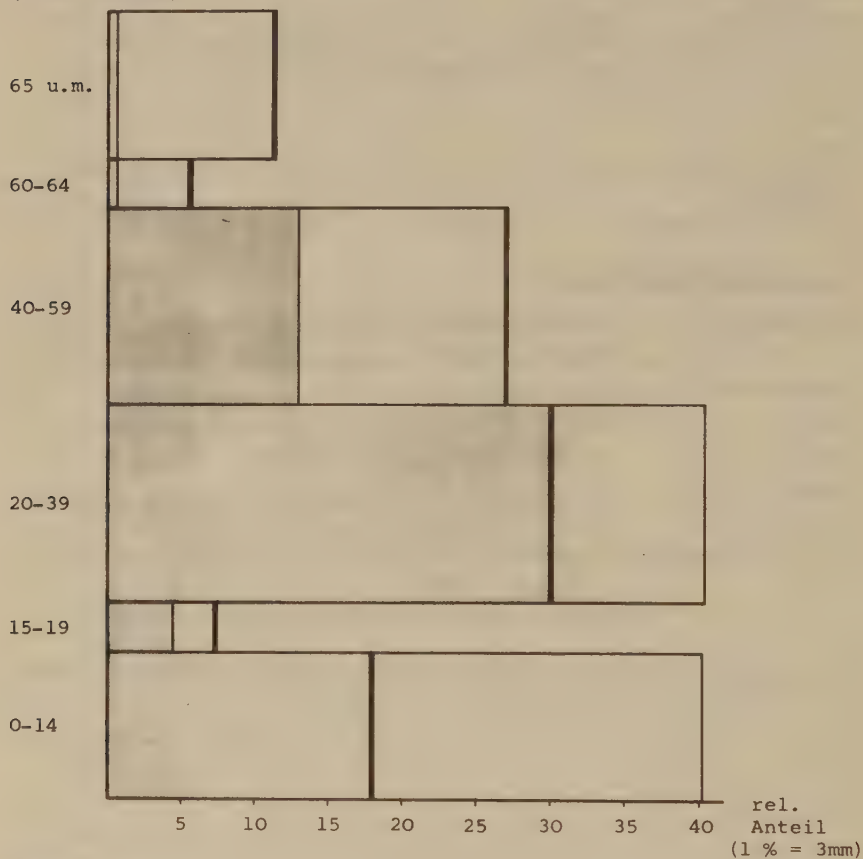
2 alleinstehende Mieter

Wohnungstyp	<u>allein wohnende:</u>		<u>gemeinsam wohnende:</u>			ein Mann/ eine Frau
	Männer	Frauen	zwei Frauen	zwei Männer	drei Männer	
1-1 1/2	4	2				
2 1/2		3	1	1		1
3-3 1/2		1			1	1
zusammen	4	6	1	1	1	2

1) davon: je 1 Ehepaar mit Cousin, mit einer Tochter über 25 Jahren.

Abb.1 Die Altersverteilung im Gäbelbach, verglichen mit der Stadt Bern

Altersgruppen
(1 Jahr = 2mm)



Legende:

Stadt Bern: geschätzte Wohnbevölkerung für das Jahr 1967
(Basis: Volkszählung 1960; die Schätzung griff in den absoluten Zahlen zu hoch.)

Gäbelbach, 25 % - Sample, Frühjahr 1971

Altersgruppen

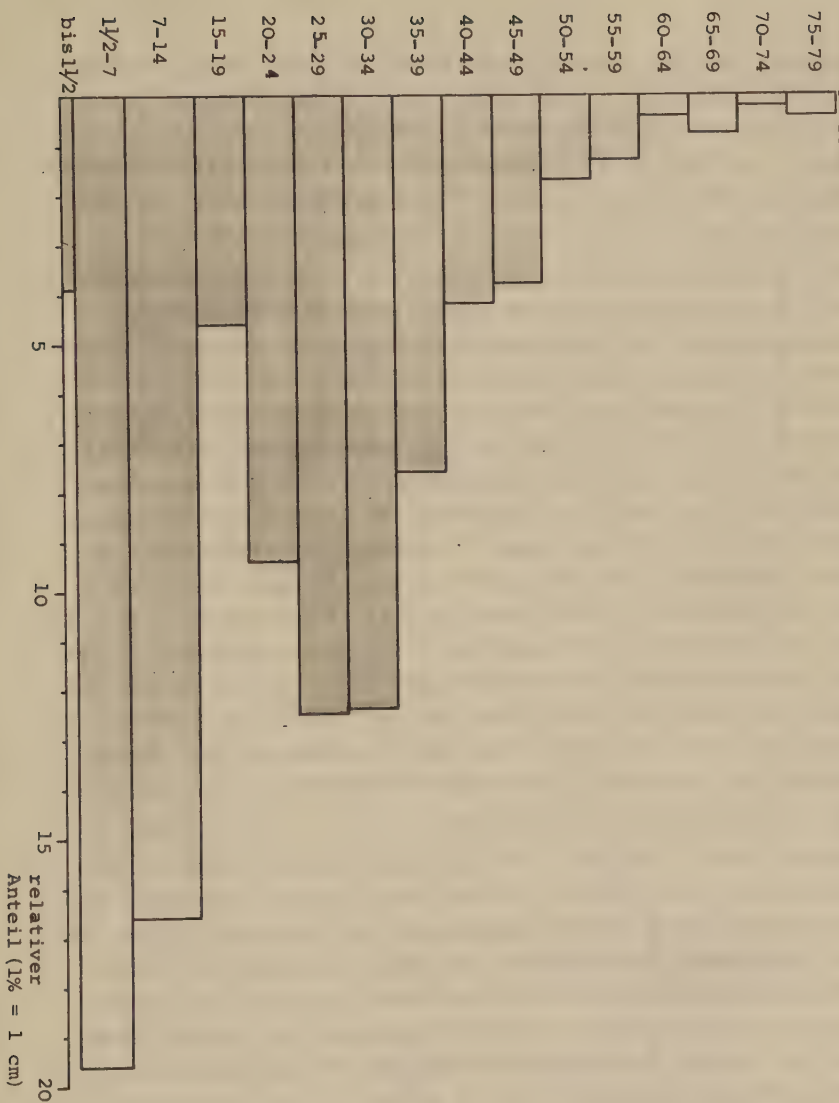


Abb. 2 Die Altersverteilung im Gabelbach

Hingegen sind die Jugendlichen (14/15 bis 19/20 Jahre) und die nicht verheirateten jungen Erwachsenen (20 bis 25 Jahre) im Gäbelbach stark untervertreten (vgl. Tabelle 4), wie auch die Jahrgänge ihrer Eltern (40 bis 60 Jahre). Die Alten endlich machen im Gäbelbach einen kaum mehr ins Gewicht fallenden Anteil aus (vgl. Abbildung 2).

Die Ausländer sind in unserem Sample mit 12,5% (vgl. Tabelle 5) wohl etwas untervertreten (3); daher bloss summarisch einige Feststellungen, die nicht mehr als bekannte Tendenzen und Zusammenhänge ins Bewusstsein rufen wollen: Der grosse Teil, nahezu 60% der Ausländer, sind Italiener, die schon mehrere Jahre in der Schweiz leben und ihre Familien nachziehen durften (vgl. Tabelle 6); wenn sie auch noch von der Heimkehr träumen und deutsch nur gebrochen, wenn überhaupt, sprechen, so sind sie doch weitgehend assimiliert, ihre Kinder gehen im Quartier zur Schule und sprechen Schweizerdialekt. Sie sind fast alle Hilfsarbeiter, nur in wenigen Ausnahmen gelernte Arbeiter oder Handwerker (vgl. Tabelle 7). Die nächst grösste Gruppe sind die Tschechoslowaken; sie haben eine wesentlich bessere Berufsausbildung als die übrigen Ausländer und auch als die Mehrheit der im Gäbelbach ansässigen Schweizer (vgl. Tabelle 7), dies gilt insbesondere auch für die Frauen, die in vielen Fällen hochspezialisierte technische Berufe gelernt haben und auch ausüben.

Es wird daher in den folgenden Kapiteln nie von "den Ausländern" schlechthin die Rede sein, vielmehr wird man unterscheiden müssen zwischen den Nord- und Zentraleuropäern auf der einen Seite, die der bürgerlichen Mittelschicht angehören und vermutlich ihrer Wohnumwelt gegenüber ähnliche Erwartungen hegen wie die Schweizer derselben Schicht, und den Südländern auf der andern Seite, die alle aus der Unterschicht stammen und die gelegentlich in ihren Bemühungen, sich "richtig" zu verhalten, den Eindruck der Ueberanpassung erwecken.

Tabelle 4

Zivilstand und Familiengröße der Jugendlichen und jungen Erwachsenen

Jahr- Alter gang	S _{m,w}	S _m / S _w	ledige m w	verheiratete davon: mit einer Frau zwischen 20-25 Anzahl Kinder:			w davon: mit einem Mann zwischen 20-25 Anzahl Kinder:	mit einem Mann über 25		
				0	1	2	0	1	2	3
56 14/15	7	4	3	4	2	3				
55 15/16	7	2	5	2	2	5				
54 16/17	4	2	2	2	2	2				
53 17/18	7	3	4	3	3	4				
52 18/19	6	2	4	2		4				
Jugendliche	31	13 18	13 18							
51 19/20	3	1	2	1	1	1	1	1	1	1
50 20/21	10	6	4	5	1	3	1	1	1	1
49 21/22	7	1	6	1	0	1	1	1	1	1
48 22/23	11	2	9	1	1	0	3	2	2	1
47 23/24	14	5	9	1	4	1	1	1	1	1
46 24/25	15	8	7	1	7	4	1	1	2	1
21-25	3	1	2	1		2				
junge Erwach- sene gesamt	63	24	39	11	9	1	30	7	7	1
Total	94	37	57	24	27	1	30	7	7	1

Tabelle 5

Die Nationalität der Gäbelbach-Bewohner

Nationalität:									
Wohnungstyp ¹⁾	CH	A,D	I	E	CSSR	T	o.A. Ausländer		Total
1-1½/2	6	1	0	0	1	0	0	2	8
2½/2	13 2)	0	3	0	3	0	0	6	21
3-3½/2	52 3)	1	5	1	1	0	1	8	61
3-3½/2 s	49	0	6	0	0	0	0	6	55
4-4½/2	17	0	0	0	1	0	0	1	18
4-4½/2 s	18	0	0	0	0	0	0	0	18
5½/2, 6½/2	6	0	0	0	0	0	0	0	6
beantwortete Fragebogen	161 87,1 %	2 1,1 %	14 7,6 %	1 0,5 %	6 3,2 %	0	1 0,5 %	23 12,4 %	185 100 %
1-1½/2	2	0	0	0	0	0	1	0	3
2½/2	4	1	1	0	0	1	0	3	7
3-3½/2	10	0	1	0	0	0	1	1	12
3-3½/2 s	5	0	0	0	0	0	0	0	5
4-4½/2	3	0	0	0	0	0	0	0	3
4-4½/2 s	5	0	0	0	0	0	0	0	5
5½/2, 6½/2	0	0	0	0	0	0	0	0	0
verweigerterte	29	1	2	0	0	1	2	4	35
Sample abs. in %	190 86,2 %	3 1,3 %	16 7,2 %	1 0,4 %	6 3,2 %	1 0,4 %	3 1,3 %	27 12,5 %	220 100 %
Ausländer		11,1 %	59,3 %	3,7 %	22,2 %	3,7 %			

Anmerkungen:

1) unterschieden nach: Anzahl Zimmer und Mietzulagen

2) davon: 2 Romands, 1 rätoromanisch sprechende Familie

3) davon: 1 Romand

Tabelle 6

Art und Grösse der Wohngemeinschaften der Ausländer im Gäbelbacha) Familien

Nationalität	Ehepaare:				mit Verwandten				S
	<u>ohne</u> <u>Kind</u>	<u>mit Kindern</u>			<u>ohne</u> <u>Kind</u>	1 Kind	4 Kinder	1 Verw.	
Italien (I)	2	3	5	2		1	1		14
Spanien (E)					1				1
D'land, Oesterreich (D,A)	1								1
CSSR	1	2	1						4
o.A.		1							1
gesamt	4	6	6	2	1	1	1		21

b) Alleinstehende

Nationalität	Mann	Frau	Frau mit Kind	S
D'land, Oesterreich	1			1
CSSR		1	1	2
gesamt	1	1	1	3

Tabelle 7

Die Ausländer im Gäbelbach: Berufspositionen der Männer,

Beruf bzw. Berufsausbildung der Frauen und Jugendlichen

Berufsposition der Männer:	Nationalität:		E	CSSR	o.A.	gesamt abs. %	Ø Gäbel- bach (%)
	I	D,A					
gehobene Position				2		2 8,7	4,1
selbständige						0	1,0
white collar				1		1 4,3	18,5
blue collar	3	1			1	5 21,7	21,5
Beamte						0	9,2
übrige mittl. Ang.		1 ¹⁾				1 4,3	13,8
niedrige Position	11		2	1		14 60,7	27,2
Männer insgesamt	14	2	2	4	1	23 100	100

Beruf bzw. -aus- bildung der Frauen:	I	D,A	E	CSSR	o.A.	gesamt
<u>berufstätige:</u>						
- qualifizierte Arbeit	1	1		4		6 26,0
- Hilfsarbeit	3		1	1		5 21,7
<u>nicht berufstätige:</u>						
- mit Abschluss		1				1 4,3
- ohne Abschluss	2 ²⁾			1	1	4 17,3
- ohne Angaben	7					7 31,3
Frauen insgesamt	13	2	1	6	1	23 100

Beruf bzw. -ausbil- dung der Jugendlichen:	I	D,A	E	CSSR	gesamt
in der Schule	2			1	3
<u>berufstätige:</u>					
- qualifizierte Arbeit	1				1
- Hilfsarbeit	2 ³⁾				2
Jugendliche insges.	5			1	6

1) junger Erwachsener, allein in Wohnung

2) inkl. eine junge Erwachsene

3) inkl. eine junge Erwachsene, die bei verheirateter(m) Schwester (Bruder) lebt.

1.2 Das Wohnungsangebot

Zwar sind sich manche für den Wohnbau Verantwortlichen in Bern, etwa auf dem Stadtplanungsamt und in einigen Architekturbüros, dessen bewusst, dass städtische Wohnbezirke keine diskriminierende homogene Sozialstruktur aufweisen und z.B. nur von Reichen, von gehobenen Verwaltungsbeamten oder nur von Arbeitern bewohnt werden sollten. Ihr Ideal geht in die Richtung, dass möglichst in allen Quartieren die Bewohnerschaft sich im gleichen Verhältnis zusammensetzen sollte wie die gesamtstädtische Bevölkerung. Sie sind denn auch bestrebt, in neueren Wohnbauprojekten im Westen auch für Anspruchsvollere attraktive Wohnungen bereitzustellen und umkehrt im Osten private Bauträger dazu zu bewegen, einzelne Blöcke oder Wohnungen im sozialen Wohnungsbau zu errichten, z.B. Pensionskassen von öffentlichen Betrieben für ihre unteren Angestellten. Dennoch wurde an der Prestige-Struktur der Berner Quartiere bislang nichts geändert. Das mag einerseits daran liegen, dass die Bevölkerung nicht umdenken will, andererseits, und das ist wohl der ausschlaggebende Faktor, ist das Wohnungsangebot in den Nobelvierteln nach wie vor nicht zu vergleichen mit dem, welches den "breiten Massen" zgedacht und dadurch auch erst zugänglich ist. Die Verteilung der Wohnungen nach Zimmerzahl wird in neueren Stadtrandsiedlungen hüben und drüben wohl etwa gleich ausfallen, aber am besseren Stadtrand sind die Zimmer grösser und besser isoliert, mit Parkett oder Spannteppich statt mit Linoleum ausgelegt, in der geräumigen Küche stehen Tiefkühltruhe und Geschirrwaschautomat - alles im Mietzins schon mit inbegriffen. Der ist zwar dann auch etwas höher, aber dafür ist (zumindest in den Vororten) der Steuerfuss günstiger, was sich bei höheren Einkommen wieder ausgleicht.

In jenen Quartieren, in denen es überhaupt einen sozialen Wohnungsbau gibt - im Westen und im Norden* -, umfasst er im Durchschnitt

* Im östlichen Expansionsgebiet, im Oberen Murifeld, sind die Verhandlungen um Sozialwohnungen dabei, fürs erste abgebrochen zu werden.

einen Drittel des gesamten Wohnungsbaus. Sehr häufig sind diese Wohnungen aber so verteilt, dass sie leicht als das erkennbar sind, was sie sind: im Tscharnergut sind sie in den Scheibenhäusern untergebracht, im Gäbelbach in den Untergeschossen und den unteren Obergeschossen. Diese etwas linkisch anmutende, starre, im wörtlichen Sinn "blockweise" soziale Durchmischung wird auch angewandt für Alte, Behinderte und Studenten.

Die ohne Subventionen erbauten Wohnungen in Bern-West, die zumindest teilweise den "gehobenen Mittelstand" anziehen sollen, müssen sich allerdings auf denselben minimalen Anspruch auf Wohnkomfort beschränken, was Ausstattung und Zimmerzahl betrifft, wie die subventionierten. Zwar wird in neueren Projekten vermehrt auf die realen Familiengrößen Rücksicht genommen, und der Anteil an fünf- und mehrzimmrigen Wohnungen angehoben, aber auf mehrere Jahre hinaus sind in Bethlehem und Bümpliz fast nur Drei- und Vierzimmer-Wohnungen zu finden, die sich häufig auch nachträglich nicht vergrössern lassen, weil die Wohnungswände - wie z.B. in den Gäbelbach-Blöcken - zugleich auch Stützwände sind.

Die Verteilung der Wohnungstypen im Gäbelbach kann als repräsentativer Schnitt des ganzen Quartiers Bethlehem gelten: Rund 60% der Wohnungen haben dreieinhalb Zimmer, 20% vier und viereinhalb Zimmer, die verbleibenden 20% teilen sich auf unter die 2½- (12%), 1- und 1½- (5%) und 5½- bis 7½-Zimmer-Wohnungen (2%)*.

39% aller Wohnungen sind subventioniert: alle Wohnungen (3½ Zimmer) der Untergeschosse sowie die 4½-Zimmer-Maisonnette-Wohnungen der Eingangsgeschosse und die 3- bis 4½-Zimmer-Wohnungen der ersten vier Obergeschosse. Im Block C, der keine Untergeschosse

* Im Vergleich dazu sei eine Uebersicht über die prozentuale Verteilung der Wohnungsgrößen nach Zimmerzahl der in den 60er Jahren in der Stadt Bern erstellten Wohnungen gegeben:

1 Zimmer:	22,6%
2 " :	16,5%
3 " :	40,3%
4 " :	15,5%
5 + " :	5,1%

(Quelle: Statistisches Amt der Stadt Bern)

hat, ist auch das fünfte Geschoss subventioniert. Für diese Wohnungen wird der Mietzins durch Kapitalzinszuschüsse von Gemeinde, Kanton und Bund um 17 - 23% ermässigt gegenüber dem ersten nicht-subventionierten Geschoss und unter Berücksichtigung der Mietzinsabstufung nach der Geschosshöhe. Diese Sozialwohnungen dürfen nur an Familien vermietet werden, deren Einkommen das Sechsfache des Mietzinses nicht übersteigt und die so gross sind, dass eine Zimmereinheit von mindestens einer Person belegt ist. (Die Miete der subventionierten Standardwohnungen im Block A beträgt im Februar 1972 Fr. 331.50, im fünften (ersten nichtsubventionierten) Obergeschoss 417.-, der Mietzuschlag je Stockwerk beträgt Fr. 2.-.)

Dass diese Wohnungen, die zum Teil ausdrücklich für grosse Familien gebaut wurden, durchs Band weg so klein ausgefallen sind, wird von einem der massgeblichen Architekten damit begründet, dass die Mieten an die Baukosten gebunden sind*, was in seinen Augen schon eine beträchtliche soziale Leistung der Bauträger bedeutet (und es vielleicht tatsächlich auch ist unter den gegebenen Bedingungen), und dass diese Leute halt eben eine grössere Wohnung gar nicht wünschen, weil sie die Mieten überhaupt nicht, oder dann nur durch Konsumverzicht in für sie bedeutungsvolleren Bereichen aufbringen könnten.

Das mag wohl seine Richtigkeit haben. Dennoch erscheint es bedauerlich, dass jemand, der sich den Wohnungsbau für die wenig verdienenden lohnabhängigen Massen zum Anliegen macht, so unbesehen die Normen des privatwirtschaftlich getragenen Wohnungsbaus übernimmt und sich dem für seine Zielgruppe ungünstig sich auswirkenden Status quo anpasst - und mit ihm die ausführenden "gemeinnützigen" Baugesellschaften und die dahinter stehende Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften dasselbe tun.

* Die gemeinnützigen Baugesellschaften, die sich in den Wohnungsbau in Bern-West teilen, erhalten von der Stadt Bauzuschüsse mit der Auflage, dass die Mieten ausschliesslich von den Kosten abhängig gemacht werden und die Liegenschaften nur zu den Erstellungskosten veräussert werden dürfen; damit soll der Spekulation im Wohnungsbau Einhalt geboten werden.

Nun kann aber dieses langfristig unflexible Wohnungsangebot auch sozial und wirtschaftlich verhängnisvolle Folgen haben: Wenn die Wohnerwartungen und die verfügbaren Löhne weiterhin ansteigen, könnte der Gebrauchswert der Wohnungen schon in absehbarer Zeit soweit gesunken sein, dass zwar bei anhaltender Anspannung auf dem Wohnungsmarkt nicht unbedingt Absatzschwierigkeiten entstehen, sich aber das soziale Gefälle der in den letzten zehn Jahren erbauten Siedlungen in Bern-West noch mehr verschlechtern würde gegenüber dem Rest der Stadt und unter Umständen Slums entstünden trotz der Gemeinschaftszentren (die sich dann vielleicht endlich einen klaren sozialen Auftrag gäben). Aber auch unter dem Aspekt der rar werdenden Ressourcen an Rohmaterialien und Energiequellen, die eine unbedachte Fortsetzung des hemmungslosen Raubbaus an der Natur durch die industrielle Gesellschaft verbieten*, können so gross angelegte Fehlplanungen fatale Konsequenzen zeitigen.

1.3 Die Struktur von Grundbesitz und Liegenschaftenverwaltung

In Bern gibt es im wesentlichen zwei "Baucliquen", die eine gruppiert sich um "bürgerliche" Parteien und Interessenverbände und baut vorwiegend im Osten der Stadt (z.B. im Oberen Murifeld), die andere gruppiert sich um die Sozialdemokratische Partei, die Gewerkschaften etc. und hat ihr Schwergewicht in den Westquartieren. Die sozialdemokratischen Baugesellschaften arbeiten weitgehend

*Es sei in diesem Zusammenhang Alexander Mitscherlich zitiert: "Unser Verhältnis zur 'Mutter Natur' war bisher ein ungestört infantil räuberisches. Wir haben die Natur respektlos behandelt, als ob sie jeden unserer Wünsche erfüllen könnte und als ob jeder dieser Wünsche berechtigt wäre, erfüllt zu werden. Wo unserer Zivilisation im wahrsten Sinn des Wortes die Luft beginnt auszugehen und das Wasser dazu, bleibt trotz dieser Alarmsignale die entscheidende Tatsache fast unbemerkt; eben unsere kindische Zuversicht. Unsere Ausbeutungsfähigkeiten sind ins gigantische gewachsen, unsere Fähigkeiten zur Selbstkontrolle, zur Kontrolle menschlicher Affekte keineswegs; ..." (Mitscherlich, Unsere kindische Zuversicht, in: Mitscherlich 1971, S. 139) Und im weiteren sei auf die einschlägige Literatur zu den heute sich abzeichnenden Grenzen des Wachstums unserer Zivilisation verwiesen.

nach gemeinnützigen Prinzipien (4) und werden manchmal für ein bestimmtes Bauvorhaben erst gegründet und lösen sich wieder auf, sobald der Bau steht. Es gibt heute ein rundes Dutzend solcher gemeinnütziger Bauträger, aber eine eingehende Untersuchung der Briefköpfe und Sitzungsprotokolle würde wohl darauf hinauslaufen, dass es immer etwa die gleichen Leute sind, die miteinander verhandeln. Die vielleicht bedeutendste ist die Familien-Baugenossenschaft, sie verwaltet 1972 gut 1400 Wohnungen, und ihre Erwartung für die nächsten Jahre liegt bei einem mittleren Zuwachs von 50 Wohnungen pro Jahr (5). Zwischen diesen beiden Gruppierungen steht das Büro Dr. H.K., das für beide die Landumlegungsverfahren (6) durchführt, die bei Grossüberbauungen fast unumgänglich sind.

Der private Bauträger kann sich bei solch gross angelegten Projekten höchstens noch als Umlegungsgesellschafter beteiligen (der Fall des Landwirts S., der im Gäbelbach einen ganzen Block erbauen liess, ist da sicher eine Ausnahme; kaum ein Privater ist in der glücklichen Lage, Eigentümer einer so bedeutenden Parzelle städtischen Bodens zu sein.) Häufiger treten Versicherungen, Banken und Pensionskassen als Blockeigentümer auf, die eine sichere Kapitalanlage tätigen wollen. Der Löwenanteil bleibt jedoch in den Händen der Baugesellschaften und beteiligten Liegenschaftenverwaltungen.

Das Vorgehen der Bauträger verläuft ungefähr nach dem folgenden Muster: Einer ihrer Vertrauensarchitekten (auch hier gibt es wieder ein paar Namen, die bei fast jedem Projekt auftauchen) wird mit der Ausführung des Gestaltungsplans beauftragt; die Baugesellschaften "sichern" sich - z.B. durch Kauf - 20 bis 30% des Bodens und lassen sich ihren Anteil an die gewünschte Stelle umlegen, gleichzeitig beraten sie bevorzugte Geschäftspartner und zukünftige Ladenbesitzer, welche Parzelle für sie besonders günstig ist (an dieser Stelle sei darauf aufmerksam gemacht, dass in den Einkaufszentren sozusagen aller Siedlungen im Westen die Coop ein Lebensmittelgeschäft unterhält, und der Inhaber der Apotheke und Drogerie im Gäbelbach ist aktives SP-Parteimitglied). Dank ihren

engen Beziehungen zu den städtischen Behörden (die noch aufgezeigt werden sollen) können die Baugesellschaften faktisch auch über den öffentlichen Baugrund verfügen (die Stadt kauft das Land für Grünanlagen und öffentliche Einrichtungen, Schulen, Strassen etc. oder lässt es, falls sie schon Eigentümerin ist, auf jene Parzellen umlegen; häufig erhält sie das Land zu günstigeren Bedingungen, z.B. wenn sie die Genehmigung der gewünschten Aufzoning vom Bodenpreis abhängig macht). Damit "sichern" sie sich mit ihrem an sich geringen Anteil die Gestaltung und Ausführung des gesamten Projekts.

1.4 Politische Verflechtungen

Bümpliz und Bethlehem sind sozialdemokratische Domänen. In der Legislaturperiode 1968 - 71 des Stadtrates waren zum Beispiel von insgesamt 75 Abgeordneten 31 Sozialdemokraten, von denen wiederum kamen 17 aus den westlichen Stadtrandquartieren. Nach den Wahlen im Dezember 1971 gingen 33 von 80 Mandaten an die Sozialdemokratische Partei, davon 14 an Kandidaten aus den West-Quartieren. Währenddem SP-Kandidaten in Bümpliz/Bethlehem zwei bis drei mal so viele Stimmen erhielten wie in den Ost-Quartieren Kirchenfeld und Schosshalde, war das Verhältnis für "bürgerliche" Starkandidaten gerade umgekehrt, unbekanntere erhielten sogar nur einen minimalen Bruchteil ihrer Stimmen aus dem Westen (7). Im Bethlehemer Quartierblatt "Der Wulchechratzer" wurden vor den Wahlen die Namen und einige Angaben zur Person der Bethlehemer Stadtratskandidaten veröffentlicht. Von elf SP-Kandidaten wurden vier gewählt, von fünf Kandidaten des Landesrings der Unabhängigen (LdU) ein einziger, der Leiter des Gemeinschaftszentrums Tscharnergut, der als - damals noch - Parteiloser auf der LdU-Liste kandidierte*,

* Der Leiter des Gemeinschaftszentrums Gäbelbach war von der Stadtratskandidatur seines Kollegen im Tscharnergut nicht eben erbaut. Nachdem die Gemeinschaftszentren jahrelang sich aus aller Parteipolitik herausgehalten und auf ihre politische und konfessionelle Neutralität gepocht hatten, um weder unter sozialdemokratische Kuratel zu geraten, noch von den Baugesellschaften auf irgendeiner ideologischen Position lokalisiert und abgeschrieben zu werden (und auch, um keinen Bewohner von der Teilnahme an einer

sowie ein Kandidat der Christlichdemokratischen Volkspartei. Die Bürgerpartei (BGB) und die Freisinnigen konnten keinen ihrer vorgeschlagenen Kandidaten durchbringen.

Die Verbindungen zwischen Bauträgern, Parteien, Gewerkschaften, übrigen Interessenverbänden und den öffentlichen Aemtern in der Verwaltung und den Parlamenten sind von einer Aussenseiterposition wie der unsrigen aus kaum vollständig zu erfassen, da sie häufig über "Mittelsmänner" führen. Im Bausektor sind sie vor allem unter den Notaren und Anwälten, die sich mit Bodenspekulationsgeschäften befassen, und den Baulieferanten mit Stadtratsmandaten zu suchen*. Am Beispiel der in den Siedlungen Tscharnergut und Gäbelbach beteiligten Baugesellschaften und Architekten soll versucht werden, diese politischen Verflechtungen, zumindest soweit sie zutage liegen, aufzuweisen.

Die Familien-Baugenossenschaft wurde 1945 gegründet, ihre Statuten unterzeichneten die folgenden Mitglieder: der Notar O.N.** , die Gipser- und Malergenossenschaft, die Genossenschaft für das Metallgewerbe, die Genossenschaftszimmerei, die Schreinerergenossenschaft, die Hoch- und Tiefbaugenossenschaft und die Konsumgenossenschaft (Coop); der Vorstand setzte sich zusammen aus Funktionären der ersten vier genannten Baugenossenschaften und wurde präsi diert vom Sekretär des Schweizerischen Bau- und Holzarbei-

Veranstaltungen im Gemeinschaftszentrum abzuhalten), schien ihm das eine bedauerliche Abkehr von bisherigen Grundsätzen.

* Es sei dazu nur ein Beispiel erwähnt: Der Präsident des LdU, der als "Privatmann" Fugendichtungen produziert und einen Auftrag für das neue Business-Zentrum City West erhalten hatte, stimmte als einziger gegen seine in diesem Punkt stark engagierte Fraktion für einen Beitrag der Stadt an die Erschliessungskosten der City West und verhalf so den Bauträgern zu einem Geschenk von rund einer halben Million Franken, das im Widerspruch sowohl zur Bauordnung als auch zur üblichen Praxis stand.

** Der Notar O.N. nahm seinerzeit eine Stellung im bernischen Liegenschaftengeschäft ein, die ungefähr der heutigen des Notars und Advokaten Dr. H.K. entspricht. Er war 30 Jahre lang Stadtrat, meldete sich dort aber offenbar selten zum Wort, sondern wirkte eher als graue Eminenz, in deren Hände die Fäden zusammenliefen; er ist - oder war es zumindest - einer der Berner mit den meisten Verwaltungsratsmandaten.

terverbandes, der in der Familien-Baugenossenschaft Geschäftsführer wurde; Revisoren der FBG waren der Präsident der Konsumgenossenschaft und ein Buchhalter der Unionsdruckerei (8). Unter den später berufenen Vorstandsmitgliedern finden wir den Architekten A. und seinen Buchhalter, eines der Mitglieder trat wieder aus, um Stadtbauinspektor zu werden, ein anderer wurde städtischer Liegenschaftenverwalter.

Für den Bau des Tscharnnergutes wurden zwei Baugenossenschaften neu gegründet, die Promet AG des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverbandes (SMUV) und die Baugenossenschaft Brünnen-Eichholz (9). Letztere ist beim Bau des Gäbelbachs wieder beteiligt. Ihr Präsident ist ehemaliger Gewerkschaftssekretär und heutiger Regierungsstatthalter, ihre Geschäfte werden geführt vom Sachwalter des Advokatur- und Notariatsbüros Dr. H.K., der in der Legislaturperiode 1968 - 71 ein Mandat im Stadtrat innehatte und in die Finanzkommission und die Wirtschaftskommission gewählt wurde (in letzterer war er sinnigerweise Vertreter des Mieterverbandes). Dr. H.K. selber ist kein Sozialdemokrat. Er war bis vor kurzem Präsident der Bürgerpartei der Stadt Bern (BGB, heute Schweizerische Volkspartei - SVP), sein älterer Sohn kandidierte auf der Liste dieser Partei 1971 für die Stadtratswahlen (sein jüngerer Sohn ist Vizepräsident des Vorstands des Vereins Gemeinschaftszentrum Gäbelbach). Er ist Mitglied des grossen Burgerats (die Burgergemeinde ist die bedeutendste Eigentümerin an Baugrund in und um Bern), sowie nebenamtlicher Verwaltungsrichter.

Sämtliche grossen Wohnbauvorhaben der letzten 25 Jahre in Bern-West sind wesentlich von den Grundsätzen des sozialen Wohnungsbaus bestimmt. Es muss viel, schnell und billig gebaut werden. Für das Tscharnnergut wurde seinerzeit ein Wettbewerb ausgeschrieben, in dem die Pläne der Architekten C. und D. den ersten Preis erhielten; für die endgültige Planung wurde eine Architekten-Ge-

meinschaft gebildet mit den Architekten C., D., A. und B., den Vorsitz hatte Architekt A. inne. Der Gäbelbach wurde von den Architekten A. und B. projektiert, Herr B. zeichnete für die Wohnungen und Blöcke verantwortlich, Herr A. für die Gesamtgestaltung der Siedlung. Es gibt kein grösseres Wohnbauprojekt in West-Bern, das nicht von mindestens einem dieser Herren mitsigniert ist. Durch ihre Spezialisierung auf den sozialen Wohnungsbau, die ihrerseits erst ermöglicht wurde durch gute Beziehungen zu den Baugesellschaften und wiederholte Planungsaufträge, konnten sich diese vier Architekten in den letzten zehn Jahren eine nicht mehr konkurrenzierbare Vorrangstellung aufbauen. Ihre Projekte kommen bis zu 25% billiger in der Ausführung als die ihrer allfälligen Konkurrenten - eine Leistung, auf die man wohl stolz sein kann, wenn man sich zum Ziel gesetzt hat, für einkommensschwache Schichten komfortable Wohnungen bereitzustellen und man gleichzeitig davon ausgeht, dass am Status quo des selbsttragenden Wohnungsbaus mit minimaler Beteiligung staatlicher Kassen nicht zu rütteln sei. Die Kehrseite der Medaille ist eine weitgehende Gleichförmigkeit des Stadtbildes und die konsequente Abkehr von allen städtebaulichen Experimenten. Dass Funktionäre glücklich sind, endlich ein "bewährtes" Bauprogramm zu haben, erstaunt einen vielleicht weniger; bedenklicher erscheint, dass auch Architekten, deren berufliches Selbstverständnis ihre Tätigkeit der Zukunft verpflichtet, sich dermassen auf das "hier und jetzt" beschränken.

Unter den genannten Architekten nimmt vielleicht Herr A. eine Art Spitzenposition ein - nicht in dem Sinn, dass er in einer fest gefügten hierarchischen Struktur den andern übergeordnet wäre (das war er zwar gelegentlich auch, z.B. in der Architekten-Gemeinschaft Tscharnergut) oder ihnen fachlich überlegen wäre, als vielmehr in dem Sinn, dass er verschiedene soziale Spitzenfunktionen auf sich vereinigt.

Er ist Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion des Berner Stadtrats und dessen Expertenkommission für Planungsfragen und

den Wohnungsbau (wie auch der kanton-al-bernischen und der eidgenössischen Wohnbaukommissionen). In der vergangenen Legislaturperiode kam in der Kommission für Planungsfragen kein Bauprojekt zur Sprache, an dem er nicht in irgendeiner Form als Planer beteiligt gewesen wäre.

Er (und mit ihm sein Buchhalter) ist Mitglied des Vorstands der Familien-Baugenossenschaft und offizieller Bauberater der Konsumgenossenschaft (Coop). Offensichtlich fühlt er sich auch den geschäftlichen Interessen der Coop verpflichtet: So drückte er zum Beispiel am öffentlichen Diskussionsabend für das neue Dorf- und Kulturzentrum Bümpliz sein Bedauern darüber aus, dass im Tscharnergut neben dem eingeplanten Einkaufszentrum (mit Coop-Filiale) am andern Ende der Siedlung noch ein Konkurrenz-Zentrum (mit Migros-Filiale und zwei Warenhäusern) entstehen konnte.

Er ist in Bern eine stadtplanerische Autorität geworden dadurch, dass er an sich begrenzte Bauaufträge - zum Beispiel eine Coop-Filiale in einem Stadtquartier - auf eine Neukonzeption der gesamten Umgebung ausweitete. Er liess einen Angestellten vielleicht ein Jahr lang detaillierte Studien über das Gebiet anstellen, die Bevölkerungsstruktur, das Dienstleistungsangebot etc. erheben, eine Verkehrsplanung entwerfen und dann das ganze sauber und bestechend darstellen. Diese Entwürfe legte er dem Auftraggeber vor, und wenn er auch nicht immer durchkam damit, verschaffte er sich doch Achtung. Ähnlich muss es auch im Gäbelbach verlaufen sein, denn ursprünglich wollte die Kirche lediglich ein Kirchgemeindehaus bauen, Herr A. erhielt dann aber die Gelegenheit, im Kirchgemeinderat Bethlehem seine Idee vorzutragen, ein ökumenisches Zentrum einzurichten und es mit einer Freizeitanlage zu verbinden.

Man kann sagen, dass er die Funktionen Bauplaner/Bauexperte/Politiker in hervorragender Weise auf sich vereinigt. Entsprechend versteht er sich auch nicht als bauender Aesthet. Zur Aufgabe des Architekten in der heutigen Gesellschaft schreibt er: "Die Schaf-

fung von möglichst günstigen Voraussetzungen für die Gestaltung des Lebens des Einzelnen und in der Gemeinschaft, der Ausgleich der wirtschaftlichen Interessen zwischen Landbesitzern und Bau-trägern, zwischen Bewohnern und Gemeinwesen wird auf Grund einer mehrstufigen Planungsarbeit gesucht. Die Gestaltung der Aussen-räume und der Baukörper ist erst die letzte Planungsphase, die aber auf klaren Unterlagen viel erfreulicher wird. Die Stellung des Architekten hat sich dabei geändert. Er ist nicht mehr beauf-tragt, für die Geschäfte seines Bauherrn die architektonisch be-ste Form zu finden, er wird Vermittler zwischen den Planungsparte-nern. Er kann sich nicht mehr nur mit der ästhetischen Seite der Planung befassen, gewinnt aber dafür Einfluss auf die Voraus-setzungen, auf denen er seine Gestaltung aufbauen kann." (10)

2. Die Siedlung Gäbelbach

2.1 Die Lage zur Stadt und zu den benachbarten Siedlungen

Der Gäbelbach ist der vorläufig am weitesten nach Westen vorgeschobene Zipfel der Stadt Bern (vgl. Abbildung 3), für die nächsten zehn Jahre ist die Ueberbauung eines kleineren nord-östlich anstossenden Areals, des Holenackers für ca. 2800 Einwohner, sowie des Brünnerguts (15-20'000 Einwohner) im Süden vorgesehen (vgl. Abbildung 4). Der Gäbelbach liegt innerhalb der politischen Gemeindegrenzen Berns und gehört zum Quartier Bethlehem. Anders als die ehemalige Nachbargemeinde Bümpliz, die 1917 eingemeindet wurde, hat Bethlehem keinen alten Dorfkern. Sein Ausbau erfolgte erst nach dem 2. Weltkrieg. Von Anfang an wurde es in grösseren Parzellen bebaut; in den 40er und 50er Jahren entstanden Einfamilienhaus-Kolonien mit Gemüsegärtchen (dies wohl noch unter dem Einfluss des Kriegs) und homogene Wohnsiedlungen mit zwei- und dreigeschossigen Häusern; seit den 60er Jahren werden nun vorwiegend mehrgeschossige Blöcke aufgestellt, teils Punkt-, teils Scheibenhäuser. Für den Gäbelbach und das Schwabgut in den Jahren 1965 - 68 und gegenwärtig für den Bethlehemacker und das Fellergut wurden Pools gegründet, um die Blöcke rationeller bauen zu können. Die Familien-Baugenossenschaft beschreibt die Vorteile dieses Vorgehens in ihrer Jubiläumsschrift so: "Der Zusammenschluss von Bauträgern erlaubt auch sorgfältige Planung der Baukosten und der Bauausführung. Das setzt aber voraus, dass nicht ständig nach neuen Plänen nur wenig verschiedene Wohnungen erstellt werden. Wenn leistungsfähige Bauträger einem Architekten oder einer Architektengruppe den Auftrag zur Erarbeitung eines Bautyps übertragen, der dann sorgfältig, z.B. an Musterbauten getestet wird, der dann aber auch für einige Zeit beibehalten wird, so entspricht das zeitgemässen Produktionsgrundsätzen. Die Kosten für die Entwicklung des Typs werden hoch sein, sich aber durch die Wiederholung, die tiefen Baukosten und die qualitativ hochstehende Ausführung sehr bezahlt machen. Die Ermöglichung einer ra-

Die Verteilung der Arbeitsplätze der Bewohner des Gabelbach über Bern
 (1 Arbeitender bzw. Schüler : 1 ...)



Abb. 4 Modellaufnahme der ausgeführten und projektierten Ueberbauungen
in Bethlehem



aus: Erwin Wolf, Bümpfliz gestern, heute, morgen. Bern 1969
(Broschüre zur gleichnamigen Ausstellung vom August 1968)

tionellen Ausführung ist so wirksam wie Subventionen, aber viel billiger!" (11)

Zwar lassen sich auf diese Weise tatsächlich die Baukosten senken* und komfortable Wohnungen zu niedrigen Mietzinsen in (ver-
glichen mit anderen Trabantensiedlungen) nicht unansehnlichen
Blöcken herstellen, der Tribut ans ökonomische Prinzip wird aber
mit einem eintönigen Stadtbild und einem starren Wohnungsangebot
bezahlt und lässt sich bloss durch Abreissen wieder einlösen. Ar-
chitekt A. meint: "Wir haben das Zeug dazu, die modernste Schwe-
izer Stadt zu werden. Es gibt nirgends in der Schweiz einen so ho-
hen Anteil an Neubauten und Neusiedlungen" (12). Dies dünkt einen
etwas euphemistisch in Anbetracht des Umstands, dass in vier der
fünf in den letzten zehn Jahren ausgeführten Ueberbauungen in Be-
thlehem Blöcke vom Gäbelbach-Typ stehen und auch die übrigen
Hochhäuser sich fast nur in der Stockwerkzahl und der Verkleidung
ihrer wenig strukturierten Fassaden voneinander unterscheiden.

Entlang der Siedlung Gäbelbach verläuft heute noch die Murtenstrasse, Ausfallstrasse in Richtung Westschweiz, in den nächsten Jahren
wird sie aber ersetzt werden durch die N 1, die Autobahn von Zü-
rich nach Lausanne/Genf, die mitten durch das Quartier gelegt
wird (vgl. die Abbildung 4). Innerhalb der Siedlung Brunnengut
soll sie über eine Strecke von 300 Metern in einen sieben Meter
tiefen Graben gelegt werden (13); die Forderung der ansässigen
Bevölkerung, sie zu untertunneln, und zwar auch zwischen Gäbel-
bach und Tscharnergut, blieben vorläufig noch unberücksichtigt.
Beim Weyermannssee, dem Quartierbad im stadtwärtigen Zipfel Bethle-
hems, wird die N 12 aus Freiburg, die südlich von Bümpliz durchge-
zogen wird, an die N 1 geschlossen. Unmittelbar westlich des Brün-
nenguts ist für einen späteren Zeitpunkt eine Querverbindung zwi-

* Ein Vergleich der Baukosten lässt daran keinen Zweifel: die ge-
genwärtig im Fellerhut und im Bethlehemacker gebauten Blöcke
vom Gäbelbach-Typ kommen auf Fr. 180.- je Kubikmeter umbauten
Raum zu stehen. Im Chleefeld, einer Gesamtüberbauung mit gelok-
kterter Baustruktur, kostet der Kubikmeter ca. Fr. 200.-, bei
klassischer Einzelüberbauung Fr. 250.- und mehr.

schen der N 1 und der N 12, die N-West, zur Entlastung des Dreiecks Weyermannshaus projektiert. Architekt A. rühmt denn auch das künftig durch vier Autobahnen eingegrenzte Bern-West gerne als "verkehrstechnisch am besten erschlossene Stadt der Schweiz, wenn nicht gar Europas" (14). Durch die Autobahntrassen vom Siedlungsgebiet abgetrennt liegen die Erholungsgebiete: der Bremgartenwald im Norden und der Chünizbergwald im Süden.

2.2 Die Bauperioden

Die Planung für die Ueberbauung Gäbelbach erfolgte in den Jahren 1959 - 65. Unter den Bedingungen des teilweise sehr schlechten Baugrundes und der ungünstigen Besonnungsverhältnisse des Nordhanges entschied man sich für hochgeschossige Bauten auf möglichst schmaler Basis. Der Bebauungsplan und die zugehörigen Sonderbauvorschriften wurden im August 1964 vom Gemeinderat der Stadt Bern genehmigt und im Dezember desselben Jahres zur Gemeindeabstimmung vorgelegt und angenommen. Die Fundamente und Keller, die untergeschoss-Wohnungen bis auf die Eingangshöhe der senkrecht zum Hang gebauten Blöcke und die Maisonnette-Wohnungen im Erdgeschoss wurden in traditioneller Bauweise hergestellt; die Obergeschosse wurden in Trockenbauweise aus vorgefertigten Betonelementen übereinander gestapelt. Eine Versetzequippe erstellt pro Tag 1,15 Wohnungen (15). Zu Studienzwecken wurde auf dem Areal selbst eine Standard-Muster-Wohnung aufgestellt, die bis zur Fertigstellung der Blöcke als Vorführobjekt und später als provisorisches Gemeinschaftszentrum diente.

Der äusserste, längsgerichtete Block ohne Untergeschosse wurde im September 1965 zu bauen begonnen, die ersten Wohnungen konnten ab Dezember 1966 bezogen werden. Die beiden quergestellten Blöcke waren ab Herbst 1967 und Frühjahr 1968 bezugsbereit. Das Ladenzentrum mit Restaurant, Einstellhallen und Kühlfächern wurde im Sommer 1969 in Betrieb genommen, die Schule, neun Schulzimmer und einen

Singsaal umfassend, die Kinderkrippe und der Kindergarten wurden auf Anfang des Schuljahres 1970 fertiggestellt. Das "Gäbelhus", Gemeinschaftszentrum mit grossem Saal, Unterrichts- und Konferenzzimmern, Büros für Gemeindehelferin, Pfarrer und Gemeinwesenarbeiter, Clubraum und Musikkeller und die Freizeitwerkstätten konnten im Juni 1971 eröffnet werden. Die Schwimmhalle, die Turnhalle und die Sauna, die letzten Ausstattungsstücke der Gemeinschaftsanlagen (wenn man absieht von der Volksbücherei, die den Kredit für die Leihbücher noch nicht erhalten hat, vom Fussballplatz und sinnvolleren Kinderspielplätzen) wurden Ende des Jahres 1971 fertig, fünf Jahre nachdem die ersten, dreieinhalb Jahre nachdem die letzten Wohnungen bezogen waren.

2.3 Die Besitzverhältnisse im Gäbelbach

- die Wohnblöcke: Bau- und Nutzungskosten. Eigentümer des Geländes ist ein ansässiger Bauer. Angeblich auf Anraten des mit der Familie befreundeten Advokaten und Notars Dr. H.K. wurden zwei der zur Ueberbauung bestimmten Grundstücke im Baurecht für 80 Jahre an zwei lokale Baugenossenschaften abgegeben, das eine an die Familien-Baugenossenschaft, das andere an die Baugenossenschaft Brünne-Eichholz, deren Verwaltung über das Advokatur- und Notariatsbüro Dr. H.K. geht. Das dritte Grundstück liess der Landwirt selbst überbauen und durch das Büro Dr. H.K. verwalten.

Der Baurechtszins pro Jahr und Quadratmeter Gebäudenutzfläche beträgt ca. Fr. 4.-. Umgerechnet auf eine Wohnung macht das Fr. 341.50 im Jahr. Die Kosten für einen Kubikmeter umbauten Raum beliefen sich auf Fr. 160.- (16). Die quergestellten Gebäude mit Sockelgeschoss kamen somit auf 16,5 Mio. Fr. zu stehen, das längsgerichtete ohne Unterbau auf 14,8 Mio. Fr. (17). Die Kubikmeter-Anlagekosten konnten so niedrig gehalten werden durch eine weit vorangetriebene Baurationalisierung, durch niedrig gehaltene Umgebungskosten (ca. 12% der Gebäudekosten), durch eine hohe Nutzungsziffer (18), durch einen schmalen Wohnungsgrundriss mit kleinem Fassaden-

anteil und durch die billige interne Erschliessung mittels eines Aufzugs zwischen den Wohnelementen und Haltestellen auf den Zwischenpodesten (19).

- Folgeeinrichtungen, Gemeinschaftsanlagen: Kosten und Kostendeckung. Die eigentlichen Folgeeinrichtungen, die den "zeitgemässen Komfort" in der Siedlung ausmachen, wie: Kläranlage und Fernheizwerk, Auto-Einstellhallen, Ladenzentrum mit Restaurant, Schwimmhalle und Sauna, wurden durch die Gäbelbach-Immobilien AG, die Vereinigung der Bauträger mit Beteiligung der Stadt, erstellt; die Anlagekosten beliefen sich auf insgesamt ca. 6,5 Mio. Fr., sie werden durch Zuschläge auf die Wohnungsmieten und durch die Mietzinsen der (ausser der Schuster-Werkstätte) florierenden Betriebe amortisiert. Die Verwaltung der Lokale geht namens der Gäbelbach-Immobilien AG über das Büro Dr. H.K.

Die Schulräume, Kindergarten und -krippe, die Turnhalle, die Leihbibliothek und das Keramikatelier (letzteres erst im Rohbau) wurden für 4,5 Mio. Fr. durch die Stadt Bern gebaut. Sie gewährte auch einen Zuschuss an die Schwimmhalle, bedingte sich aber als Gegenleistung die Reservation der Halle zu bestimmten Zeiten zur Benützung durch die Schule aus. Das "Gäbelhus" liess die Evangelisch-reformierte Landeskirche anstatt eines traditionellen Kirchgemeindehauses für 3 Mio. Fr. errichten. Die Bauträgerschaft für die Freizeitanlage wollten weder die Baugenossenschaften noch die Kirche noch die Einwohnergemeinde übernehmen (vgl. die Fussnote ** S. 6); die Bernische Vereinigung für Gemeinschaftsanlagen und Freizeitanlagen (BVG), eben erst gegründet, verfügte nicht über die nötigen Kapitalien - sie fühlte sich ohnehin eher fürs Ideelle zuständig. Nachdem sichergestellt war, dass die 1,4 Mio. Fr. Anlagekosten durch zinslose Darlehen, in eine erste Hypothek umzuwandeln die Bankkredite und weitere à fonds perdu Beträge, durch einen kleineren Beitrag der Kirche und durch die Restfinanzierung durch die Stadt Bern gedeckt waren - das Land wurde von den Eigentümern geschenkt - übernahm die Gäbelbach-Immobilien AG die Bauträger-

schaft und später auch die Verwaltung. Die Betriebskosten für das Gemeinschaftszentrum können nur zu einem kleineren Teil durch die dort stattfindenden Veranstaltungen gedeckt werden; die Kirche überweist der BVG jährlich einen Betrag, der ungefähr einem Jahresgehalt eines Sigristen entspricht, die Bewohner zahlen mit ihrer Miete einen Franken im Monat (insgesamt: Fr. 10'300.- im Jahr), der über die Liegenschaftenverwaltungen und die BVG wieder an das Gemeinschaftszentrum geleitet wird; das Betriebsdefizit - es beläuft sich nach den Erwartungen der Fürsorgedirektion auf ca. Fr. 60'000.- im Jahr (20) - wird wiederum von der Stadt Bern, bzw. deren Fürsorgedirektion übernommen.

Zwar war das Gemeinschaftszentrum für die Bewohnerschaft gebaut worden und sollte auch weitgehend durch sie geführt werden (vgl. wiederum die Fussnote S. 6: "Es sind nach Möglichkeiten Bewohner des Gäbelbachs beizuziehen, vorerst soll ein kleiner Vorstand handeln."). Dennoch war es von Anfang an allen finanziell Beteiligten klar, dass sie im hier entstandenen "Instrument der Selbstentfaltung und Selbstgestaltung" (so H.K. jun. an der Eröffnungsfeier) Interessen wahrzunehmen hatten.

Am Beispiel der Kirche entwickelte sich das so: 1966 stellte der Kirchgemeinderat Bethlehem, der ursprünglich auf eine Finanzierung der Freizeitanlage durch die Gesamtkirchgemeinde gedrängt hatte, fest, dass die Kirchenverwaltungskommission willens war, "wenn auch nicht als Träger der Freizeitanlage aufzutreten, so doch mit möglichst grosser Beteiligung ein Mitspracherecht zu sichern" (21). 1967 wurde im selben Kirchgemeinderat der Antrag gestellt: "Die Vereinigung der Gemeinschaftszentren stellt in Zusammenarbeit mit der Kirchenverwaltung, der Kirchgemeinde Bethlehem und den interessierten Kreisen wie Architekten und übrige Bauherrschaft im Gäbelbach ein vorläufiges Pflichtenheft auf." (22) 1968, als es konkret um die Wahl eines Freizeitleiters ging, erwähnte der Kirchgemeinderat zu Wahl und Funktion des Leiters folgende Punkte: "Mitspracherecht bei der Wahl (der Kirchgemeinderat soll sich vorbehalten, in sämtliche Anmeldungen Einsicht zu nehmen), Vetorecht

der Fürsorgedirektion und des Kirchmeieramtes, Unterstellung des Leiters, Zusammenarbeit mit Gemeindehelferinnen, Trennung von Seelsorge und Sozialarbeit, es ist unbedingt erforderlich, dass der Leiter die kirchliche Arbeit bejaht, ..." (23).

Im Vertrag zwischen dem Kirchgemeinderat Bethlehem und dem Verein Gemeinschaftszentrum Gäbelbach wird das Verhältnis dann so fixiert, dass der Kirchgemeinderat "den Verein Gemeinschaftszentrum Gäbelbach mit dem Betrieb des Kirchgemeindehauses 'Gäbelhus' (be-traut)" (Ziff. 1), dass die Kirche Fr. 27'600.- an die Personal-kosten bezahlt (Ziff. 4.f), für den Unterhalt und Neuanschaffungen im von ihr gebilligten Rahmen aufkommt (Ziff. 5) und von sich aus am "Vertragsobjekt" nichts ändert (Ziff. 6). Umgekehrt besteht sie darauf, dass die "Anlagen des 'Gäbelhus' in sinngemässer Anwendung des Reglementes für die Benützung der kirchlichen Räume der Evan-gelisch-reformierten Gesamtkirchgemeinde Bern" benützt werden (Ziff. 3.a), die Wahl des Leiters durch die Kirchenverwaltungs-kommission genehmigt werden muss und das Kirchmeieramt in "tech-nischen Belangen" ein "Weisungsrecht" hat gegenüber dem Leiter (Ziff. 4.b, d); sie bedingt sich ferner "die uneingeschränkte Ge-brauchspriorität" für die Räume aus und die obligatorische Geneh-migungspflicht für die Raumbenützung durch "periodisch zusammen-kommende Gruppen", die den Raum "länger als ein Quartal" beansprü-chen (Ziff. 7).

Aehnlich halten es die Baugesellschaften. Im Protokoll der "Inter-nen Bau- und Betriebskommission der Baugesellschaften Gäbelbach" vom 21. März 1969 ist die Aussage Herrn V.'s (des Verwalters der Familien-Baugenossenschaft und Verwaltungsratsmitglieds der Gäbel-bach-Immobilien AG) festgehalten, "die Baugesellschaften seien be-reit zu helfen und bereit zu zahlen, wenn sie auch etwas dazu zu sa-gen hätten. Er möchte vor allem auch das Mitspracherecht über Verwaltung und Betrieb". Herr M. lässt in der folgenden Sitzung dazu nachtragen: "Als Vertreter der Baugesellschaft Brünnen-Eich-holz möchte er die Aeusserungen von Herrn V. betr. Mitspracherecht über Betrieb und Verwaltung unterstützen und betont, dass durch

die Erfahrungen im Tscharnergut innerhalb ihrer Baugesellschaft ernsthafte Bedenken gegenüber dem Projekt Freizeitanlage Gäbelbach geäußert worden seien. Man müsse unbedingt dafür besorgt sein, dass die Zusammenarbeit Baugesellschaft-Gemeinschaftszentren funktioniere." In der Tat haben sich die Baugesellschaften nicht mit eigenen Mitteln an der Finanzierung der Freizeitanlagen beteiligt. Sie vermitteln die Mieterbeiträge (sind aber durchaus bereit, sie zurückzuhalten, wenn es ihnen opportun erscheint: "Herr H.K. jun. orientiert, dass die Baugesellschaften den Beitrag der Mieter an das Gemeinschaftszentrum (Fr. 1.- pro Monat/Wohnung) erst dann freigeben, wenn die Mietverträge zwischen ihnen und der Stadt abgeschlossen sind." (24)) und verwalten - über das Büro Dr. H.K. - die Anlagen: Sie übernehmen die Kapitalkosten, Steuern und Versicherungen, den Gebäudeunterhalt und die Amortisationen und beziehen dafür eine Jahresmiete von Fr. 30'936.-, von der ein bestimmter Betrag als Verwaltungshonorar in die Kasse des Verwaltungsbüros abgeht. Die Gäbelbach-Immobilien AG fühlt sich denn auch faktisch verantwortlich für ordentliche Ausstattung und Führung der Freizeitanlage und duldet nur ungern Initiativen der Bewohnervereinigung. Der Aenderungsvorschlag der vereinsinternen "Arbeitsgruppe Gemeinschaftszentrum Gäbelbach" zum Beispiel, im "Gäbelhus" statt des ersten Leiterbüros ein offenes Foyer einzurichten (25), wurde sehr unwillig aufgenommen und konnte nur durch nachdrückliches Fordern durchgesetzt werden (ein Mitglied der Arbeitsgruppe meinte nach den Verhandlungen, dass die Bauherren zwar immer vom Mitbestimmungsrecht redeten, sich aber gleich desavouiert fühlten, wenn man es einmal ergreife). Zur konkreten Betriebsführung wird denn auch im Vorvertrag zum Mietvertrag zwischen der Gäbelbach-Immobilien AG und dem Verein Gemeinschaftszentrum Gäbelbach unter Ziffer 7, "Rechte und Pflichten des Mieters", Absatz a, festgehalten, dass der Mieter "das Mietobjekt zu keinem anderen als zu dem in Ziff. 1 umschriebenen Zwecke (d.i. "zum Betrieb eines Gemeinschaftszentrums" - Anm. d. Verf.) und mit grösster Sorgfalt zu gebrauchen" habe. "Untermiete eines Teiles des Mietobjektes für vorübergehende Veranstaltungen ist dem Mieter gestattet. Die Verant-

wortung für die Erfüllung dieses Vertrages bleibt jedoch unbeschränkt bei dem Mieter." (Ziff. 8) Und die Baugesellschaften behalten sich rigorose Massnahmen vor für den Fall, dass Tätigkeiten (auch schon durch Untermieter) ausserhalb des Rahmens des Erlaubten aufgenommen werden: "Nichterteilung der Betriebsbewilligung oder Einschränkung im Betrieb durch polizeiliche oder richterliche Verfügung berechtigen die Vermieterin zur sofortigen Vertragsauflösung nebst Schadenersatzforderung, sofern ein Verschulden des Mieters vorliegt." (Ziff. 13.a)

Dass die möglichen Sanktionen der Geldgeber und -vermittler vertraglich festgelegt sind, will sicherlich noch nicht bedeuten, dass sie auch schon ergriffen werden. Dennoch sind sie da, von der Bewohnervereinigung ohne entsprechende Gegendruckmittel akzeptiert und signiert.

- Beiträge der kommunalen Behörden. Die Einwohnerschaft ersteht ("enteignet", nach Art. 96 ff. des Kantonalen Baugesetzes vom 7.6.1970) üblicherweise das erforderliche Land für Grün- und Freiflächen - d.h. "Grundstücke, welche für öffentliche Werke und Anlagen bestimmt sind" (Art. 27 des Baugesetzes) - und öffentliche Verkehrsanlagen, Leitungen etc. Zu welchen Preisen sie dieses Land jeweils kauft, scheint die Praxis noch nicht einheitlich geregelt zu haben. In Umlegungsverträgen wird gelegentlich auf den unterschiedlichen Nutzwert des Landes abgestellt und der Gemeinde daher ein flächenmässig grösserer Anteil überlassen (26), häufig wird ihr auch als Gegenleistung gegen die Gewährung einer höheren Nutzung das Land praktisch umsonst abgegeben*.

* Vgl. dazu etwa den Artikel des Dr. H.K. in der Sonntagsausgabe des "BUND", Nr. 60/12.3.1972, nachdem eine Vorlage für ein öffentliches Zentrum im Osten der Stadt in der Gemeindeabstimmung verworfen worden war: "Der Infrastrukturvertrag schliesslich sieht die Leistung der Grundeigentümer an die Gemeinde zur Verwirklichung der im Zonenplan zugeteilten Nutzung vor; diese Leistungen bestehen neben Geldbeträgen in der Abgabe von Land für die Erstellung der Verkehrsanlagen, der öffentlichen Bauten und Anlagen (Schulhäuser, Turnhallen, Sportplätze, Friedhöfe u.a.m.)." Und etwas später im selben Artikel, bezogen auf die konkrete Vor-

Im Gäbelbach nun, so ist es im "Vortrag des Gemeinderates an den Stadtrat betreffend den Vertrag zwischen der Bauherrengemeinschaft Gäbelbach Bern und der Einwohnergemeinde Bern" (27) nachzulesen, "wurde im Interesse eines raschen Wohnungsbaues ... die Regelung der Landabtretungen für den Strassenbau ... auf den Zeitpunkt der Bauausführung hinausgeschoben. Diese Praxis brachte der Stadt Bern damals keine Nachteile, da sowohl für Strassenland als auch für Grünflächen nicht der volle Verkehrswert, sondern nur reduzierte Entschädigungen bezahlt werden mussten." Nach derselben Quelle wird das heute anders geregelt: "In der Zwischenzeit wurde aber die Praxis zu Ungunsten der Öffentlichkeit geändert; nach der heute gültigen Regelung muss immer der volle Verkehrswert gezahlt werden, unabhängig davon, ob das Land für Strassen oder Grünflächen beansprucht wird." (28) "Die Bauherrenschaft Gäbelbach machte auf Grund der erwähnten Praxisänderung Entschädigungsforderungen für die vorgesehenen Strassen und Grünflächen in einem Betrage von ca. Fr. 500'000.- geltend." (29) Die Verhandlungen wurden geführt zwischen dem Büro Dr. H.K. und der Tiefbaudirektion Bern. (Um "Leistungen" und "Gegenleistungen" eher gegeneinander abwägen zu können, sei erwähnt, dass gemäss Bauklassenplan von 1955 eine Ausnützungsziffer von ca. 0,4 möglich gewesen wäre auf dem Grundstück Weiermatt-Gäbelbach; die tatsächliche Ausnützungsziffer wird in der Nutzflächenberechnung der Architekten-Gemeinschaft Gäbelbach vom 30.8.1967 mit knapp 0,7 ausgewiesen.) Nach dem "Vortrag des Gemeinderates an den Stadtrat" wurden die Verhandlungen "äusserst hart" geführt. Auf eine nachträgliche Bodenpreiserhöhung liess sich die Gemeinde offenbar nicht ein, darum bemühten sich die Bauherren um eine Subventionierung der Kinderspielplätze und Strassen im Umfang von rund Fr. 400'000.-. Nun ist allerdings nach Baugesetz, Art. 10.² der Bauherr verpflichtet, "beim Bau

lage: "Diesen erheblichen Leistungen der Grundeigentümer stand die 'Gegenleistung' des Gemeinwesens gegenüber, nämlich die Zusage der im Zonenplan vorgesehenen Nutzungsmenge und Nutzungsart."

von Siedlungen und von Mehrfamilienhäusern ... genügende Kinder-spielflächen" zu schaffen, und ob Erschliessungsstrassen einer grösseren Siedlung schon im öffentlichen Interesse liegen, geht aus dem Gesetzestext nicht hervor. Mit einem Hinweis auf die höhere Nutzungsziffer bot die Tiefbaudirektion einen Pauschalbetrag an die zu erstellenden Strassen von Fr. 135'000.- an. Schliesslich einigte man sich, nachdem die Bauträger "auf politischem Wege" - so einer der betreffenden Herren - vorgegangen waren, auf Fr. 220'390.-; dieser Betrag wurde nach einer harten Debatte, in der die Antragsteller ihren rechtlichen Anspruch nicht schlüssig darlegen konnten, vom Stadtrat angenommen (30).

Die Stadt hat somit in der Siedlung Gäbelbach das Land für alle Grünflächen und Strassen (inkl. "Dorfplatz"), für die Schule, den Kindergarten und die Kinderkrippe zu einem günstigen Preis gekauft. Sie erstellte die entsprechenden Räumlichkeiten für 4,5 Mio. Fr. und gewährte an die Erschliessungskosten Subventionen im Ausmass von 15% der Gesamtkosten. Für das Gemeinschaftszentrum übernahm sie die Restfinanzierung in der Höhe von Fr. 296'400.- (31). Zusätzlich vermittelte die städtische Fürsorgedirektion "der Gäbelbach-Immobilien AG zulasten des Gfeller-Fonds* ein zinsloses Darlehen von Fr. 250'000.- zur teilweisen Finanzierung des Gemeinschaftszentrums und der Freizeitanlage" (32), sowie "dem Verein Gemeinschaftszentrum Gäbelbach einen angemessenen Beitrag an die Betriebskosten" (33) (beides bewilligt mit dem Gemeinderatsbeschluss vom 12.11.1969). Sie tat dies aus der Ueberzeugung heraus, "dass die Gemeinschaftszentren einem dringenden

* Christian Gfeller gründete 1896 einen Zweimannbetrieb in Bümpliz, der bald gute Geschäfte machte mit der Erfindung des Kreuzwählers, eines Durchschalteelements der automatischen Telephonie; heute beschäftigt die Chr. Gfeller AG gegen 1000 Angestellte mit der Fertigung elektronischer Geräte. (aus: E. Wolf, Bümpliz gestern, heute, morgen. Bern 1969)

Gfeller (gest. 1943) wurde Regierungsstatthalter; er vermachte der Gemeinde Bümpliz testamentarisch ca. 3 Mio. Fr. zur sinnvollen Verwendung an Schulen und Freizeitanlagen in Bümpliz; verwaltet wird der Gfeller-Fonds durch den Gemeinderat von Bern.

Bedürfnis entsprechen und zweifellos besondere Wohlfahrts- und Fürsorgeeinrichtungen im Sinne des Fürsorgegesetzes sind" (34).

Die im Hinblick auf die konkrete Gestaltung der Stadt in erster Linie zuständige Behörde, das Stadtplanungsamt, erbringt normalerweise an Wohnsiedlungsprojekte keine "Leistungen" durch direkte planerische und finanzielle Unterstützung, wohl aber durch die Anpassung des Zonenplans an die Bedürfnisse privater Bauherren: "Die Stadtplanung stellt sich bezüglich der Nutzung auf den Standpunkt, dass keine Vorausfestlegungen durch eine Ziffer bestimmt werden sollen. Die Qualität der Ueberbauungsprojekte ist für die Grösse der Nutzung entscheidend. Diese Haltung bildet für die Grundbesitzer einen starken Antrieb, eine gute Planung zu fördern." (35) Tatsächlich ist man heute auch auf amtlicher und gesetzgeberischer Seite interessiert an Gesamtüberbauungen: das neue Baugesetz sieht neben reinen Wohn- bzw. Industrie- und Gewerbezone und gemischten Zonen auch "Zonen für Gesamtüberbauungen" (Art. 21.²) vor, für die nur summarische Leitlinien betreffend Art und Grad der Nutzung gegeben werden, und für die auch keine Sonderbauvorschriften mehr erlassen werden müssen (Art. 22). Dadurch soll in den Stadtrandzonen eine dichtere, gesamtplanerischen Massstäben verpflichtete Bauweise gefördert werden.

Im Gäbelbach mussten allerdings noch Baulinienplan und Sonderbauvorschriften vom Gemeinderat genehmigt und dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden. In der "Botschaft des Stadtrates an die Gemeinde betreffend den Baulinienplan Gäbelbach-Weiermatt" (36) wird dem Bürger mitgeteilt: "Das vom Baulinienplan umfasste Gebiet ist heute der Bauklasse I A (1 1/2 Geschosse) zugewiesen, und es sind weder längs der bestehenden Strassen noch für neue Strassen Baulinien festgelegt. Die vorgesehene Ueberbauung weicht stark von den heute geltenden Vorschriften ab und erfordert den Erlass entsprechender Sonderbauvorschriften, die im Zusammenhang mit dem Baulinienplan genehmigt werden sollen." Im Detail heisst das: "Mit Ausnahme von Feld F, das in der Bauklasse I A verbleibt, wird für das übrige Plangebiet die im Bauklassenplan von 1955

enthaltene Bauklasseneinteilung aufgehoben. Es wird teilweise den Bauklassen IV (Felder A, B, C und D) resp. II (Feld E) zugeteilt und teilweise als Grünfläche im Sinne von Art. 34 der Bauordnung bezeichnet*." (37) Die Artikel zur "Architektonischen Gestaltung", zu "Grün- und Freiflächen" etc. sind sehr vage gehalten, Leerformeln, die von den Bauträgern fast beliebig ausgefüllt werden können; "Bebauungsplan", "Geschosshöhen und Gebäudehöhen", "Dachgestaltung" und "Autoabstellplätze, Einstellhallen und Garagen" sind reine Folgebestimmungen auf der Basis der von den Architekten vorgelegten Pläne und erfüllen die Funktion, eine bestehende Planung nachträglich zu sanktionieren.

Diese Praxis mag insofern ihre Berechtigung haben, als anzunehmen ist, dass die Baupläne nach Absprachen mit dem Stadtplanungsamt bereinigt wurden, und dass die kommunale Behörde ihren Einwänden und Forderungen Nachdruck verschaffen konnte. Es muss aber gleichzeitig auch darauf hingewiesen werden, dass dieses formal-demokratische System eine effektive Kontrolle durch den interessierten Bürger nicht gewährleisten kann, da er immer erst den ausgearbeiteten Vorschlag annehmen oder verwerfen kann, nicht aber in die Ausarbeitungsphasen eingreifen darf, noch die Möglichkeit hat, Alternativvorschläge vorzubringen.

Die Gemeindebehörden waren vor allem in der Projektierungs- und Erstellungsperiode der Gemeinschaftsanlagen auf die Wahrnehmung ihrer Interessen bedacht; der Fürsorgedirektor oder einer seiner Adjunkte und Sekretäre fehlten in kaum einem der Entscheidungsgremien. Seit der Fertigstellung der Einrichtungen haben sie sich eher zurückgezogen und besetzen nur noch einen Vorstandssitz im Dachverband der bernischen Gemeinschaftszentren, der BVG. Der Fürsorgedirektor mochte auch den (mutmasslichen) Forderungen der

* heute überbaut sind die Felder A bis D; Feld E ist der gegenüberliegende Südhang, an dem Terrassenbauten für den gehobenen Bürgerstand vorgesehen sind, Feld F ist ein schmaler Westhang, auf dem ein paar ältere Bauernhäuser stehen.

Gäbelbach-Immobilien AG, den Mietvertrag mit zu unterzeichnen, nicht nachkommen, sondern sicherte in einem Brief lediglich zu, dass die Zahlung der Miete durch ihre Defizitübernahme sichergestellt sei und damit der Unterzeichnung des Vertrags durch die Verwaltung wohl nichts mehr im Wege stehen sollte (38).

Hingegen bestehen engere Verbindungen zwischen den Bauträgern bzw. deren Ausführungsorganen und den behördlichen Stellen. Die Schuldirektion ist durch einen ihrer Sekretäre im Verwaltungsrat der Gäbelbach-Immobilien AG vertreten und als deren offizieller Repräsentant auch im Vorstand des Vereins Gemeinschaftszentrum Gäbelbach (allerdings sind zwei der drei designierten Vertreter der Bauträger in diesem Vorstand ebenfalls Verwaltungsräte der Gäbelbach-Immobilien AG, und der dritte ist ein Sohn des Dr. H.K.).

2.4 Die architektonische Gestaltung der Siedlung

Das optische Bild der Blöcke, die bis auf die vom Terrain abhängigen Sockelgeschosse gleich gebaut sind, ist wesentlich beeinflusst von der Elementbauweise: Die einzelnen Wohnungen sind Wand an Wand und Decke an Boden aneinandergefügt, zwölf Stockwerke hoch mit zurückversetzten Attika-Aufbauten. Jedes Wohnelement ist gleichsam eingerahmt von seinen Betonwänden. Auf der Eingangs- und Schlafzimmerseite hat es zwei Fenster, dazwischen eine grau-braun gestrichene Wellblech-Wand, auf der Balkonseite fünf grosse, vom Boden zur Decke reichende verstellbare Aluminiumlamellen sowie, auf der verbleibenden Breite, ein Glas-Aluminium-Geländer und eine senkrecht heruntergelassene Sonnenstore. Es entsteht dadurch eine ausgeprägte Horizontal-vertikal-Rasterung mit ziemlich starken hell/dunkel Kontrasten. Unterbrochen wird diese etwas starre, an Waben erinnernde Fassade auf der Schlafzimmerseite durch die zurückversetzten vierten und neuen Stockwerke (mit 2 1/2-Zimmer-Wohnungen statt der üblichen 3 1/2-Zimmer-Standardwohnungen), auf denen ein Laubengang über die ganze Länge des Blockes führt, sowie durch den spitzen Aufbau der Maisonnette-Attikawohnungen am einen Ende

(offenbar fehlt dieser "Gupf" auf keiner Kinderzeichnung). Wenn auch eine Bewohnerin findet, "die Fassade der Schlafzimmersseite" sehe aus "wie eine trostlose Kaserne", so ist doch den Gäbelbach-Blöcken eine gewisse formliche Geschlossenheit und Konsequenz nicht abzusprechen, die sich positiv abhebt von vergleichbaren normierten oder auch in traditioneller Bauweise erstellten Wohnbauten.

Die Blöcke werden erschlossen durch neun Treppenhäuser mit je einem Aufzug, die immer zwischen zwei Wohnelementen liegen; die Haltestellen befinden sich auf jedem zweiten Zwischenpodest, bedienen somit je vier Wohnungen. Die Haustüren gehen auf einen zur Hälfte gedeckten Laubengang, der auf ebener Erde bzw. über den Sockelgeschossen dem Block entlang läuft. Er führt zu den Parkplätzen, zur Strasse und zum Fussweg, die aus der Siedlung führen, und zum Laden- und Gemeinschaftszentrum. Mobiler und Fussgängerverkehr sind weitgehend getrennt; die Verkehrswege in der Siedlung sind zielgerichtet und folglich tendentiell Sackgassen: sie wollen den Bewohner in seine Wohnung und von da aus wieder zu den verschiedenen, den Wohnkomfort ergänzenden Folgeeinrichtungen bringen, und dies auf möglichst geradem und witterungsgeschütztem Weg. Vom Block C aus, dem hintersten, am weitesten von der Stadt entfernten Gebäude, kann ein Fussgänger dem Block entlang, an Parkplätzen und am Kehrthhäuschen vorbei über den "Dorfplatz" ins Einkaufszentrum gehen, durch die von automatischen Türen abgegrenzte Ladenstrasse hindurch, von der wiederum Treppen und Gänge zu den Einstellhallen, der Schule, der Krippe, den Gefrierfächern etc. führen, von dort aus durch eine gedeckte, durch Plakatwand und Aluminiumlamellen beidseitig abgeschlossene Passage zum Block A und durch den hindurch wieder an Parkplätzen vorbei auf dem Fussweg zur Busendstation. Für diesen Gang benötigt er ca. zehn Minuten. Vom Block B aus kann er eine Fussgängerrampe hochsteigen, den Schulplatz überqueren, nochmals eine Rampe hinaufgehen, dann kommt er auch wieder in die Ladenstrasse, oder er kann unten am Block A vorbei auf Gehsteig und Fussgängerweg der Strasse entlang



Abbildung 5 Plan der Siedlung Gabelbach.

gehen. Von beiden Blöcken her hat er auch direkten Zugang zu den Einstellhallen. Vom Block A aus kann der Bewohner entweder durch die gedeckte Passage zu Ladenstrasse und Einstellhallen gelangen oder kann seine Schritte in entgegengesetzter Richtung am Kehrichthäuschen und an Parkplätzen vorbei auf den Fussweg lenken; er erreicht die Busendstation in fünf Minuten. Der Laubengang beim Block A ist der einzige, der nicht als Sackgasse endet: eine schmale Halsbrechertreppe führt auf die unten durchgehende Strasse hinunter. (Dasselbe Treppchen führt beim Block B lediglich zum Kinderspielplatz.)

Die einzelnen Blöcke sind gewissermassen "ausgerichtet" auf das "Zentrum", in welchem sich alle öffentlichen und privaten Dienstleistungsbetriebe ballen und durch diese Konzentration ein reges, urbanes Leben hervorbringen sollen. Architekt A. erläuterte dieses Konzept am Diskussionsabend "Neues Dorf- und Kulturzentrum Bümpliz" vom 4. November 1970 an der Wandtafel folgendermassen: Wenn man Läden, Schulen und öffentliche Einrichtungen über die ganze Agglomeration verstreue, könne in der Siedlung kein reges Leben entstehen; dazu brauche es die Konzentration dieser Einrichtungen in einem eigenen Zentrum, das von den Wohnbauten räumlich getrennt ist, sich aber auch in seiner architektonischen Gestaltung von der Umgebung abhebt und vorzugsweise gedeckt, vor Regen und Sonne geschützt und heizbar, eventuell auch kühlbar ist.

Diese Sozialmontage erwies sich als Fehlkonstruktion (39): In der sterilen Atmosphäre des Tag und Nacht mit Neonlicht ausgeleuchteten Durchgangs durch das Einkaufszentrum, in dem nicht nur die Plakatwände einen daran erinnern, dass man noch etwas einkaufen wollte; auf dem Schulplatz vor dem Eingang der Freizeitanlagen, auf dem Kinder spielen (und schreien); auf dem vorläufig erst von parkierenden Autos und einigen schüchternen Gebüsch-Arrangements gesäumten "Dorfplatz" konnte kein "reges Leben" entstehen. Seit einiger Zeit ist nun die "Arbeitsgruppe für das Quartier" des Gäbelbachvereins bemüht, vom Gartenbauamt ein grosses Schachspiel und ein paar Gartenstühle und -bänke für den kaum benützten "Dorf-

platz" zu erhalten. Nicht mehr als die anderen öffentlichen Anlagen laden die Strassen in der Siedlung zum Verweilen ein. Sie sind so eindeutig nur auf ihre Funktion als Transportwege und Auto-Abstellplätze hin konzipiert, dass man sie eigentlich gar nicht "Strasse" nennen möchte. So halten sich denn die Kinder und die Frauen, die überhaupt an Kontakten in der Siedlung interessiert sind, vorzugsweise auf den Laubengängen auf, die dazu nicht vorgesehen waren. Anonyme, beiläufige Kontakte sind dort allerdings nicht möglich. Dadurch, dass die Laubengänge nichts anderes sollen, als die Blöcke erschliessen, verkehren auf ihnen tagsüber fast ausschliesslich Hausfrauen, gelegentlich auch Lieferanten, Reparaturhandwerker und der Hauswart.

Die Anlage der Siedlung verunmöglicht die Kontakte, gerade weil die Kontaktbahnen vorgespart sind durch die Planer; weil die Blöcke einseitig auf das Zentrum hin orientiert sind, isolieren sie sich gegenseitig und werden die Wiesen zu Leerflächen, die sich nicht überbrücken lassen. Und was als Begegnungsraum vorgesehen war, reduziert sich auf seine einzelnen objektivierbaren Zweckbestimmungen, die erst Kontakte hätten vermitteln sollen: Die Ladenstrasse gleicht mehr einem Dutzend-Supermarkt als der Kasbah, die ihr zu Gevatter stand, und der Dorfplatz bekennt Farbe und wird zum Parkplatz. Die fein säuberlich auseinandergelegten Funktionen wollen sich nicht wieder zum Ganzen zusammenfinden, die Siedlung wird zur "reinen Transportanlage", deren wichtigster Transportgegenstand der Mensch ist (40).

Der Gäbelbach ist eine nahezu reine Wohnsiedlung. Es gibt keine Büroräume, kaum Ateliers und Gewerberäume, wenn auch die Ausübung eines stillen Gewerbes oder die Führung eines Dienstleistungsbetriebes in den Wohnungen im Mietvertrag nicht vorbehalten ist. Entsprechend sind die Folgeeinrichtungen ausgelegt: Jeder Block hat eine zentrale Kehrrihtablagestelle, Velo- und Kinderwagenabstellplätze und einen Waschsalon mit neun Waschmaschinen und beheizten Trockenräumen. Die Siedlung wird von einem Fernheizwerk aus mit Wärmeenergie versorgt, die Abwässer gehen in eine eigene

Kläranlage, die von den Baugesellschaften errichtet wurde als Provisorium, aber völlig ungenügend ist. Man kann Gefrierfächer mieten und einen Platz in der Auto-Einstellhalle (allerdings hat es nicht einmal für jeden zweiten Mieter einen Abstellplatz). Für Ordnung im und ums Haus sorgt ein Abwart. Im Einkaufszentrum kann man sich eindecken mit Gütern des täglichen Bedarfs (Lebensmittel, Pharmazeutika, Zeitungen; es ist auch ein Coiffeur und eine chemische Reinigung vorhanden), man kann auch, wenn man nicht selber kochen will, im Restaurant essen. Nicht vorhanden hingegen sind zentrale, genossenschaftlich oder auf solidarischer Basis organisierte Wasch- und Putzequippen, auch keine Sammelstelle einer Wäscherei, keine zentrale Küche, aus der fertige Malzeiten zu beziehen wären; das sind Aufgaben einer jeden Hausfrau. Umgekehrt gibt es auch keinen Postschalter und keine Bankfiliale, durch die Zahlungen abgewickelt werden können - für Wirtschaftsunternehmen eine relativ ungünstige Voraussetzung. Es befindet sich in der Siedlung ein Samariterposten, aber keine Arztpraxis. Die Kinderkrippe kann zwanzig Säuglinge und fünfundzwanzig bis dreissig Kleinkinder aufnehmen, ein Tagesheim wird für überflüssig befunden*. Die beiden Kindergärten und die neun Schulzimmer (die vier Primarschulklassen werden doppelt geführt, ein Zimmer ist als Ersatz gedacht) sind überbelegt, viele Kinder müssen in die benachbarten Schulhäuser wandern.

Die Spielplätze - im Prinzip gehört zu jedem Block einer - bestehen aus Sandkästen, Rutschbahnen, Schaukeln und Kletterbögen; einzelne Kletterbögen stehen auch noch in der Wiese und auf dem Schulplatz. Jeder Block hätte auch einen gedeckten Winterspielraum, diese bleiben aber ausser für die Sonntagsschule geschlossen, weil die Abwarte sich beschwerten über den Unfug, den die Kinder drin

* Vgl. die Besprechungsnotiz vom 3.2.1967 auf der Fürsorgedirektion: "Abschliessend wird die Frage eines privaten oder städtischen Tagesheims diskutiert. Es ist festgestellt, dass die Ueberbauung Gäbelbach als erste Etappe zu klein für den Betrieb eines Tagesheims ist, dass aber ein Raum dafür vorzusehen ist für den späteren Ausbau, wobei dieser Raum vorerst für Gewerbezwecke oder Schulzwecke verwendet werden könnte."

trieben. Es gibt keinen Sportplatz (ausser der Klein-Schwimmhalle mit einem 15 x 7 m abmessenden Schwimmbecken), erst seit kurzer Zeit einen Hartplatz mit Fussball-Toren, auf dem die Kinder Rollschuh- und Velofahren können (die meisten ziehen aber die Laubengänge vor und fahren dort den Passanten um die Beine), keinen benützbaaren, witterungsgeschützten Spielraum, schon gar nicht einen unter Aufsicht einer Fachkraft gestellten Abenteuerspielplatz. Der Wald ist nahe, aber den meisten Kindern von ihren Eltern untersagt aus Furcht vor sich herumtreibendem Gelichter. Schon früh haben sich einige Frauen zu einem wöchentlichen Kinderhütenachmittag zusammengeschlossen, sie sind aber grösstenteils durch die Aufgabe überfordert und wollen sich auch nicht Zurechtweisungen durch die Nachbarinnen aussetzen, so beschäftigen sie die Kinder einfach irgendwie. Heute gehen Initiativen für eine sinnvollere Arbeit mit Kindern vom Gemeinschaftszentrum aus.

Die vorhandenen und die fehlenden Einrichtungen gegeneinander abwägend kommt man zum Schluss, dass die Siedlung in erster Linie gebaut wurde für die isolierte, häusliche Kleinfamilie mit erwerbstätigem Vater und haushaltender Mutter, in der es selbstverständlich ist, dass die Mutter die Kinder gerne beständig in ihrer Obhut hat. Unter diesen Bedingungen lässt sich in der Siedlung Gäbelbach recht komfortabel leben, zumindest, solange man die kleinen Wohnungen nicht überbelegt, denn die Seitenwände der Wohnelemente müssen den Bau tragen und dürfen deshalb nicht nachträglich herausgehauen werden. Es ist aber nicht zu übersehen, dass der Gäbelbach "verplant" wurde. Er ist überdeterminiert durch all die "sauberen Lösungen" (41), sowohl in der Wohnungsgestaltung, die nur eine ganz bestimmte Bewohnergruppe anvisiert, als auch in der Siedlungsgestaltung, die eine bestimmte, aber an sich willkürliche Ordnung festlegt und die sozialen Beziehungen vorspart. Es hätte der Siedlung vermutlich gut getan, wenn vermehrt "ins Un-Reine" (42) geplant worden wäre.

2.5 Die Belegung der Wohnungen im freien und im sozialen Wohnungsbau

Die Wohnungen im Gäbelbach haben innenliegende Bäder und Küchen (die grösseren zusätzlich noch ein separates WC), die künstlich entlüftet werden. Da die Küche kein Fenster hat, ist sie zur Essnische des Wohn-Essraumes hin offen belassen. Bad und Küche weisen die üblichen Minimal-Einrichtungen auf (Einbaubadewanne, Toilette, Lavabo und Toilettenschrank mit Spiegel im Badezimmer, Kühlschrank, Gaskochherd, Chromstahlkombination mit Spülbecken, Abtropf- und Arbeitsteil und hoch- und tiefliegenden Schränken in der Küche) und sind äusserst knapp bemessen, es lässt sich kaum noch zusätzlich etwas hineinstellen. Ebenfalls zu jeder Wohnung gehören ein Abstellraum mit Besenschrank, zwei Wandschränke und eine Kleiderhänge im Korridor (wobei die Wandschränke auch losgeschraubt und in ein anderes Zimmer gestellt werden können), eine Gegensprechanlage zum Hauseingang, ein Telefon- und ein Fernsehanschluss.

Die Brutto-Wohnfläche der 3½-Zimmer-Wohnung, der Standard-Wohnung in den Gäbelbach-Blöcken, beträgt rund 82 m². Die beiden Schlafzimmer befinden sich an der Rückfront; das Kinderzimmer liegt mit seinen 11,5 m² knapp über dem baugesetzlichen Minimum, das Elternzimmer ist etwas grösser. Sie sind voneinander getrennt durch eine dünne, kaum schallisolierende Betonwand. Das nächste Drittel in der Längsabmessung der Wohnung wird eingenommen von Korridor, Schrankraum, Bad-WC und einem Teil der Küche. Die Wohnung wird in diesem Teilstück etwas schmaler, weil der Raum für den Liftschacht und das Treppenhaus herausgenommen ist. Im letzten Drittel liegt der L-förmige Wohn-Essraum, der die Küche einschliesst. Die ganze Front ist verglast und öffnet sich auf einen schmalen, gedeckten Balkon. Die wenigen 3- und 4-Zimmer-Wohnungen haben den 25 m² grossen Wohn-Essraum nicht, die 2½-Zimmer-Wohnungen haben an der Rückfront nur einen grossen Raum, vor dem ein Laubengang durchführt (dieser wird bloss geöffnet, wenn ein Lift längere Zeit defekt ist); die 4½-Zimmer-Wohnungen haben ein zusätzliches Kinderzimmer - auf einem Stock in den Obergeschosswohnungen, in den Ein-

gangsgeschoss-Maisonnette-Wohnungen liegen die Schlafräume oben, unten ist bloss ein zur Wohndiele erweiterter Korridor, die Küche und der Wohn-Essraum, vor dem ein etwas grösserer Sitzplatz liegt.

Die Belegung (vgl. Tabelle 8) der Kleinwohnungen mit ein bis zwei Personen im Normalfall entspricht wohl etwa den üblichen Vorstellungen von Wohnkomfort. In diesen Wohnungen leben vor allem allein-stehende jüngere und ältere Leute und Ehepaare ohne Kinder; die scheinbare Ueberbelegung einzelner Wohnungen (z.B. zwei Personen in einem Zimmer) nimmt sich nicht mehr so schwerwiegend aus, wenn man weiss, dass es sich um eine alleinstehende Mutter mit ihrem Kleinkind handelt: Es ist nicht zu erwarten, dass sie diese Ein-zimmerwohnung als endgültige Bleibe für Jahre betrachtet. Die 3½-Zimmer-Wohnungen im freien Wohnungsbau werden vorwiegend von Ehe-paaren mit einem Kind bewohnt, seltener von solchen ohne bzw. mit zwei Kindern. Die eigentlichen "Familienwohnungen": die 3½-Zimmer-Sozialwohnungen und jene mit vier und mehr Räumen sind bedeutend stärker belegt. In den 3½-Zimmer-Wohnungen leben nicht zwei bis vier, sondern drei bis fünf Leute (was bedeutet, dass in dem 11,5 m²-Kinderzimmer zwei bis drei Kinder schlafen, spielen und Schulaufgaben machen sollen). Und auch in den 4- und 4½-Zimmer-Wohnungen sind häufiger fünf bis sechs Personen untergebracht als vier. Wieder eher weniger belegt sind die "vornehmeren" grossen Attikawohnungen. Diese Trends lassen sich sehr deutlich ablesen aus den Regressionsgeraden der durchschnittlichen Belegung der Wohnungen im freien und im sozialen Wohnungsbau (vgl. Abbildung 6): Die Gerade für den sozialen Wohnungsbau verläuft wesentlich flacher.

Man kann die Belegung der Wohnungen unterschiedlicher Grösse miteinander vergleichbar machen, indem man den "Wohnraumstandard" (43) berechnet, den Quotienten aus der Anzahl Wohnräume und der Anzahl Bewohner, wobei zur Zahl der Zimmer je Wohnung noch ein halbes Zimmer dazugezählt wurde für Korridor, Küche und Badezimmer*.

* Dies wurde getan in Anlehnung an Zapf, Heil, Rudolph, Stadt am Stadtrand. FfM 1969, S. 21 ff., wiewohl es angesichts der sehr

Abb.6 Die durchschnittliche Belegung der Wohnungen im Gäbelbach

Zimmer pro
Wohnung

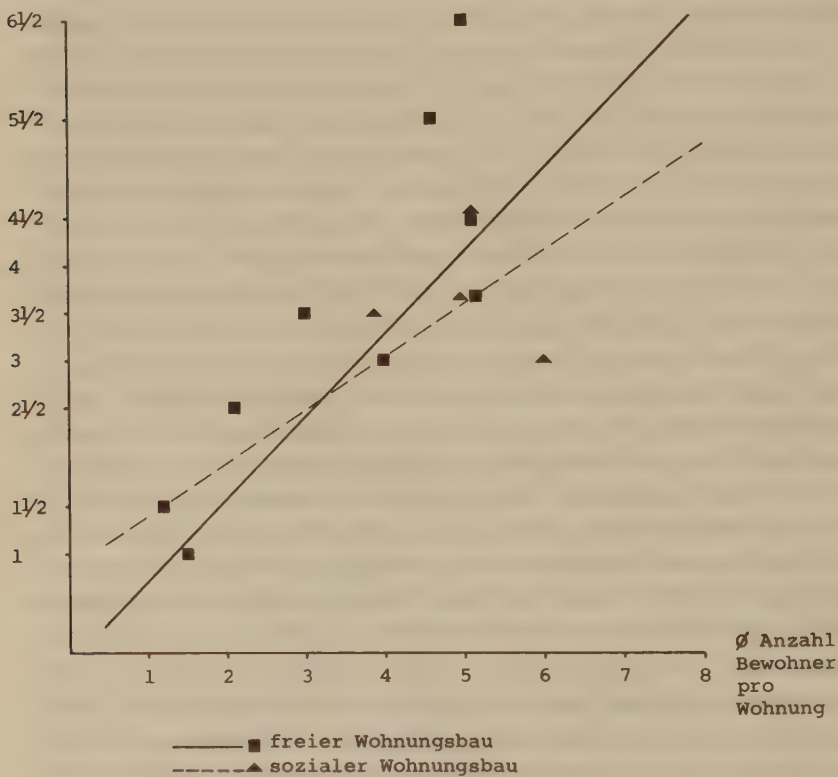


Tabelle 8
Die Belegung der Wohnungen im Gabelbach

Wohnungstyp ¹⁾	(absolute Häufigkeiten) Anzahl Bewohner pro Wohnung										Wohnungen gesamt	Bewohner gesamt	Ø Anzahl Bewohner je W'typ
	1	2	3	4	5	6	7	8					
1	1	1									2	3	1,5
1½	5	1									6	7	1,2
2½	3	12	3	1							19	40	2,1
3			1		1						2	8	4,0
3 s						1					1	6	6,0
3½	1	14	28	14	2						59	179	3,0
3½ s			16	27	10		1				54	213	3,9
4				4	2	2		1			9	46	5,1
4 s					1						1	5	5,0
4½				2	4	3					9	46	5,1
4½ s				4	9	2	2				17	87	5,1
5½				3	1	1					5	23	4,6
6½					1						1	5	5,0
gesamt	10	28	48	55	31	9	3	1			185	668	3,6

Anmerkung:

1) Wohnungstypen unterschieden nach Anzahl Zimmer und Mietzulagen (s = sozialer Wohnungsbau)

Tabelle 9

Der durchschnittliche Wohnraumstandard im Gäbelbach,
aufgegliedert nach Wohnungstypen

- freier Wohnungsbau:

Anzahl Räume pro Wohnung	durchschnittlicher Wohnraumstandard	niedrigster Wert	höchster Wert
1	1,0	0,75	1,5
1½	1,7	1,0	2,0
2½	1,3	0,75	3,0
3	0,9	0,7	1,2
3½	1,3	0,8	4,0
4	0,9	0,6	1,1
4½	1,0	0,8	1,3
5½	1,3	1,0	1,5
6½	1,3	1,4	1,4
freier Wohnungs- bau gesamt	1,2	0,6	4,0

- sozialer Wohnungsbau:

Anzahl Räume pro Wohnung	durchschnittlicher Wohnraumstandard	niedrigster Wert	höchster Wert
3	0,6	0,6	0,6
3½	1,0	0,6	1,3
4	0,9	0,9	0,9
4½	1,0	0,7	1,3
sozialer Wohnungs- bau gesamt	0,9	0,6	1,3
Gäbelbach gesamt	1,1	0,6	4,0

$$\text{Wohnraumstandard} = \frac{\text{Anzahl Wohnräume}}{\text{Anzahl Bewohner}}$$

(Zur Berechnung des Wohnraumstandards wurde zur Zahl der Zimmer je Wohnung noch ein halbes Zimmer zugeschlagen für Korridor, Küche und Badezimmer. Vgl. Katrin Zahpf, Karolus Heil, Justus Rudolph, Stadt am Stadtrand, FfM 1969, S. 21.)

Dabei zeigt sich wiederum, dass die Kleinwohnungen, die nicht subventionierten 3½-Zimmer- und die Attikawohnungen vernünftig belegt sind mit durchschnittlichen Wohnraumstandards um 1,3 und darüber, währenddem die nicht subventionierten 4- und 4½-Zimmer-Wohnungen und der ganze soziale Wohnungsbau mit durchschnittlichen Wohnraumstandards um 1,0 und darunter eindeutig überbelegt sind (vgl. Tabelle 9).

In der Siedlung Gäbelbach als ganzer, mit ihrem durchschnittlichen Wohnraumstandard von 1,1, insbesondere aber im sozialen Wohnungsbau, sind kaum mehr Wachstumsreserven vorhanden. In Anbetracht dessen, dass die Blöcke vom Gäbelbach-Typ in Bern-West so verbreitet sind und auch die anderen Siedlungen vorwiegend Wohnungen dieses Zuschnitts anbieten und die Altwohnungen in der Stadt rar werden, fragt man sich, wohin denn wachsende und grosse Familien ziehen sollen. Und man bedauert die gross angelegte Fehlplanung, die sich auf simple arithmetische Durchschnittsberechnungen der Grösse von Wohngemeinschaften in Berner Quartieren abstützt*. Im Vergleich dazu sei Justus Rudolph (44) erwähnt, der für die mit dem Gäbelbach vergleichbare Münchner Stadtrandsiedlung Fürstenried-Ost einen durchschnittlichen Wohnraumstandard von 1,3 errechnet, die Wohnungen in der Siedlung Hasenberg1 (mit einem Wohnraumstan-

knappen Bemessung dieser Räume im Gäbelbach, die eine zur vorgesehenen Nutzung zusätzliche unmöglich macht, und der Anrechnung des grossen Raumes als anderthalb Zimmer als überflüssige Grosszügigkeit erscheinen mag.

So heisst es etwa in einer Dokumentation der Planungsgruppe Bern-West vom April 1966, Einwohnerdichten in städtischen Wohnzonen: "In der Annahme, dass bei neuen Quartieren die Verteilung der Wohnungsgrössen dem gesarten städtischen Durchschnitt entspricht, kann für die Ermittlung der Einwohnersummen der Wert $E/WE = 3,0$ zugrunde gelegt werden. (E/WE soll heissen: Einwohnerzahl pro Wohneinheit - Anm. d. Verf.)

Die Untersuchung der Einwohnerzahl im Tscharnerngut ergab als Neuartier aufgrund der Angaben der Hausverwaltungen Werte von 4,0 E/WE.

In einem neuen Quartier reduziert sich aber die Einwohnerzahl mit zunehmendem Alter durch Wegzug der erwachsenen Kinder. Die Einwohnerzahl pro Wohneinheit wird sich im Zeitraum von ca. 10 Jahren auf den Durchschnittswert von 3,0 E/WE stabilisieren."

dard von 1,07) aber für "in bedenklicher Weise überbelegt" (45) und auch die Wohnraumstandards der übrigen Siedlungen für "nicht besonders hoch" hält, zumal, wie er in einer Fussnote bemerkt, "in Schweden und Norwegen ... für 1980 mit einem Standard von 1,43 bis 1,67 gerechnet" werde (46).

Die günstigen Belegungsziffern in den Attikawohnungen und die ungünstigen im sozialen Wohnungsbau erinnern einmal mehr daran, dass enge Zusammenhänge bestehen zwischen sozialem Milieu, Einkommen und Wohnkomfort. Eine Aufstellung der Wohnraumstandards nach sozialen Schichten (vgl. Tabelle 10) bestätigt und differenziert diese banale Feststellung. Die Angehörigen der gehobeneren Schichten, aber auch die Rentner, leben relativ gut: ihre Standards liegen mehrheitlich zwischen 1,2 und 1,5. Die Angestellten in Büro, Verkauf und Vertretung und die "übrigen" mittleren Angestellten haben ihr Schwergewicht um 1,0 bis 1,3, sind aber, und zwar besonders die "übrigen", sehr breit gestreut, mit Vertretern in den untersten und obersten Klassen, und haben eine zweite Spitze um 2,0. Dies mag einesteils zusammenhängen mit der breiten Streuung der Einkommen in diesen Berufsgruppen, aber, und dies wiederum besonders bei den "übrigen", auch mit den verlängerten und angehängten Aus- und Weiterbildungsperioden (z.B. über den zweiten Bildungsweg) der jüngeren unter diesen Leuten. Ebenfalls breit gestreut sind die Hilfskräfte in Industrie, Handel und Verwaltung, wenn sie ihr Schwergewicht auch - mit den uniformierten Beamten - eindeutig zwischen 0,7 und 1,3 haben. Die vergleichsweise gut bezahlten Handwerker und Facharbeiter liegen über dem Durchschnitt mit Standards zwischen 1,0 und 1,3 und haben eine zweite Spitze bei 2,0. (Unter dem Wohnraumstandard 2,0 muss man sich konkret ein kinderloses Ehepaar in einer 3½-Zimmer-Standardwohnung vorstellen.)

3. Die affektive Bindung an den Gäbelbach

Wie alle Umfragen, die die Einstellung zur gegebenen Wohnsituation ermitteln wollen, lässt auch unsere im Gäbelbach durchgeführte auf eine sehr grosse Wohnzufriedenheit und auf eine starke affektive Bindung (47) der Mehrzahl der Bewohner an den Gäbelbach schliessen. Ueber die Hälfte (56,3% - vgl. Tabelle 11, unterste Zeile) der Gäbelbach-Bewohner haben eine starke affektive Bindung an den Gäbelbach, ein Drittel aller Befragten geben gar an, es gefalle ihnen sehr gut im Gäbelbach, sie hätten noch nie erwogen, wegzuziehen und auch den Entschluss noch nie bereut, in den Gäbelbach wohnen zu kommen, sie würden sich jederzeit wieder dazu entschliessen. Bloss knapp 10% sind negativ eingestellt (5,3% mässig negativ, 4,2% stark negativ - vgl. Tabelle 11, unterste Zeile), 13% haben nur eine geringe affektive Bindung an den Gäbelbach, 20% scheinen indifferent zu sein, d.h. keine besondere Zu- oder Abneigung zu empfinden. In einer vergleichbaren Münchner Erhebung (48) wurden die Probanden gebeten, ihre Zufriedenheit mit ihrer jetzigen Wohnung auf einer Skala, die von -5 bis +5 reichte, zu lokalisieren. Ueber 95% stuften sich zwischen 0 und +5 ein, der durchschnittliche Wert für alle Siedlungen kam auf 3,6 Punkte zu liegen; der Wert für die schon erwähnte Siedlung "Fürstenried-Ost", die von ihrer baulichen und sozialen Struktur her ziemlich gut dem Gäbelbach entspricht, lag bei 4,0 Punkten. Bei einer vergleichenden Rechnung kommt man für den Gäbelbach auf 4,25 Punkte, wobei allerdings 9,5% aller Befragten negative Urteile abgaben. Auch die geringe Anzahl jener, die angeben, schon daran gedacht zu haben, die Wohnung zu wechseln, liegt im Rahmen; sie ist im Gäbelbach etwas grösser als in den untersuchten Münchner Stadtrandsiedlungen: Ein Drittel der Befragten im Gäbelbach haben schon erwogen, wegzuziehen, gegenüber knapp einem Viertel in den vier Münchner Siedlungen (49).

Diese Ergebnisse mögen, je nach Interessenlage und Vorstellungen von idealen städtischen Wohn- und Lebensformen, erfreuen oder auch erschrecken - sie scheinen einen wesentlichen Grundzug im Selbst-

Tabelle 11
Die affektive Bindung an den Gabelbach in Abhängigkeit vom Wohnraumstandard

Wohnraum- standard	(Häufigkeiten in %)									
	Mass der affektiven Bindung:									
	ungebrochen stark	gebrochen stark	gebrochen mässig	indifferent	mässig negativ	stark negativ	ohne bzw. unklare Angaben	gesamt in %	abs.	
(1) 0,6	0	0	100,0	0	0	0	0	100	3	
(2) 0,7 - 0,9	48,0	20,0	8,0	16,0	4,0	0	4,0	100	25	
(3) 1; 1,1	33,8	21,5	10,8	21,6	7,7	4,6	0	100	65	
(4) 1,2 - 1,3	33,3	20,4	14,8	22,2	3,7	5,6	0	100	54	
(5) 1,4; 1,5	47,4	15,8	10,5	10,5	0	10,5	5,3	100	19	
(6) 2	35,0	30,0	15,0	10,0	5,0	0	5,0	100	20	
(7) 3; 4	0	0	0	75,0	25,0	0	0	100	4	
Total	35,8	20,5	13,1	19,5	5,3	4,2	1,6	100		
in %										
absolut	68	39	25	37	10	8	3		190	

verständnis der Mehrzahl der Leute zu reflektieren. Justus Rudolph stellt für die Münchner Stadtrandsiedlungen mit einigem Befremden fest, "wie hoch der Grad der Zufriedenheit mit der Wohnung" sei und fährt dann fort: "Dieses Ergebnis - und das gilt nicht nur für die Bewertung der Wohnung selbst - gibt kein Material für düstere Beschreibungen des Wohnens in neuen Siedlungen. Ja, es fällt überhaupt schwer, in diesem Ergebnis einen Ansatzpunkt für eine generelle Kritik an modernen Wohnsiedlungen zu finden." (50)

So scheinen es denn auch weniger objektiv messbare Merkmale der Bedürfniskonformität der Wohnung (Wohnungsgrundrisse, Ausstattung mit technischen und sanitären Einrichtungen, Belegungsdichte oder Wohnraumstandard etc.) zu sein, die den Grad der Wohnzufriedenheit bestimmen: Sehr geringe Wohnraumstandards sind vereinbar mit einem sehr hohen Mass affektiver Bindung und einer sehr grossen Wohnzufriedenheit; Wohngemeinschaften mit einem Wohnraumstandard weit unter 1,0 geben ungefähr gleich häufig wie der Durchschnitt aller Befragten an, noch nie daran gedacht zu haben, vom Gäbelbach wegzuziehen. Umgekehrt sind jene Leute, die mit einem guten Wohnraumstandard leben, eindeutig kühler, kritischer, indifferenter eingestellt (vgl. Tabelle 11). Wer sich einen rechten Wohnkomfort leisten kann - oder auch: Wert darauf legt - ist im Gäbelbach nicht übermässig zufrieden, ohne indessen gleich wegziehen zu wollen; er bleibt affektiv indifferent, aber auch wenn er im ganzen eher negativ eingestellt ist, schätzt er vielleicht doch den zufriedenstellenden Wohnkomfort in seinen eigenen vier Wänden (hier sind die Attika-Wohnungen auszunehmen, Attika-Bewohner scheinen sehr zufrieden zu sein).

Bemerkenswert ist immerhin, dass die Bewohner der subventionierten Standard-Wohnungen den Gäbelbach bedeutend kritischer betrachten als der Durchschnitt: Sie sind bloss zu 27% "ungebrochen stark" an den Gäbelbach gebunden (Gäbelbach insgesamt: 36% - vgl. Tabelle 12), hingegen überdurchschnittlich häufig "mässig positiv", gar negativ eingestellt. Sie empfinden doppelt so häufig eine starke Abneigung gegen den Gäbelbach wie die Gesamtheit der Befragten. Gegen zwei

Tabelle 12
Die affektive Bindung an den Gäbelbach: aufgliedert nach Wohnungstypen

Wohnungstyp	(Häufigkeiten in %)									
	<u>Mass der affektiven Bindung:</u>									
	ungebrochen stark	gebrochen stark	gebrochen mässig	indifferent	mässig negativ	stark negativ	ohne bzw. unklare Angaben	gesamt % abs.		
1-1½	37,5	0	37,5	25,0	0	0	0	100	8	
2½	38,1	9,5	4,8	23,8	9,5	9,5	4,8	100	21	
3-3½	34,4	26,6	9,4	23,4	4,7	1,5	0	100	64	
3-3½ s	27,3	21,8	16,4	16,4	5,4	9,1	3,6	100	55	
4-4½	27,8	22,2	16,7	27,8	5,5	0	0	100	18	
4-4½ s	61,1	16,7	11,2	5,5	5,5	0	0	100	18	
5½, 6½	66,7	16,7	16,7	0	0	0	0	100	6	
Total	35,8	20,5	13,1	19,5	5,3	4,2	1,6	100		
absolut	68	39	25	37	10	8	3	190		

Anmerkung:

Wohnungstypen sind unterschieden nach Anzahl Zimmer und Mietzulagen

Drittel aller ausgesprochen negativen Stimmen ertönen aus den unteren Geschossen. Dieser Befund steht im Gegensatz zu anderen Forschungsergebnissen, wonach Leute, die auf Mietzinszuschüsse angewiesen sind, sich eher mit ihrer schlechten Wohnsituation abfinden sollen. Und zwar deshalb, weil ihre Notlage sie dazu zwingt, die objektiven Unzulänglichkeiten der Wohnung zu übersehen, oder weil sie als Angehörige der Unterschicht ein vorwiegend zweckorientiertes Verhältnis zu ihrer Wohnung haben und von ihr nicht viel mehr erwarten als Schutz vor klimatischen Widrigkeiten, vor Diebstahl etc. (51). Entweder die Bewohner subventionierter Wohnungen im Gäbelbach orientieren sich nun ebenfalls an "bürgerlichen" Wohnleitbildern und neigen dazu, die Intimsphäre ihres Heims zu pflegen und affektiv zu besetzen (52), oder dann ist das Wohnen "unter dem Niveau" der Hauseingänge, inmitten des Kinderlärms, zwar auf dem Land, "im Grünen", aber mit Aussicht bloss auf die Wiese zwischen den Häusern und die monotone Front des gegenüberliegenden Blockes, ohne Sonne im Winter, dafür aber mit allen Nachteilen der Stadtrandsiedlung, wie weiter Entfernung, schlechte Busverbindungen etc., nicht nur objektiv unbefriedigend, sondern wird von den Betroffenen auch als das empfunden. Etwas wehmütig schreibt z.B. eine Untergeschoss-Bewohnerin: "Wir sind zufrieden mit der günstigen Wohnung aber schöner wäre es im 10. oder 12. Stock, da könnte man die schöne Umgebung geniessen. Im Untergeschoss haben wir viel Lärm von Fussball-Spielern. Im Winter haben wir sehr wenig Sonne hier unten. Dann könnte das Stiegenhaus mehr sauber sein."

Es ist somit festzustellen, dass nicht nur die empirischen Erhebungen keinen unmittelbaren Ansatzpunkt für die Kritik heutiger städtebaulicher Praxis bieten, sondern dass auch die affektive Bindung an eine Wohnsiedlung nur zum kleineren Teil mit objektiven, architektonisch-ästhetischen Merkmalen erklärt werden kann. Die Determinanten müssen anderswo liegen.

3.1 Determinanten der Wohnzufriedenheit

- Das Alter. Obwohl der Gäbelbach für Familien mit ein bis drei Kindern gebaut ist und auch überwiegend von Familien dieser Grösse bewohnt wird, und zwar von relativ jungen Ehepaaren (rund zwei Drittel der Haushalte im Gäbelbach sind Familien mit Kindern unter 14 Jahren), sind es doch die älteren Leute, die dazu neigen, den Gäbelbach zu akzeptieren wie er ist. Dies gilt unabhängig von der familiären Situation der betreffenden Personen: Sowohl für die Familien, wie für Ehepaare ohne Kinder, wie für die Alleinstehenden gilt, dass die älteren Vertreter dieser sozialen Gruppen sich häufiger positiv äussern und auf ein hohes Mass affektiver Bindung schliessen lassen, währenddem die Jüngeren eher geneigt sind, eine kritische Distanz zu wahren: alle negativen Urteile stammen von relativ jungen Leuten, die auch häufiger indifferent sind als die über 50-jährigen.

Dies wird allerdings vermutlich wiederum weniger an objektiven Kriterien liegen. Der Gäbelbach ist ja mit seinem Lärm von Kindern und vorbeifahrenden Personen- und vor allem Lastkraftwagen, mit seinen schlechten Busverbindungen, der grossen Entfernung der Endstation und den Lifthaltestellen zwischen den Etagen ausgesprochen ungeeignet für ältere Leute, und es wäre auch naiv zu meinen, sie fühlten sich in der Gesellschaft aufgehoben und nicht ins Getto verstossen, bloss weil sie unter jungen Leuten wohnen. Die Gründe dafür sind wohl eher in der bekannten Tatsache zu finden, dass Alternde zunehmend ungern ihre vertraute Umgebung verlassen (53), währenddem junge Leute eher damit rechnen, gelegentlich umzuziehen, z.B. in eine grössere oder auch in eine komfortablere Wohnung mit wachsender Familie und möglicherweise auch wachsendem Einkommen des Mannes.

- Der Sozialstatus. Es sind diejenigen, die ausserhalb der Berufs-Status-Hierarchie stehen, die Alten - die Rentner - und die alleinstehenden, nicht berufstätigen Mütter, die am engsten an den Gäbelbach gebunden sind (71% dieser Gruppe haben eine "ungebrochen star-

ke" affektive Bindung an den Gäbelbach gegenüber 36% der Gesamtheit - vgl. Tabelle 13). Sie fühlen sich an ihren Wohnort gebunden und sind es wohl auch, wenn auch nicht aus denselben Gründen. Wenn bei den Rentnern die Immobilität altersbedingt ist, so ist sie es bei den Frauen vermutlich eher durch ihre Kinder, die Hausarbeit und die finanzielle Lage. (Berufstätige alleinstehende Mütter, im Vergleich dazu, sind bedeutend kühler in ihrem Urteil. Sie sind sowohl häufiger indifferent als auch häufiger negativ eingestellt als die Gesamtheit der Befragten. Jede zweite von ihnen weiss nicht, ob sie wieder in den Gäbelbach ziehen würde. - vgl. Tabelle 14)

In einigem Abstand, aber noch deutlich vor den andern folgen die Angestellten in Handel und in öffentlicher und privater Verwaltung ("white collar"). Sie sind von allen Berufsgruppen jene mit den intensivsten Bindungen an den Gäbelbach und den seltensten Umzugsabsichten. Die Arbeiter und Handwerker mit Lehrabschluss und die ungelernten, die Hilfskräfte in Handel, Industrie und Verwaltung, liegen um den Durchschnitt, die Ungelernten sind geringfügig positiver, die Gelernten häufiger indifferent eingestellt. Sie unterscheiden sich allerdings hinsichtlich der Häufigkeit, mit der sie Umzugsabsichten bekunden: bei den Gelernten ist sie hoch, währenddem sie bei den Ungelernten niedrig ist. Arbeiter mit besserem Lohn und höherem Ausbildungsgrad scheinen eindeutig weniger geneigt zu sein, sich mit ihrer jetzigen Wohnung zufrieden zu geben, als ihre schlechter gestellten Kollegen.

Die grösste affektive Distanz, sehr oft verbunden mit Umzugswünschen, finden wir bei den "übrigen mittleren Angestellten" (Lehrer, Techniker, Bauführer), bei den Inhabern "gehobener Positionen" (vorwiegend Hochschulabsolventen), sowie bei den berufstätigen Frauen beziehungsweise in den Haushalten, in denen die Frau berufstätig ist. In diesen Berufs-Status-Gruppen ist die Anzahl jener, die Aversionen gegen den Gäbelbach empfinden und, zusammen mit den gelernten Arbeitern, die Anzahl jener, die indifferent sind, wesentlich höher als in allen anderen Gruppen (vgl. Tabelle 13).

Tabelle 13
Die affektive Bindung an den Gabelbach: aufgegliedert nach Berufs-Status-Gruppen

Berufsgruppen	Mass der affektiven Bindung:						gesamt in % abs.
	ungebrochen stark	gebrochen stark	gebrochen mässig	indifferent mässig	negativ stark	ohne bzw. unklare Angaben	
	(Häufigkeiten in %)						
gehobene Pos.	25,0	12,5	0	25,0	12,5	12,5	100
selbständige	50,0	0	0	50,0	0	0	100
white collar	44,2	23,5	11,8	14,7	2,9	0	100
blue collar	39,0	19,5	7,3	24,5	2,4	0	100
uniformierte							
Beamte	27,8	27,8	16,7	22,2	5,5	0	100
übrige mittl.							
Angestellte	18,5	22,5	18,5	25,9	11,1	0	100
Hilfskräfte	37,3	19,6	15,7	13,7	5,9	3,9	100
Rentner,							
Hausfrauen	71,4	14,3	14,3	0	0	0	100
Studenten	0	0	50,0	50,0	0	0	100
Total	35,8	20,5	13,1	19,5	5,3	4,2	100
absolut	68	39	25	37	10	8	190

Tabelle 14
Die affektive Bindung berufstätiger Frauen an den Gäbelbach ¹⁾

		(Häufigkeiten in %)											
		Mass der affektiven Bindung:											
		ungebrochen stark	gebrochen stark	gebrochen mässig	indifferent	mässig negativ	stark negativ	ohne bzw. unklare Angaben	gesamt %	gesamt abs.			
<u>verheiratete Frauen:</u>													
ohne Kinder		16,7	16,7	8,3	33,3	8,3	8,3	8,3	100	12			
mit Kindern		33,3	12,5	20,9	25,0	8,3	0	0	100	24			
<u>nicht verheiratete Frauen:</u>													
allein in einer Wohnung lebende		16,7	0	16,7	50,0	16,7	0	0	100	6			
mit jemandem zusammen lebende		80,0	0	0	0	0	0	20,0	100	5			
mit Kindern		37,5	0	25,0	25,0	12,5	0	0	100	8			
berufstätige Frauen gesamt		32,7	9,1	16,4	27,3	9,1	1,8	3,6	100				
abs. 18		5	9	15	5	1	2	55					
Gäbelbach gesamt (in %)		35,8	20,5	13,1	19,5	5,3	4,2	1,6	100				

Anmerkung:
 1) in manchen Fällen haben verheiratete berufstätige Frauen den Fragebogen nicht selbst ausgefüllt; richtiger wäre: Die affektive Bindung berufstätiger Frauen bzw. von Wohnungseinschaften, in denen die Gattin auch berufstätig ist.

- Die sozialen Kontakte in- und ausserhalb der Siedlung. Vielleicht bedeutendster Faktor der Wohnzufriedenheit, jedenfalls der in Erhebungen am unmittelbarsten hervorstechende, sind befriedigende soziale Kontakte (54). Bemerkenswerterweise ist es dabei unerheblich, ob die Kontakte innerhalb der Siedlung gepflegt werden, also mit Nachbarn, oder ob sie mit Leuten stattfinden, die woanders wohnen - dies legt zumindest unsere Erhebung nahe.

Innerhalb der Siedlung Gäbelbach pflegen fast nur Angehörige der unteren Schichten intensive Beziehungen: Ungefähr jeder Dritte Hilfsarbeiter bzw. uniformierte Beamte (Briefträger, Polizisten, Wagenführer und Kondukteure bei SBB und SVB) verbringt seine Abende und freien Tage vorwiegend mit Bekannten, die ebenfalls im Gäbelbach wohnen, umgekehrt scheint kein Angehöriger gehobener Schichten ("gehobene Positionen", "Selbständige", "Studenten") private Kontakte innerhalb der Siedlung zu haben (vgl. Tabelle 15).

Ist es nun relativ einfach oder schwierig, solche Kontakte nach aussen zu pflegen, wenn man im Gäbelbach wohnt? - Jeder zweite Gäbelbach-Bewohner trifft seine nicht im Gäbelbach wohnenden Freunde gleich häufig wie früher, jeder vierte jedoch sieht sie weniger häufig (ungefähr jeder achte wiederum sieht sie häufiger - vgl. Tabelle 16, unterste Zeile). Von diesem Durchschnitt weichen auf der einen Seite jene ab, die man "die Mobilen" nennen könnte: die Facharbeiter und Handwerker, die "Übrigen mittleren Angestellten" und die berufstätigen Frauen, von denen 60, 70 bzw. 62% angeben, ihre alten Bekannten so häufig wie immer zu sehen; und jene, die sie weniger häufig sehen, neigen seltener dazu, die Ursache dafür in ihrem Umzug in den Gäbelbach zu suchen als der Durchschnitt (vgl. Tabellen 16 und 17). In der anderen Richtung weichen "die Isolierten" und/oder "die Häuslichen" ab, die wiederum in zwei Gruppen auseinanderfallen: einerseits die Angehörigen der Oberschicht, die sich überdurchschnittlich häufig im Gäbelbach isoliert fühlen und dies ausnahmslos dem Quartier zuschreiben, andererseits die Angestellten in Handel und Verwaltung, die uniformierten Beamten und die Hilfskräfte, die teils überdurchschnittlich

Tabelle 15

Soziale Kontakte innerhalb der Siedlung und Klassenzugehörigkeit

Berufspositionen	Anzahl Fälle:		
	absolut	relativer Anteil je Berufsposi- tionsgruppe	relativer Anteil an der Gesamtheit jener, die häufige Kontakte innerhalb der Siedlung haben
gehobene Position	0	0	0
selbständige in Handel & Gewerbe	0	0	0
Angestellte, Ver- waltungsbeamte	2	5,7	6,5
Handwerker, Arbei- ter (gelernte)	5	12,5	16,1
uniformierte Beamte	7	38,9	22,6
übrige mittlere Angestellte	3	11,1	9,8
niedrige Position: an- und ungelernte Hilfskräfte	13	30,2	41,9
Rentner, allein- stehende Hausfrauen	1	14,3	3,1
Studenten	0	0	0
gesamt	31	17,0	100

Tabelle 16

Die Bewertung der Möglichkeit, soziale Kontakte mit Bewohnern anderer Quartiere aufrecht zu erhalten, durch die Angehörigen der verschiedenen sozialen Klassen im Gäbelbach.

Angaben der Häufigkeit der Abende und freien Tage, die sie mit Freunden und Bekannten verbringen, seit sie im Gäbelbach wohnen, im Vergleich zu früher (in % je Berufsgruppe)					
Berufsgruppen	häufiger	gleich häufig	weniger häufig	ohne Angaben	N =100%
gehobene Positionen	0	37,5	37,5	25,0	8
selbständige in Handel und Gewerbe	0	50,0	0	50,0	2
Angestellte, Ver- waltungsbeamte	20,0	42,8	28,6	8,6	35
Handwerker, Arbeiter	7,5	60,0	22,5	10,0	40
uniformierte Beamte	38,9	27,8	27,8	5,5	18
übrige mittlere An- gestellte	7,4	70,4	14,8	7,4	27
niedrige Positionen: an- und ungelernte Hilfskräfte	9,4	45,3	34,0	11,3	53
Rentner, alleinstehende Hausfrauen	14,3	57,1	14,3	14,3	7
Studenten	0	0	0	100	2
gesamt	13,2	50,3	26,4	10,1	192

Tabelle 17

Die Bewertung der Möglichkeit, soziale Kontakte mit Bewohnern anderer Quartiere aufrecht zu erhalten, durch die Angehörigen der verschiedenen sozialen Klassen: Der Umzug in den Gäbelbach als Ursache für soziale Isolation.

Berufsgruppen	Von denen, die angeben, seltener mit Bekannten und Freunden zusammen zu sein, seit sie im Gäbelbach wohnen, meinen, dass dies so sei:			
	wegen ihrem Umzug in den Gäbelbach	zum Teil wegen ihrem Umzug in den Gäbelbach	unabhängig vom Gäbelbach	o.A.
	%	%	%	%
gehobene Positionen	33,3	66,7	0	0
selbständige in Handel und Gewerbe	-	-	-	-
Angestellte, Verwaltungsbeamte	40,0	30,0	10,0	20,0
Handwerker, Arbeiter	33,3	11,1	33,3	22,3
uniformierte Beamte	80,0	0	20,0	0
übrige mittlere Angestellte	25,0	25,0	25,0	25,0
niedrige Positionen	27,8	33,3	16,7	22,2
Rentner, alleinstehende Hausfrauen	100	0	0	0
Studenten	-	-	-	-
gesamt	38,0	26,0	16,0	20,0

gut in der Siedlung integriert, teils aber auch überdurchschnittlich häufig isoliert zu sein scheinen (vgl. Tabelle 16).

Tabelle 18 zeigt ziemlich anschaulich, wie mit abnehmender Kontakthäufigkeit die affektive Bindung an die Siedlung abnimmt (und es ist anzunehmen, dass die 30% "Indifferenten", die sich isoliert fühlen im Gäbelbach, bei eingehenderem Fragen die Fassade der ausweichend-indifferenten Antworten fallen lassen würden, wie auch anzunehmen ist, dass diejenigen, die sich zu ihrer sozialen Situation in der Siedlung nicht äussern mögen, grossenteils unter ihr leiden). Wo - was die Regel ist - Isoliertheit und geringe affektive Bindung an die Siedlung zusammenkommen, wird immer die Ursache für die eigene Isoliertheit darin gesehen, dass man im Gäbelbach wohnt (vgl. Tabellen 19 und 20).

3.2 Folgerungen

Unsere Erhebung legt den Schluss nahe, dass die Bereitschaft, affektive Bindungen an den Gäbelbach zu knüpfen, an eine doch unstädtische, etwas langweilige Stadtrandsiedlung, die zudem auch nicht unbedingt den objektiven Wohnbedürfnissen entspricht, verankert ist in einer generellen Disposition, sich mit einmal Erreichtem zufrieden zu geben, sich in seinen vier Wänden einzurichten und häusliche Betriebsamkeit zu entfalten; in einer Neigung zum Rückzug in die Privatsphäre, der kein Bedürfnis nach Interaktion in der öffentlichen Sphäre gegenübersteht. In eine "Privatsphäre", die wohl nach aussen hin abschirmt und ihren "Innenraum" kultiviert, die sich aber den normierenden Einflüssen der Bewusstseinsindustrie nicht entziehen und dem Individuum auch nicht den Spielraum gewähren kann, den es benötigte, um sich seiner selbst bewusst zu werden und eine innere Autonomie zu entwickeln (55).

Anhand unserer Erhebungskriterien liesse sich der im Gäbelbach "Zufriedene" in einem Durchschnittsbild ungefähr so skizzieren: Er ist nicht mehr jung, von Beruf kaufmännischer Angestellter oder Verwaltungsbeamter mit einigen, wenn auch sehr begrenzten Ent-

Tabelle 18
Die affektive Bindung an den Gädelbach: aufgeschlüsselt nach der Häufigkeit der sozialen Kontakte
in der Siedlung und mit anderen Quartieren

soziale Kontakte	(Häufigkeiten in %)					Mass der affektiven Bindung:			ohne bzw. unklare Angaben	gesamt % abs.
	ungebrochen stark	gebrochen stark	gebrochen mässig	indifferent negativ	mässig negativ	stark negativ				
Mehrzahl Be- kannte im Gä- delbach	38,7	38,7	12,9	9,7	0	0	0	0	100	31
häufigere Kon- takte im Gä- delbach	52,0	24,0	20,0	4,0	0	0	0	0	100	25
gleich häufige Kontakte im Gä- delbach	41,1	18,9	12,6	18,9	5,3	3,2	0	0	100	95
weniger häufige Kontakte im Gä- delbach	24,5	20,4	10,2	30,6	8,2	6,1	0	0	100	49
ohne Angaben	19,0	23,8	14,3	14,3	4,8	4,5	14,3	0	100	21
Total	35,8	20,5	13,1	19,5	5,3	4,2	1,6	0	100	190
absolut	68	39	25	37	10	8	3	0		

Tabelle 19
Einfluss der frustrierten Kontaktwünsche auf die affektive Bindung an den Gäbelbach

- Von der Gesamtheit der Befragten mit einem bestimmten Mass affektiver Bindung an den Gäbelbach geben ihrem Umzug in den Gäbelbach die Schuld für die selteneren Kontakte mit Bekannten:

(Häufigkeiten in %)

Mass der affektiven Bindung:

Ursache	ungebrochen stark	gebrochen stark	gebrochen mässig	indifferent mässig	mässig negativ	stark negativ	ohne bzw. unklare Angaben	gesamt % abs.
---------	----------------------	--------------------	---------------------	-----------------------	-------------------	------------------	---------------------------------	------------------

wegen dem Gäbelbach	2,9	2,6	12,0	24,3	33,3	12,5	0	10,0 19
z.T. wegen dem Gäbelbach	5,9	7,7	0	8,1	10,0	25,0	0	6,8 13
unabhängig vom Gäbelbach	4,4	5,1	8,0	5,4	0	0	0	4,7 9

- Von jenen, die angeben, seltener ihre Abende und freien Tage mit Bekannten zu verbringen, geben dafür die Schuld ihrem Umzug in den Gäbelbach:

Mass der affektiven Bindung:

Ursache	ungebrochen stark	gebrochen stark	gebrochen mässig	indifferent mässig	mässig negativ	mässig negativ	ohne bzw. unklare Angaben	gesamt % abs.
---------	----------------------	--------------------	---------------------	-----------------------	-------------------	-------------------	---------------------------------	------------------

wegen dem Gäbelbach	16,7	10,0	60,0	60,0	75,0	33,3	0	38,8 19
z.T. wegen dem Gäbelbach	33,3	33,3	0	20,0	25,0	66,7	0	26,3 13
unabhängig vom Gäbelbach	25,0	20,0	40,0	13,3	0	0	0	18,4 9

Tabelle 20
Der Wunsch nach Wohnungswechsel, in Abhängigkeit von den sozialen Kontakten

Wunsch nach Wohnungswechsel	(Häufigkeiten in %)				
	<u>soziale Kontakte:</u>				
	a) innerhalb der Siedlung	b) Häufigkeit im Vergleich zur Zeit vor dem Umzug in den Gäbelbach	gleich häufig	weniger häufig	c) Gäbelbach insgesamt
hat schon daran ge- dacht, wegzuziehen	25,8	24,0	28,4	51,0	14,3
hat noch nie daran gedacht, wegzuziehen	71,0	72,0	70,5	44,9	63,7
ohne Angaben	3,2	4,0	1,1	4,1	19,0
gesamt	100	100	100	100	100
N =	31	25	95	49	21
von denen, die angeben, ihre Bekannten weniger häufig zu sehen, seit sie im Gäbelbach wohnen: a) wegen ihrem b) z.T. wegen c) unabhängig Umzug in den ihrem Umzug in vom Umzug in Gäbelbach in den G. den Gäbelbach					
haben schon daran ge- dacht, wegzuziehen	52,0		28,0		8,0
haben noch nie daran gedacht, wegzuziehen	22,7		27,3		27,3
ohne Angaben	50,0		0		50,0
gesamt	39,0		26,5		18,4
N =	19		13		9

scheidungsbefugnissen. Seine Frau ist nicht berufstätig, sie hat auch nie einen Beruf gelernt. Sie haben zwei Kinder, die Familie wohnt in einer 3½-Zimmer-Standardwohnung. Er arbeitet in der City und ist froh, wenn er am Abend aus der Stadt hinaus ins Grüne fahren kann. In seiner freien Zeit pflegt er gerne die familiäre Geselligkeit. Vermutlich wohnen seine Freunde und Bekannten auch in den West-Quartieren, und umliegenden Gemeinden, jedenfalls sieht er sie häufiger, seit er im Gäbelbach wohnt.

Ausser diesem "Immobilien aus Ueberzeugung"**, dessen Lebensstil wie für die Stadtrandsiedlung geschaffen ist, entwickeln auch aus äusseren Zwängen Immobiler, die Rentner, die alleinstehenden, nicht berufstätigen Mütter, die Italiener und zum Teil vielleicht überhaupt die unterprivilegierten Hilfskräfte, die sich mit ihrer untergeordneten Berufsposition abgefunden und ihre Konsumwünsche darauf eingestellt haben, starke affektive Bindungen.

Die "Mobilen" hingegen deklarieren sich dem Gäbelbach gegenüber emotional indifferent. Sie erhalten intensive Beziehungen zu Bekannten in anderen Quartieren und zur Stadt aufrecht** und benutzen den Gäbelbach als vorläufige, vom Mietzins her gesehen günstige, für den Automobilbesitzer auch verkehrsmässig gut gelegene Wohn- und Schlafstätte. Der Typ des "Indifferenten" lässt sich so veranschaulichen: Er ist jung, verheiratet, hat vielleicht auch schon ein Kind, vielleicht auch noch nicht. Seine Frau übt ihren Beruf aus, einesteils, weil sie nicht den ganzen Tag zuhause sitzen mag, andernteils, weil sie an ihrem Beruf und an den sozialen

* dies in Anführungszeichen, weil es ja weitgehend auch die gesellschaftlichen Verhältnisse sind, die ihn zu dieser Verhaltensdisposition führen, er somit gleichsam einem verinnerlichten Zwang unterliegt

** vgl. die Tabelle 21: Die Angehörigen dieser Berufs-Status-Gruppen fahren wesentlich häufiger in die Stadt als alle andern, und jene, die nur selten gehen können, bedauern dies grossenteils. Vgl. auch Tabelle 22, die auf die Zusammenhänge zwischen Stadtorientiertheit und affektiver Bindung an die Siedlung hinweist.

Tabelle 21

Die Stadtorientiertheit der Gäbelbach-Bewohner

(Aufgegliedert nach der Berufsposition von Haushaltvorständen bzw. Alleinstehenden)

Berufsgruppen	<u>Häufigkeit der Stadtbesuche:</u>				<u>Wunsch nach</u>	
	häufige		seltene		häufigeren	
	<u>absolut</u>		<u>in %</u>		abs.	% von n
	(n)					
gehobene Pos.	1	9	10,0	90,0	4	44,4
selbständige	1	1	50,0	50,0	0	
white collar	13	32	28,9	71,1	13	40,6
blue collar	21	26	44,7	55,3	5	19,9
uniformierte Beamte	6	18	25,0	75,0	5	27,7
übrige mittl. Angestellte	19	19	50,0	50,0	10	52,6
Hilfskräfte	18	40	31,0	69,0	12	30,0
Rentner, Hausfrauen	2	6	25,0	75,0	4	66,7
gesamt	81	151	34,9	65,1	53	35,1

Tabelle 22
Affektive Bindung an den Gabelbach und Stadtorientiertheit

		(Häufigkeiten in %)							
		<u>Mass der affektiven Bindung:</u>							
Häufigkeit der Stadtbesuche		ungebrochen stark	gebrochen stark	gebrochen massig	indifferent massig	negativ stark	ohne bzw. unklare Angaben	gesamt %	abs.
häufige	25,6	44,0	48,6	40,5	30,8	38,5	0	36,5	85
seltene	74,4	56,0	52,4	59,5	69,2	61,5	100,0	63,5	148
Total	in %	100	100	100	100	100	100	100	
absolut	78	50	35	42	13	13	2	233	
<u>Den Wunsch nach häufigeren Stadtbesuchen äussern:</u>									
von jenen, die nur selten gehen	27,3	28,6	44,5	48,0	66,6	25,0	0	35,2	52
von allen mit einem bestimmten Mass affektiver Bindung	20,7	16,0	22,9	28,6	46,2	15,4	0	22,2	52

Kontakten, die er ihr vermittelt, hängt. Er ist mittlerer technischer Angestellter. Das Paar kennt praktisch niemanden in der Siedlung, das stört sie aber nicht, sie schätzen im Gegenteil die anonyme Atmosphäre. Eine Vertreterin dieser Gruppe schreibt: "Ich schätze die Anonymität der grossen Wohngemeinschaft. Kontakt nur zu selbst gewählten Leuten. Keine Verpflichtung mit jedermann einen Treppenhausschwatz abzuhalten." Sie fahren häufig in die Stadt oder zu ihren Freunden und Bekannten in den Stadtquartieren. Sie haben nicht im Sinn, im Gäbelbach alt zu werden; wenn sie etwas Passendes finden, ziehen sie weg. Sie erwägen auch, in eine andere Stadt zu ziehen, eventuell gar ins Ausland, der Mann könnte sich beruflich versetzen lassen.

Aversionen gegen den Gäbelbach empfinden Isolierte, die sich ihrer frustrierenden Situation bewusst geworden sind. Vom Bild des "Unzufriedenen" sind zwei Varianten denkbar: Der eine hat eine Berufslehre abgeschlossen, möchte sich aber noch weiterbilden. Da er schon Kinder hat und seine Frau nur wenig, wenn überhaupt, dazu verdienen kann, ist er auf die Mietzinszuschüsse angewiesen. Er und vor allem auch seine Frau fühlen sich in der "primitiven" Nachbarschaft nicht wohl. Sie sind aufwärts-mobil auf der Berufs-Status-Hierarchie und warten darauf, dass sie in eine passendere Umgebung ziehen können.

In der anderen Variante ist er schon "oben", er hat ein abgeschlossenes Hochschulstudium hinter sich; seine Frau hat ebenfalls eine spezialisierte Berufsausbildung. Sie fühlen sich im Gäbelbach unter andersartigen Leuten, mit denen sie nicht viel verbindet und distanzieren sich; sie empfinden aber ihre Isolation. Wenn sie keine konkreten Umzugsabsichten haben, dann darum, weil sie sich ihre Attikawohnung gut eingerichtet haben und den Ausblick über Felder und Wiesen schätzen.

Die Aussagen zur Wohnzufriedenheit bieten zwar unmittelbar der Kritik des Städtebaus keine Angriffsflächen, wie Justus Rudolph festgestellt hat, eine eingehendere Analyse der Ursachen für die Wohn-

zufriedenheit kann jedoch neue Ansatzpunkte freilegen. Wenn eine bestimmte Bauweise suburbanen Interaktions- und Verhaltensdispositionen entspricht und sie darüber hinaus noch kultiviert, beschleunigt sie den Verfall der Stadt, wie wir sie kennen - und mit "Stadt" ist hier nicht lediglich eine bestimmte bauliche Struktur gemeint, sondern jene Lebensform, die die bedeutendsten intellektuellen und kulturellen Leistungen unserer bürgerlichen Gesellschaft hervorgebracht und getragen hat.

Die Ueberzeugung drängt sich auf, dass unter den heute gegebenen Verhältnissen dieses Idealbild der "bürgerlichen Mittelstadt des 19. Jahrhunderts" (Katrin Zapf) obsolet geworden ist, da sowohl die "äusseren" Voraussetzungen des autonomen Bürgers dahingefallen sind durch den erreichten technologischen Stand von Güterproduktion und -tausch und die unüberschaubare politische Szene, die sich jeglicher Kontrolle durch eine Öffentlichkeit interessierter Bürger entzieht, als auch die "inneren" Freiräume individueller Entwicklung verstellt werden von der Bewusstseinsindustrie, die sich der Massenmedien bedient, um in die Privatsphäre des einzelnen einzudringen. Erst die Intaktheit von "Öffentlichkeit" und "Privatheit" und die Spannung zwischen diesen beiden Sphären gewährten jedoch nach Hans Paul Bahrdt (56) die Bedingungen der "Stadt". Da diese Bedingungen heute nicht mehr gegeben sind, müsste sich auch der Begriff der Stadt ändern; er müsste eine gänzlich neue Lebensform bezeichnen. Es stellt sich nun die Frage, ob auf dem Weg, den der Städtebau (z.B. hier in Bern) eingeschlagen hat, ob aus dem Kreis jener Leute, die sich von dieser Art Wohnbau angesprochen fühlen, neue Wohn- und Lebensformen gefunden werden können: von Adepten privatistischen "Glücks im Winkel", von an den Rand der Gesellschaft gedrängten Gruppen wie Alten, alleinstehenden Müttern und mittellosen Ausländern. Ob nicht eher diese Art phantasielosen, am kurzfristigen wirtschaftlichen Interesse orientierten Wohnbaus letztlich den Weg zu einer neuen Konzeption städtischen Lebens versperrt.

4. Der Ruf nach Ruhe und Ordnung: Forderungshaltungen der Bewohner des Gäbelbach

Im Fragebogen wurden die Leute aufgefordert, "mit ein paar Sätzen (zu) umschreiben, was Sie am Gäbelbach mögen und was Sie nicht so gut finden". Darunter acht vorpunktierte Zeilen. Bei der Durchsicht der Antworten fällt als erstes auf, wie sehr sie die in den letzten Jahren in den Massenmedien verbreiteten Wohnleithilder übernommen haben. Die Funktionentrennung im Städtebau scheint sich als nicht mehr befragte Realität im Bewusstsein festgesetzt zu haben - mehr noch: das "wirkliche" Leben des Menschen, legen die Antworten nahe, finde nur in der Freizeit, bei Spiel und Sport statt und der Wald und die Wiesen (auch wenn der Zugang zu ihnen den meisten Kindern verboten ist) gewährten nur schon durch ihre Nähe eine gesunde Entwicklung der Kinder.

So werden denn auch die Lage der Siedlung "im Grünen", in der Nähe von Wald, Wiesen und Vita-Parcours, die hellen, sonnigen Wohnungen mit Ausblick auf Felder und Alpen fast durchwegs als die zentralen Vorzüge des Gäbelbach herausgehoben. Etwas unrealistisch fühlen sich manche gar zum Lob der "guten Landluft" und der "freien Natur" hingerissen, zur Begeisterung über die "Dorfgemeinschaft", das "ländliche Idyll mit städtischem Charakter". Hingegen findet bloss einer, dass man "hier weder in der Stadt noch in einem Dorf" ist. Mancheinen stört der lange Weg zur Arbeit, aber Arbeitende unter den Wohnenden vermisst keiner, auch das nicht, was in neuester Zeit als "städtische Vielfalt" auch in den Massenmedien gepriesen wird: geschäftiges Treiben in den Strassen, unverbindliche Kontaktmöglichkeiten auf öffentlichen Plätzen. Einige bemängeln, dass die Siedlung etwas monoton aussehe; einer hinwiederum hält das für "modernen Baustil"; höchstens dass die Parkplätze unter den Schlafzimmerfenstern liegen, wird an der architektonischen Gestaltung gerügt; gelobt wird das in die Siedlung integrierte Einkaufszentrum, das der Hausfrau das weite Schleppen der Esswaren erspart.

Der andere Grundzug, der durch die Antworten hindurchgeht, ist der Wunsch, es möge in der Siedlung möglichst alles reibungslos funktionieren; Ruhe, Ordnung und Sauberkeit sollen herrschen, damit man sich beruhigt in seine vier Wände zurückziehen und ungestört die schöne Aussicht und die Sonne im Zimmer geniessen kann. Getrückt wird das Glück durch den Lärm von der Landstrasse und den Gestank aus der nahen Kläranlage, durch Reibereien im Wachsalon und die nicht immer frische Ware im Laden. So schreibt eine Bewohnerin: "Ich habe immer das Gefühl, noch ein wenig auf dem Lande zu sein. Das ist der Grund, dass es mir hier soweit gut gefällt. Was sehr zu bedauern ist, betrifft den Strassenlärm. Im Sommer ist es wirklich fast unmöglich, bei offener Balkontür den Feierabend gemütlich zu geniessen. Das ist sehr sehr schade!!" Man fühlt sich von den öffentlichen Betrieben und Dienstleistungen übergangen: "Es ist alles sehr gut organisiert, nur ist es schade, dass der Bus immer noch nicht direkt vom Gäbelbach in die Stadt fährt." - "Ich finde es schade, dass hier nicht eine richtige Poststelle ist und man immer ins Tscharnergut muss um einzuzahlen. Und vor allem finde ich es nicht gut, dass es viel so kalt und neblig ist. Das Schöne ist das Zentrum und die Wohnungen, und dass wir alles so in der Nähe haben, den Wald, das Bad." Und man stösst sich an den schlecht gelösten Verkehrsproblemen und der unklaren Parkordnung: "Der Lärm bei Nacht ist sehr gross. Ich kann nicht begreifen, wie man eine Zu- und Wegfahrt zu einem solchen Quartier auf der Schlafzimmerseite bauen kann." - "mögen: Lage, Wald, Natur, Ladenzentrum. nicht gut: Strassenlärm, jetzige (ungerechte) Parkplatzlösung."

Vollends in Harnisch geraten die Leute über die "Rücksichtslosigkeit" vieler Nachbarn. Da senken die Bürger ihre Spiesse: "Die gut gewählte Wohnlage gefällt uns sehr. Man ist auf dem Land und doch in der Stadt. Wir sind begeistert von der Waldnähe (Vita-Parcours) und freuen uns aufs Hallenbad. Die ganze Anlage wurde gut geplant und ist gelungen! Was wir weniger schätzen: Diebstähle im Veloraum. Zu hohe Waschkosten. Die vielen Hundehalter. Offenbar haben nicht alle Bewohner die gleichen Rechte! Schade." - "Uns ge-

fällt die ländliche Gegend, die Nähe des Waldes. Wir finden es nicht gut, dass es Mieter gibt, die sich nicht in diese grosse Gemeinschaft einfügen können, die gegen die Hausordnung verstossen, die nicht Ordnung in den öffentlichen Anlagen halten können." Die einen fordern mehr Schlösser und bessere Aufsicht durch den Hauswart, andere sähen lieber, wenn die Polizei die Uebeltäter wieder auf den Weg der Ordnung zurück brächten: "Die Kinder haben grosse Freiheit. Keine Reklamationen von kleinlichen Personen. Leider ist nachts der Motorradlärm, vor allem im Sommer, zu gross. Ebenfalls bei Wirtschaftsschluss herrscht im allgemeinen zu viel Lärm. Die Polizei sollte mehr Kontrolle machen hier im Gäbelbach. Sonst bin ich hier zufrieden." - "Die Aufsicht des Abwartes im Block A ist ungenügend. Die Wohnungen sind schön und geräumig. Wird gegen Fussgänger nichts gemacht, welche immer auf der Strasse zur Arbeit gehen, statt auf dem Trottoir!" Hingegen empfindet nur einer "das viele Patrouillieren der Bereitschafts- und anderen Polizei als Schikane". Die Dritten schliesslich hätten wohl am liebsten, wenn die "zerstörungswütigen Personen" gleich ausgewiesen würden: "Positiv: Die Eigenart unserer Wohnung (Attika); dadurch sehr schöne Aussicht, gute Luft und kein Lärm! - Die Organisation: Ladenzentrum, Gemeinschaftszentrum, Verein, welcher aktiv um das Wohl unserer Siedlung besorgt ist; auch andere Details wie Tierpark und Vita-Parcours etc.! Negativ: zu viele unbeaufsichtigte Kinder (und Erwachsene!!!), welche alles zerstören und jedes Gebot missachten!! zu viel Schmutz und Unordnung in und vor den Eingängen, sowie in verschiedenen Räumen (Kehricht-Raum)!!" - "dass man nicht von Häusern umgeben ist, und der Wald in der Nähe ist / zu wenig gemischte Bevölkerung, zu viele von der ganz untersten Schicht. Abnormal viele ungezogene Kinder. Zu wenig Ordnung." - "Die häufigen Diebstähle. Die andauernden Tratschereien der Frauen die hier anscheinend nichts anderes zu tun haben als andere zu verhandeln die meisten Leute hier sind Gemütsarm!" Einer stellt ein Ordnungsprogramm in fünf Punkten auf: "1. Die Kläranlage sollte unbedingt versetzt werden. 2. Es wohnen zu viele Ausländer im Gäbelbach. 3. Dass sich ca. 15% der Bewohner der allgemeinen Ordnung nicht fügen können oder wol-

len. 4. Jeder Autobesitzer sollte einen Parkplatz mieten müssen. 5. Wir brauchen keinen Sex-Pfarrer." Und eine Frau möchte gleich "richtig aufräumen": "Es hat zu viele Italiener in den subventionierten Wohnungen. Man sollte überhaupt einmal richtig aufräumen. Ich meine was die Menschen anbelangt."

Sicher ist es ärgerlich, wenn einem etwas abhanden kommt, und es ist nicht schön anzuschauen, wie noch neue Bauten schon ihren Zerfall anzuzeigen beginnen. Was an diesen Beispielen abstösst (und die Liste wäre noch zu verlängern), ist die gehässige Intoleranz gegen Menschen neben der betulichen Ergötzung an Tiergehege, Gemeinschaftszentrum, Waldesnähe und ländlicher Umgebung.

Selbstkonstituierte Repräsentantin dieser "schweigenden Mehrheit" ist die "Arbeitsgruppe Quartier" des Gäbelbachvereins (ihre vornehmliche Aufgabe gemäss den Vereinsstatuten: "Vorhandene Probleme der Gäbelbachsiedlung zusammen mit der Einwohnerschaft und eventuell dem Gemeinschaftszentrum zu lösen versuchen"). Ursprünglich verstand sie sich als Opposition gegen die Verwaltungen, als kleiner Stachel, der die Mächtigen zum Handeln zwingt. Sie forderte die Liegenschaftsverwaltungen zu Begehungen der Siedlung auf und lud sie zu öffentlichen Aussprachen in Quartiersversammlungen ein, aber es ging dabei bloss um Sicherheitslinien auf der Zufahrtsstrasse und Parkplatzfelder, um Hecken und ungenügend abgesicherte Baugruben, und die Fragen an den Versammlungen waren nicht sehr peinlich (sie wurden trotzdem als Zumutung empfunden). Sie machte Vorstösse bei den Städtischen Verkehrsbetrieben und der Stadtgärtnerei, ein im Quartier ansässiges Mitglied des Grossen Rates des Kantons Bern reichte auf Anregung der Arbeitsgruppe ein Postulat ein, in welchem die Einrichtung einer Lichtsignalanlage bei der Einmündung der Gäbelbachstrasse in die Hauptstrasse gefordert wurde. Die Arbeitsgruppe verfasste aber auch auf eigene Initiative und in eigener Verantwortung eine schwarze Liste jener Autobesitzer, die den Parkplatz vor der Siedlung benützten, ohne der Verwaltung die von dieser erhobene Gebühr zu entrichten. Dies aus reinem Ordnungssinn. Als die Verwaltungen einräumen mussten, dass einfach fünfzig Parkplätze fehlten, und bereit waren, diese

nachträglich zu erstellen, hatte die Arbeitsgruppe einen besseren Vorschlag, nämlich die Parkplätze fortlaufend zu nummerieren, jedem Wagenbesitzer eine Nummer zuzuteilen und - gestützt auf die schwarze Liste der Arbeitsgruppe - die früheren Parksünder zu diskriminieren.

Es gibt neben dieser natürlich auch andere Gruppen im Quartier, Hobby-Gruppen, Mieterkollektive, die die Werkstätten und das Schwimmbad verwalten, einen Jugendclub, die Stelle "Italiener unter uns" (später "Ausländer unter uns"), die Kontakte zwischen Schweizern und Ausländern fördern will und gelegentlich gemütliche Abende und Kinderfeste organisiert; den Kinderhütendienst der Frauen, eine Elterninitiativgruppe, die die Spielgelegenheiten der Kinder verbessern will. Die Räume sind tags und abends ausgebucht, für die Kinder steht an Nachmittagen ein Malatelier offen, Gymnastikkurse und Musikunterricht mit dem Orff'schen Instrumentarium werden ihnen angeboten, aber für den Fussballplatz, der schon in der ersten Vorstandssitzung des Gäbelbachvereins gefordert wurde, ist dreieinhalb Jahre später noch immer kein Platz gefunden worden und die Eltern haben ihren Kindern den vernünftigeren Spielplatz nicht selbst hingestellt. Die Initiativen scheinen vor den Wällen der Verwaltungen und Behörden zu versanden. Die Bereitschaft ist zu gross, sich in den Status quo zu fügen, auch in Sachen, um die nicht sehr hart gekämpft werden müsste, da die Verantwortlichen (vorab die Architekten) selber wissen, dass die Lösungen unbefriedigend sind. Es verwundert daher nicht, dass auffällig viele Bewohner sich nicht entscheiden können, ob die Beteiligung an Mieterorganisationen überhaupt etwas nützen könnten: Den Satz in der TV-Erhebung vom November 1971: "Die Beteiligung an Mietervereinen hat keinen Sinn, man kann ja doch nichts machen." halten 29% für richtig, 30% für falsch, 41% wissen nicht, wie sie ihn beurteilen sollen.

Der Wunsch nach Gestaltung der Wohnumwelt beschränkt sich im wesentlichen auf die eigene Wohnung. Zwar hätte man gerne ein reicheres oder auch einfach ein anderes Service-Angebot, zum Beispiel

die Migros statt dem Coop, eine "richtige" Metzgerei, Kleiderläden (ungefähr 20% aller Aussagen bezogen sich darauf), Sportplätze und bessere Spielplätze, man ist verärgert, wenn man keinen Parkplatz vor dem Haus findet und empört, wenn einer die einmal gesetzte Ordnung nicht respektiert, im ganzen aber gibt man sich zufrieden und richtet sich ein. Unruhestifter will keiner sein. Typisch "städtische" Einrichtungen werden nicht gefordert oder vermisst; die Leute, die hierher ziehen, suchen kein "öffentliches Leben". Sie scheinen einen Sprung zu machen von ihrer Wohnung direkt ins Grüne, über die Siedlung hinweg.

5. Die einschränkenden Bedingungen der monofunktionalen Stadtrand-siedlung

5.1 Zu den Voraussetzungen einer bedürfnisgerechten Wohnumwelt

Die Wohnumwelt ist für das Individuum von zentraler Bedeutung. Sie ist der Ort, an dem die grundlegenden Bedürfnisse befriedigt werden und wo die Weichen gestellt werden für die persönliche Entwicklung eines Individuums; sie ist umso bedeutender, je weniger andere Lebens- und Entfaltungsbereiche zugänglich sind: ein Kind ist in grösserem Masse von ihr abhängig als ein Erwachsener, eine Hausfrau mehr als ihr berufstätiger Gatte. Unter dem Befriedigungsaspekt betrachtet, übernimmt sie bestimmte Funktionen für die Erhaltung von Bestehendem, zum Beispiel des menschlichen Organismus, des psychischen Gleichgewichts, befriedigender Interaktionsstrukturen in Intimgruppen oder auch in losen sozialen Gefügen. Unter dem Entwicklungsaspekt hingegen muss sie Funktionen erfüllen, die auf die Ueberwindung eines Bestehenden zielen: die Ueberwindung frühkindlicher Triebbefriedigungs-Dispositionen, die Entwicklung individueller Fähigkeiten, die Integration vereinzelter Menschen in das Gemeinwesen.

Wenn unter dem Befriedigungsaspekt alles auf Sicherheit, auf Hebung und Aufgehobensein ausgerichtet, also: "konservativ" ist, so muss unter dem Entwicklungsaspekt die Wohnumwelt Anregungen vermitteln, die über sie hinausweisen und aus der Befangenheit in der gehegten Atmosphäre herausreissen (57). (Es ist allerdings darauf hinzuweisen, dass diese beiden Aspekte ausschliesslich für die Analyse der Funktion der Wohnumwelt für den einzelnen auseinandergehalten und einander gegenübergestellt werden; faktisch stehen sie in einem sehr engen wechselseitigen Verhältnis zueinander.)

Unter dem Befriedigungsaspekt stehen - gleichsam als negative Voraussetzungen - die Schutzfunktionen. Schutz soll gewährt werden vor Witterungseinbrüchen, vor Einflüssen der materiellen Umwelt,

vor dem Eindringen unerwünschter Personen sowie davor, ununterbrochenen Kontakten mit anderen Menschen ausgesetzt zu sein. Auf der positiven Seite ist zunächst an die Bedürfnisbefriedigung mit den Gütern des täglichen Bedarfs zu denken, an Esswaren und die zu ihrer Lagerung und Zubereitung notwendigen Einrichtungen, an Kleidung, an infrastrukturelle Dienstleistungen und Vorkehrungen. Jeder Planer kennt die minimalen Anforderungen, denen eine Siedlung genügen muss; was darüber hinausgeht, ist - in irgendeiner Siedlung wie in unserer Gesellschaft schlechthin - abhängig von den finanziellen Möglichkeiten des Mieters einerseits, von den in der Gesellschaft vorherrschenden Vorstellungen der Wohnwerte andererseits. Die Leute glauben zu wissen, was sie beziehungsweise ihre Kinder brauchen, und teilen ihre privaten Mittel ein.

Weniger eindeutig bestimmen lässt sich die Bedeutung anderer Bedürfnisse, etwa psycho-sozialer Bedürfnisse nach verschiedenartigen Kontakten: intimen oder beiläufigen, mit Menschen, die ähnliches tun oder auch ganz anderes, die derselben Altersgruppe und demselben Geschlecht angehören oder auch nicht; nach Bezugspersonen und Identifikationsobjekten, nach starken affektiven Beziehungen zur Umwelt, die sich im Bewusstsein des einzelnen als Gefühl von Zugehörigkeit und "Heimat" äussern. Oder auch sozio-kultureller Bedürfnisse nach Ereignissen, "Anlässen" und den damit verbundenen spezifischen Interaktionen, nach Informationen über das Geschehen im Quartier und Teilnahme daran. Schliesslich auch motorischer Bedürfnisse - insbesondere der Kinder - nach Möglichkeiten, sich auszuaquieren, Gegenstände zu bearbeiten und zu verformen.

Unter dem Entwicklungsaspekt sind für unsere analytischen Zwecke drei Funktionsgruppen der Wohnumwelt auseinanderzuhalten: Funktionen bezüglich der individuellen Entwicklung des einzelnen - seines Charakters, seiner Persönlichkeit -, Funktionen bezüglich der Sozialisation und, drittens, Ausdrucksfunktionen.

1. Damit ein heranwachsender Mensch seine Fähigkeiten (intellektuelle, imaginative, gestaltende, motorische, soziale etc.) opti-

mal entfalten kann, braucht er eine Umgebung, die ihm einerseits vielfältige Erlebnisinhalte vermittelt, die ihn immer wieder aufs neue herausfordert und ihn zu eigenständigen Reaktionen und phantasievолlem Handeln anregt*, die ihm auf der andern Seite jedoch auch die notwendigen Freiheitsräume belässt, seine Probehandlungen und Gestaltungswünsche auszuführen, ohne dass er beständig an eine etablierte Ordnung anstösst und von gestörten Erwachsenen zurückgebunden wird.

Nun ist es allerdings nicht ausschliessliches Privileg Heranwachsender, sich zu entwickeln. Leben besteht ja gerade darin, sich dem, was ausser einem selbst liegt, dem "Andern", auszusetzen und in der Auseinandersetzung mit ihm sich selbst als handelndes Subjekt zu erfahren und dadurch seine Eigenständigkeit gegenüber der Aussenwelt zu festigen. Eine weit getriebene Individuation in diesem Sinne, ein differenziertes Weltbild und das Bewusstsein der eigenen Lage in dieser Welt ist die eine Voraussetzung, ein hohes Mass an Solidarität mit den anderen Angehörigen des Gemeinwesens und darüber hinaus mit den globaleren Interessen der Menschheit ist die andere Voraussetzung** dafür, dass das Leben in der Stadt einen neuen Sinn erhält und nicht lediglich von der ökonomischen Notwendigkeit diktiert wird, immer mehr Bewohner in einem immer enger werdenden Raum anzusiedeln.

Hier müssten nun die politisch-pädagogischen Massnahmen der Gemeinwesenarbeit einsetzen: Sie müssten dem einzelnen helfen, seine eigenen Bedürfnisse zu reflektieren, sie in Beziehung zu setzen

* "Der Rückzug ihres Interesses von den 'Objekten', den wir an so vielen Menschen beobachten können, darf man zu einem beträchtlichen Teil der Monotonie ihres Daseins zuschreiben, zu welcher die monotone Hässlichkeit der industrialisierten Wohnlandschaft, des Arbeitsplatzes, der Vergnügungsstätten, also der gesamten Umwelt beiträgt." Alexander Mitscherlich; 1966, S. 876

** Zumindest in diesem Punkt, dass es weder die (bürgerliche) Individualität noch die (proletarische) Solidarität allein tun werden, sind sich Alexander Mitscherlich (1965, S. 120) und sein Kritiker Hermann Korte (1971, S. 154) einig.

zu den Bedürfnissen weiterer Sozialgebilde, um sie entweder durchzusetzen oder zu überwinden zugunsten von als übergeordnet erkannten Werten. Gemeinwesenarbeit müsste ihren Sinn darin finden, diese permanente emanzipatorische Leistung der Angehörigen des Gemeinwesens gegenüber vermeintlichen "Sachzwängen" voranzutreiben und ihr ein über den einzelnen hinausreichendes Durchsetzungsvermögen zu geben.

2. Bevor ein Mensch sich in ausserfamiliären sozialen Gruppen einigermassen frei bewegen kann, muss er die adäquaten Verhaltensformen gelernt haben. Und er wird zu umso befriedigenderen Kontakten fähig sein, je unterschiedlichere soziale Situationen ihm vertraut sind, und je besser er gelernt hat, die Verschiedenartigkeit zwischenmenschlicher Beziehungen wahrzunehmen und sein eigenes Verhalten der Situation gemäss zu differenzieren. Zumindest für die Kinder ist es die Wohnumwelt, die den Rahmen der täglichen Sozialisationsbedingungen setzt. Hier halten sie sich auf und beobachten das Tun der Erwachsenen, hier erfahren sie, wenn überhaupt irgendwo, welche Vorkehrungen nötig sind zur Befriedigung materieller Bedürfnisse und erleben die ersten Ansätze gesamtgesellschaftlicher Zusammenhänge*.

Jane Jacobs hat als erste auf die Bedeutung des Bürgersteigs als Ort, an dem zweckorientiertes, von einer bestimmten sozialen Verantwortung getragenes Verhalten sich abspielt, hingewiesen: "In Wirklichkeit lernen Kinder, wenn überhaupt, nur von den Erwachsenen auf der Strasse die ersten fundamentalen Zusammenhänge funktionstüchtigen Grossstadtlebens. Von ihnen lernen sie, dass die Menschen, wenn sie keine Bindungen zueinander haben, ein bisschen öffentliche Verantwortung füreinander haben müssen. Diese Lektion lernt man nicht dadurch, dass sie einem gepredigt wird. Man lernt nur aus der Erfahrung, dass andere Menschen, die keine verwandt-

* Es hängt sicherlich auch mit der Funktionentrennung im Städtebau zusammen, dass heute Jugendliche vor ihrem eigenen Eintritt in die Arbeitswelt kaum eine Vorstellung haben von der Realität, die dort auf sie wartet. Sie erfahren sie allenfalls als ein Negativum in der Erschöpfung des von der Arbeit heimkehrenden Vaters.

schaftlichen oder freundschaftlichen Bindungen zu einem und keine berufsmässige Verantwortung für einen haben, jenes bisschen öffentliche Verantwortung zeigen." (58) Alfred Lorenzer knüpft zum Teil an ihre Ueberlegungen an, wenn er das Phänomen der politischen Sozialisation analysiert, d.h. des Erlernens von Verhaltensweisen unter den spezifischen Bedingungen der (politischen) Öffentlichkeit, die sich dadurch auszeichnet, dass die sozialen Kontakte nicht durch festgefügte Beziehungsmuster geschlossener Gruppen oder durch institutionalisierte, vorgegebene Gruppenziele vermittelt werden (zum Beispiel die Erziehung in Familie, Schule und Erziehungsheimen, die Produktion wirtschaftlicher Güter in Arbeitsequipen und Betrieben), sondern aus einer eben erst gegebenen Situation heraus auf ein unmittelbares Ziel hin eingegangen und darauf - normalerweise - wieder abgebrochen werden, ohne dass eine intime persönliche Beziehung entstanden würde. Dass diese Interaktionen den Handelnden immer nur partiell integrieren und die Partner einander fremd bleiben, bedeutet allerdings nicht, dass lediglich ein "oberflächlicher Teilkontakt" hergestellt würde. Es wird vielmehr "ein im Erlebniskern des Individuums verwurzelter Voll-Kontakt ... geleistet", der durchaus eine libidinöse Besetzung erfährt. "Dass er zugleich flüchtig und zugleich emotional bestimmt, also 'persönlich' ist, gelingt um den Preis einer beachtlichen 'Neutralisierungs-' bzw. Sublimierungsleistung. Diese 'Sublimierungsleistung' wird im öffentlichen Raum gelernt." (59)

In Umkehrung der Argumentation bedeutet dies jedoch auch, dass sie nicht gelernt werden kann, wenn kein libidinös besetzbares Umfeld besteht*. Es ist aber gerade erst die starke affektive Beziehung

* In diesem Kontext steht Marcuses Begriff der "repressiven Entsublimierung": "Die Umgebung, von der das Individuum Lust empfangen konnte - die es als Genuss gewährende fast wie erweiterte Körperzone besetzen konnte - wurde streng beschnitten. Damit reduziert sich gleichermassen das 'Universum' libidinöser Besetzung. Die Folge ist eine Lokalisierung und Kontraktion der Libido, die Reduktion erotischer auf sexuelle Erfahrung und Befriedigung." Und in einer erklärenden Fussnote: "Gemäss der in den Spätwerken Freuds benutzten Terminologie: Sexualität als 'spezialistierter' Partialtrieb, Eros als der des Gesamtorganismus." Herbert Marcuse, 1967, S. 92 f.

zur Wohnumwelt, die diese zum "belebten" Raum werden lässt in der Erfahrung des einzelnen; die ihn daran hindert, sich aus dem Gemeinwesen zurückzuziehen in seine private Sphäre, die ihm jedoch auch eine "unproblematische" Integration in das Gemeinwesen verunmöglicht, denn er wird nicht bereit sein, es schlechterdings zu akzeptieren wie es ist, sondern wird es beständig in Frage stellen und ihm seine eigenen Ansprüche entgegenhalten.

3. Die Wohnumwelt ist die nächstliegende, unmittelbar tangible Sphäre ausser einem selbst, die man nach eigenen Vorstellungen formen kann zu einem materiellen "Gegenstück seiner selbst" (60). Diese Funktion muss sie noch ausschliesslicher erfüllen in einer Gesellschaft, in der zunehmend weitere Bereiche - die Organisation des Arbeitsplatzes, die Zusammenstellung des Lehrstoffes, der vermittelt und aufgenommen werden soll, die Verwaltung des Gemeinwesens - der Verantwortung des einzelnen entzogen und "übergeordneten" wirtschaftlichen und politischen Zielen unterstellt wird und dadurch den einzelnen dem selbstgenügsamen Glück inmitten seiner erworbenen Habseligkeiten überweist: Neben der Freizeitgestaltung erhält dann die Wohnung eine zentrale "sozio-kulturelle Ausdrucksfunktion" (Mitscherlich) zugewiesen von der Gesellschaft. Soll diese Ausdrucksfunktion nicht gänzlich zur persönlichen Selbstbefriedigung ohne weiterreichende soziale Konsequenzen absinken, sondern auf neue, den heutigen Bedürfnissen und Umständen entsprechende Formen des Wohnens und Zusammenlebens hinweisen, muss sie sich jedoch über den Bereich der eigenen Wohnung, über den privaten Familien- und Freundeskreis hinaus auf die weitere Wohnumwelt erstrecken.

Die Forderung nach einem Beitrag des Individuums zur Gestaltung seiner Umwelt setzt allerdings voraus, dass sie zunächst einmal zur Gestaltung überhaupt anregt, dann aber auch, dass sie "gestaltbar" ist: ihre baulichen Strukturen müssen sich den jeweiligen Bedürfnissen anpassen können und das soziale System muss grundsätzlich offen sein, d.h. jeder soll unabhängig von erworbenen oder zugeschriebenen Eigenschaften, die er hat oder - je nachdem - ihm abgehen, Zugang erhalten. Seine Beiträge dürfen weder überhört

noch unterdrückt und auch nicht auf Belanglosigkeiten und sekundäre Verwaltungsaufgaben im Auftrag Dritter beschränkt werden. (Immer vorausgesetzt, dass er sich nicht selbst auf das Belanglose beschränkt. Hierin könnte ein Gemeinwesenarbeiter den Erfolg seiner politisch-pädagogischen Bemühungen ablesen.)

Nach Alexander Mitscherlich müssten diese Ausdrucksfunktionen auf einen "Gruppenkanon" des Bauens (61) hinauslaufen. Es fragt sich allerdings, ob ein solcher "Gruppenkanon" nicht sozialromantischem Wunschdenken entsprungen ist. Für Hans Joachim Giegel zumindest steht ausser Zweifel, "dass die institutionellen Strukturen und die in ihnen sich durchsetzende Herrschaft des einen Teils der Gesellschaft über den anderen verhindern, dass es zwischen den Klassen aufgrund eines Dialogs über die richtige Form des gesellschaftlichen Lebens zu einer nicht äusserlich erzwungenen Einigung kommen könnte." (62)

5.2 Zu den Einschränkungen durch die aktuelle Baupraxis

"Wo die Produkte des spezifisch modernen Lebens nach ihrer Innerlichkeit gefragt werden, ... wird die Antwort der Gleichung nachforschen müssen, die solche Gebilde zwischen den individuellen und den überindividuellen Inhalten des Lebens stiften, den Anpassungen der Persönlichkeit, durch die sie sich mit den ihr äusseren Mächten abfindet." (63) In der Algebra des kapitalistischen Städtebaus sind nun die abhängigen und die unabhängigen Variablen gänzlich im Sinne des sozialen Systems definiert: Währenddem die Bedürfnisse der Bewohner diesen selbst meist nicht bewusst sind und von ihnen daher auch nicht artikuliert werden können, die Bewusstseinsindustrie ihrerseits aber alles daran setzt, sie im Interesse der Erhaltung des gesellschaftlichen Status quo und des institutionalisierten technologischen Fortschritts, der sich als unantastbarer Wert verselbständigt hat, noch tiefer zu verschleiern, sind die Bedürfnisse des Kapitals recht präzise formuliert und auch allgemein anerkannt - nicht zuletzt von jenen, deren Lebens-

recht durch sie am einschneidendsten gekürzt wird*. Aufgelöst wird das Gleichungssystem nach den ökonomischen Grössen. Zwar werden in einer Siedlung wie etwa dem Gäbelbach den manifesten, gesellschaftlich sanktionierten Bedürfnissen Rechnung getragen, indem die Infrastruktur relativ grosszügig ausgebaut wird. Und auch die in der Charta von Athen vorgenommene Trennung der Funktionen Wohnen, Arbeiten, sich Erholen, Verkehr sollte jeder der vier sozialen Funktionen zunutze kommen: für sich allein konzipiert sollten konsequentere, in sich geschlossenere und darum auch "funktionalere", nicht von Störfaktoren aus den anderen Bereichen beeinträchtigte Lösungen möglich werden. Aber gerade mit diesem abstrakten Realismus, der die besonderen Äusserungen des sozialen Lebens auf ein paar allgemeine Kategorien verkürzt, um sie besser verwalten zu können und alles, was darüber hinaus geht oder im Widerspruch dazu steht, vom Tisch fegt, schlägt sich die Architektur auf die Seite der Wirtschaft: sie bedient sich derselben auf Ausbeutung und Herrschaft ausgerichteten Vernunft, die schon der Wirtschaft zur Vorrangstellung in der Industriegesellschaft verholfen hat (64).

Um den menschlichen Bedürfnissen gerecht zu werden, müsste der Funktionalismus in der Architektur über sein bisher erlangtes Stadium der Planung für die elementaren sozialen Funktionen hinausgehen zu einer Planung für die latenten sozialen und sozialpsychologischen Funktionen; er müsste sich auseinandersetzen mit den verschiedenen Facetten menschlicher Bedürfnisse und die mitspielenden, nebenher sich einstellenden Wirkungen der Raumgestal-

* "Der Satz von Marx, dass auch die Theorie zur realen Gewalt wird, sobald sie die Massen ergreift, wurde eklatant vom Weltlauf auf den Kopf gestellt. Verhindert die Einrichtung der Gesellschaft, automatisch oder planvoll, durch Kultur- und Bewusstseinsindustrie und durch Meinungsmonopole, die einfachste Kenntnis und Erfahrung der bedrohlichsten Vorgänge und der wesentlichen kritischen Ideen und Theoreme; lähmt sie, darüber hinaus, die blossen Fähigkeit, die Welt konkret anders sich vorzustellen, als sie überwiegend denen erscheint, aus denen sie besteht, so wird der fixierte und manipulierte Geisteszustand ebenso zur realen Gewalt, der von Repression, wie einmal deren Gegenteil, der freie Geist, diese beseitigen wollte." Theodor W. Adorno, 1970, S. 160

tung mit einbeziehen (65). Solange allerdings die Siedlungsfor-
 schung nicht in dieser Richtung konsequent weitergetrieben, son-
 dern durch die Uebermacht der wirtschaftlichen Interessen dazu ge-
 zwungen wird, "positive Beiträge" zur partikularen Veränderung bei-
 zutragen, solange Bürgerinitiativen, wo sie schon entstehen, in
 den Vollzug der Verwaltung des Bestehenden eingespannt werden,
 statt dass sie ihre Ansprüche gegen die etablierten Institutionen
 durchsetzen, bleibt jede Raumplanung letztlich den herrschenden
 wirtschaftlichen Interessen verhaftet. Selbst wo Planer sich dieser
 Zwangsläufigkeit bewusst sind und sie zu durchbrechen versuchen mit
 ihren Entwürfen, müssen sich ihre Produkte schliesslich doch wieder
 in die gesamtgesellschaftlichen Zusammenhänge einfügen (66). Wo je-
 doch die Planer die bestehende Ordnung als Grundlage in ihre Ge-
 samtkonzeption aufnehmen, kommen die Rechte der Bewohner erst in
 den Planungslücken, bei der Berechnung für die konkrete Ausführung
 des Konzepts zum Zuge: Ein Einkaufszentrum gilt dann schon als
 menschengerecht gestaltet, wenn die Ladenstrasse breit genug ist,
 dass zwei Frauen mit Kinderwagen ungehindert aneinander vorbeikom-
 men und, wenn sie ein paar Worte miteinander wechseln wollen, auch
 noch einer dritten Platz lassen, ohne dass der Durchgang gleich
 wieder zu breit würde und durch seine gähnende Leere jeglichen Kon-
 takt zwischen den hindurcheilenden Passanten verhindert. Dass sie
 als reine Transportanlage von Menschen und Gütern trotz der sorg-
 fältigen Berechnung keine Kontakte vermittelt, erscheint dann ge-
 radezu unerklärlich. Oder die Rechte der Bewohner kommen überhaupt
 nicht zum Zuge; es wird zum Beispiel als unausweichliches Uebel
 hingenommen, dass kinderreiche, einkommensschwache Familien in zu
 engen Wohnungen Unterkunft suchen müssen: Da billiger nicht gebaut
 werden kann und sie schlechterdings nicht überleben können, wenn
 sie die Hälfte ihres Einkommens für die Wohnung aufwenden, müssen
 sie sich halt bescheiden. Dass die Wohnbausubventionierung weiter
 ausgebaut werden könnte oder gar das Bodenrecht geändert, wird
 schon gar nicht in Erwägung gezogen. Man gibt sich im Gegenteil
 mit der Erklärung zufrieden, dass diese Familien gar keinen so
 grossen Wert auf mehr Wohnraum legen, da sie erfahrungsgemäss,

auch wenn grössere Wohnungen erhältlich sind, sich trotzdem immer für die kleinere - die billigere - entscheiden.

Seit geraumer Zeit wird der Nutzen strikter Funktionentrennung in der Stadtplanung in Zweifel gezogen; die Argumente mancher Funktionalismusgegner (vorab Jane Jacobs' Thesen (67)) haben soweit überzeugt, dass eine gewisse Funktionenmischung mehrheitlich angestrebt wird. In Bern hat das zur Regel geführt, dass in jeder grösseren Gesamtüberbauung eine Parzelle für Gewerbebetriebe oder ein Industrieunternehmen freigehalten wird. Im Interesse des "gesunden Wohnens" werden dann allerdings die beiden Bereiche so gegeneinander abgeschirmt, an getrennte Verkehrswege angeschlossen, aus dem Hörfeld und möglichst auch aus dem Blickfeld verbannt, dass sie gleichwohl funktional auseinanderfallen.

Nun widerspricht sicherlich eine feinkörnige Funktionenmischung den Anforderungen technischer und administrativer Rationalität. Auch bleibt ein grosser Industriebetrieb ein abweisender, wenig wünschenswerter Nachbar, selbst wenn Gas- und Lärmemissionen weitgehend eliminiert werden können, und eine Mischung von Wohn- mit Verwaltungsbauten wird kaum jene bunte Vielfalt des Geschehens auf Strassen und öffentlichen Plätzen hervorbringen, wie sie manchen Stadtkritikern vorschwebt. Dass solche Versuche nicht viel neues bringen, liegt daran, dass es nicht so sehr der räumlich-stationäre Niederschlag der Funktionentrennung im industriellen Städtebau ist, der die Stadt als umfassende Organisationsform sozialen Lebens ausgehöhlt hat, sondern vielmehr die konsequente Zerlegung der verschiedenen Erfahrungs- und Lebensbereiche eines jeden einzelnen in der Industriegesellschaft. Nicht dass die Mehrzahl der Arbeitenden jeden Tag ins Stadtzentrum oder in den Industriebezirk fahren müssen, ist das Entscheidende, sondern dass sie eine wesentliche Komponente ihrer Identität* als abgespalten erle-

* Eine Untersuchung von Nancy Morse und Robert Weiss, *The Function and Meaning of Work and the Job*, ergab, dass 80% der ungelernten Industriearbeiter ihre Arbeit nur ausübten, weil sie materiell dazu gezwungen waren; auf die Frage, ob sie aufhören würden zu arbeiten, wenn ihre finanzielle Lage ihnen das erlaubte, antwor-

ben von allem anderen, das sie tun; dass sie bei ihrer Arbeit gänzlich den Gesetzen der Rationalität und der Produktivität unterstellt sind und mit dem Versprechen persönlicher Entfaltung bei befreiendem Tun in den Feierabend entlassen werden. (Dass die Freizeit als funktionales Gegenstück zur Arbeit hintenherum auch wieder von dieser geprägt ist und gesellschaftlicher Lenkung und Kontrolle unterliegt, macht die Heteronomie perfekt*.) Die Aufspaltung sozial relevanten Handelns schliesst jedoch auch Nicht-Berufstätige von einem zentralen Komplex gesellschaftlicher Wirklichkeit aus und verwehrt ihnen den Einblick in wesentliche gesellschaftliche Zusammenhänge**. Eine Frau, die ausschliesslich den Haushalt

teten sie mit nein, obschon diese Arbeit (und bei vielen irgendeine Arbeit, die sie sich vorstellen konnten) ihnen langweilig und ohne eigenen Wert erschien. Riesman, der diese Studie zitiert, schliesst daraus, dass die Arbeit, genauer: der "Job" die Basis der Selbst-Definition dieser Leute ist und wesentliche Funktionen als psychischer Stabilisator erfülle: "Work may not be an active presence in the life of these workers, but its absence would be an active absence." David Riesman, in: Larrabee & Meyersohn, eds., 1961, S. 370

* "Die Trennung der gesellschaftlichen Akte, in denen das Leben der Menschen sich reproduziert, von ihnen selber, verhindert sie daran, das Getriebe zu durchschauen, und überantwortet sie der Phrase, es käme alles bloss auf den Menschen an, die kaum zuvor im gleichen Umfang konsumiert worden ist wie zur Zeit des Fließbandes. Dass die gesellschaftlichen Tendenzen sich über den Köpfen der Menschen durchsetzen, dass sie jene Tendenzen nicht als ihre eigenen wissen, macht den gesellschaftlichen Schleier aus." Theodor W. Adorno, 1970, S. 19 f.

** Evelyne Sullerot stellt in ihrem Bericht über "Die Erwerbstätigkeit der Frauen und ihre Probleme in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft" fest: "Wir könnten viele Beispiele dieser oft schwer erklärlichen 'Bumerangwirkung' aufzeigen, die sich aus der fehlerhaften Eingliederung der Frau in das Leben eines Landes ergeben, sei es, dass sie in einen zu grossen Rückstand auf erzieherischem, technologischem, juristischem oder bürgerrechtlichem Gebiet im Vergleich zu den meisten Männern geraten (und ihnen gleichzeitig exklusiv Aufgaben wie Konsum, Erziehung aufgebürdet werden, die Red.), sei es, dass man sie zu stark für bestimmte Gebiete und bestimmte Aufgaben spezialisiert, die von den Männern aufgegeben wurden (was schnell auf dem Gebiet der Erziehung in unseren Ländern der Fall sein könnte), das führt auf lange Sicht zu einem wahrscheinlich schädlichen Ungleichgewicht." Zit. nach der "National-Zeitung" Nr. 330/24.8.1972

besorgt und den Tag mit ihren Kindern in der Wohnung verbringt, hat vielfach kaum eine Ahnung, womit ihr Gatte sich tagsüber beschäftigen mag (was übrigens auch in umgekehrter Richtung gilt); als Verantwortliche für den Güterkonsum in der Familie ist sie in erster Linie um das regelmässige Eintreffen eines möglichst hohen Lohnes besorgt, als Abhängige vom sozialen Status ihres Gatten um dessen beruflichen Aufstieg. Den Reaktionen und Konflikten ihres Mannes hingegen steht sie weitgehend ratlos gegenüber, da ihr die Situation am Arbeitsplatz fremd ist.

Wenn in der vorliegenden Arbeit die Siedlung Gäbelbach als konkretes Beispiel zur Darstellung der Zusammenhänge zwischen dem Städtebau und der Gesellschaft auf der einen, dem Individuum auf der anderen Seite gewählt wurde, dann nicht, weil der Gäbelbach als abschreckendes Beispiel dastünde, als missratene Siedlung oder eine, in der offensichtlich nur Unternehmerinteressen berücksichtigt wurden, sondern weil er ein repräsentatives Produkt neuerer Städteplanung in der Schweiz ist und dadurch, dass er mit seinem Gemeinschaftszentrum einen in anderen Städten vielbeachteten Versuch unternommen hat, reinen Wohnquartieren eine neue sozial-integrative Funktion zu geben, gleichzeitig auch Hinweise gibt, in welcher Richtung die Entwicklung des Wohnbaus in der Schweiz in unmittelbarer Zukunft weitergetrieben werden soll.

Die Siedlung Gäbelbach ist als kompakte Einheit konzipiert, sowohl von der Planung her, die ihr eine einprägsame architektonisch-ästhetische Gestalt und eine übersichtliche, durchstrukturierte Ordnung verleihen wollte (dadurch allerdings den Bewohnern keinerlei Gestaltungsmöglichkeiten überliess), als auch von der Verwaltung her: die Besitzer der Blöcke haben sich zur Gäbelbach-Immobilien AG zusammengeschlossen; sie vermieten zwar die Wohnungen in eigener Regie, verwalten aber die Gemeinschaftsanlagen gemeinsam und vertreten auch ihre Interessen gegenüber den Mietern, den Leitern des Gemeinschaftszentrums und der Einwohnergemeinde gemeinsam. Wiederum haben die Bewohner zunächst kaum eine andere Möglichkeit, sich zu beteiligen, als sich dem Quartierverein anzuschliessen

und die Rolle zu übernehmen, die ihnen von der Verwaltung zugedacht wurde: die Entscheide der Gabelbach-Immobilien AG gutzuheissen und Vorschläge zu Detail-Verbesserungen (zum Beispiel in der Parkplatzfrage) anzubringen. Von den Entscheidungsgremien sind sie von vornherein ausgeschlossen.

Diese Tendenz, den Bewohnern die Sorge - vielleicht aber auch die Freude - der Gestaltung ihrer Wohnumwelt abzunehmen, geht bis zur Innenausstattung der Wohnung, deren Grundriss dem Mieter nur wenig Auswahl lässt, seine Möbel zu plazieren; auch wenn eine Wand bei seinem Einzug neu tapeziert werden muss, kann er keine Wünsche anbringen, die Verwaltung lässt dieselbe Tapete neu aufziehen; in die mit weissem Kunststoff überzogenen Holz-Trennwände dürfen keine Nägel eingeschlagen werden und "das Bekleben der Wände mit Bildern aller Art ist streng untersagt" gemäss Mietvertrag. Auch dürfen keine Haustiere gehalten werden. Das Mietobjekt "Wohnung" muss jederzeit wiedervermietbar sein.

Stattdessen wird dem Bewohner ein - auch wieder bis ins Detail vorausgeplantes - Siedlungszentrum zur Verfügung gestellt, das ihm, so der Architekt A., "die Befriedigung möglichst vieler Bedürfnisse (ermöglicht): Einkauf, Unterhaltung, Arbeit, Schulung, Erholung. Daneben ist es vor allem Ansatzpunkt für die Entwicklung eines Gemeinschaftsgefühls." (68) Aber worauf sollte denn dieses abstrakte "Gemeinschaftsgefühl" beruhen? Konkreten Inhalt erhielt es erst durch gemeinsame Zielvorstellungen und Realisierungsbestrebungen der Bewohner. Mit dieser "Sozialmontage" (69), die dem reinen Wohnbau einen Gemeinschaftsbau angliedert, der die Kommunikationsbedürfnisse der Leute befriedigen und sie einander näher bringen soll, wird eine heile Wohn- und Freizeitwelt konstruiert, aus der Widersprüche und Konflikte verdrängt sind - sie brächten störende Missklänge in das "individuelle, behagliche Wohnen" (70). Das Pendant zu diesem Entwurf seitens der Bewohnerschaft ist der Wunsch nach Ruhe und Ordnung, der Schulterschluss der Recht-Denkenden, die sich ihrer Uebereinstimmung mit der Norm sicher sind und daraus die Berechtigung zur Intoleranz jenen gegenüber ziehen,

die sich nicht so perfekt anpassen können oder wollen.

Ein Beispiel dafür gibt der "Flash-Club" der Jungen im Gäbelbach ab: Die Erfolgsthüchtigen unter den Burschen übernahmen die Organisation des Clubs (der übrigens genau nach dem Muster der Vereine ihrer Väter gegründet und aufgebaut wurde) und drängten die "Angeschlagenen", jene, die häufig die Stelle wechselten oder die Lehre vorzeitig abgebrochen hatten, die vielleicht auch schon mit der Jugendanwaltschaft in Kontakt gekommen waren, in Aussenseiterpositionen oder gänzlich aus dem Club hinaus. Die Mädchen, sofern sie überhaupt in den Club-Vorstand aufgenommen wurden, erhielten die vertrauensvolle Aufgabe zugewiesen, die Getränke zu besorgen (vom betreuenden Sozialarbeiter auf die ungleiche Behandlung aufmerksam gemacht, reagierten die Burschen mit ehrlichem Erstaunen darüber, dass man Mädchen auch ernsthafteres zutrauen könnte).

Die Einschränkung der Ausdrucksfunktionen in einer Siedlung wie dem Gäbelbach hat aber auch zur Folge, dass sich vorab Leute in ihr wohl fühlen, die nur ein geringes Interesse für die Gestaltung ihrer über die Privatsphäre hinausreichenden Umwelt aufbringen (oder deren materielle Umstände sie dazu zwingen, zunächst ihre dringenderen Lebensbedürfnisse zu befriedigen). Jene hingegen, die sich nicht schlechterdings einer gesetzten Ordnung fügen wollen, sondern ihre Umwelt nach eigenen Vorstellungen beeinflussen und formen möchten, werden leicht angesichts der unüberwindlichen Widerstände sowohl seitens der Verwaltung als auch seitens ihrer trägeren Nachbarn resignieren oder ihre Interessen anderem zuwenden.

Die Dimension der Öffentlichkeit, der politischen Auseinandersetzung auf der Basis des Gemeinwesens, geht dadurch allerdings verloren. Die libidinöse Energie wird absorbiert von Familie, Haushaltablauf und Freizeitbetätigung. Karolus Heil stellte in seiner vergleichenden Untersuchung eines Münchner Stadtquartiers mit einer Stadtrandsiedlung fest, dass im Stadtquartier beiläufige Gespräche (zum Beispiel beim Einkaufen) sich häufig auf öffentliche Belange bezogen, währenddem sie sich in der Stadtrandsiedlung vorwiegend um persönlich-privates drehten. Diese unterschiedliche Be-

deutung des öffentlichen Bereichs zeigte sich jedoch nicht nur in der persönlichen Kommunikation im Quartier, sondern darüber hinaus auch in der unterschiedlichen Inanspruchnahme und Funktion der Massenmedien (71).

Nun fragt sich, wie die drängenden Probleme unserer Gesellschaft gelöst werden sollen, wenn der "Bürger" nicht nur keine umfassende Information über sie fordert, sondern noch dort, wo sie ihm geboten würde, sich gegen sie verschliesst; wenn ihm Sicherheit und Ausspannen in beruhigender, aufgelockerter Umgebung höchstes Glück ist. (Dass diese politische Apathie dem bestehenden sozialen System und jenen, die ein Interesse daran haben, seine Strukturen möglichst unverändert zu erhalten, zugute kommt, liegt auf der Hand.) Es fragt sich aber auch, ob diese sterile, gänzlich den Entspannungswünschen der Erwachsenen konforme Atmosphäre so kinderfreundlich ist wie ihr Ruf. Dadurch, dass die rein konsumorientierte, vom gesellschaftlichen Geschehen abgewandte Familie ihr tragendes Sozialgebilde ist, stellt die monofunktionale Stadtrandssiedlung dem Kind schlechte Sozialisationsbedingungen. Es ist eingefangen in emotional gefärbten Beziehungen und wird kaum mit anderen als expressiven Rollenmustern konfrontiert. Das soziale Leben ist nicht vielfältig genug, um seinen wachsenden Differenzierungsbedürfnissen nachziehen bzw. ihnen vorausgehen zu können, und die Familie ist nicht in der Lage, ihm neue Erfahrungsbereiche zu öffnen und Anstöße zu eigenständigem Denken und Handeln zu vermitteln, da sich die Eltern selbst aus der Auseinandersetzung zurückgezogen haben.

Das Gemeinschaftszentrum der Siedlung Gäbelbach, dem wir uns im zweiten Teil dieser Arbeit zuwenden wollen, befindet sich nun in einer widersprüchlichen Lage. Als Produkt der Funktionentrennung im Städtebau und des Kontrastwunsches nach Erholung und Ausspannen in beruhigender Atmosphäre am Wohnort trägt es dazu bei, die gesellschaftlichen Tendenzen dem Erfahrungs- und Einflussbereich des Individuums zu entziehen und animiert es zur Uebernahme der sozialen Rolle des "glücklichen Idioten". Gleichzeitig hat es sich je-

doch auch zum Ziel gesetzt, jenseits des Freizeit- und Kulturbetriebs Gemeinwesenarbeit zu betreiben, d.h. den Bewohnern ein geschärftes Bewusstsein ihrer Stellung in der Gesellschaft zu vermitteln und sie in ihren emanzipatorischen Bestrebungen zu unterstützen.

Es wird zu untersuchen sein, wie das Gemeinschaftszentrum seine Intentionen an die Realität der wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Interessen im Städtebau einerseits, der politischen Interesselosigkeit und Passivität der konsumorientierten Wohnbevölkerung andererseits anpasst.

II. TEIL DAS GEMEINSCHAFTSZENTRUM ALS OEFFENTLICHKEITERSATZ

6. Vorbemerkungen zum Begriff der Oeffentlichkeit

"Oeffentlichkeit" ist ein zentraler Begriff sowohl in der Staatslehre wie in der Siedlungssoziologie: Sie vermittelt die gesellschaftlichen Bedürfnisse mit den staatlichen Akten; die demokratische Staatsform bedarf der öffentlichen Zustimmung zur Legitimierung des in ihr stattfindenden Machtvollzugs. Seit Hans Paul Bahrdt (1) gelten die "Oeffentlichkeit" und ihr Gegenstück, die "Privatheit", als die beiden grundlegenden Vergesellschaftungsprinzipien der sozialen Organisationsform "Stadt". Historisch werden die beiden Aspekte von Oeffentlichkeit* verknüpft in der Emanzipation des städtischen Bürgertums zwischen dem 16. und dem 18. Jahrhundert (2). Die wirtschaftlich unabhängigen, gebildeten Bürger entwickelten die öffentliche Diskussion (zunächst in Kaffeehäusern, literarischen Clubs und bürgerlichen Salons, später in den lokalen politisch-literarischen Zeitschriften geführt (3)) zum Kampfmittel gegen den Feudalstaat und die Herrschaftsansprüche der fürstlichen Höfe.

Dass diese Form der Oeffentlichkeit eines "Publikums rasonierender Privatleute" (4) entstehen konnte, liegt in den sozio-ökonomischen Verhältnissen jener Zeit begründet, die den bürgerlichen Unternehmer zur tragenden Kraft nicht nur des wirtschaftlichen Wachstums, sondern auch der kulturellen Entwicklung und der politischen Auseinandersetzung machten. Die Oeffentlichkeit - und mit ihr die Stadt, die sich aus der Spannung zwischen den "sozialen Aggregatzuständen" (5) der Oeffentlichkeit und der Privatheit definiert - ist somit als "epochaltypische Kategorie" (6) zu verstehen.

* Der Vollständigkeit halber sei hier angefügt, dass Bahrdt den Begriff der Oeffentlichkeit nach Max Weber aus dem alltäglichen Marktgeschehen und dem darin typischen Verlauf der sozialen Kontakte herleitet; andere Formen der Oeffentlichkeit, wie.z.B. die politische, kristallisieren sich aus der für ihn primären sozio-ökonomischen Form erst heraus. Vgl. Hans Paul Bahrdt, 1961, S. 38

Mit der Veränderung der Wirtschaftsstruktur durch Rationalisierung, Konzentration, grossräumige Produktionsplanung und internationale Verflechtungen wurde der private Bürger-Unternehmer, der mit dem in der Familie durch Konsumverzicht zusammengesparten Kapital selbständig wirtschaftete, weitgehend von der Plattform verdrängt durch eine internationale Technokraten- und Managerelite einerseits, durch eine breite Schicht lohnabhängiger Arbeitnehmer andererseits. Mit der verfassungsmässigen Verankerung der liberalen Menschen- und Bürgerrechte im demokratischen Staat schliesslich, waren auch die wesentlichen politischen Forderungen des Bürgertums eingelöst. Die emanzipatorischen Ansprüche der unterprivilegierten Arbeiter und kleinen Angestellten hingegen liessen sich nicht mehr mit demselben Kampfmittel, der öffentlichen Diskussion, durchsetzen; dazu fehlte den Betroffenen die mit dem Besitz verbundene Absicherung der Existenzgrundlage, Bildung und Redegewandtheit. Zudem haben sich durch die Erfindung immer perfekterer und weiter reichender Fernmelde- und Reproduktionstechniken die Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten der Medien grundlegend verändert. Sie bringen Neuigkeiten aus einem weltumfassenden sozialen, politischen, kulturellen und geographischen Raum ein, und das Wort wird zunehmend durch das Bild verdrängt. Durch die Ausweitung der Berichterstattung wird der Informationsstrom grösser, gleichzeitig verliert jedoch das einzelne Ereignis, insbesondere auch dasjenige, das lediglich von lokaler Bedeutung ist, an Gewicht; es geht gleichsam im Strom unter. Die Aenderung in der Art der Berichterstattung, die sich vermehrt auf das Bild abstützt, macht die Ereignisse zwar anschaulicher und einprägsamer, verringert aber gleichzeitig die Differenzierungsmöglichkeiten. Das eine Kriegsbild gleicht dem andern, der Betrachter wird mit der Zeit abgestumpft; und eine öffentliche Demonstration, ein Massenauflauf, ein Streik sind "medienwirksamer", unmittelbar erfassbar und klassifizierbar als eine wie immer sachlich und differenziert geführte öffentliche Diskussion. Die neuen Massenmedien schaffen sich ihr Publikum, das sie gezielt ansprechen und mit Meinungen versorgen und dadurch dessen Informationsbedürfnisse und -gewohnheiten nach medien-eige-

nen Bedürfnissen und den dahinterstehenden wirtschaftlichen Interessen bilden. Dadurch, dass sie in jede Stube aufgenommen und von ihren Konsumenten als relevante Informationsquelle anerkannt werden, verschaffen sie sich ein Meinungsmonopol; gleichzeitig machen sie die öffentlichen Plätze und Lokale als Fixationspunkte politischer Auseinandersetzung überflüssig*. Diese findet vielmehr in Interessenverbänden und parlamentarischen Kommissionen hinter geschlossenen Türen statt, die Parlamente und die stimmberechtigte Bevölkerung können lediglich ausgearbeitete Vorlagen annehmen, oder sie verwerfen. Einblick in die Problematik ist ihnen schon von der Komplexität der Sachlage und der interessengebundenen, vereinfachenden Berichterstattung her verwehrt, und vielfach scheint schon der Aufwand, sich zu informieren, nicht der Mühe wert - die Entscheide sind ohnehin der öffentlichen Diskussion entzogen.

"Oeffentlichkeit" zerfällt in der pluralistischen Industriegesellschaft in zwei Formen von Pseudo-Oeffentlichkeit: in eine politisch wirksame, jene der durch die Massenmedien vermittelten Interessen der hierarchisch strukturierten Institutionen, die sich der Mitbestimmung an der Basis entziehen, und in eine mehr erbauliche, die reduziert ist auf die zivilen Tugenden der Aufgeschlossenheit, Umgänglichkeit, Rücksichtnahme und Verantwortung, und die dem verhetzten Stadtbewohner einen Ausweg aus Isolation, Unsicherheit und Angst verspricht. Die eine ist nur kooptierten Mitgliedern und Beifall spendenden Aussenseitern zugänglich, die andere ist eine belanglose Chiffre**. Indem der jedem zugängliche öffentliche Raum

* Die konsequente Fortsetzung der totalen Fernseh-Berichterstattung an der Münchner Olympiade, die dem Daheimgebliebenen nicht nur jeden Sieg live, in Zeitlupe und darauf noch aus einem anderen Blickwinkel, sondern allenfalls auch den darauffolgenden Zusammenbruch des Athleten auf den Bildschirm bringt und den Stadion-Besucher, der ohnehin viel weniger sieht, lediglich als Kulisse für die Uebertragung braucht, wäre - nach der Titel-Geschichte des SPIEGEL Nr. 36, Jg. 26 vom 28.8.1972 - die Durchführung der nächsten olympischen Spiele im Studio, mit Geräuschkulissen für Konkurrenten und Zuschauer vom Tonband.

** Als eine Art Oeffentlichkeits-Ersatz haben sich die Meinungsumfragen an der Wohnungstür etabliert. Im Gäbelbach z.B. wurden

politisch irrelevant wird, verliert er jedoch auch seine Funktion in der Organisation sozialen Handelns; die Stadt ist in der Folge nunmehr eine verwaltungstechnische Grösse - Einzugsgebiet von Kommunalbürokratie, wirtschaftlichen Betrieben und kulturellen Einrichtungen.

Bestrebungen, die darauf abzielen, den öffentlichen Raum wieder herzustellen - durch entsprechende bauliche Strukturen und/oder durch Gemeinwesenarbeit -, ohne diesen Umständen Rechnung zu tragen, dienen der ideologischen Verschleierung und, indem sie unterstellen, die Möglichkeiten zur Restauration der Öffentlichkeit lägen "auf der Strasse", man müsse sie bloss ergreifen, implizite auch der Rechtfertigung des gesellschaftlichen Status quo. Damit verleugnen sie aber ihre eigenen gesellschaftspolitischen Forderungen. Der Anspruch auf Öffentlichkeit heute ist ausschliesslich dann gerechtfertigt, wenn er den emanzipatorischen Gehalt, der im Begriff der Öffentlichkeit steckt, auf die heutigen Umstände reflektiert und sie mit adäquaten, massenmedienkonformen politischen Mitteln durchzusetzen versucht.

innert zweieinhalb Jahren sechs Erhebungen unterschiedlichen Umfangs über die soziale Situation in der Stadtrandseidlung durchgeführt. Meinungsumfragen haben zumindest soviel für sich, dass die Meinung des einzelnen überhaupt "zählt" - die "öffentliche Meinung" stellt sich als Produkt interessierter Sozialforschung ein und ist aus Häufigkeitsverteilungen, semantischen Differentialen (Polaritätsprofilen) etc. ablesbar. Bezeichnend ist wiederum, wie auch bei der Rezeption der Massenmedien, dass der "öffentliche" Kontakt im "privaten" Bereich der Wohnung stattfindet.

7. Die Vorstellungen vom öffentlichen Leben in der Stadtrand- siedlung

Wir haben im ersten Kapitel gesehen, dass man sich heute in Bern an den verantwortlichen Stellen dessen bewusst ist, dass Stadtrand-siedlungen, in denen bloss Wohnraum gebaut wird - vielleicht noch ein paar Läden, eine Schule - hinter den menschlichen Bedürfnissen zurückbleiben und keine befriedigenden Lebensbedingungen gewährleisten können. Gefahren der Vereinsamung, der Isolierung, der Beziehungslosigkeit, der Verwahrlosung, der fehlenden Geborgenheit stehen im Vordergrund des Bewusstseins. Der Fürsorgedirektor drückt seine Ueberzeugung anlässlich der Eröffnung des "Gäbelhus" so aus: "Ich glaube, wenn man in den Städten solche Ueberbauungen macht, so ist man es dem Menschen, seinen Bedürfnissen, seiner Geistigkeit schuldig, dass man ihm solche Gelegenheiten schafft, Gelegenheiten, wo er mit andern zusammenkommen kann ... denn der Mensch braucht zum Leben und zum Wohnen nicht nur Sonne, er braucht Begegnung, er braucht Geborgenheit, er braucht ein Stadtgefühl."

Die Problematik wird vorwiegend unter dem Aspekt moralischer Verpflichtungen gesehen: Verpflichtungen, die Planer und Bauherren ein bisschen wie Familienväter übernehmen - und wie sie sagen sogar gerne übernehmen* -, umgekehrt aber auch erwarten, dass die Bewohner nun ihrerseits sich den Anlagen und der "Gemeinschaft" verpflichtet fühlen. Das Beziehungsmuster, das die Bauherren auf diese Weise in der Siedlung anlegen möchten, hat allerdings mit einer wie immer verstandenen Öffentlichkeit nichts gemein, es stellt vielmehr einen Rückgriff auf patriarchalische Bindungen dar. Man kann dies füglich als unbeholfenen Versuch betrachten, den in der Eigendynamik gesellschaftlichen Wandels liegenden Un-

* Der Fürsorgedirektor schliesst seine Ansprache mit folgenden Worten: "Vom Gemeinderat aus können wir nur sagen, das Defizit wollen wir Euch gerne übernehmen, und alle Glückwünsche wollen wir Euch mitgeben zu diesem wundervollen Gemeinschaftswerk, aber für Euch können wir nur hoffen, für Euch Bewohner, für Euch Glieder der Gemeinde können wir nur hoffen, dass das hier erfüllt werde mit Leben."

sicherheitsfaktor zu eliminieren und über die Köpfe der Betroffenen hinweg das soziale Leben in der Stadtrandsiedlung auf eine starre Ordnung zu fixieren. Durch die Einschränkung auf den moralischen Standpunkt wird schliesslich all das der sachlichen Diskussion entzogen, was die Bauherren nicht in Frage gestellt sehen wollen: die städtebauliche Grundkonzeption und ihre eigene Planungsautorität.

Die Leute, die in den Gäbelbach ziehen - haben wir feststellen können - sind in ihren Verhaltensdispositionen grösstenteils auch nicht auf die Partizipation in der öffentlichen Sphäre ausgerichtet; wenn die Bauherren mit ihren Vorstellungen ideengeschichtlich jedoch hinter die Öffentlichkeit zurückgreifen, so ist der Rückzug der Bewohner in ihre Privatsphäre eher als Anzeichen des Zerfalls von Öffentlichkeit zu werten. Sie lassen sich nicht ohne weiteres auf ein bindendes Gemeinschaftsgefühl verpflichten: weder die "Zufriedenen", die affektiv an den Gäbelbach gebundenen - ihre sozialen Kontakte sind unmittelbar an den persönlichen Bereich von Wohnung und Familie geknüpft -, noch die isolierten "Unzufriedenen", die sich emotional vom Gäbelbach gerade darum distanzieren, weil sie sich vom schlecht bewerteten sozialen Milieu abheben wollen. Die Siedlung als soziales Bezugsfeld spielt für die meisten Erwachsenen nur eine untergeordnete Rolle (für die Kinder und Jugendlichen, die im Gäbelbach aufgewachsen sind, ist das sicherlich anders); wichtig sind ihnen vorab die hellen, sonnigen Wohnungen, der Ausblick auf Wald und Felder und das Einkaufszentrum. Sie sind bereit, den Gäbelbach so zu akzeptieren, wie er ist, solange sie sich darauf verlassen können, dass alles reibungslos funktioniert und eine stabile Ordnung (die sie offenbar nicht selbst bestimmen oder beeinflussen wollen) gewährleistet ist.

Die Bedingungen, unter denen das Gemeinschaftszentrum seine Tätigkeit aufnehmen soll, scheinen also nicht eben günstig. Will es nicht im luftleeren Raum hängen bleiben, muss es die erklärten Wünsche und Bedürfnisse der Bewohner in sein Programm aufnehmen - auf anderes scheinen sie unmittelbar nicht ansprechbar zu sein -;

gleichzeitig ist es gehalten, den interessenengebundenen, teils gar reaktionären Vorstellungen seiner Auftrag- und Geldgeber Rechnung zu tragen.

Wie stellt es sich auf diese Situation ein? Welche Funktionen gibt es sich selber? Um diese Fragen abzuklären, sollen die Grundzüge der in den Gemeinschaftszentren betriebenen Gemeinwesenarbeit dargestellt werden. Wir stützen uns dabei auf Publikationen der beiden Zentren, vorab auf die drei ersten Jahrgänge der Zeitschrift "Berner Gemeinschaftszentren", die vom Leiterteam für ein interessiertes Publikum herausgegeben wird, ferner auf Tätigkeitsberichte und auf Artikel, die im "Wulchechratzer" und in Zeitschriften von gemeinnützigen Vereinen abgedruckt wurden.

Zu diesem Zweck den Rahmen über das Gemeinschaftszentrum im Gäbelbach hinaus auszudehnen und auch dasjenige im Tscharnergut mit in die Betrachtungen einzubeziehen, drängt sich auf, da jenes in seiner heutigen Form ohne dieses nicht denkbar ist. Der Leiter des Gemeinschaftszentrums Tscharnergut hat für die Gemeinwesenarbeit in Bern Pionierarbeit geleistet. Als er 1962 seine Stelle antrat, wusste noch niemand so recht, welche Aufgabe die Freizeitanlage im Quartier zu erfüllen haben würde. Man dachte damals in erster Linie an die Freizeitgestaltung; dies umso mehr, als man annahm, dass die Angehörigen der Unterschicht, für die in Bethlehem gebaut wurde, unfähig seien, ihre immer länger werdende Freizeit sinnvoll zu gestalten. Oder, um in den Termini der Architekten zu reden, die den Anstoss zu Planung und Bau der Freizeitanlage gegeben hatten: in der Siedlung sollte die Funktion "Wohnen", die im Wohnbau ausschliesslich berücksichtigt worden war, in einem gesonderten Bau um die Funktion "sich Erholen" bereichert werden. Erst in zweiter Linie und nur verschwommen bedachte man die sozialen Probleme, die aus der "Stadtgründung" am Stadtrand entstehen könnten. Es ist das Verdienst des Leiters der Freizeitanlage, dass diese Reihenfolge umgekehrt wurde: "Stand beim Bau der Anlage und bei der Gründung der Trägerorganisation in erster Linie die Beschäftigung der Kinder in der Freizeit im Vordergrund, so sahen wir gleich bei Be-

ginn der Arbeit, dass vorerst ganz andere Bedürfnisse in dieser neuzugezogenen Bevölkerung vorherrschten: Integrierung der Erwachsenen, Information, Wecken des Verständnisses zwischen dem alten und dem neuen Quartier, Lösen von praktischen Problemen, wie Busverbindung mit der Stadt, Kinderhütendienst, ... u.a.m." (7) Folgerichtig fasste er gleich als erstes den Entschluss, eine eigene, unabhängige Quartierzeitung herauszugeben, über die er an die Bewohnerschaft gelangen konnte. Es hat vielleicht zwei drei Jahre gedauert, bis sie sich durchgesetzt hatte, aber heute wird sie an alle Bethlehemer Haushalte verteilt und offenbar mehrheitlich auch gelesen.

In dem 1967 - noch vor dem Gemeinschaftszentrum Gäbelbach - gegründeten Dachverband, der Bernischen Vereinigung für Gemeinschaftszentren und Freizeitanlagen, übernahm der Leiter des Gemeinschaftszentrums Tscharnnergut zusätzlich die Stelle des Zentralleiters. Dadurch konnte er seine Position als erster Verhandlungspartner der an Gemeinschaftszentren interessierten Personen und Institutionen behaupten. Als langjähriger und bisher wohl auch dynamischster Freizeitleiter in Bern hat er viel dazu beigetragen, dass sich die Idee des Gemeinschaftszentrums festsetzen konnte. Er hat durch sein Wirken Massstäbe gesetzt - sowohl nach innen, ein neu dazukommender Gemeinwesenarbeiter wird sich schwerlich über die bestehenden Grundsätze hinwegsetzen können, als auch nach aussen: er hat die Erwartungen der Geldgeber, der Kommunalbehörden, der privaten sozialen Institutionen gegenüber dem Gemeinschaftszentrum massgeblich beeinflusst.

7.1 Das Gemeinschaftszentrum über seine soziale Funktion

Innert sehr kurzer Zeit sind mehrere Tausend Einwohner in einem neu erstellten Quartier angesiedelt worden; es hat sich nicht langsam entwickeln können, es besteht kein "gewachsenes" Beziehungsmuster, keine Verbundenheit mit vertrauten Strassen und Bauten. Die Siedlung Gäbelbach zum Beispiel wird so von andern Siedlungsformen

abgehoben: "An die dreitausend Menschen beherbergt der Gäbelbach. Ein stattliches Dorf demnach - oder nicht? Betrachten wir einen herkömmlichen Dorfcharakter, der durch Jahrhunderte geformt und entwickelt worden ist, ergibt sich uns ein mannigfaltiges und sinnvoll ineinanderwirkendes Netz zwischenmenschlicher Beziehungen. Da sind die Gemeindebehörden, die als Vertreter der Bevölkerung die Fragen des öffentlichen Lebens regeln und als Verbindungsglied zwischen der Einwohnerschaft und der staatlichen Verwaltung eine wichtige Funktion ausüben. Da existieren unzählige Träger der verschiedensten gemeindeinternen Dienstleistungen. Es gibt Schulen, den Bahnhof, die Post usw. In den Räumlichkeiten des Kirchgemeindehauses, der Gemeinde, Cafés und Restaurants halten die Vereine und Gruppen ihre Zusammenkünfte und Veranstaltungen ab. Da besteht möglicherweise ein Kino und - die Kirche im Dorf, mit dem Pfarrer, den Kirchgemeindebehörden. Etwas sehr Wichtiges ist noch nicht erwähnt: Die Strassen und Gässchen und entlang diesen all die Geschäfte und Läden, Firmen und Betriebe. Hier vor allem ist aktives Leben, geschieht und pulsiert es." (8)

Die Siedlung wird betrachtet als eine Art "Dorf aus der Retorte" (9), als soziale tabula rasa: Der Neuzugezogene kann sich nicht in etwas Bestehendes nach und nach einleben, alle Quartierbewohner stehen in derselben Situation der Beziehungslosigkeit, sie sind einander fremd und begegnen sich mit Misstrauen. Zur Verunsicherung der Leute trägt bei, dass in der Stadt das Vorurteil herrscht, in den Stadtrandsiedlungen im Westen mit ihrem starken Anteil an sozialem Wohnungsbau sammle sich der Bodensatz der Gesellschaft, jene unbeständige, tendenziell kriminelle Schicht, die es zu nichts gebracht hat und jetzt die staatliche Fürsorge beansprucht. "Von überall waren sie hergezogen, meist junge Familien mit kleinen Kindern, einige mit Schulkindern, wenige mit Jugendlichen. Fast durchwegs sind die Väter Arbeiter und kleinere Angestellte. Praktisch niemand hatte eine Beziehung zum Quartier, kamen doch die allerwenigsten von Bümpfiz oder gar von Bethlehem. Die meisten litten mehr oder weniger an einem ausgesprochenen Tscharnergutkomplex,

weil nach dem in der Stadt herumgebotenen Geschwätz im Tscharnergut nur minderwertige Leute wohnten." (10)

Aus der so begriffenen Notlage der Bewohner in der Stadtrandsiedlung leitet das Gemeinschaftszentrum seine soziale Zweckbestimmung her: es will einerseits die fehlende sozio-kulturelle Infrastruktur ersetzen und die noch nicht entstandenen Beziehungen - zum Nachbarn, zum Quartier, zur unpersönlichen Liegenschaftenverwaltung, zu Gemeinde und Staat - herstellen, andererseits dem einzelnen Bewohner "eine gewisse Geborgenheit", einen "gewissen Quartierstolz", mit anderen Worten ein "Heimatgefühl" vermitteln (11).

Es geht an sein Vorhaben, "ein den wirklichen Wünschen und Bedürfnissen des Quartiers entsprechendes Haus" (12) zu werden, mit einem sehr allgemein gehaltenen Grundsatzprogramm heran: "Gemeinschaftszentren wollen in ihrem Einzugsgebiet allen Bevölkerungskreisen Hilfe anbieten, damit sie ihre Bedürfnisse im sozialen und kulturellen Bereich wahrnehmen und Aktionen für deren Befriedigung einleiten können." (13) Denn die Leiter gehen von der Annahme aus, dass die Situation in jedem Quartier wieder eine andere ist, abhängig von dem, was schon besteht. Auch wollen sie der eigenständigen Entwicklung des Quartiers nicht vorgreifen. Erste Aufgabe ist für sie deshalb die Bedürfnisabklärung: "Sie ist eine wesentliche Grundlage für unsere Arbeit. Am Anfang geschah sie durch Aussprachen mit Quartierbewohnern und vor allem mit Schlüsselpersonen (Erzieher, Politiker, Pfarrer, Hauswarte)." (14)

Wichtig ist daher in einer neuen Siedlung zunächst nur, dass ein Leiter angestellt und ihm ein Büro, vielleicht noch ein kleiner Versammlungsraum überlassen wird, und dass Platz ausgespart bleibt für allfällige weitere Bauten: "Je nach den vorhandenen Gemeinschaftseinrichtungen - denken wir an Schulen, Sportanlagen, kirchliche Gebäude, Restaurants, kulturelle Institutionen - wird man nach den dannzumaligen Bedürfnissen dazubauen, was noch (fehlt)." (15) Darauf soll der Leiter Kontakt aufnehmen mit den "Schlüsselpersonen" im Quartier, mit Bewohnern von denen er annimmt, dass

sie sich für die Siedlung einsetzen würden, und mit allenfalls schon bestehenden Interessengruppen und Vereinen. Die Leiter des Gemeinschaftszentrums Gäbelbach und der Kontaktstelle für Ausländer und Schweizer beschreiben ihre Anfänge im Quartier denn auch mit beinahe denselben Worten (wobei der Leiter der Kontaktstelle auf schon bestehende Ansätze der Gruppenbildung aufbauen kann):

"Im Frühling wurde ich als Leiter des geplanten Gemeinschaftszentrums angestellt. Vorerst ging es nun darum, den Kontakt mit Bewohnern, Interessenvertretern und Repräsentanten der für meine Arbeit wichtigen Institutionen aufzunehmen." (16)

"Als erstes nahm ich Kontakt auf mit Personen und Institutionen, die in irgendeiner Beziehung zur Problematik der Italiener im Gäbelbach standen (Italiener-Organisationen, Konsulat, Hilfs- und Betreuungsstellen, Lehrer, Hausverwaltung, Abwarte etc.). Ich orientierte die massgeblichen Gruppierungen aus dem Quartier über mein Vorhaben und liess vor allem eine dieser Gruppen teilhaben an initiativen Vorschlägen." (17) Darauf führte er "aktivierende Befragungen" bei zwölf Italienerfamilien durch.

Sobald sich abzuzeichnen beginnt, wo unbefriedigende oder noch gar keine Lösungen vorliegen, regt der Leiter die Bildung von Gruppen und Vereinigungen an. Soweit diese schon bestehen, unterstützt er sie mit seinem Fachwissen und stellt ihnen die vorhandenen Büroeinrichtungen und Räumlichkeiten zur Verfügung; wo dies nötig wird, hilft er ihnen auch über Engpässe hinweg. Das Gemeinschaftszentrum wird somit zu einer zentralen Beratungs-, Informations- und Kommunikationsstelle. Eine wichtige Ergänzung ist ihm darin natürlich die Quartierzeitung.

Der Erfolg der vom Gemeinschaftszentrum ausgehenden Bemühungen wird dann unmittelbar aus der Kadenz der Vereinsgründungen ablesbar. Nehmen wir als Beispiel das Tscharnergut:

"Bevor das Tscharnergut existierte, gab es im alten Bethlehemquartier nur einige Gruppen der evangelischen Kirchgemeinde, den Bethlehemleist sowie einen sportlichen und zwei musikalische Vereine. Wir baten Bümplizer und Berner Vereine und Jugendorganisatio-

nen, hier Sektionen zu gründen. War das Echo negativ, wurden quartiereigene Vereine angeregt." (18)

"Wer nun denkt, die in der Umgebung existierenden Vereine hätten sich beutehungrig auf diese neuzugezogenen Massen geworfen, der täuscht sich. Kaum eine Organisation zeigte spezielles Interesse."

(19) Zwei Jahre später sieht das schon ein bisschen besser aus:

"Erwachsenenvereine gibt es bis jetzt in Bethlehem nur wenige: Männerchor, Sing- und Spielkreis, Kirchenchor, Platzgerklub, Samariterverein. Von den Bümplizer Vereinen - und es gibt deren mehr als hundert - haben sich in der Berichtszeit mit uns in Verbindung gesetzt um einen Anlass zu organisieren oder direkt zu werben: Die Knabenmusik, der Arbeiterturnverein, der Arbeiter-Touringbund, der Familiengärtenverein (für Land hinter dem Tierspital) und der Schachklub. ... Auch Vereinigungen, die lediglich der Unterstützung einer Institution dienen, haben unsere Mithilfe bei der Werbung in Anspruch genommen, so der Krankenpflegeverein und der Kindergartenverein." (20)

1967 können bereits 30 Bethlehemer Vereine verzeichnet werden (21), 1969 sind es deren 40: "Heute gibt es in Bethlehem ... etwa 40 Vereine, Organisationen und Hobbygruppen. Dazu kommen eine Reihe von Komitees, die sich mit verschiedenen Fragen befassen, wie Kinderhütendienst, Kleiderbörse, Quartierfest, Heissluftballonwettfliegen, Weihnachtslaternenwettbewerb und anderes mehr." (22)

1970 ist ihre Zahl auf 60 angestiegen, 1971 liegt sie bei 70:

"Heute sind in Bethlehem etwa 70 Vereine und Gruppen tätig. Für besondere Bedürfnisse bestehen Aktionskomitees: Kinderhütendienst, Kleiderbörse, Kinderorchester, Tscharnergutfest, Kellertheatergastspiele, Planung neuer Jugendräume, Sauberkeit im Tscharnergut, Webstube, Werkstattemitarbeiter, Wanderwege, Erhaltung des Brunnenschlosschens. Für eine ganze Reihe von Bedürfnissen konnte hingegen bis heute noch keine Lösung gefunden werden: Babysitting, Familiengärten in der Nähe, Waldspielplatz, Film- und Fernsehschulung, Theatergruppe, Sonntagnachmittage der Jugendlichen, vermehrtes Kurswesen, Tennis, Wassersport u.a.m." (23)

Fazit: "Ein reges Vereins-, Kultur- und Bildungswesen in Bethlehem gibt viele Möglichkeiten zu sinnvoller Freizeitgestaltung, und die Beteiligung hält sich wohl im Rahmen eines gesamtstädtischen Durchschnitts." (24)

Das Gemeinschaftszentrum sorgt nun dafür, dass gleichgerichtete Kräfte zusammenwirken und Kollisionen vermieden werden. Es stützt sich dabei in erster Linie auf die jährliche Konferenz der Bethlehemer Vereine. (25).

Das Entwicklungsprogramm der Westberner Gemeinschaftszentren wird also nicht durch ein konkretes inhaltliches Konzept festgelegt, sondern vielmehr durch ein bestimmtes Vorgehen, das auf einen Prozess zunehmender formaler Strukturierung hinausläuft. (Es ist übrigens auffällig, wie häufig Organigramme in der Zeitschrift "Berliner Gemeinschaftszentren" veröffentlicht werden. Mit der formellen Struktur beschäftigt man sich offenbar intensiv; sie scheint geradezu die Daseinsberechtigung der Gemeinschaftszentren belegen zu müssen.) Hinter der Bereitschaft, auf jeden Ansatz zur Gestaltung der Wohnumwelt einzugehen und ihn zu fördern, steht dennoch, wenn sie auch nicht offenkundig herausgestrichen wird, eine erzieherische Absicht, die gewisse Prioritäten im Vorgehen setzt und die allgemeine Richtung weist. Ihre zentralen Werte sind Integration und Verantwortung: "Wenn ich aber sagte, dass ich die pädagogischen Absichten nicht zeigen möchte, so soll dies nicht heissen, dass damit von wesentlichsten Grundideen der Freizeitarbeit abgewichen werden soll. So geht es sicher dennoch in erster Linie darum, den Gemeinschaftssinn zu wecken, den Leuten ihre Mitverantwortung für den Nachbarn, für die Siedlung, für die Gemeinde und den Staat immer wieder in Erinnerung zu rufen. Dann ist eine ganz wesentliche Aufgabe die Förderung des Familiensinns." (26)

Aus seiner zentralen Position - es wird verglichen mit einem "Nervenzentrum" des Quartiers - und aus dem Verständnis seines Auftrags heraus, den Interessen der ganzen Siedlung zu dienen, behält das Gemeinschaftszentrum immer den Nutzen für die Allgemeinheit im

Auge. Es macht seine Mitarbeit weitgehend "abhängig vom Wert, den diese Arbeit für die gesamte Bevölkerung darstellt" (27) und erwartet von den Vereinen eine Gegenleistung zugunsten der Siedlung und/oder des Gemeinschaftszentrums. So stellt es "Räume meist nicht gegen Bezahlung, sondern gegen Zusicherung einer Leistung für die Allgemeinheit zur Verfügung. Wer zum Beispiel im Musikkel-ler Übt, der spielt dafür gratis an einem Tanzanlass oder organisiert einen Kurs für andere" (28). Und es sorgt dafür, "dass die Vereine ihre Veranstaltungen von allgemeinem Interesse einem größeren Publikumskreis zugänglich halten" (29).

Mit den Grundwerten, die das Wirken der Gemeinschaftszentren bestimmen, in Einklang steht die Vorstellung der Bedürfnisse, denen die Wohnumwelt den Bewohnern gegenüber gerecht werden muss. Als "vordergründige Bedürfnisse" werden genannt: Sich daheim fühlen, sein Hobby pflegen, in der Freizeit arbeiten können (gemeint ist natürlich nicht eine entlohnte Nebenbeschäftigung, sondern die Herstellung und Reparatur von Gegenständen für den Eigengebrauch, z.B. in einer Freizeitwerkstätte); "hintergründige Bedürfnisse" wären hingegen: sich bilden (d.h. eine tiefere Beziehung zu Kultur und Information herstellen, als sie die Massenmedien vermitteln), Gemeinschaft pflegen und Familiensinn entwickeln (30). Wenn von den "vordergründigen" Bedürfnissen angenommen wird, dass sie sich weitgehend selbst durchsetzen können, bedürfen die "hintergründigen" Bedürfnisse - jene, die nicht artikuliert werden von den Betroffenen -, einer besonderen Förderung durch die Gemeinschaftszentren; die pädagogischen Massnahmen der Gemeinwesenarbeit des Gemeinschaftszentrums werden sich also vor allem auf sie beziehen.

7,2 Thesen zur Kritik des Gemeinschaftszentrums

I

Es ist dem Gemeinschaftszentrum daran gelegen, den Bewohnern eine gewisse Geborgenheit, ein Gefühl der Sicherheit, des Aufgehobenseins in der Siedlung zu vermitteln. Und es macht sich zur Aufgabe, die "wirklichen Bedürfnisse" herauszuspüren und Mittel und Wege zu ihrer Befriedigung aufzuweisen. Dies ist sicherlich eine löbliche Ausnahme in Schweizer Neusiedlungen und stellt einen realen Fortschritt dar etwa gegenüber den Verhältnissen im Raume Zürich, und es kommt auch den geäußerten Wünschen der Bewohner entgegen.

Es ist aber nicht zu übersehen, dass die Optik des Gemeinschaftszentrums eingeschränkt bleibt auf das, was wir den Befriedigungsaspekt der Wohnumwelt genannt haben. Nur jene Bedürfnisse werden wahrgenommen (und als die "wirklichen" deklariert), die sich in die vorgegebene Ordnung einfügen und sie unangetastet lassen. Das Defizit, das monofunktionale Stadtrandsiedlungen bezüglich der Entwicklungsfunktionen aufweisen, wird auch durch das Gemeinschaftszentrum, wie es in Bern geführt wird, nicht abgetragen. An sich legitime emanzipatorische Ansprüche des einzelnen, die jedoch die bestehenden wie auch die erst geplanten Baustrukturen, die vorgegebenen Sozialisationsbedingungen und den ökonomisch-administrativen Zusammenhang, in welchem die Stadtplanung steht, in Frage stellen und den Rahmen der obrigkeitlichen Sozialplanung sprengen würden, werden nicht erkannt und auch nicht gefördert. Sie können mit den Bedürfnis-Kategorien, die im Gemeinschaftszentrum aufgestellt worden sind, nicht erfasst werden. Desgleichen fallen abweichende Bedürfnisse unter den Tisch.

II

Die Leiter der Gemeinschaftszentren neigen dazu, die einzelnen Siedlungen als geschlossene soziale Einheiten zu betrachten und sie gleichsam als "ihr Revier" abzustecken: kleine, übersichtliche Gemeinwesen, deren innere Probleme ein einzelner überschauen

und allenfalls auch bewältigen kann. Dies mag im methodischen Ansatz der Gemeinwesenarbeit begründet liegen, besonders wenn er unreflektiert übernommen wird: Die Gemeinwesenarbeit wurde hergeleitet aus dem "community development", einem Entwicklungshilfemodell, das in ländlichen Gegenden der dritten Welt zu guten Ergebnissen geführt hat. Wenn sie jedoch in städtischen Zonen angewandt wird, muss sie auf die dortigen bedeutend komplexeren Verhältnisse hin überprüft und neu formuliert werden, andernfalls wird sie mit Bestimmtheit an den effektiven Problemen vorbeiarbeiten.

In den Berner Gemeinschaftszentren hat diese Überprüfung nicht stattgefunden; die einzelne Siedlung wird - ihre Grösse scheint es aufzudrängen - mit einem Dorf verglichen. Anschluss wird bloss an die benachbarten neueren und älteren Wohnsiedlungen gesucht; schon die in der Nähe liegenden Industriebetriebe erscheinen als Fremdkörper und werden normalerweise übergangen (zum Beispiel in der Quartierzeitung)*, ausser es gibt ein Jubiläum (einen "Geburts-tag") zu feiern. Die Stadt tritt in diesem Bezugsrahmen nicht in Erscheinung, es sei denn als Lieferantin von Theatervorstellungen oder verkürzt auf die städtischen Verkehrsbetriebe. Losgelöst vom städtischen Hintergrund soll in der so isolierten Siedlung eine "Dorfgemeinschaft" entstehen. Da jedoch die Wohnsiedlung am Stadtrand im Gegensatz zum Dorf, das den Leitern vorschwebt, keine umfassende soziale Organisationsform darstellen kann (solches könnte erst die ganze Stadt leisten), sondern immer nur eine Wohnsiedlung mit angegliedertem Freizeittrakt bleibt, wird eine pervertierte Neu-Dörflichkeit zur pseudostädtischen Lebensform erhoben.

Ob die Mehrzahl der Bewohner dem Gemeinschaftszentrum in dieser Fixierung auf die beschränkte Wohnumwelt folgen wird, bleibt abzuwarten. Auffällig ist hingegen die Übereinstimmung mit den Erwartungen der öffentlichen und privaten Geldgeber. Der Verdacht der ideologischen Unterstützung (nicht in der Intention, wohl aber in der Wirkung) drängt sich auf (31).

* dies obschon nach unserer Erhebung z.B. rund ein Viertel der Bewohner des Gäbelbach in Bümpliz/Bethlehem arbeiten

Der neudörflich-gemeinschaftliche Ansatz der Gemeinwesenarbeit in den Berner Gemeinschaftszentren hat jedoch noch einen weiteren Aspekt: Durch die ausgeprägte Orientierung der vom Gemeinschaftszentrum ausgehenden Sozialisationsbestrebungen an integrativ-expressiven (d.h. traditionell "weiblichen") Verhaltensnormen erhält das am Stadtrand in neuer Gestalt wiederauferstehende Matriarchat eine unerwartete institutionelle Fundierung.

III

Die vorgefundene Baustruktur der Siedlung wird im Gemeinschaftszentrum hingenommen wie sie ist. Die architektonische Gestaltung wird als die Aufgabe der Architekten, die Ausführung und Verwaltung als jene der Baugesellschaften und Liegenschaftenverwaltungen betrachtet. Eine kritische Stellungnahme des Gemeinschaftszentrums bleibt aus, wie es auch die einzelne Siedlung vom gesamtstädtischen Zusammenhang abstrahiert und sich kaum ernsthafte Gedanken darüber zu machen scheint, welche Implikationen die begonnene Ueberbauung von Bern-West, im grossen Stil weitergeführt, für die zukünftige Stadt haben könnte.

Es gibt sich selbst nicht eine antagonistische Korrekturfunktion, sondern eine konformistische Ergänzungsfunktion: einer vollkommen plastischen Füllmasse gleich stopft es die Lücken, die offen gelassen wurden. Es beschränkt sich dabei zumeist auf den "zwischenmenschlichen" Bereich, sorgt sich um das gute Auskommen aller mit allen, lässt empörte Bewohner "den Kropf leeren" (zum Beispiel in der Leserbriefspalte des "Wulchechratzers") und nimmt an, dass sie sich darüber wohl wieder beruhigen werden. Es gibt Anregungen vor allem für sinnvolle Freizeitgestaltung und kulturelle Betätigungen. Alles in allem ein in seinen Grenzen wohl sinnvoller, aber doch harmlos-betulicher Betrieb, der die grundsätzliche Problematik des heutigen Städtebaus kaum tangiert.

Erst ein konkreter Anlass konnte die Gemeinschaftszentren aus ihrer selbstgenügsamen Betriebsamkeit aufschrecken: die aktuell gewordene Autobahnführung mitten durch das Quartier. Damit beschäf-

tigten sie sich denn auch intensiv (1971 erschien kaum ein "Wulchechratzer" ohne Beitrag zum Thema), aber eben viel zu spät; der Baulinienplan war 1963 praktisch oppositionslos angenommen worden, und in den dazwischenliegenden sieben Jahren liess man die Sache einfach auf sich zukommen.

IV

Mit der Baustruktur akzeptiert das Gemeinschaftszentrum jedoch im selben Zug auch die Funktionentrennung im heutigen Städtebau. Durch sein Wirken vertieft es sie sogar, auch dort, wo sie durch die Baupraxis räumlich teilweise wieder aufgehoben wird: Bümpliz und Bethlehem sind keine reinen Wohnquartiere, es hat relativ viele Industriebetriebe und Warenlager (allerdings nur sehr wenige Dienstleistungs- und Verwaltungsbetriebe) in unmittelbarer Nähe der Wohnsiedlungen, wenn sie auch in eigenen Industriezonen abgegrenzt sind und die Arbeitenden kaum mit den Wohnenden in Kontakt kommen - ihre Verkehrswege überschneiden sich bloss an den Busstationen.

Nach der Devise, die Probleme, die am Arbeitsplatz entstehen, sollen dort geregelt werden, wir beschäftigen uns hier mit den Problemen des Zusammenlebens in der Siedlung, wenden sich die Gemeinschaftszentren bewusst bloss an den "Wohnenden", an den Menschen, der von der Arbeit zurückgekehrt ist und sich jetzt entspannen will, an die Hausfrau, die die Wohnung pflegt. Sie folgen hierin einem allgemeinen gesellschaftlichen Trend und weitgehend auch den Erwartungen der Bewohner selbst. Diese Praxis stellt zudem eine Vereinfachung ihrer Arbeit dar, da sie auf diese Weise einen konfliktgeladenen Bereich des sozialen Lebens ausklammern können. Es fragt sich jedoch, um welchen Preis dies geschieht. Denn die Konsequenz dieser Bestrebungen, ein nicht nur räumlich, sondern auch sachlich säuberlich abgegrenztes Arbeitsgebiet zu erhalten, ist die Institutionalisierung der Kluft zwischen gesellschaftlich notwendiger Arbeit und "privater" Lebensgestaltung. Die gesellschaftlichen Zusammenhänge, die das Leben eines jeden einzelnen, aber

auch die Prozesse im Gemeinwesen, im Staat und zwischen den Staaten bestimmen, werden verschleiert. Statt dass man versucht, die in der heutigen Gesellschaft segmentierten Erfahrungs- und Lebensbereiche im Bewusstsein des Individuums wieder zusammenzufügen, konstruiert man eine von allem losgelöste heile Wohn- und Freizeitwelt, in der sich scheinbar alle Konflikte in Harmonie auflösen.

V

Aus den bisherigen Thesen kann eine erste Folgerung gezogen werden: Das Gemeinschaftszentrum erweist sich als Instrument der Anpassung und der Integration.

In der Masse, wie es sich selbst in die vorgefundenen Strukturen einfügt und die gegebene Ordnung unkritisch hinnimmt, leitet es den von oben her ausgeübten politischen und ökonomischen Druck, sich an das Bestehende anzupassen, weiter und bekräftigt ihn, indem es Prämien setzt auf erfolgreich verlaufene Versuche, sich in den vorgefundenen Verhältnissen einzurichten. Die Forderung nach Mitverantwortung - Mitverantwortung für den Nachbarn, die Siedlung, die Gemeinde, den Staat - verwandelt sich dadurch zwangsläufig in eine Anpassungsforderung. Die Integration in die "Dorf-gemeinschaft" wird zum Wert an sich, zum nicht mehr in Frage gestellten Ziel der politisch-pädagogischen Massnahmen schlechthin.

Eine integrative Praxis, die sich selbst nicht mehr zum Problem wird, erfüllt jedoch eine ideologische Funktion im Sinne des herrschenden Systems. Werfen wir dazu einen Blick auf die Institutionen, auf die sich das Gemeinschaftszentrum abstützt: Es sind dies Schule und Familie*, die Kirche, die Kommunalbehörden, private ge-

* "Immer ist es unser Bestreben, die Familie als verantwortliches Element für die Erziehung der Kinder darzustellen. Wir ziehen ganz bewusst nur wenige Anlässe für die Kinder auf, weil wir nicht anstelle der Eltern als Hüteorganisation auftreten wollen. ... Wir denken, dass eine Mutter ausserordentlich dankbar ist, wenn sie wenigstens an einem Nachmittag ihre Kleinen weggeben kann. Oft wurden wir gefragt, ob wir diesen Dienst nicht ausbauen

meinnützige Institutionen und offizielle Jugendorganisationen* - die traditionellen (und zumeist auch konservativ-integrativen) Agenten der Sozialisation, die Geldgeber, die Obrigkeit.

Gerade dadurch, dass dem Gemeinschaftszentrum die Integration unproblematisch bleibt, ist es nicht in der Lage, die in der Realität einzig auftretenden Phänomene der Teilintegration und der Desintegration wahrzunehmen und in ihrer Bedeutung zu erfassen. Abweichendem Verhalten, der Unfähigkeit, sich den geltenden Normen anzupassen, steht das Gemeinschaftszentrum ratlos gegenüber, und es verdrängt sie. Es verdrängt sie aus dem Bewusstsein, verdrängt sie aber auch aus der Nachbarschaft mit den "Normalen" und "Gesunden". Zwischen dem Tscharnergut und dem Gäbelbach liegen zum Beispiel das Waisenasyl "Zur Heimat" für Mädchen und gleich daneben das ehemalige Erziehungsheim für Burschen, ein Bau, der heute üblicherweise noch Anstalt Brünnen genannt wird, obwohl seit der Umsiedlung des Heims im Jahre 1968 im einen Trakt eine Werkstatt zur Ausbildung und Dauerbeschäftigung Behinderter des "Selbsthilfewerks der Kranken und Genesenen", "Das Band", eingerichtet ist, im andern Trakt italienische Saisonniers der in Bethlehem arbeitenden Fehlmann Grundwasserbauten AG einquartiert sind.

en könnten. Wir glauben aber, dass es nicht im Interesse der Familie liegt, wenn die Kinder dauernd eingestellt werden können." aus: Freizeitanlage Tscharnergut, Tätigkeitsbericht 1965-67, S. 20 f.

Es wird schon gar nicht in Betracht gezogen, dass man auch etwas sinnvolleres einrichten könnte als einen Hütedienst, wo die Kinder einfach "eingestellt" werden. Es wird nicht bedacht, dass gerade in der im Westen Berns vorwiegend angesiedelten Unterschicht die Familie das Kind nicht auf ein nach den üblichen Normen erfolgreiches Leben vorbereiten kann (in der Art, wie dies die bürgerliche Familie, von der der Freizeitleiter offenbar ausgeht, zu leisten imstande ist), und dass auch unsere Volksschule weit hinter dem Postulat der Chancengleichheit zurückbleibt. Das bedeutet, dass das Gemeinschaftszentrum hier eine Gelegenheit zu sinnvoller Sozialarbeit verpasst.

- * "Vor allem waren wir auch an Jugendorganisationen interessiert. Je mehr Kinder irgendwo engagiert sind, um so weniger werden sie sich in unkontrollierten Banden zusammenfinden." aus: Soziale und kulturelle Auswirkungen op. cit. S. 7

Vom Bestehen dieser sozialen Institutionen wissen vermutlich die wenigsten Bewohner der beiden Siedlungen, denn sie werden in den Publikationen der Gemeinschaftszentren, etwa im "Wulchechratzer", nie erwähnt; es sind keine Versuche unternommen worden, diese Mädchen (oder die Burschen, solange sie noch da waren), die italienischen Saisonarbeiter oder die Behinderten zu integrieren. Vielmehr wird erwogen, in der ehemaligen Anstalt Brünnen ein Schulungszentrum, eine Jugendherberge oder ein Musikkonservatorium einzurichten. In einer öffentlichen Orientierung über die zukünftige Gestaltung von Bern-West kommt der Stadtplaner auf diese Frage zu sprechen: "Soll die Anstalt Brünnen erhalten bleiben? In dieser Frage wird der Berner Stimmbürger nicht zuletzt die finanzielle Seite berücksichtigen müssen. Selbstverständlich lässt sich das Gebäude zu einem Schulungszentrum, einer Jugendherberge oder einem Konservatorium ausbauen. Die Millionen Franken, die dazu aufgewendet werden müssten, wären indessen aus Steuergeldern zu erbringen; es sei denn, die Besitzer könnten es verantworten, der Stadt unter die Arme zu greifen..." (32)

Damit lässt sich natürlich besser Staat machen, und niemand möchte den Bethlehemern ihren Anschluss an die Kultur missgönnen; dennoch ist es bedenklich, wie leichtthin man für die Etablierung eines harmlosen Kulturbetriebs zu Millionenausgaben verführt, während man dort knausert, wo es darum geht, den Unfähigen und Unangepassten ein Ueberleben in dieser Gesellschaft zu ermöglichen. (Der Ausschluss der gefährdeten Jugendlichen aus dem Flash-Club durch die erfolgreichen ist ein weiteres Beispiel für die allgemein geübte Verdrängung.)

Um die Tragweite dieser Praxis abschätzen zu können, muss man sich das Ausmass der Abweichung und Fehlanpassung vor Augen halten. Jurgen Ruesch errechnet aus amtlichen Quellen für die USA eine "Gesamtzahl der sozial Unfähigen sowie Gruppen Gefährdeter" von 19,8% (33); dazu kommen rund 20% organisch Kranke (34), denen ihre Krankheit ein "normales" Leben erschwert oder gar verunmöglichlicht. Wenn man davon ausgeht, dass diese Zahlen annäherungsweise

auch die schweizerischen Verhältnisse wiedergeben, kommt man auf einen Anteil von rund 40% der Gesamtbevölkerung, die durch die Maschen der Gemeinschaftszentren hindurchfallen. Ihr Beitrag, diese Gesellschaft humaner zu machen, bleibt gering; sie greifen in der Einschätzung ihrer eigenen Möglichkeiten viel zu hoch: "Die immer länger werdende Freizeit und das immer komplizierter werdende Leben lassen es unumgänglich erscheinen, dass in Zukunft vermehrte Hilfen angeboten werden. Gemeinschaftszentren können diese Aufgabe erfüllen helfen." (35) Ihre Hilfe reicht kaum weiter, als den ohnehin schon Angepassten das Leben in der Siedlung angenehmer und reichhaltiger zu gestalten. (Und die Aktion "Ausländer unter uns", so begrüßenswert sie ist, stellt nur bedingt eine Ausnahme dar, da die im Gäbelbach wohnhaften Italiener schon so lange in der Schweiz arbeiten, dass sie ihre Familie nachziehen durften; die gefährdeteren Saisonarbeiter wohnen in Baracken und Notunterkünften.) Vor den Problemen der Fehlangepassten und Gefährdeten - zu ihnen ist auch ein grosser Teil der Kinder zu rechnen, insbesondere jene aus der Unterschicht - kapituliert das Gemeinschaftszentrum. Soziale Experimente sind von ihm nicht zu erwarten.

VI

Eine zweite Folgerung schliesst sich an: Indem sich das Gemeinschaftszentrum der Auseinandersetzung mit einem belangvollen Teil der sozio-ökonomischen Wirklichkeit - der Baustruktur, der Machtstruktur, der Verklammerung von Arbeitswelt und Freizeitbetätigung sowie jener von gesellschaftlicher Norm und den Phänomenen der Abweichung von ihr - enthält und für die Angepassten Partei nimmt, ist es in seiner Wirkung anti-emanzipatorisch. Auf Bewusstseinsbildung abzielende Kritik liegt ihm fern; es bietet keinen Ansporn zur bedürfnisgemässen Veränderung des Bestehenden, keine Ansätze zur Selbstbestimmung und Selbstverwaltung auf der Basis des Gemeinwesens. Die wesentlichen Ansätze einer Fundamentaldemokratisierung fehlen in der politisch-pädagogischen Arbeit der Gemeinschaftszentren.

Nun sind freilich die Gemeinschaftszentren der Ansicht, sie lei-

steten einen Beitrag zur Stärkung der Demokratie: "Man geht wohl kaum fehl, wenn man als einen wichtigen Grund die Tatsache anführt, dass bei uns die Demokratie wohl in Gemeinde, Staat und Bund verwirklicht ist, dass sie aber weder am Arbeitsplatz noch in der Wohngemeinschaft spielt. ... Und dabei hängt doch schliesslich auch unsere Demokratie im Grossen davon ab, ob der einfache Bürger bereit ist, seinen Teil an der Verantwortung zu übernehmen. Wir versuchen in unserer Quartierzeitung immer wieder die Bevölkerung auf diese Mitverantwortung aufmerksam zu machen." (36) Es will also die Demokratie in der Wohngemeinschaft zum "spielen" bringen und sieht sich auch schon unmittelbar vor dem Ziel: "Die Phase der Fürsorge fürs Quartier ist abgeschlossen. Die mitgründenden Organisationen, z.B. die Pro Juventute, der Gemeinnützige Verein, die Fürsorgedirektion der Stadt, die Gesamtkirchengemeinden und andere, ziehen sich zurück. Sie haben die 'Bernische Vereinigung für Gemeinschaftszentren' gegründet. Das Quartier soll nun die Verantwortung selbst übernehmen. Einführung des Mitbestimmungsrechtes jedes einzelnen und damit eine echte Demokratisierung ist die Leitidee. Was in andern Lebensbereichen nur mühsam und nur Stückchen um Stückchen erkämpft werden kann, soll bei uns schlagartig Tatsache werden." (37)

Die Zitate stellen klar, dass in den Gemeinschaftszentren ein anderer Demokratiebegriff verwendet wird als in dieser Arbeit: Es geht dort nicht um die Demokratisierung in einem umfassenderen Sinne, sondern um die im Staat etablierte pluralistische Formal-Demokratie, um eine "politische Methode" (38) (die wiederum völlig unkritisch akzeptiert und als Integrationsziel hingestellt wird). Dabei werden allerdings die auch im Pluralismus mitenthaltene Interessengegensätze unterschlagen. Immer wieder auftretende Vokabeln wie "Gemeinschaft" und "Mitverantwortung" lassen daran keinen Zweifel. Die Bewohner werden aufgefordert, darauf zu vertrauen, dass alles zu ihrem Besten geregelt wird, und die Verantwortung für diese ihnen auferlegte Regelung zu "teilen" mit den Mächtigen, die (wie noch darzulegen sein wird) ihrerseits bloss Zustimmung erwarten.

Es ist nun allerdings nicht so, dass sich die Leiter der Gemeinschaftszentren Formen der Selbstbestimmung und Selbstverwaltung durch die Bewohner schlechterdings nicht vorstellen könnten. In einer Dokumentation der Bernischen Vereinigung für Gemeinschaftszentren wird im Gegenteil diese Möglichkeit in Betracht gezogen; ein "allumfassender Quartierverein" könnte zum Beispiel als alleinige Trägerorganisation des Gemeinschaftszentrums auftreten. Der Zentralleiter erkennt darin aber sogleich - diesmal ganz realistisch - die Gefährdung der Verfügungsmacht der Oberen und seiner Vermittlerrolle zu ihnen. Die Bewohner könnten ihn zur Rechenschaft ziehen und ihre Ansprüche geltend machen: "Ein solcher Quartierverein wird zu einem Politikum. Alle andern Probleme des Quartiers werden ihm ebenfalls aufgebürdet. Die Initianten und Geldgeber befinden sich sehr rasch in einer erdrückenden Minderheit. Ein Grossteil der Trägergruppen sind gleichzeitig auch potentielle Benützer. Das führt zu Rollenkonflikten gegenüber der Leitung: Als Benützer des Gemeinschaftszentrums unterstehen die Leute den Anordnungen des Leiters, als Mitglieder der Trägerorganisation sind sie dem Leiter vorgesetzt."

Die Entpolitisierung, oder die Identifizierung von Politik mit dem, was sich zwischen Interessenverbänden und Parteien abspielt, eine Identifizierung, die auch von den Geldgebern vorgenommen wird, die aber auf die Entpolitisierung des allen zugänglichen öffentlichen Raumes hinausläuft, wird also bewusst gefördert, sie hat ihre bestimmte ideologische Funktion in einer umfassenden Strategie. Die Konsequenz davon ist die Destruktion der Öffentlichkeit: sie ist im wirtschaftlich determinierten Verwaltungszusammenhang der Siedlung gegenstandslos geworden, die entscheidenden Fragen sind von oben her geregelt und dem Einflussbereich der Bewohner entzogen worden. Versuche, den Stadtbewohnern wieder Zugang zur öffentlichen politischen Auseinandersetzung zu verschaffen - zum Beispiel durch Bürgerinitiativen -, müssen unabhängig vom Gemeinschaftszentrum und vielfach wohl auch im Widerspruch zu ihm unternommen werden.

VII

Um den "wirklichen Bedürfnissen" und den authentischen Gestaltungswünschen der Bewohner nicht vorzugreifen, und auch um sich dem Vorwurf der Manipulation nicht auszusetzen, verzichten die Leiter auf ein inhaltliches Konzept ihrer Gemeinwesenarbeit. Sie vergleichen denn auch das Gemeinschaftszentrum "mit einem Gefäß, einem Kruq, der dasteht und den man füllen kann mit Ideen, kurz mit Leben" (39). Und ihr Anspruch ist: "Allen Bevölkerungskreisen, Erwachsenen und Jungen, politisch Engagierten und Neutralen, Christen und Freidenkern, Gefährdeten und Gesunden, Gruppen und Einzelnen zur Verfügung zu stehen." (40)

Jede auf Integration abzielende Tätigkeit ist jedoch im Kern "manipulativ". Dies fällt lediglich weniger auf, wenn die Beeinflussung in den Lauf der ohnehin stattfindenden Entwicklung einspurt und keine Versuche unternommen werden, sie auf andere Bahnen zu lenken. Was den Leitern als wesentliches Positivum ihres Ansatzes zur Gemeinwesenarbeit erscheint, ihre Bereitschaft, gegenüber jeglichem Impuls, der aus Bewohnerkreisen kommt, offen zu bleiben, erweist sich bei näherem Hinsehen als Selektionsmechanismus, der den Zugang zum Gemeinschaftszentrum - zu dem, was der öffentliche Raum der Siedlung sein sollte - für bestimmte Personen und Gruppen und deren Anliegen freigibt, für bestimmte andere Personen aber unerreichbar macht. Auf den pauschalen Appell an die Bewohner, wie er wieder bei der Eröffnung des "Gäbelhus" durch den Vizepräsidenten des Gäbelbachvereins erfolgte, wird zum Beispiel ein Lehrer eher reagieren können als ein Hilfsarbeiter, ein Aktivist mit konkreten Zielvorstellungen eher als ein stillerer Bürger, der nur ein latentes Missbehagen verspürt, ein Erfolgreicher, der sich seiner Wirkung sicher ist, eher als ein Stigmatisierter, der sich an den Rand der Gesellschaft gedrängt sieht.

Die Zielsetzung des Gemeinschaftszentrums, zu animieren, zu informieren und zu koordinieren, beinhaltet nicht mehr und nicht weniger als das Angebot, jenen zu helfen, die sich auch selber helfen können. Der hilflose Anspruch, allem und jedem zu dienen, kaschiert

nur die tieferliegende Unsicherheit angesichts der widersprüchlichen gesellschaftlichen Wirklichkeit und das diffuse Unbehagen vor auf Lösung drängenden sozialen Missständen. Am konkreten Beispiel offenbart sich der Anspruch als hohle Phrase:

Der Flash-Club der Jungen, so ist im "Wulchechratzer" (41) zu lesen, "hat sich in seinen Richtlinien zum Ziel gesetzt, die zwischenmenschlichen Beziehungen aller Generationen im Gäbelbach und den umliegenden Quartieren zu fördern. Jedermann kann jederzeit Mitglied werden. Einzige Bedingung: zurückgelegtes 16. Altersjahr. Eine Altersgrenze nach oben kennen wir nicht. Wer sich mit 40, 50, 60 und 70 Jahren noch jung fühlt, Beat, Jazz und Diskussionen liebt, ist stets freundlich willkommen."

Man fragt sich, wozu ein Jugendclub gut sein soll, dem Erwachsene jeden Alters beitreten können, nicht aber die 13-, 14- und 15-jährigen; der seine Richtlinien mit abgedroschenen Schlagwörtern füllt und einen völlig abstrakten Generationenkonflikt lösen will, sich aber den konkreten Konflikten einzelner Jugendlicher verschliesst und diesen klar macht, dass sich die Tüchtigen nicht mit dem Abschaum solidarisieren wollen.

Der Freizeitleiter im Gäbelbach ist zwar zutiefst besorgt um das Schicksal der Betroffenen, er bleibt aber unverbindlich: "Das wichtigste ist, dass sie wissen, dass jemand hier ist." Mehr hat er nicht zu bieten, es würde die Grenzen seines Auftrags sprengen, er käme selber in Konflikt. Seine Unfähigkeit, effektive Hilfe anzubieten, hat ihr Pendant in der Unfähigkeit der saturierten Gesellschaft, sich jenen zuzuwenden, die vom allgemeinen Streben nach Glückseligkeit ausgeschlossen sind.

VIII

Die konzeptlose Gemeinwesenarbeit fördert vor allem die ohnehin schon durchschlaackräftigeren Individuen und Gruppen; das gleiche gilt auch für die Ideen und die Formen sozialen Lebens, die das Gemeinschaftszentrum füllen sollen: das Ueberlieferte, das Bewährte und allen Bekannte, das was den geringsten Widerstand überwin-

den muss, was praktisch schon "ready-made" vorliegt, setzt sich am besten durch. Im kulturellen Bereich bieten sich die Produkte der Freizeit-, Kultur- und Bewusstseinsindustrie an, im Bereich der Organisation des Zusammenlebens hält man sich an die althergebrachten Formen der Vergesellschaftung, man gründet Vereine und Komitees und bildet Ausschüsse. Die Vereinsvorstände setzt man nach dem Muster der pluralistischen Demokratie zusammen, jede mächtigere Gruppe (sofern sie nicht den Verdacht der "Subversion" auf sich zieht) ist zur Mitarbeit aufgerufen oder kann darauf drängen, aufgenommen zu werden. So stellt man auf der Siedlungsebene als Oeffentlichkeits-Ersatz einen Mikrokosmos von minoritären Vereinigungen und Interessengruppen her, ein getreues Abbild der im Staat etablierten politischen Struktur.

Das Gemeinschaftszentrum zeigt mithin eine starke Tendenz zur Reproduktion des Bestehenden. Nun kann man der Ansicht sein, dass jede Form von Partizipation ein Fortschritt ist gegenüber der totalen politischen Apathie, dass schon das Interesse und die Teilnahme am reproduktiven konventionellen Kulturbetrieb eine Bereicherung individuellen Erlebens darstellt. Neue Ansätze zur Bewältigung der Gegenwart sind jedoch aus diesem kulturellen Klima, das an oberste Stelle Behaglichkeit, Aufgehobensein und Sicherheit in überkommenen Denk- und Verhaltensweisen setzt, kaum zu gewärtigen. Gerade diese täten aber Not, wenn die traditionelle Stadt, die ihre Existenzgrundlage verloren hat, durch ein neues Stadtbild, durch heutigen Verhältnissen adäquate Vorstellungen städtischen Lebens ersetzt werden sollte. Um diese Aufforderung drücken sich die Berner Gemeinschaftszentren, sie wählen den Weg des geringsten Widerstandes, den der unreflektierten Anpassung. Ihr durch Konzeptlosigkeit mitbedingtes sozio-kulturelles Grundmuster trägt nicht die Züge der Urbanität, sondern die der Provinz (die nach Ludwig Marcuse (42) nicht so sehr eine geographische Bestimmung als vielmehr eine geistige Verfassung ist).

IX

Die inhaltliche Konzeptlosigkeit der Gemeinwesenarbeit kann dieser keine in der Sache selbst liegende objektiven Erfolgsmassstäbe bieten; es ist daher nur verständlich, dass sich die Leiter der Gemeinschaftszentren an äusserlichen, formalen Kriterien orientieren in der Bewertung ihres Tuns. Ein graphisch und verbal darstellbarer Prozess der institutionellen Verfestigung des Gemeinschaftszentrums - die Stabilisierung der Ueber- und Unterordnungsverhältnisse, das Festlegen der Befugnisse, Zuständigkeiten und Verantwortungsbereiche durch Benützungsreglemente, Pflichtenhefte und Pachtverträge - gibt das Fundament des Selbstverständnisses ab und bürgt für eine ordentliche Führung der Anlage. Das in der Summe der Vereine und Aktionen auszählbare Mass der Beteiligung soll Aufschluss geben über den Nutzen der Gemeinwesenarbeit.

Wenn das Gemeinschaftszentrum zu seiner Legitimation auf die Vereine angewiesen ist, so sind diese nicht minder abhängig vom Gemeinschaftszentrum. Der Zugang zu dessen Räumlichkeiten, zur Publizität im Quartierblättchen, zur Benützung zentraler Einrichtungen geht über das Leiterbüro. Die Gruppen und Vereine werden dadurch bis zu einem gewissen Grad beeinflussbar und kontrollierbar und ordnen sich im institutionellen Zusammenhang ein. Es zeichnet sich also eine zur Spitze hin zusammenlaufende Struktur ab von den einzelnen Bewohnern an der Basis über Bewohnervereinigungen zu den lokalen Gemeinschaftszentren, die ihrerseits wieder dem Dachverband unterstellt sind, wobei auf jeder Stufe die Kontrollorgane jeweils pluralistisch zusammengesetzt sind.

Die Konzeptlosigkeit ist aber nicht der einzige und vielleicht noch nicht einmal der wichtigste Grund für die starken Institutionalisierungstendenzen. Der Umstand, dass die Gemeinwesenarbeit in Bern mit sehr grossen finanziellen Aufwendungen verbunden ist (die Anlagekosten des "Gäbelhus" beliefen sich z.B. auf 4,5 Mio. Franken, für 1971 wurde ein Jahresbudget von Fr. 63'200.- veranschlagt), drängt eine solche Absicherung geradezu auf. Die Geldgeber, die (wie der Vizepräsident des Gäbelbachvereins, H.K. jun.,

an der Eröffnung des "Gäbelhus" darlegte) "ihre Geisteskraft und ihre finanziellen Mittel wesentlich profitreicher sonstwie hätten verwenden können", wollen eine Gewähr dafür, dass ihre Gelder auch in ihrem Sinn eingesetzt werden. Sie fordern deshalb klare formale Regelungen und eine transparente, ihren Einflusswünschen zugängliche Organisation. Und die Leiter billigen ihnen ein Recht auf Kontrolle auch zu (ein Recht, das sie den Bewohnern nicht zuerkennen).

Das Beziehungsmuster, das auf diese Weise durch das Gemeinschaftszentrum im "öffentlichen Raum" der Siedlung angelegt wird, ist starr, gebunden an schriftliche Abmachungen und unangefochtene Abhängigkeitsverhältnisse, ausgerichtet auf Stabilität und Dauerhaftigkeit; es liegt genau am entgegengesetzten Pol als die Öffentlichkeit, die als amorphe, unpersönliche, spontane und flüchtige Struktur definiert ist (43), und die erst dann "funktioniert", wenn jeder Beliebige unabhängig von Status und Gruppenbindungen teilnehmen kann.

Im grossen Rahmen gesehen - wenn etwa ein so geführtes Gemeinschaftszentrum künftig zur regulären Ausstattung neuer Siedlungen gehören soll, ein Ziel, das von den bestehenden Zentren angestrebt wird - läuft dies geradeswegs auf eine Refeudalisierung der urbanen (oder konsequenter: post-urbanen) Gesellschaft hinaus.

X

Dadurch, dass das Gemeinschaftszentrum mit grossem Aufwand verbunden ist - finanziellem, aber auch publizitärem Aufwand, hinter dem das Gewicht der in der Siedlungsplanung einflussreichen öffentlichen und privaten Institutionen steht -, gerät es unter Erfolgszwang. Sowohl die Geldgeber als auch die für eine sinnvolle Verwendung verantwortlichen Empfänger sind sich einig, dass Investitionen dieser Grössenordnung ein erkennbares Resultat zeitigen müssen. Das Gemeinschaftszentrum ist also förmlich genötigt, einen "positiven Beitrag" zum Erfolg der amtlich verordneten "sozialprophylaktischen Stadtplanung" zu leisten.

Dies ist allerdings eine Situation, in die es sich selber hineinmanövriert hat (und die es auch nicht zu irritieren scheint). Es hat die Erwartungen, die ihm gegenüber gehegt werden, selber hervorgerufen, etwa indem es viele jener Forderungen zu erfüllen verspricht, die unter dem Einfluss der Stadt- und Gesellschaftskritik zu stellen üblich geworden ist (zum Beispiel die Belebung der Stadtrandquartiere, Partizipation auf Quartiersebene, Abnahme von Verwahrlosung und Kriminalität, sinnvolle Freizeitgestaltung etc.), ohne gleichzeitig auch wesentliche Konzessionen im Vollzug der Siedlungs- und Sozialplanung zu verlangen. So übernimmt es die Aufgabe, in seinen Publikationen ein harmonisches Bild vom Leben in der Siedlung zu entwerfen. Von Schwierigkeiten und Trübungen des guten Einvernehmens wird, wenn überhaupt, nur in optimistischem Ton berichtet; die Beschwichtigung, dass alles nicht halb so schlimm sei und mit ein bisschen gutem Willen (und verantwortlicher Einstellung) gleich ausgeräumt wäre, ist immer zur Hand. Reale Konflikte (zum Beispiel zwischen dem Gemeinschaftszentrum selbst und den Geldgebern) werden hingegen überspielt.

Nachdem die grossen Züge der Raumplanung am Stadtrand für das Gemeinschaftszentrum prinzipiell unantastbar bleiben (beziehungsweise in den Aufgabenbereich professioneller Planer verwiesen werden), gelten partielle Veränderungen, geglückte Anpassungsversuche und die unverbindlichen Aufforderungen der Planer zur Mitsprache in Detailfragen (zum Beispiel die Einladung des Stadtplaners an die Arbeitsgruppe für das Gäbelbachquartier, mit ihm über die Einrichtung von Kinderspielflächen und die Verkehrserschliessung einer neuen Siedlung zu beraten) als Erfolge, auf die mit Stolz verwiesen wird.

XI

Die Einrichtung von Gemeinschaftszentren zur Regelung der sozialen Kontakte auf der Siedlungsebene erweist sich als untaugliches Mittel des "social engineering". Wenn auch gewisse Erfolge insbesondere im emotionalen Bereich anzuerkennen sind - die im Gemein-

schaftszentrum sichtbare Bestätigung, dass auch etwas für die Bewohner unternommen wird, die Information über das Geschehen im Quartier, das direkte Angesprochen-Werden, all dies mag wohl zur Festigung der affektiven Bindung und des Vertrauens in die Wohnumwelt beitragen -, so muss doch festgestellt werden, dass wesentliche soziale Probleme, die sich im Städtebau niederschlagen, dadurch keinen Schritt näher zu ihrer Lösung gebracht werden. Das Gemeinschaftszentrum zeigt keinen Ausweg aus der unsichereifenden Ratlosigkeit vor der Aufgabe, den heutigen sozio-ökonomischen Bedingungen gemässe Wohn- und Lebensformen in Ballungsräumen zu schaffen. Dazu lässt es sich zu bereitwillig auf den kapitalgebundenen Interessenstandpunkt in der Raumplanung verpflichten - zu Ungunsten der emanzipatorischen Ansprüche der beplanten Bewohnerschichten und der vernachlässigten, aus der Gesellschaft und auch aus dem Planungszusammenhang ausgestossenen Randgruppen abweichender Minderheiten.

Es ist nicht in der Lage, eine urbane, mit den Merkmalen der Öffentlichkeit versehene Interaktionsstruktur zu vermitteln, und spezifische soziale Probleme wären vermutlich eher zu lösen mit zielgerichteten Förderungsprogrammen. Hingegen kann das Gemeinschaftszentrum die Funktion eines Fliessblattes übernehmen, das sämtliche Unzulänglichkeiten des Städtebaus und die strukturellen Defekte der Gesellschaft aufsaugt (44). Als Prestigebau sorgt es für Publizität für die Planer und Bauherren; als Aushängeschild für deren soziale Einstellung wirkt es für Wohlwollen und Vertrauen; als gratis dem Wohnbau angefügte Freizeitanlage erhöht es die Attraktivität der Wohnsiedlung am Stadtrand. Hinter all dem ist seine eigentliche Funktion zu erkennen: die Legitimierung der aktuellen städtebaulichen Praxis.

8. Rekonstruktion der Entstehung und Entwicklung des Gemeinschaftszentrums Gäbelbach bis Ende 1971

8.1 Die Projektierungsphase

1964, noch vor dem Baubeginn der Wohnblöcke, kann der mit der Gesamtgestaltung des Quartiers beauftragte Architekt die Evangelisch-reformierte Kirchgemeinde vom Nutzen eines neuartigen kirchlichen Zentrums mit Gemeinschaftsräumen und Freizeitanlagen überzeugen (45), im September desselben Jahres wird das Raumprogramm von der Kirchenverwaltungskommission und dem Kirchgemeinderat Bethlehem genehmigt. 1966 liegen Baupläne für den kirchlichen Trakt vor; die Freizeitanlage mit Werkstätten und den eigentlichen Freizeiträumen kann noch nicht entworfen werden, da die bernische Gesamtkirchgemeinde dem Wunsch des Bethlehemer Kirchgemeinderats, die ganze Anlage zu übernehmen, nicht nachkommen mochte, somit die Zukunft des Projekts noch nicht gesichert ist. Um die Sache voranzutreiben, nehmen Architekt und Kirchenverwaltungskommission Kontakt auf mit der städtischen Fürsorgedirektion und den Leitern der bestehenden Freizeitorganisationen (zu jener Zeit: das "Freizeitwerk" der Coop und die Freizeitanlage im Tscharnergut). Zwischen den Vertretern dieser Institutionen finden im Winter 1966/67 eingehende Besprechungen statt; die Finanzierungsfrage wird abgeklärt (46), ein umfassendes Raumprogramm und ein Vorprojekt abgefasst; es ist anzunehmen, dass mit Abschluss dieser Sitzungsperiode die Teilnehmer ihre Vorstellungen und Erwartungen bezüglich des Gemeinschaftszentrums gefestigt und untereinander einen Konsens gefunden haben. Sie beabsichtigen, die Anlage zu planen und zu bauen, zu gegebener Zeit das notwendige Personal einzustellen und allmählich die Verantwortung und Ausgestaltung auf die Bewohnerschaft zu übertragen. Diesen Übergang stellen sie sich kontinuierlich und ganz und gar unproblematisch vor: "Als Träger des Freizeitwerks wird ein Verein vorgesehen, der sich im Anfangsstadium vorwiegend aus Vertretern der kirchlichen und der städtischen Behörden sowie des Freizeitwerks Tscharnergut und ev. der

Tscharnergut-Immobilien AG zusammensetzen sollte. Mit der Besiedlung der Wohnbauten wird die Verantwortung für den Verein auf die dortige Wohnbevölkerung zu übertragen sein." (47)

Im Sommer 1967 konstituieren sich die offiziellen Baukommissionen der Kirchenverwaltung und der eben erst gegründeten Gäbelbach-Immobilien AG; in diesen Gremien werden die Grundsatzentscheide getroffen, die Pläne ausgewählt und die Aufträge vergeben. Der Bethlehemer Kirchgemeinderat, der als Repräsentant des Kirchenvolkes zu den Grundsatzentscheiden angehört werden muss, der aber nicht in der Lage ist, eigene Alternativen durchzusetzen (und daher, konsequenterweise, wenn auch wohl unreflektiert, in seinen Sitzungsprotokollen von der Vertretung seiner "Wünsche" in der Baukommission spricht), ernennt eine interne Bau- und Betriebskommission, deren Aufgabe einerseits die Ausarbeitung konkreter Gestaltungsvorschläge unter den Gesichtspunkten eines späteren Betriebs, andererseits die Koordination der verschiedenen an der Planung beteiligten oder durch sie betroffenen Gruppen sein soll*.

Währenddem in den offiziellen Baukommissionen ausschliesslich Vertreter der Kirche beziehungsweise der Baugesellschaften sitzen, werden in die interne, untergeordnete Bau- und Betriebskommission, über die sich dereinst die Uebernahme des Zentrums durch den Trägerverein aus Kreisen der Bewohnerschaft abwickeln soll, neben vier Mitgliedern des Kirchgemeinderates Bethlehem drei Vertreter der bestehenden Freizeitvereinigungen, die Gemeindehelferin des neuen Quartiers und nach seiner Wahl der Pfarrer aufgenommen.

Bis zu diesem Zeitpunkt finden die Verhandlungen hinter geschlossenen Türen statt. Zwar ist der erste Block seit Anfang des Jahres

* "Um zuhänden dieser Baukommission und des Architekten Vorschläge bezüglich Ausbau, auch aus der Sicht des Betriebes, auszuarbeiten, ist eine interne Baukommission zu bestellen. Die Kommission hat sich besonders auch mit der Koordination der von Kirche und Freizeitanlage geltend gemachten Wünsche zu befassen. Nach beendetem Bau soll diese Kommission nicht aufgelöst, sondern, ev. mit teilweisen Änderungen, als Betriebskommission weiterbestehen." Protokoll Nr. 10 des Kirchgemeinderates Bethlehem, 1967

bezogen und der zweite wird im Herbst fertiggestellt, aber es sind keine Anstalten getroffen worden, die Bewohner über die Planung zu informieren oder sie zur Beteiligung aufzufordern. Eine öffentliche Diskussion über die Motive und Erwägungen der Bauherren oder über die strittigen Verhandlungspunkte findet nicht statt. Im November hält ein Mitglied der internen Bau- und Betriebskommission die Zeit für gekommen, "dass die Gäbelbach-Bewohner durch Publikationen im Wulchechratzer über die mit dem Gemeinschaftszentrum in Zusammenhang stehenden Fragen orientiert werden" (48). Der Pfarrer winkt allerdings ab, er zieht es vor, die Orientierung gruppenweise vorzunehmen: er sieht darin eine Möglichkeit, mit den Mietern ins Gespräch zu kommen und Leute kennen zu lernen, die eventuell zu späterem Zeitpunkt zur Mitarbeit gewonnen werden könnten. So schafft er eine Informationskommission, der ausser ihm noch die mit der Bedürfnisabklärung für das Gemeinschaftszentrum beauftragte Praktikantin der Schule für Sozialarbeit im Gwatt und drei Architekten, die in den Planungs- und Baubüros angestellt sind, angehören. Dieses Team führt im Winter 1967/68 Informations- und Diskussionsabende durch, zu denen jeweils die Mietparteien eines Hauseingangs geladen werden (ungefähr ein Fünftel der Mieter folgen dieser Einladung).

Im Januar 1968 mietet die Evangelisch-reformierte Kirche die Musterwohnung auf dem Areal, in welcher später das provisorische Gemeinschaftszentrum eingerichtet wird; vorläufig steht es einmal wöchentlich dem Kinderhütendienst der Frauen zur Verfügung.

Mittlerweile hat sich aus dem Kreis der Bewohnerschaft eine Gruppe von Überzeugten Anhängern von Grossiedlungen gefunden, die - als erste Bewohner, noch von Baugruben umgeben - spontan die Möglichkeit und die Notwendigkeit wahrgenommen haben, "so etwas wie ein Gemeinschaftsleben aufzuziehen in dieser Siedlung, in der 3000 Einwohner von überall herkommen" (49). Die Gruppe gibt sich den Namen "Podium Weiermatt/Gäbelbach", er scheint ihr am ehesten die Zielsetzung zu kennzeichnen, im Quartier so etwas wie eine "öffentliche Gesprächsbühne" herzustellen, auf der die Leute miteinander

in Kontakt treten und latente Interessen aufgegriffen und weitergetragen werden können. Sie will nicht viel mehr sein als eine vorübergehende Sammelstelle, ein loses Gefüge von Interessengruppen, die unabhängig voneinander agieren und Veranstaltungen durchführen; sie konstituiert sich ausschliesslich aus rechtlichen Gründen als Verein. Um die Bewohner ansprechen zu können, gibt sie eine kleine Quartierzeitung heraus, die "Info WG".

Die interne Bau- und Betriebskommission nimmt Kontakt auf mit dem Podium kurz nach seiner Entstehung, stösst dort allerdings auf wenig Teilnahmebereitschaft. Das Podium zeigt sich nicht interessiert daran, sich in eine starre formale Struktur einzugliedern, in eine offizielle Vereinigung, von der es argwöhnt, dass sie "von oben" gesteuert sei; es fürchtet, die Hände könnten ihm gebunden werden durch die mächtigen Geldgeber. Der Pfarrer, über den der Kontakt zustande gekommen ist, äussert in der Bau- und Betriebskommission, ihm scheine "nun wichtig, dass man mit diesen Leuten in Verbindung bleibt, auch wenn eine erspriessliche Zusammenarbeit im Moment kaum möglich ist" (50).

Nach ungefähr einem Jahr wird die Idee des Podiums wieder "aufs Eis gelegt". Schwierigkeiten sind aufgetaucht, die zum Teil in der Gruppe selbst begründet sind - in ihrem unprogrammatishen Vorgehen und den etwas diffusen Zielvorstellungen, in der allmählich zu gross gewordenen finanziellen Belastung, im Wegzug einiger aktiver Mitglieder aus der Siedlung-, zum Teil auch von aussen her kommen; es fehlen die geeigneten Räumlichkeiten; es wird der Gruppe von Seiten der etablierten Gemeinschaftseinrichtungen bedeutet, es bestünde schon eine sehr weitgehende Planung über die gesamte Gemeinschaftsanlage im Quartier, auch ist man nicht gerade glücklich darüber, dass neben der schon bestehenden Quartierzeitung noch ein weiteres Informationsblatt erscheint, man würde es lieber in den "Wulchechratzer" integrieren, eventuell als Sonderseite für den Gäbelbach, oder dann später als offizielles Organ des Gemeinschaftszentrums herausgeben; schliesslich meinen Angehörige

des Podiums auch Grund zu haben zur Furcht vor Repressalien seitens der Liegenschaftenverwaltung.

Die Distanz zum entstehenden Gemeinschaftszentrum (das seit dem Juni 1968 seinen eigenen Leiter hat, einen ausgebildeten Sozialarbeiter) bleibt weiterhin unüberbrückbar: der Initiant des Podiums steht zwar auf gutem Fuss mit dem neuen Leiter, er meint aber, dass alle Beteiligten der Ansicht seien, er sollte "diesen Leuten nicht durch (seine) Anwesenheit den Weg, den sie vorgeplant haben, verbauen". Eine Zusammenarbeit erscheint ihm auch zwei Jahre später, 1971, nur unter den Bedingungen eines gut durchdachten gesellschaftspolitischen Konzepts möglich, er sieht allerdings nur geringe Chancen, seine Ideen im Gemeinschaftszentrum durchzusetzen: "Dort sind zu viele Instanzen, die versuchen würden, die Sache in einem schönen braven Rahmen zu halten. ... Eine solche Gruppe müsste sich organisieren, und im Augenblick, wo sie sich innerhalb des Gemeinschaftszentrums organisiert, wird sie quasi zur Oppositionsgruppe, wenn es hart auf hart geht. Und dann schadet sie dem Gemeinschaftszentrum mehr, als sie ihm nützt."

Doch zurück zum "offiziellen" Gemeinschaftszentrum: Im April 1968 (zu diesem Zeitpunkt ist auch die letzte Wohnung vermietet) werden zwei Gäbelbach-Bewohner in die interne Bau- und Betriebskommission aufgenommen, ein Amtsvormund und eine Mitarbeiterin eines Berner Architekturbureaus. Gleichzeitig ziehen auch zwei Vertreter der Baugesellschaften ein, die sich übergeben fühlten, weil man über ihren Kopf hinweg Kommissionen gegründet und Personal eingestellt hat. In der Kommission sitzen nunmehr je zwei Vertreter der Bewohnerschaft, des Kirchgemeinderats Bethlehem, der Berner Vereinigung für Gemeinschaftszentren (die Sekretärin der Pro Juventute und der Leiter der Freizeitanlage Tscharnnergut), der Baugesellschaften (ein Architekt des Planungsbüros und ein Mitglied der kirchlichen Baukommission, Kirchgemeinderatspräsident in Bethlehem, als Privatmann Unternehmer im Holzbaugewerbe und meistens beteiligt, wenn es darum geht, eine Kirche mit Holzarbeiten zu

versehen) und schliesslich von Amtes wegen der Pfarrer und der Freizeitleiter.

Im Winter 1968/69 herrscht im provisorischen Gemeinschaftszentrum schon ein reger Freizeitbetrieb; mehrere Hobby-Gruppen haben sich gefunden, Bastelnachmittage für Frauen und Kinder werden durchgeführt und ein rundes Dutzend Kurse von Lehrern der Volkshochschule und des Freizeitwerks. Unabhängig vom Gemeinschaftszentrum hat sich eine neue Bewohnergruppe gebildet, die sich regelmässig trifft und unter anderem für die Kinder ein Skirennen organisiert, das auch in den folgenden Jahren als feste Einrichtung beibehalten wird.

Im Januar stellt der Bewohner-Vertreter in der Bau- und Betriebskommission den Antrag auf die Gründung eines provisorischen Gäbelbachvereins. Da die Bauplanung abgeschlossen ist und vom Frühjahr an die Aushubarbeiten beginnen können, wandelt sich die Bau- und Betriebskommission in eine Statutenkommission um und nimmt neue Mitglieder auf. Die Bewohner-Vertretung wird auf vier Mitglieder erhöht, von denen eines gleichzeitig auch Mitglied des Kirchgemeinderats ist, desgleichen die Vertretung der Baugesellschaften und Liegenschaftenverwaltungen; das Gemeinschaftszentrum wird durch drei Leute repräsentiert, durch den Freizeitleiter/Gemeinwesenarbeiter, den Pfarrer (der gleichzeitig auch die Belange der Kirche vertritt) und ein Vorstandsmitglied der Bernischen Vereinigung für Gemeinschaftszentren. Zu einzelnen Sitzungen werden als Fachberater die Gemeindegelferin, der Freizeit- und der Werkstattleiter des Tscharnerguts eingeladen. Die Baugesellschaften stellen von Anfang an klar, dass sie sich die Kontrolle über das Gemeinschaftszentrum nicht entgleiten lassen wollen: sie "seien bereit zu helfen und bereit zu zahlen, wenn sie auch etwas dazu zu sagen hätten". Sie möchten "vor allem auch das Mitspracherecht über Verwaltung und Betrieb" (51). Entsprechend werden die heftigsten Diskussionen in der Statutenkommission um die Einflussmöglichkeiten der Geldgeber geführt. Die Gäbelbach-Immobilien AG möchte für sich und die Kirche ein Vetorecht im Gäbelbachverein

ausbedingen, kommt allerdings nicht durch damit; auch würde sie gerne einen Gewährsmann in die Arbeitsgruppe für das Quartier delegieren, umgekehrt erkundigt sich ein Bewohner-Vertreter nach den Möglichkeiten einer Mieterbeteiligung in der Bauverwaltung. Beide Vorschläge werden indessen abgewiesen.

Im Oktober wird der "Verein für das Gemeinschaftszentrum Gäbelbach" mit 47 Mitgliedern gegründet. Aktive Bewohner können sich in der Arbeitsgruppe für das Quartier oder in der Arbeitsgruppe für das Gemeinschaftszentrum, die in Teamarbeit mit dem Leiter und dem Pfarrer die Richtlinien des Gemeinschaftsbetriebs festlegt, beteiligen. Die Geschäfte des Vereins werden durch einen Vorstand geführt, in welchem die verschiedenen am Gemeinschaftszentrum beteiligten Interessengruppen repräsentiert sind (der Vorstand ist zu dieser Zeit noch nicht voll besetzt; so ist es zum Beispiel denkbar, dass nicht nur die beiden Arbeitsgruppen einen Vertreter delegieren, sondern auch die Italiener, die Jungen, die Katholiken, die Schule etc.). Die Mehrzahl der fünfzehn Vorstandsmitglieder muss nach den Statuten im Gäbelbach wohnhaft sein; die Baugesellschaften können vier Vertreter delegieren, die Evangelisch-reformierte Kirchgemeinde zwei; der Pfarrer und der Freizeitleiter gehören ihm von Amtes wegen an.

8.2 Aufbau und ein erster Abbruch

Kurz nach der Vereinsgründung tritt die Arbeitsgruppe für das Gemeinschaftszentrum zusammen, um sich von da an ungefähr alle 14 Tage zu treffen. Es ist vielleicht bezeichnend für die Entwicklung des Gemeinschaftszentrums bis zu diesem Zeitpunkt, dass sich die Arbeitsgruppe nicht spontan aus dem Kreise ähnlich denkender Vereinsmitglieder mit gemeinsamen Zielvorstellungen formiert - es gibt ja bisher kaum Beteiligungs- und Informationsmöglichkeiten für die Bewohner im Gemeinschaftszentrum, und jene, die sich aus eigener Initiative zusammengeschlossen haben, sehen keine Veranlassung, sich in eine von aussen gelenkte Institution einzuglie-

dern und die Verantwortung für sie zu übernehmen -, sondern sie wird vom Gemeinwesenarbeiter aus Leuten zusammengestellt, die alle ein Interesse am Gemeinschaftszentrum gezeigt haben, aber sehr unterschiedlich motiviert sind. Er will auf diese Weise versuchen, ein möglichst vielseitiges Gremium zu schaffen, das der Vielfältigkeit in der Bewohnerschaft entspricht und dadurch am ehesten den Bedürfnissen aller gerecht wird und den Weg ins Gemeinschaftszentrum für alle ebnet, und das gleichzeitig auch weniger die Gefahr läuft, sich in einem Problemkreis festzuhaken und dann nurmehr sich selbst zu bestätigen. Der Arbeitsgruppe gehören an: der Amtsvormund, der in der Bau- und Betriebskommission die Gründung eines Gäbelbachvereins gefordert hat und dem jetzt das Amt des Vereinspräsidenten übertragen worden ist, eine Hausfrau, deren Kinder gross geworden sind und die sich des Kinderhütendienstes angenommen hat, eine Kindergartenlehrerin, ein junger, engagierter Architekt, der schon in der Statutenkommission mitgearbeitet hat, und seine Frau - ihnen liegt daran, ein Mitbestimmungsmodell auf der Siedlungsebene zu entwickeln -, ein kaufmännischer Angestellter, Leiter der Fotogruppe, und ein junger Arbeiter.

Im ersten halben Jahr hat die Arbeitsgruppe noch über Einzelfragen des Innenausbaus zu beraten. Es geht dabei um Fragen wie die, ob man im grossen Saal eine Hubwand installieren will, damit der Vorhang sich nicht bewegt, oder ob man mit dem Geld lieber eine Elementenbühne anschafft. Die Entscheide haben allerdings nicht viel mehr Gewicht als das eines Ratschlags zu einer in den offiziellen Baukommissionen noch offen gelassenen Frage. Die erste Forderung der Arbeitsgruppe ist daher, dass der Letier und der Pfarrer als Vertreter der Gemeinschaftsanlage in die Baukommission aufgenommen werden; diesem Wunsch wird soweit entsprochen, dass die beiden mit beratender Stimme teilnehmen dürfen. Sie werden dann aber - vielleicht versehentlich - zu den Sitzungen zum Teil so kurzfristig eingeladen, dass sie sie in ihrem Zeitplan nicht mehr unterbringen können. (Dass sie die beiden für den Betrieb des Gemeinschaftszentrums Verantwortlichen nicht von sich aus in die

Baukommissionen geholt haben, rechtfertigen die Bauträger damit, dass diese Kommissionssitzungen für einen Freizeitfachmann kaum von Interesse seien, da in ihnen lediglich Bauaufträge vergeben würden.)

Schon bald muss die Arbeitsgruppe jedoch feststellen, dass sie nicht für voll genommen wird von der Kirche und den Baugesellschaften; ihr Eindruck scheint sich zu bestätigen, dass die Geldgeber zwar von einem neuartigen Versuch der Zusammenarbeit zwischen privaten, kirchlichen und öffentlichen Institutionen und der Bewohnerschaft sprechen, dabei aber ein sehr konventionelles Bild von der "neuen" Einrichtung und dem Betrieb in ihr haben und sich unter Mitbestimmung vor allem Zustimmung der Bewohner vorstellen. Insbesondere die Kirche steht im Verdacht, Angst vor ihrem eigenen Wagemut bekommen zu haben und mit dem Gemeinschaftszentrum nicht viel anderes verwirklichen zu wollen als ein weiteres Kirchengemeindehaus, diesmal versehen mit einem "Animateur", der Leben und Leute ins Haus bringt. Durch eine auffällige Präsenz der Kirche, die sich etwa in der Benennung des Zentrums, in der Ausstattung des grossen Saals mit einer Orgel (statt einem Flügel) und einem Kreuz auf dem Bühnenvorhang äussern könnte, sieht die Arbeitsgruppe die in den Statuten garantierte konfessionelle Neutralität des Gemeinschaftszentrums gefährdet, und sie sucht eine solche Entwicklung zu verhindern.

Das gespannte Verhältnis zur Kirche wird noch zusätzlich belastet durch Differenzen mit dem Gäbelbach-Pfarrer. Nachdem er sich anfänglich sehr stark in der Gemeinwesenarbeit eingesetzt hatte (er erwog sogar, sich im Quartier nicht als "Herr Pfarrer" vorzustellen, sondern einfach als "Herr. W."), wirft ihm die Gruppe jetzt vor, er engagiere sich überhaupt nicht mehr, treffe eigenmächtige Entscheidungen und blockiere die Arbeit mehr, als dass er sie fördere. Er verteidigt sich damit, dass man ihm seinerzeit zu verstehen gegeben habe, die Gemeinwesenarbeit sei Sache des Sozialarbeiters, der noch eingestellt werde, worauf er sich zurückgezogen und der Jugendarbeit zugewandt habe, die ihn jetzt voll in Anspruch

nehme; zudem sei eine so enge lokale Abgrenzung des Tätigkeitsbereichs eines Pfarrers nicht vereinbar mit einer modernen Konzeption seelsorgerischer Praxis. Selbstverschuldet oder nicht steht er isoliert im Gemeinschaftszentrum, das sich Teamarbeit als organisatorisches Prinzip vorgenommen hat.

Nachdem die drängenden baulichen Sachfragen bereinigt sind, nimmt sich die Arbeitsgruppe im Sommer und Herbst 1970 Zeit, diese mehr kommunikativen Probleme innerhalb der Gruppe wie auch die zwischen der Gruppe und der geldgebenden, machtausübenden Kirche einerseits, der bislang noch kaum am Gemeinschaftszentrum beteiligten breiten Basis der Bewohnerschaft andererseits, von Grund auf durchzudiskutieren und die eigene Position abzustecken. Damit stösst die Arbeitsgruppe jedoch an eine weitere Grenze ihrer Kommunikationsmöglichkeiten, die in so kurzer Zeit nicht überwindbar ist: die mehr an praktischer Arbeit orientierten Gruppenmitglieder können diesen abstrakten gesellschaftspolitischen Erörterungen nicht folgen, die kritische Reflexion der eigenen Arbeit kommt ihnen einer Verneinung gleich.

Ergebnis dieser Periode ist eine gewisse Verwirrung bei den einen, Resignation bei den andern. Eine formelle Regelung des Verhältnisses zwischen dem Gäbelbachverein und der Kirche (die Peibereien und Missstimmigkeiten auf informeller Ebene auch noch nicht ausschliesst) wird erst mit dem Mietvertrag anlässlich des Bezugs des "Gäbelhus" getroffen werden; immerhin hat die Arbeitsgruppe zur Klärung der Fronten ein absichtlich provokativ gehaltenes Memorandum (52) verfasst, das an die Vorstandsmitglieder des Vereins verschickt wird mit der Einladung zu einer ausserordentlichen Vorstandssitzung. In dieser wird eine Delegation bestimmt, die mit der Kirchenverwaltung Kontakt aufnehmen soll. Was die Aktivierung der Bewohnerschaft betrifft, bleibt die Arbeitsgruppe allerdings ratlos. Man möchte der (unterstellten) Konsumneigung der Mehrzahl der Bewohner nicht zu weit entgegenkommen und ihnen ein fixfertiges Freizeitzentrum anbieten, sondern sie zur kritischen Stellungnahme und zur selbständigen Gestaltung ihrer Sied-

lung animieren; umgekehrt hat man Skrupel, dass eine auf Bewusstseinsbildung zielende Kritik die Leute beunruhigen und unzufrieden machen könnte. So taucht in den Gesprächen immer wieder die Meinung auf, das beste wäre gewesen, man hätte die Pläne für das Gemeinschaftszentrum in der Schublade liegen gelassen und überhaupt nichts gebaut, bis die Bevölkerung selbst ein Gemeinschaftszentrum oder auch andere Folgeeinrichtungen gefordert und sich zusammengetan hätte, um es nach ihren eigenen Bedürfnissen zu gestalten; dann erst hätte man kommen sollen, ihnen zu helfen.

Fast erleichtert wendet sich die Arbeitsgruppe im Winter wieder handgreiflicheren Aufgaben zu: für die Freizeitwerkstätte muss eine Materialliste zusammengestellt werden, ein Hauswart - "ein guter Geist des Hauses" - muss frühzeitig angestellt werden, damit er sich einarbeiten kann, ein Pflichtenheft muss für ihn zusammengestellt werden, und ohne ein Benützungsreglement will man das neue Haus auch nicht übernehmen. Nachdem diese Arbeiten abgeschlossen sind, wird die Arbeitsgruppe im April 1971 einberufen zur "Standortsbestimmung und Neuorientierung" - schonungsvolle Umschreibung für die beabsichtigte Auflösung der Gruppe beziehungsweise für ihre Aufspaltung in eine "Werkstattgruppe", die selbständig die Freizeitwerkstätte leitet, und eine "Mitbestimmungsgruppe", die die Möglichkeiten und Wege einer vermehrten Beteiligung der Bewohner abklären soll. (Die Mitbestimmungsgruppe erweist sich jedoch als Totgeburt.)

Die Geschichte der Arbeitsgruppe für das Gemeinschaftszentrum ist hier geschlossen dargestellt worden, weil sie gleichzeitig auch die (kurze) Geschichte der Autonomiebestrebungen im Gemeinschaftszentrum Gäbelbach ist: eine Abfolge von kleinen, aber zumindest seitens der Arbeitsgruppe erbittert geführten Kämpfen um die selbständige Gestaltungsmöglichkeit des allen zugänglichen Raums durch jene, die darin leben. Zwar kann sich die Arbeitsgruppe in vielen Fällen durchsetzen, kein Name und kein sakraler Gegenstand gemahnt den unvoreingenommenen Besucher an die Präsenz der Kirche. Dass die Arbeitsgruppe dennoch nicht recht glücklich

wird mit dem Erreichten, liegt wohl daran, dass sie sich bei ihren Forderungen letztlich doch immer wieder vor dem Grundsatz beugt "wer zahlt befiehlt" und mit dem aufwendigen Bau und den finanziellen Zuwendungen die Abhängigkeit in Kauf nimmt; sie fühlt sich verpflichtet zur Weiterführung eines Projekts, an dem sie zu zweifeln begonnen hat, und zur Kooperation mit Partnern, deren andersgelagerte Interessen bei jeder Auseinandersetzung von neuem hervortreten.

Unabhängig davon kommt der Betrieb im und um das Gemeinschaftszentrum vom Frühjahr 1970 an immer mehr in Gang. Die Weiterbildungs- und Bastelkurse werden weitergeführt und ausgebaut, so gut das im einzigen grösseren Raum des provisorischen Baus geht, in der Küche wird für die Fotogruppe ein behelfsmässiges Fotolabor eingerichtet. Die Jugendlichen dürfen sich den Keller als Aufenthaltsraum und Beatschuppen einrichten; sie werden betreut von Praktikanten der verschiedenen schweizerischen Schulen für Sozialarbeit. Die Arbeitsgruppe für das Quartier wird gegründet, die von Anfang an ihr Augenmerk vor allem auf die Parkplatz- und Verkehrsfragen richtet und dezidiert Vorstösse zum Nutzen der Siedlung unternimmt: bei den Liegenschaftenverwaltungen und den städtischen Behörden, einmal gar - über einen Politiker aus dem Gäbelbach - im Kantonsparlament.

Ein Praktikant der Zürcher Schule für Sozialarbeit nimmt sich der Italiener im Quartier an, die, wie er feststellt, kaum Kontakt haben untereinander, mit Schweizern erst recht nicht. Sie scheinen sehr dankbar zu sein dafür, dass sich überhaupt einmal jemand an sie wendet und ihnen zuhört. Von sich aus äussern sie den Wunsch zur Zusammenarbeit mit Schweizern; einen geschlossenen "Italienerclub" finden sie weniger attraktiv. Um den Weg zu ebnen, wendet sich der angehende Gemeinwesenarbeiter in einer Artikelfolge im "Wulchechratzer" an die Bewohner; von der fünften Nummer an erhält er eine Spalte in der Quartierzeitung, die - "per voi italiani" - von einem italienischen Redaktionsteam unter seiner Leitung

zusammengestellt wird. Nach einem von Italienern und Schweizern gemeinsam organisierten Kinderfest mit Trottinett- und Dreiradrennen bilden sich mehrere gemischte Arbeitsgruppen (die eine hat sich zum Beispiel das Ziel gesetzt, die Familien durch Kinderaustausch zum Mittagessen einander näher zu bringen, eine andere befasst sich mehr mit den Schulproblemen und versucht, die Eltern zu beraten, die vielfach mit ihren besser assimilierten Kindern nicht mehr zurecht kommen); die neun Monate des Praktikums reichen allerdings nicht aus, um das Projekt auf eine feste Basis zu stellen. Die Gruppen bröckeln nach dem Wegzug des Praktikanten langsam wieder auseinander; er wird deshalb nach seinem Schulabschluss als Leiter der neu geschaffenen Kontaktstelle für Ausländer und Schweizer mit Büro im Gäbelbach angestellt.

In der ersten Juniwoche 1971 kann das neue "Gäbelhus" bezogen werden, am Samstag findet die Eröffnung statt. An der Eröffnungsfeier am Morgen bleiben allerdings die "offiziellen" Gäste unter sich; es ging zwar an alle Anwohner eine Einladung, aber nur einige ältere Leute sind ihr gefolgt. Hingegen benützen am Samstag und Sonntag Nachmittag viele die Gelegenheit, das neue Haus von innen kennen zu lernen. Die Quartiergruppe richtet eine Informationsecke ein; sie wirbt Mitglieder für den Gäbelbachverein und wendet sich mit einer Wunschzettellaktion für Verbesserungen in der Siedlung an die Besucher.

Schon nach kurzer Anlaufzeit sind die Räume im Gemeinschaftszentrum gut belegt, insbesondere der Clubraum mit dem Cheminée, das zum Braten eingerichtet ist, erfreut sich grosser Beliebtheit und ist an Wochenenden häufig auf längere Zeit hinaus ausgebucht. Die Freizeitwerkstätte ist nur wenige Stunden am Tag geöffnet, vor allem wegen Personalmangel, die Mitglieder der Werkstattgruppe arbeiten tagsüber; möglicherweise ist aber auch das Bedürfnis danach nicht mehr so gross, da es in Bern mittlerweile eine ganze Anzahl ähnlicher Hobbyzentren und Bastelstuben gibt. Dennoch scheint das Gemeinschaftszentrum für die Mehrzahl der Bewohner inexistent zu bleiben; sie wissen zwar, dass es dort ist, benüt-

zen es aber nicht. (Gut ein Jahr nach der Eröffnung wird zum Beispiel wieder mit einem "Tag der offenen Tür" für das "Gäbelhus" geworben.) Es sind immer dieselben, die ein und aus gehen. Das "Gäbelhus" ist kein Durchgangslokal, es liegt nicht "am Weg", sondern es ist ein Haus mit Büros und verfügbaren Räumen, das man aufsucht, wenn man etwas bestimmtes will (es ist vielleicht bezeichnend, dass der Eingang, der auf den "Dorfplatz" hinaus geht, der "schöne" Eingang, normalerweise geschlossen bleibt und nur für besondere Anlässe geöffnet wird, währenddem der "Alltagseingang" eine Treppe tiefer, abseits liegt). Trotz der guten Ausnutzung der Räume macht das Haus einen eher leeren, unbenützten Eindruck.

Ende des Jahres 1971 geben die drei hauptamtlich angestellten Mitarbeiter des Gemeinschaftszentrums ihre Stellen auf; der Pfarrer und der Hauswart im Oktober, der Sozialarbeiter im Dezember. Der Pfarrer hat sich nach einem Skandal um ein im Vorjahr von ihm geführtes Konfirmandenlager mehrere Monate vom Dienst beurlauben lassen und legt ihn nun endgültig nieder. Der Hauswart gibt auf, weil er sich psychisch und physisch überfordert sieht; er ist tatsächlich der "gute Geist des Hauses" geworden, den man bei der Stellenausschreibung gesucht hat, aber die in der sprachlichen Floskel anklingende Identifikation ist ihm zum Verhängnis geworden, er fühlt sich zu sehr verantwortlich für das Haus; Reibereien mit dem Leiter des Gemeinschaftszentrums bringen den Krug zum Überlaufen.

Der Leiter, der als "Animateur" das Projekt durchziehen soll, sieht unter den gegebenen Verhältnissen die Möglichkeit nicht mehr, sinnvolle Gemeinwesenarbeit zu betreiben. Das Misstrauen der Kirchenverwaltung ihm und seiner Tätigkeit gegenüber - er interpretiert es als Abwehrreaktion gegen die Konsequenz, die Sache jetzt, da der Trägerverein für das Gemeinschaftszentrum gegründet ist, auch aus den Händen zu geben - ist offenkundig geworden: Gerüchte werden herumgeboten, im "Gäbelhus" gehe alles drunter und

drüber, eine Rechnung wird zur Prüfung an die Gemeindegemeinderin zurückgeschickt. Aber auch die eigene Arbeit ist ihm zweifelhaft geworden. Zunächst ist er beständig überlastet mit organisatorischen und administrativen Aufgaben, die das Gemeinschaftszentrum mit sich bringt, und findet viel zu wenig Zeit für die eigentliche Gemeinwesenarbeit; den einzelnen Aktionen haftet immer etwas Improvisiertes, Kurzatmiges an, sie sind nicht hergeleitet aus einer Grundkonzeption dessen, was Not tut, was erreicht werden will und was vermieden oder bekämpft werden soll, und entziehen sich deswegen auch weitgehend der Erfolgskontrolle: die Begriffe dazu sind nicht bereitgestellt worden.

Diese Lücke hätte das "Leiterteam" schliessen sollen. Die Leiter und Sozialarbeiter der Westberner Gemeinschaftszentren gründeten es 1969, um in regelmässigen Sitzungen ihre Arbeit zu besprechen, in der Diskussion Distanz zum eigenen Tun zu erhalten und aus den Fehlern zu lernen. Die Ergebnisse solcher Reflexionen wollten sie zwei- bis dreimal jährlich in einer Zeitschrift, den "Berner Gemeinschaftszentren", festhalten, mit der sie sich an ähnliche Institutionen im In- und Ausland, an Berner Parlamentarier und an einschlägige Abteilungen der Kommunalverwaltung richteten - an ein Publikum, dem sie eher Verständnis für sachliche, kritische Überlegungen zutrauten, als den Lesern des "Wulchechratzers". Das Leiterteam blieb jedoch - zumindest in den Augen des Leiters des "Gäbelhus" - hinter den Erwartungen zurück: was jedem einzelnen in seinem Gemeinschaftszentrum widerfuhr, wiederholte sich bald auch hier, man verlor sich in organisatorischem und administrativem Kleinkram und wich den Grundsatzdiskussionen aus; die Zeitschrift wurde jeweils in den letzten Nächten vor Redaktionsschluss zusammengestellt, manche Beiträge wurden in unveränderter oder nur geringfügig modifizierter Form in späteren Nummern ein zweites Mal abgedruckt. Letztlich blieb jeder auf sich selbst abgestellt, statt Solidarität entwickelte sich teils sogar ein gewisses Konkurrenzdenken. Vermutlich war auch der Leiter des Gemeinschaftszentrums Tscharnergut und Zentralleiter der Bernischen Vereini-

gung auf die Wahrung seiner Vorrangstellung bedacht.

Aus der Ueberzeugung, dass das "Experiment" festgefahren sei und nur noch sich selbst rechtfertige, kündigt der Leiter des "Gäbelhus" seine Mitarbeit auf. Vorerst kann für keine der vakanten Stellen ein Nachfolger gefunden werden.

In dieser Krise, die - abgesehen von auch mitspielenden persönlichen Faktoren - weitgehend in der Diskrepanz begründet ist zwischen dem Versprechen der Geldgeber, die Mittel für ein soziales Experiment auf Siedlungsbasis bereitzustellen, und ihrer effektiven, geringen Bereitschaft, Kompetenzen abzutreten und Handlungsspielräume zu gewähren, nimmt der Vereinsvorstand und mit ihm die darin vertretenen Institutionen nur ein Personalproblem wahr; er beruft eine "Personalstruktur-Kommission" ein, die die Arbeitsbereiche der beiden hauptamtlichen Angestellten, des Freizeitleiters und des Abwärts-Hilfsorganisations (derjenige des Pfarrers wird aus der Diskussion ausgeklammert), neu umschreiben sollen, damit die Arbeitsplätze wieder soviel Anreiz erhalten, dass sie neu besetzt werden können.

Anfangs Mai übernimmt ein neues Team die Leitung des "Gäbelhus".

8.3 Nachtrag zu den Thesen

Es sind zwei Grundzüge, die vor allem auffallen in der Entstehungsgeschichte des "Experiments" Gemeinschaftszentrum Gäbelbach: einerseits die ausgeprägten Lenkungsversuche auf ein von "oben" festgesetztes Ziel hin bei gleichzeitiger Eliminierung von "unten" ausgehender Initiativen, andererseits die Bemühungen, Konflikte zu übersehen, um jeden Preis zu vermeiden, und wo sie sich in Auseinandersetzungen um Paragraphen und Statuten unübersehbar herauskristallisieren, sie mit dem Hinweis auf die gemeinsame Leistung und die gemeinsamen Interessen (mit dem Hinweis auf die Gemeinschaft, die alle miteinander bilden wollen) wieder zu bagatellisieren. Bei alledem spielen die Bewohner die Rolle von Statisten, die zu gegebener

Zeit auf die Szene gerufen werden.

Zunächst zum ersten, zur Lenkung des Institutionalisierungsprozesses: Bis zur Gründung des Gäbelbachvereins könnte er veranschaulicht werden mit dem Bild eines sich öffnenden Trichters konzentrischer Kreise; nach dem primären Anstoss durch einen professionellen Planer alternieren sich Konsolidierungsphasen mit Phasen der Erweiterung der Planungsbeteiligung (wobei der letzte Kreis, der die Beteiligung der gesamten Bewohnerschaft einschliesst, noch heute nicht gezogen worden ist).

Die im innersten Kreis der beteiligten sozialen Institutionen (der Kirche, der Fürsorgedirektion und der bestehenden Freizeiteinrichtungen) getroffenen Grundsatzentscheide, dass ein integriertes Siedlungszentrum gebaut werden soll und wie es gebaut werden soll, werden auf diese Weise unangefochten zur Ausführung weitergeleitet: in einem ersten Schritt an kooptierte "offizielle" Vertreter der Bewohnerschaft, an eine Delegation des Kirchgemeinderates Bethlehem und an die inzwischen angestellten hauptamtlichen Mitarbeiter des neuen Gemeinschaftszentrums; in einem zweiten Schritt an einzelne ausgewählte Bewohnervertreter, und erst nachdem in den Vereinsstatuten ein institutioneller Rahmen für die Beteiligung festgelegt worden ist, wird der gesamten Bewohnerschaft der Zugang überhaupt freigemacht.

Dabei hält man sich relativ starr an das vorgefasste Entwicklungsprogramm. Anfängliche Versuche des Pfarrers zur Aktivierung der Bewohner, die über das Mass des von ihm erwarteten Beitrages hinausgehen, werden vom Zentralleiter der Bernischen Vereinigung für Gemeinschaftszentren abgeblockt mit dem Hinweis auf den erwarteten Sozialarbeiter, den zuständigen "Fachmann". Und der unerwarteten autonomen Anwohnervereinigung, dem "Podium Weiermatt/Gäbelbach" wird, nachdem es sich den Eingliederungsversuchen in die bestehenden offiziellen Strukturen widersetzt hat, zu verstehen gegeben, dass man über sein Bestehen nicht eben glücklich ist. Es wird als Konkurrenzunternehmen betrachtet, das den allgemeinen Konsens stören könnte. - Damit wären wir beim zweiten Grundzug,

der Konfliktvermeidung:

Nach der Gründung des Gäbelbachvereins scheint sich in den Arbeitsgruppen die Möglichkeit einer gegenläufigen Entwicklung abzuzeichnen. Ansätze zur Auflehnung gegen die Geldgeber, zur Kritik an der eben erst geschaffenen Einrichtung zeigen sich. Die Arbeitsgruppe für das Gemeinschaftszentrum versucht, eine Gegenstruktur aufzubauen, die nicht mehr um die Geldgeber, sondern um die Bewohner zentriert ist. Sie hält nunmehr die Zeit für gekommen, dass die Initianten die Zügel aus der Hand geben. Der Vereinspräsident, Mitglied der Arbeitsgruppe für das Gemeinschaftszentrum, meint an der Vorstandssitzung (vom 10.12.1972), die eigens zur Besprechung des Verhältnisses des Gäbelbachvereins zur Kirche (vgl. Anmerkung 52) einberufen wurde: "Die bestehenden Institutionen müssten halt von ihren Machtbefugnissen abtreten, damit neue Strukturen, neue Befugnisse entstehen können." Er fährt weiter, er komme sich vor wie bei einer Bescherung, bei der dem Kind vom Gönner ein Weihnachtspaket in die Hand gedrückt werde, für das es dann dankbar sein solle. "Ich meine doch, wir sollten da auch etwas dazu zu sagen haben, ob der Mantel auch passt, den wir da bekommen."

Aber gerade dies, Machtbefugnisse abtreten, wollen die Geldgeber nicht, und sie dulden auch nicht, dass ihre Leistungen irgendwie in Frage gestellt werden. "Miteinander reden, das ist der erste Schritt. Falsch ist es, meiner Ansicht nach, wenn man fordert. Wenn man etwas fordert, schafft man Fronten. Man muss miteinander reden." - So der Vertreter der Gäbelbach-Immobilien AG an derselben Vorstandssitzung. Fronten darf es aber im "Gemeinschafts"zentrum nicht geben (interessanterweise übrigens auch für den Gründer des "Podiums Weiermatt/Gäbelbach" nicht, der sich selbst im Gemeinschaftszentrum nicht anders als in einer oppositionellen Rolle vorstellen kann und es deshalb vorzieht, sich gänzlich draussen zu halten). Der Konflikt wird von vornherein als etwas Zerstörerisches betrachtet, die antagonistische Auseinandersetzung weicht letztlich der Akklamation. - Unter der Voraussetzung, von der die Initianten der Gemeinschaftszentren ausgehen, dass hinter

den kleineren Reiberein eine grundsätzliche Harmonie der Interessen aller Beteiligten liege, erscheint denn auch die Machtfrage absurd und mit ihr die Forderung, die Wenigen mögen an die Vielen ihre Entscheidungsbefugnisse abtreten.

9. Ueber die Interessenlagen der Geldgeber

Es drängt sich auf, den zweiten Teil dieser Arbeit, der von der gesellschaftspolitischen und kulturellen Wirkungsweise des Gemeinschaftszentrums handelte, mit einem Rückgriff auf die Thematik des ersten Teils, die Rahmenbedingungen des Gemeinschaftszentrums Gäbelbach, abzuschliessen. Es sollen einerseits die Interessen der am Gemeinschaftszentrum Beteiligten und die daraus resultierenden Handlungsmotivationen bezüglich des Gemeinschaftszentrums aufgespürt und einander gegenübergestellt werden, andererseits sollen die Chancen abgeschätzt werden, die diese partikularen Interessen haben, sich unter den gegebenen Verhältnissen in der politischen Auseinandersetzung zu behaupten.

Das damit bekundete "Interesse am Interesse" (53) will nicht den Umstand anprangern, dass Interesse überhaupt wahrgenommen wird, sondern vielmehr die ideologische Verzahnung einer sogenannten "sozialprophylaktischen" Praxis mit der etablierten generellen Herrschafts- und Interessenstruktur aufweisen und im Detail darlegen, wie allgemeine Interessen sich in bestimmten, vermeintlich "unpolitischen" Handlungsweisen und Institutionen niederschlagen. Ziel dieses Unterfangens ist also nicht die Verfemung von Politik, sondern eine bessere Einsicht in sie und eine rationale Abwägung ihrer Ergebnisse. Um dies in den Worten von Bernard Willms auszudrücken: "Die Reduktion auf Interessen aber bedeutet die Chance der Rationalität von Politik. Denn das Moment des Durchsetzens und Geltendmachens, das Interesse notwendig haben muss, bedeutet natürlich konkret, dass im Gegeneinander dieses Durchsetzens Prämissen auf der Verschleierung des eigentlichen Interesses stehen müssen. Die Rationalisierung oder Ideologisierung wird so zum selbstverständlichen Moment der Politik und der Versuch, zu den Interessen durchzustossen, ist als Ideologiekritik sicher ein nicht unwesentlicher Teil der Politiktheorie." (54) Da es sich bei der vorliegenden Arbeit um eine Fallstudie zur aktuellen Siedlungspolitik handelt, darf allerdings die Erkenntnisabsicht sich

nicht auf die theoretische Ausleuchtung des Phänomens beschränken, sondern muss immer auch die (wenn vielleicht auch nur geringfügig) erhöhte Chance von Aussenseitern und Unterprivilegierten anvisieren, sich mit einigen Aussichten auf Erfolg an dieser Politik zu beteiligen.

9.1 Die Kirche

Seit geraumer Weile muss die Kirche feststellen, dass sie nicht mehr mitten im Dorf steht. Sie ist in die missliche Lage geraten, sich darüber Gedanken machen zu müssen, wie sie am besten ankommt, genau wie Unternehmen aus der Konsum- und Unterhaltungsindustrie auch, und sich erst noch gefallen lassen, dass man ihre Bedeutung in der heutigen Gesellschaft anzweifelt und ihr nahelegt, entweder ihren Abschied zu nehmen oder sich schlicht anzupassen (55). Sie wird aber auch von ihren eigenen Leuten unter Druck gesetzt, neue Wege zu suchen, um nicht "zur Bedeutungslosigkeit abzusinken" (56), und diese führen über nicht-kirchliche Gefilde. Während sie vom Weg über die Arbeit eine Radikalisierung befürchtet, muss ihr der Weg über die Freizeit bedeutend verlässlicher erscheinen. Zudem stehen monofunktional konzipierte Kirchen-Monumente die Woche hindurch leer, währenddem multifunktionale Anlagen, die einen für kultische Zwecke benutzbaren Raum miteinschliessen, besser ausgenutzt werden können. Aus verschiedenen Gründen für die Kirche besonders günstig ist die Verbindung der neuen Freizeit- und Gemeinschaftseinrichtungen mit ihren angestammten sozialen Diensten. Im Gäbelbach zum Beispiel hat ausser dem Pfarrer auch die Gemeindegemeinderin ihr Büro im Gemeinschaftszentrum, was die Kirchenverwaltung auf den Gedanken brachte, sie als Vertrauensperson zur fallweisen Kontrolle des Freizeitleiters zu benutzen. Aber auch abgesehen von solch handgreiflichen "Vorteilen" kann es wohl sein, dass die kirchliche Sozialarbeit von der neutralisierenden Gemeinschaft mit unverfänglicheren "weltlichen" Institutionen profitiert.

Zu diesem "Kampf um Anpassung" (57) steht nun die Kirche - wenn

sie die Konservativen im eignen Lager erst einmal überredet oder neutralisiert hat - nicht so schlecht gerüstet da. Sie fühlt sich nicht im Widerspruch zu Staat, Gesellschaft oder Kultur (58), und wenn ihr auch die Gesellschaft, wie Rüdiger Altmann meint, auf der Suche nach neuen sozialen Formen "kein eigenes Terrain überlassen"* wird, so werden doch öffentliche Aufgaben an sie delegiert, zumal die Gemeinden finanziell weit überfordert sind und permanent im Defizit stecken, die Kirchen aber (zumindest heute noch) über reichliche Ressourcen verfügen, die jährlich durch die obligatorischen, automatisch zu den Staatssteuern zugeschlagenen Kirchensteuern geüffnet werden. Gerade aus ihrer gesicherten finanziellen Lage heraus kann sie mit den kommunalen Behörden, aber auch mit den finanziell auf schwachen Füßen stehenden gemeinnützigen Vereinen und unabhängigen Bürgerinitiativen aus einer Machtposition heraus verhandeln, besonders, wenn ihre Partner das Geld teilweise noch von ihr beziehen, sodass sie auf keine allzu grossen Schwierigkeiten stösst bei der Durchsetzung ihrer Interessen. (Es sei denn, die "Partner" lassen sich schon gar nicht auf Verhandlungen ein.)

9.2 Die Baugesellschaften

Wie den Kirchen verschafft auch den Baugesellschaften ihre finanzielle Rückendeckung eine quasi-feudale Machtposition: Sie erlaubt ihnen, Funktionen der Einwohnergemeinde im öffentlichen Bereich

* "Man könnte antworten, dass die Kirchen ja gerade nicht mehr an der bisherigen Herrschaft teilnehmen, sondern sie zugunsten einer besseren Ordnung stürzen helfen sollen. Aber diese Antwort ist ein Selbstbetrug. Es hilft gar nichts, den Grossinquisitor gegen einen Revolutionär auszuwechseln, auch nicht in Lateinamerika. Ebensowenig wird das Sozialengagement in der Industriegesellschaft selbst Terrain gewinnen helfen. Gerade weil die nationalen Gesellschaften im Kampf um ihre neue soziale Form scheitern werden (...), werden sie den Kirchen kein eigenes Terrain überlassen, sie werden ihnen allenfalls öffentliche Aufgaben delegieren." Rüdiger Altmann, op. cit.

zu übernehmen und mit den darin enthaltenen, neuen Befugnissen und Ansprüchen vor den Bürger zu treten. Das gibt ihnen eine zusätzliche Verfügungsgewalt in der Erledigung ihrer normalen Verwaltungsgeschäfte, es vermittelt ihnen aber gleichzeitig auch eine vermehrte planerische Autorität im Gemeinwesen, gegen die eine kommunale Behörde, zum Beispiel das Stadtplanungsamt, einen schweren Stand hat.

Aus dieser Machtposition heraus kann sich zum Beispiel auch der Fürsprecher und Notar Dr. H.K. erlauben, in einem Zeitungsartikel die Gemeinde offen unter Druck zu setzen, entweder bei einmal getroffenen Abmachungen in der Planung - gegebenenfalls auch wider nachträgliche, bessere Einsicht - zu bleiben, oder selber zu schauen, wie sie weiterkommt ohne die privaten Bauträger: "Wenn die rechtlichen Grundlagen und die zwischen Gemeinde und Grundeigentümer getroffenen Abmachungen in kurzer Zeit in Zweifel gezogen werden, dürfte es schwer halten, auf freiwilliger Basis und in eigenen Kosten Auftraggeber zur Planung grösserer Gebiete zu finden. Diese Aufgabe, wie dies vor 1958 der Fall war, wird von der Gemeinde allein übernommen werden müssen, was dann auch den Abschluss von Infrastrukturverträgen verunmöglicht oder erschwert. Die Gemeinde wird zur Uebernahme der zur Erfüllung der öffentlichen Aufgaben benötigten Landflächen auf die gesetzlichen Druckmittel, wie Expropriation, angewiesen sein; die Expropriation erfordert aber in praktisch allen Fällen eine Entschädigung, so dass unentgeltliche Landgeschäfte selten werden." (59)

Seine Forderung läuft darauf hinaus, dass künftig über Planungsvorlagen einmal - ein für allemal - entschieden werden soll: "Für die Zukunft ist davon auszugehen, dass bei den Vorlagen über Zonenpläne genauer Aufschluss über die vorgesehene Nutzungszahl und Nutzungsart erteilt wird, so dass jedermann, der sich dafür interessiert, sich ein Bild über die mögliche bauliche Dichte des Planungsgebietes und deren Benützung machen kann, dass aber andererseits nur einmal planerisch über das gleiche Gebiet durch das Volk entschieden wird." (60) Abgesehen von der etwas beschränkten

Vorstellung von der Problematik und den einschlägigen Entscheidungsgrundlagen in der Siedlungsplanung, die ja "sein Geschäft" ist, macht einen immerhin die Formulierung des Schlusssatzes im selben Artikel stützig: "Es sind aber die Lehren daraus zu ziehen, dass selbst bei einer bewährten direkten Demokratie, wo die Stimmbürger gewohnt sind, über Sachfragen zu entscheiden, die Vorlagen mit aller Klarheit abzufassen sind, und es ist auf die Zusammenhänge mit andern, auch früheren Vorlagen hinzuweisen, dass die Konsequenzen, wie auch der Entscheidungsrahmen, offen darliegen." (61) Die "Bewährung" der direkten Demokratie wird in Zusammenhang gebracht mit der Forderung, trotzdem über Planungsfragen vollumfänglich und klar zu informieren - wie wenn eine sachliche Entscheidung nicht auch bei bester Entscheidungsgewohnheit jedesmal von neuem umfassenden Einblick in die Sachlage erheischte. Dieser ungeduldig-autoritäre, elitäre Demokratiebegriff, der mit dem, was er bezeichnen möchte, nurmehr das Ritual gemein hat, mag einem eine Vorstellung geben vom Verhältnis der Bauherren zum "Volk", das sie "beplanen". Und auch eine Vorstellung von den Freiräumen, die sie für sich, beziehungsweise ihre Tätigkeit in der Gesellschaft, beanspruchen. Sie scheinen weder gewillt zu sein, über die pauschale Anerkennung ihrer Vorlagen hinaus die Gestaltung neuer Stadtquartiere - der Stadt schlechthin - einer antagonistischen politischen Auseinandersetzung, noch sich selbst einem planerischen Leistungsdruck durch die Öffentlichkeit auszusetzen. (Denn es ist nicht anzunehmen, dass die Million Franken, die bis zum Frühjahr 1972, im Zeitpunkt, wo die Ulegungsgemeinschaft Brünnen auseinanderzubrechen droht, ergebnislos verplant worden ist, nicht ein Politikum abgäbe, wenn der Bürger auf diesen Zustand und seine Konsequenzen aufmerksam gemacht würde.)

Nun stellt sich die Frage, wo für die Baugesellschaften der konkrete Nutzen reibungslos funktionierender Wohn- und Freizeitmaschinen, wie sie die neuen Grossüberbauungen darstellen, liegt, inwiefern sie ihren materiellen Interessen entgegenkommen - immer vorausgesetzt, die Wohnsiedlungen seien wirklich unproblematisch, was sich

für die Bauträger etwa in statistischen Zahlen wie Häufungen von Sozialfällen und Art und Häufigkeit von Polizeikontakten ausdrückt; und auch vorausgesetzt, dass den Gemeinschaftszentren die gewünschte integrative und stabilisierende Wirkung tatsächlich nachgewiesen werden kann. Unter diesen Voraussetzungen muss sich eine solche Kombination von individuellem Wohnen und fachkundig geleiteter Freizeitgestaltung und Sozialintegration den Baugesellschaften (und auch den kommunalen Behörden) als bewährte "sozialprophylaktische Siedlungsplanung", als Mittel, die oft beschworene "soziale Unrast" zu dämpfen, geradezu aufdrängen. Und sie nehmen das als Signal für die Durchführung ihres gesellschaftlichen Auftrages wahr, in der gleichen Art weiterzubauen. Dies vermittelt ihnen die Sicherheit, dass sie ihre Produktionskapazitäten langfristig ausbauen und stockungsfrei auslasten können.

Indem sie den Wohnbauten Freizeittrakte angliedern, verschaffen sie sich aber auch zusätzliche Bauaufträge und Verwaltungsaufgaben, bei denen sie es sich so einrichten können, dass sie die Gelder nicht selber aufbringen müssen, sondern bloss vermitteln (wie zum Beispiel im Gäbelbach), und dennoch in den wesentlichen Belangen, bis in die Details der Gestaltung und Betriebsführung der Anlagen, die Entscheidungen selber treffen können.

Grossüberbauungen (natürlich besonders, wenn man sie auch noch ohne soziale Folgeeinrichtungen hinstellt, wie das in der Umgebung Zürichs zum Teil der Fall ist), bringen den Bauenden nennenswerte finanzielle Vorteile ein. Baugrundstücke, die in den Aussenquartieren liegen und nach Bauklassenplan bloss eine Bebauung mit ein-, eineinhalb- oder höchstens zweigeschossigen Häusern vorsehen, können durch die Aufzoning zur "Zone für Gesamtüberbauungen" (Art. 21 f. des kantonalen Baugesetzes) eine Verdoppelung bis Verdreifachung ihrer Ausnützungsziffern erfahren. Dadurch steigen sowohl die Grundstückserträge als auch der Verkehrswert des Bauareals rapide an. Es steckt in der Praxis der Aufzoning unter den gegebenen Bodenrechts-Verhältnissen also eine beträchtliche spekulative Potenz. In Grossüberbauungen können aber auch durch rationelle Bau-

planung und -ausführung die Kosten wesentlich gesenkt werden (bis zu 25% in den Berner Westquartieren gegenüber konventioneller Bauweise). Der in politischen Auseinandersetzungen von Architekten und Bauträgern gelegentlich ins Feld geführte "Nutzungsentgang" in der Hochhaus-Siedlung, der aus den vorschriftsmässigen grösseren Abständen zwischen den Blöcken resultieren soll, wird durch grössere Erlöse aus den Landverkäufen der ausgedehnteren Frei- und Grünzonen an die Gemeinde zum erhöhten Verkehrswert wettgemacht. Per Saldo liegen wohl alle materiellen Vorteile auf der Seite der Bauherrschaft, sowohl die kurzfristigen wie die langfristigen. Dass sie kein Interesse an einer Veränderung dieses patenten Status quo haben können, liegt wohl auf der Hand. Bedenklicher stimmt, dass sie aufgrund ihrer starken Position, die vom akuten Wohnungsmangel noch untermauert wird, Machtpolitik gegenüber dem Gemeinwesen betreiben können.

9.3 Die Mieter

In ihrem Interesse wurden die ganzen Gemeinschaftsanlagen eigentlich gebaut, zumindest vorgeblich, ihren Bedürfnissen sollten sie entsprechen. Die Mieter anerkennen das auch und sind gerne bereit, regelmässig mit ihren Mietzinsen einen Beitrag auszurichten: Einen Franken für das Gemeinschaftszentrum und vier für die freie Benützung der Schwimmhalle, obwohl das Schwimmbecken sehr klein ist. Die an der einmaligen Mieterversammlung vom 17. Januar 1972 erschienen Mieter befürworteten sogar mehrheitlich einen kostendeckenden Mietzinszuschlag bis zu Fr. 6.-, die Alternativvorschläge zur gänzlichen Deckung durch Eintrittspreise oder zur teilweisen Deckung neben einem geringen monatlichen Zuschlag erhielten nur vereinzelte Stimmen.

Da es die Mieter aber noch nicht gab, als die Anlage projektiert wurde, und sie darum auch nicht befragt werden konnten (so hört man von Architekten, Baugesellschaften und Stadtplanern), und da das "öffentliche Interesse" - zum Beispiel durch die lokale Pres-

se - nie auf umfassende, objektiv-sachliche oder auch provokativ-polemische Meinungsäußerungen und Informationen zum Thema gelenkt wurde, erhielten sie auch nie die Gelegenheit, sich ernsthaft mit der Sache auseinanderzusetzen. Die entscheidenden Fragen werden auch heute noch im Verwaltungsrat der Gäbelbach-Immobilien AG hinter geschlossenen Türen abgehandelt, nicht in Mieterversammlungen, Vorstandssitzungen und Mitgliederversammlungen des Gäbelbachvereins - trotz gegenteiliger Beteuerungen in Fürsorgedirektion (62), Kirchmeieramt und Bauträger-Kollegien. Der Mieter kann bestenfalls Wünsche vorbringen und hoffen, dass die erhört werden, oder sich für die eine oder andere Vollzugs-Alternative entscheiden, die ihm vorgelegt wird.

Im Interesse der Mieter lägen bedürfniskonforme Wohnungen, Siedlungen und Quartiere; aber die "wahren Bedürfnisse" (einmal angenommen, die gebe es wirklich, seien vom Stand der Technologie her realisierbar und schlossen einander nicht gegenseitig aus) sind noch nie formuliert worden, nicht von den einschlägigen Wissenschaften und schon gar nicht von den Wohnenden selber, denen man das Suchen nach bedürfnisbefriedigenden Verhaltensweisen und eigenständigen Problemlösungen schon in früher Kindheit abgewöhnt hat. Solange auch sekundäre Agenturen der Sozialisation, wie zum Beispiel die Massenmedien oder ein Gemeinschaftszentrum, ihnen keinen Beistand gewähren dabei, bestehen wenig Chancen, dass ihre Interessen je berücksichtigt werden. Endgültig abgeblockt wird jeglicher Ausweg durch die Wohnungsnot und die (übrigens gerechtfertigte) Befürchtung, zum gleichen Preis nichts Besseres, noch nicht einmal etwas gleich Gutes zu finden. Da arrangiert man sich lieber mit dem, was einem sicher ist.

9.4 Die gemeinnützigen Vereine, Stiftungen und Fonds

Ihnen wird die Interessenvertretung kaum zum Problem; ihr Auftrag wird meist erst aus dem grundsätzlichen Einverständnis mit den etablierten Werten und den bestehenden Institutionen formuliert

und mit dem expliziten Wunsch verbunden, diese in ihren Zielsetzungen zu unterstützen. So ist zum Beispiel nicht anzunehmen, dass der Gemeinderat den Gfeller-Fond für ein Projekt verwenden würde, von dem sich der Spender distanzieren müsste, und sei es aus dem einzigen Grund, dass er eine soziale Einrichtung, die vom Gemeinderat gefördert wird, auch förderungswürdig fände.

9.5 Die kommunalen Behörden

Vorab einige Bemerkungen zum Rahmen, der öffentlichen Planungsinstanzen gesteckt ist:

1. In einer beständig wohlhabender werdenden Gesellschaft, in der durch privaten Konsum die Inflationsraten in die Höhe getrieben werden, stehen die staatlichen Organe in gleichbleibender Mittellosigkeit da, und es scheint auch niemand im Ernst daran interessiert zu sein, diese öffentliche Armut zu überwinden.
2. Die Siedlungspolitik und Bautätigkeit der Gemeinde (um die es uns in unserem Zusammenhang in erster Linie geht) kann sich kostenmässig nur innerhalb zweier Grenzen einigermaßen ungehindert bewegen: Die eine wird gesetzt durch das Budget, das in einem bestimmten Zeitabschnitt zur Verfügung steht*, die andere durch den ge-

* Vgl. hierzu Lucius Burckhardt: "Jeder Beamte und jeder Architekt kennt ungefähr die Proportionen, die die Lösung eines Problems kosten darf: es ist jene Summe Geld, die über die laufenden Kosten der Bauverwaltung hinaus in einem gegebenen Zeitabschnitt zur Verfügung steht. Die Rhythmen der Wahl und Wiederwahl, die Arbeitsrhythmen des Parlaments und die Belastbarkeit des Steuerzahlers bestimmen also grössenordnungsmässig die Portionen, die für ein Objekt verbaut werden können. Höchst unbeliebt sind alle Bauvorhaben, die Budget-Posten über längere Zeit festlegen; indem der Politiker solche beschliesst, beschränkt er ja - statt die der ändern - seine eigene Handlungsfähigkeit. Viel lieber präsentiert er also kleine oder mittelgrosse, rundherum perfekte, dem Jahresaufkommen der Stadt schön proportionale Bauobjekte: mit ihnen kann er sich überfallartig durchsetzen, sie weisen keine Ansatzpunkte zur Diskussion und Kritik auf und setzen sich wie Angelhaken in den Köpfen des Publikums fest."
aus: Politische Entscheidungen der Bauplanung. In: Hans G. Helms und Jörn Janssen (Hg.), 1970, S. 40 f.

setzung festgelegten Betrag, jenseits dessen ein Projekt an die nächst höhere Instanz weitergeleitet werden muss (die einzelne Verwaltungsdirektion darf nur Routineentscheide fällen; die Limite des Gemeinderats, des Kollektivs der Verwaltungsdirektoren, liegt bei Fr. 60'000.-, jene des Stadtrates bei Fr. 600'000.-; was darüber liegt, ist referendumpflichtig). Grosse Sprünge sind ihr so oder so verwehrt.

3. Die Budget-Limiten setzen aber - konsequenterweise - gleichzeitig auch Limiten für die Anstellung von Fachpersonal, sodass noch nicht einmal ein umfassendes, sachlich determiniertes Basis-Konzept ausgearbeitet werden kann, in das die einzelnen öffentlichen und privaten Projekte eingegliedert werden könnten. Die mit Geringschätzung und Mittelbeschränkung nicht geringer werdenden Probleme der Siedlungspolitik werden somit schlicht umgangen - "überbaut". In unbesorgtem Planeroptimismus hofft man, dass irgendwie dann doch noch alles zum klappen komme.

Um eine Vorstellung davon zu erhalten, was auch möglich wäre, sei ein (neiderfüllter) Blick nach Grossbritannien getan: dort gibt es öffentliche Planungsbüros, in denen über tausend Angestellte beschäftigt sind, währenddem sich in Bern ein gutes Dutzend Leute zur Decke strecken. Um einen schweizerischen Englandfahrer zu zitieren, der die britischen öffentlichen Institutionen für "die wichtigsten und architektonisch anspruchsvollsten Klienten der englischen Architekten" (63) hält: "Längst haben die grossen staatlichen Planungs- und Baubüros in England die Führung gegenüber den privaten Architekten übernommen, zumindest auf so zentralen Gebieten wie dem sozialen Wohnbau und dem Schulbau: die wichtigsten Architekten des Landes haben hier ihr bestes gegeben. 1938 sassen 31% aller Architekten in öffentlichen Büros; 1955 waren es 45% - 1964 ist der Prozentsatz allerdings wieder auf 39% gesunken." (64) Die "britische Lektion" erscheint unserem Gewährsmann durchaus wert, auch hierzulande beherzigt zu werden, nicht nur, weil sie formal-architektonisch neue Richtungen weist, sondern vor allem auch, weil sie von einer sehr hohen politischen

und sozialen Verantwortung getragen wird (65).

4. Aus demselben wirtschafts- und staats-theoretischen Denken lässt sich eine weitere Begrenzung öffentlicher Planung herleiten, die die vorangehenden in ihrer Wirkung ergänzt und verstärkt: Mit dem allgemeinen Prinzip des individuellen Wettbewerbs in Wirtschaft und Politik ist die Ausstattung zentraler Planungsinstanzen mit weiterreichenden Kompetenzen nicht vereinbar; geringe rechtliche Mittel ermöglichen aber auch nur geringe planerische Autorität. So kann praktisch jede behördliche Planung politisch unterwandert und durch einflussreiche Einzelunternehmer zum eigenen Nutzen verwendet werden. Als Beispiel möge die Einrichtung des Bauklassenplans dienen. Im Juni 1970 wurde vom Grossen Rat des Kantons Bern ein neues Baugesetz verabschiedet. Aber noch zwei Jahre später ist der Bauklassenplan von 1955 in Kraft, der auf einem Baugesetz aus dem vorigen Jahrhundert basiert. Auch wenn das neue Gesetz in den Grundzügen nicht über das alte geht, so enthält es doch zum Beispiel die neue Gattung der "Zonen für Gesamtüberbauungen" (Art. 21, 22). Wenn schon am Bauklassenplan 1955 auffällt, dass justament jene Bauparzellen höher eingezont sind, die im Eigentum mächtiger Baugrundbesitzer stehen, so ist auch zu erwarten, dass der neue Zonenplan sich denselben Kräften wird anpassen müssen. Zumindest in den vergangenen zwei Jahren wurde die Diskussion über die grundlegenden Kriterien der neuen Zoneneinteilung, die ja wesentlicher Bestandteil der Siedlungsplanung ist, unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt. Welche Spekulationsmöglichkeiten dem Bauklassenplan in der Uebergangszeit, in der ja auch gebaut werden muss (die Expertenkommission für Wohnungsbau der Stadt Bern gibt als Richtgrösse 1500 Wohnungen pro Jahr an, der bisher erreichte Durchschnitt liegt um 1300), innewohnen, konnte im vorangegangenen Abschnitt über die Interessenlage der Bauträger aufgezeigt werden.

5. Diese eingrenzenden Bedingungen machen die öffentlichen Planungsinstanzen in hohem Masse abhängig von Parteien und Interessengruppen, sie sind auf deren Macht geradezu angewiesen, um sich

durchsetzen zu können. Ein anderes Verhältnis als das der Zusammenarbeit und Konfliktvermeidung können sie zu den wirtschaftlichen und politischen Machträgern gar nicht haben. Dieser "Politisierung aus zweiter Hand" der an sich unpolitischen Stellen auf der sachlichen Ebene entspricht die "politisierte" Praxis der Stellenbesetzung auf der personellen Ebene. Sämtliche führenden Amtsträger, ob sie nun durch einen formal-demokratischen Wahlgang oder durch Kooptation in ihre Führungsposition gelangten, waren zumindest eine Zeitlang darauf angewiesen, von einem mächtigen Verband portiert zu werden, und wenn sie wiedergewählt werden müssen, können sie sich den Interessen des betreffenden Verbandes nie gänzlich verschliessen. Diesen Verpflichtungen entsprechend setzen sie ihren Mitarbeiterstab zusammen. Ein Fachbearbeiter, von dem zu erwarten ist, dass er sich über diesen stillschweigenden Konsensus gegebenenfalls hinwegsetzen würde, kann auch bei bester fachlicher Qualifikation nicht eingestellt werden. Ein Chefbeamter, der solche Missachtung der Usancen ermöglichte, der den Verdacht aufkommen liesse, auf seinem Amt sei etwas nicht "in Ordnung", würde seinen eigenen Entscheidungs- und Kompetenzbereich einschränken, statt ihn zu erweitern. Ein solcher Mann wäre nicht mehr tragbar.

Die Abhängigkeit der öffentlichen Planungsinstanzen von Interessenverbänden wird allerdings dort verhängnisvoll, wo die Parteien, um möglichst viele Wählerstimmen zu erhalten, ihre politischen Programme auf den allgemeinen Konsens aller Wohlmeinenden zutrimmen und sie mit plakativen Leerformeln füllen, gegen die in dieser unverbindlichen Form niemand etwas einwenden kann. "Damit aber werden", wie Konrad Stahl und Gerhard Curdes dies für die Bundesrepublik feststellen, "die eigentlichen Konflikte auf die Stufe der Konkretisierung von Programmen, auf die 'Vollzugsstufe' verlagert, und damit ist die Konkretisierungsphase die eigentlich politische Phase, und zwar umso mehr, je genereller und ununterscheidbarer die politischen Zielsetzungen sind. Erst im Vollzug wird dann offenbar, dass beispielsweise im schon zitierten Raumordnungs-

gesetz gegensätzliche Zielsetzungen enthalten sind, die einzeln durchaus aner kennenswert sind, jedoch konkrete Planungsentscheidungen keinesfalls determinieren können. Also werden vom unpolitischen Verwaltungsapparat politische Entscheidungen gefällt. Der wirklich politische Bereich der Planung ist der politischen Diskussion entzogen." (66) Im gleichen Zug, wie der politische Bereich der Planung der öffentlichen Diskussion entzogen wird, gewährt man den Interessenverbänden Zugang zur öffentlichen Planung; Entscheide werden dann in der Lobby getroffen.

Als Vollzugsorgane politischer Entscheide sind die kommunalen Behörden interessiert daran, dass alles möglichst reibungslos abläuft, dass Ruhe und Ordnung im Land herrscht. Darum hält man sich auch gerne ans "Bewährte", an die bewährte Praxis, an vertraute Planer und Verhandlungspartner, an kleine, leicht abmessbare Schritte; Kehrseite der Medaille ist die Vermeidung konfliktgeladener Diskussionen über Planungsziele und allgemeine Richtlinien. Wo Zielkonflikte nicht vermieden werden können, ist man bestrebt, sie intern auszutragen und wo das nicht mehr geht, die Wogen zu glätten, indem man die Öffentlichkeit zu überzeugen versucht, dass alles seinen ordentlichen Verlauf genommen habe und auf diese Weise trefflich geregelt worden sei.

Ein illustratives Beispiel zu dieser Praxis ist die Reaktion eines Fürsprechers vom städtischen Rechtsdienst auf den geharnischten Angriff des Liegenschaftenhändlers, Notars und Advokaten Dr. H.K., "Ist Berns Planungsrecht gefährdet?" (67) in der Berner Tageszeitung Der BUND mit einer Replik in derselben Tageszeitung: "Ist Berns Nutzungsplanung gefährdet?" (68) Der Fürsprecher nimmt darin die Gelegenheit wahr, die rechtliche Ordnungsgemässheit des betreffenden Volksentscheids ausführlich darzulegen, damit der erwähnte Zeitungsartikel nicht missverstanden werden könne, "weil sein Verfasser, wohl in einer augenblicklichen Verärgerung über den negativen Volksentscheid zum Gestaltungsplan für das Shopping- und Kongresszentrum auf dem Thoracker, in seinen Folgerungen über das

von ihm angestrebte Ziel hinausschiesst." Und er kommt zum Schluss: "Vermutlich ist es trotz allem Aerger über gelegentliche negative Volksentscheide weniger zeitraubend und kostspielig, den Stimmbürger seine Grundsatzentscheide in Raten treffen zu lassen, wie dies im Gebiete des Oberen Murifeldes geschieht."

Oeffentliche Diskussionen, an der sich engagierte Bürger beteiligen würden, werden geschickt umgangen: Man verkehrt mit Initiativgruppen, die verstellig werden, je einzeln, schriftlich zunächst, dann lässt man sie aufs Amt kommen; umgekehrt lädt man gelegentlich einzelne Bürger aus dem Quartier - einen Volksschullehrer, einen Mittelschullehrer, einen Arzt, einen Zeitungsredaktor, die Gattin des Pfarrers und eine Sozialarbeiterin - zu einer öffentlichen Aussprache im kleinen Saal ein; oder man zieht eine grössere Versammlung auf, zum Beispiel zu einem Politikum wie etwa der Führung der Autobahnen durch Stadtquartiere, Veranstaltungen, die sich geradezu anbieten, von Lokalpolitikern dominiert und für persönliche Public Relations-Ziele ausgenützt zu werden. Im einen wie im andern Fall kann man sich hinterher enttäuscht zeigen über den Bürger, der sich für öffentliche Aufgaben nicht genügend interessiert und einfach nichts beizutragen habe, und sich darin bestätigt fühlen, dass der Bürger vordem mit gutem Grund nicht in die Planung einbezogen worden sei, da er ja doch keine neuen Impulse oder Einsichten vermitteln könne.

Konkreten Nutzen kann die Einwohnergemeinde aus Grossüberbauungen einerseits aus der Zusammenfassung der Bauaufgaben ziehen, die die Verhandlungen mit den Bauträgern, die sich ja vorerst in der Umlegungsgemeinschaft untereinander einig werden müssen, wie auch die Verhandlungen mit den Planern, zu deren Planungsauftrag schon die gestalterische und organisatorische Abstimmung der einzelnen Projekte gehört, wesentlich vereinfachen. Andererseits dürfte die Zusammenfassung der Ausführung eine grössere Baurationalisierung, die sich auch auf die öffentlichen Aufgaben ausdehnt, erlauben, sodass die interne Erschliessung wesentlich billiger zu stehen kommt. Zusätzliche finanzielle Vorteile gewinnt die Gemeinde

dort, wo sie im zur Gesamtüberbauung freigegebenen Areal Grundstücke besitzt. Statt dass sie das für öffentliche Zwecke benötigte Land kaufen muss, kann sie es in diesen Fällen gegen privatwirtschaftlich zu nutzende Grundstücke eintauschen.

10. Schlussbetrachtungen: Gemeinwesenarbeit und politische Sozialisation

Nach Jo Boer liegt dann ein akutes Bedürfnis nach Gemeinwesenarbeit vor, "wenn

- a) die Gesellschaft deutliche Defizite, Mangelercheinungen zeigt;
- b) ganz neue Formen des Zusammenlebens aufgebaut werden müssen;
- c) sich in der Gesellschaft grosse Veränderungen vollziehen." (69)

In Satellitenstädten und Neusiedlungen am Stadtrand trifft insbesondere der Fall b) zu, und er ist noch verschärft durch den Tatbestand, dass in der fortgeschrittenen Industriegesellschaft eine allgemeine Unsicherheit über die adäquaten Wohn- und Lebensformen herrscht. Denn dass monofunktionale Grossiedlungen nur eine Scheinlösung des Wohnproblems darstellen, die wesentliche Faktoren gesellschaftlichen Lebens und individueller Entwicklung und Bedürfnisbefriedigung unberücksichtigt lässt, ist gemeinhin unbestritten. Es wird also von der Gemeinwesenarbeit eine beträchtliche sozialkulturelle Leistung erwartet.

Dass auch die Gemeinwesenarbeit, wie sie in den Berner Gemeinschaftszentren verstanden und betrieben wird, den Forderungen, die man im Hinblick auf die gesellschaftlich notwendige kulturelle und politische Aufbauarbeit an sie stellen muss, nicht gerecht wird, sondern im Gegenteil eine aufs Ganze gesehen schlechte Sozialplanung und Baupraxis rechtfertigt, diesen Nachweis wollte die vorliegende Arbeit erbringen: Wenn schon die wenig experimentierfreudige, am kurzfristigen wirtschaftlichen Interesse orientierte Bautätigkeit den Bewohnern kaum Freiheiten in der Gestaltung des von ihnen belebten Raumes belassen, so fördern die Gemeinschaftszentren mit ihrem ungenügend durchdachten Ansatz der Gemeinwesenarbeit: mit ihrer Fixierung auf den Freizeit- und Wohnbereich und ihrer unkritischen Einstellung gegenüber den bestehenden gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Strukturen noch zusätzlich die herrschende Tendenz, gesellschaftliche Entwicklung jenseits des Einflussbereichs der betroffenen Menschen stattfinden zu lassen.

Das Gemeinschaftszentrum wird dadurch zum Mittel des Krisenmanagement (70). Indem die Leiter der Gemeinschaftszentren gegenüber den Geldgebern ein anderes Verhältnis als das der Kooperation und der Konfliktvermeidung ausschliessen, annullieren sie die emanzipatorischen Ansprüche der Bewohner.

Nun kann man der Meinung sein, dass diese Gefahr der Gemeinwesenarbeit schlechthin anhafte; so fragt sich Jo Boer: "Ist ... Gemeinwesenarbeit im Rahmen der Sozialarbeit mit ihren auf Zusammenarbeit und Kooperation mit allen oder doch möglichst vielen gesellschaftlichen Kräften ausgerichteten Prinzipien nicht in Gefahr, eine mehr oder weniger kleinkarierte 'Arbeit an der Gesellschaft' zu sein, die falscher Harmonisierung dient und damit etablierte Macht stärkt, statt etwa Konflikte zu verschärfen durch politische Aktionen und dadurch eine wirkliche, nämlich revolutionäre Aenderung der Gesellschaft zu erreichen?" (71)

Es mutet allerdings etwas naiv an und zeugt auch nicht von grossem Willen zur Veränderung oder von nennenswerter politischer Phantasie, der "kleinkarierten Arbeit an der Gesellschaft" nur gerade die Alternative der globalen "revolutionären Aenderung der Gesellschaft" gegenüberzustellen. Dazwischen liegt doch ein weites Feld möglicher Varianten auf partielle Veränderung abzielender politischer Betätigung, die nicht schlechterdings das herrschende System zerschlagen will, sondern auf dem Boden der Legalität bleibt und diese nur durchbricht, um ein aufgrund ihrer moralischen Grundsätze als schlecht erkanntes Gesetz, eine als schlecht erkannte politische Praxis anzuprangern und in Richtung auf eine akzeptable Lösung zu drängen. So unterscheidet zum Beispiel Harry Specht (72) nicht nur zwischen auf vorbehaltloser Zustimmung basierender Kooperation einerseits und gewaltsamem Aufstand mit dem Ziel der Rekonstruktion des gesamten gesellschaftlichen Systems andererseits, sondern er schiebt zwei weitere Interventionsformen der Gemeinwesenarbeit dazwischen: die auf Zustimmung mit Vorbehalten basierende Konkurrenz-Kampagne und die Disruption, die auf der Ablehnung der von "oben" vorgeschlagenen und durchgeführten Interventionen beruht. Und er

stellt eine Tabelle von möglichen Taktiken mit zunehmend korrektiver Wirkungsabsicht auf (73):

Interventionsform	Taktik
Kooperation	1. Gemeinsame Aktion 2. Zusammenarbeit 3. Information
Konkurrenz-Kampagne	4. Kompromiss 5. Verhandlung 6. Schlichtung 7. Aushandeln 8. Sanfter Druck
Kampf oder Disruption	9. Zusammenstoss der Positionen innerhalb akzeptierter Grenzen 10. Verletzung von Verkehrssitten 11. Verletzung gesetzlicher Normen
Gewalt	12. Gezielte Versuche, Schaden zuzufügen 13. Guerilla-Kampf 14. Gezielte Versuche, durch bewaffneten Aufstand die Regierungsgewalt zu übernehmen

Die beiden von Specht aufgeführten auf partielle Veränderung abzielenden Handlungsvarianten sind jedoch nicht die beiden einzig denkbaren; je nach den konkreten Verhältnissen können neue entwickelt werden. So ist zum Beispiel auf die Strategie des "begrenzten Konflikts" der F.D.P. in der Bundesrepublik gegenüber ihrem Koalitionspartner SPD hinzuweisen, die ungefähr so umschrieben werden kann: Im Rekurs auf bestimmte gemeinsame Grundwerte unterscheidet man zwischen Massnahmen, Haltungen, ideologischen Leitsätzen etc. des Konfliktpartners, die man selber auch vertritt, und solchen,

die den eigenen zuwiderlaufen; darauf entwickelt man die Strategie des begrenzten Konflikts, um jene Massnahmen, Exponenten etc., die den eigenen Interessen zuwiderlaufen, zu bekämpfen und zu beseitigen, damit auf der andern Seite die Massnahmen, Personen etc., die auf der gleichen Linie liegen wie man selbst, bessere Durchsetzungschancen erhalten (74). Oder es ist an den Versuch der Leiter der psychiatrischen Anstalt in Görz zu denken, die durch die Negation, das konsequente Infragestellen der bestehenden Institution (und ihrer eignen Machtposition in ihr) die Rolle des Psychiaters in der kapitalistischen Gesellschaft neu definieren und die Asylsituation der von der Gesellschaft asugeschlossenen Anstaltsinsassen aufheben wollten (75). (Der Vorschlag des Aesthetik-Professors Bazon Brock, nachdem sich die bestimmte Negation in den letzten Jahren als unwirksam erwiesen habe, sei nunmehr eine Strategie der "affirmativen Praxis" zu entwickeln, um den Status quo ad absurdum zu führen und seine Unsinnigkeit dadurch aufzudecken, erscheint demgegenüber recht unrealistisch; insbesondere in der Stadt- und Infrastrukturplanung, die mit grossen Investitionen verbunden ist, dürfte er verheerende Folgen zeitigen. Er gemahnt zu sehr an die Politik der verbrannten Erde. (76))

Es ist sicherlich in dieser Richtung, in Richtung auf Abgrenzung der eigenen Position gegen den Interessenstandpunkt der Geldgeber und in kontrollierten Grenzen gehaltenem Konflikt mit den Trägern der institutionellen Macht, dass die Gemeinschaftszentren sich weiter vorwagen müssen, wollen sie mehr als eine simple Legitimationsfunktion ausüben. Ein solches Konzept wäre aufgrund einer realistischen Einschätzung ihrer eigenen sozialen Situation auszuarbeiten.

Politische Sozialisation, wie sie bisher von den Berner Gemeinschaftszentren betrieben wurde, wirkt im Sinne einer Unterwerfung unter Systemzwänge, einer Anpassung an die von aussen her aufgezogene Ordnung und an die gegebenen ökonomischen wie politischen Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse; sie wirkt nicht im Sinne einer Anleitung zur vollständigen Ausnützung der im Rechtsstaat gewährten Freiheitsräume, nicht im Sinne eines legitimen Widerstands

gegen Fremdbestimmung. Erst dann kann aber Gemeinwesenarbeit Ansätze zu einem neuen Verständnis städtischen Lebens, zu einem neuen Begriff der Öffentlichkeit freilegen, wenn sie ihre politisch-pädagogischen Massnahmen konsequent auf die Befähigung der Menschen zur Einsicht in die vorherrschenden gesellschaftlichen Kräfte und zur Kontrolle fremder und eigener Machtausübung ausrichtet und wenn sie ihnen dabei hilft, statt sich selbst mehr oder weniger bedingungslos der äusseren Realität anzupassen, diese umkehrt an ihre eigenen Bedürfnisse anzupassen (77) und die Bedingungen ihrer gesellschaftlichen Existenz zur selbsterkannten und selbstgewollten zu machen.

ANHANG

Methoden und Materialien

Hauptsächlichste Untersuchungsmethoden für die vorliegende Arbeit waren das Gespräch (mehr oder weniger beiläufige Gespräche oder auch von mir vorbereitete Interviews), die teilnehmende Beobachtung (auf der allgemeineren Ebene als Gäbelbachbewohnerin wie auch in den beiden Arbeitsgruppen des Gäbelbachvereins) und die qualitative Dokumentenanalyse. Für die Dokumentenanalyse boten sich an 1. Publikationen und Dokumentationen der Gemeinschaftszentren, insbesondere der "Wulchechratzer" und die Zeitschrift "Berner Gemeinschaftszentren", 2. Publikationen und Zeitungsartikel mit der Planung und dem Bau der westberner Siedlungen beschäftigter Personen wie zum Beispiel Architekten, Stadtplaner, Baugesellschaften und Liegenschaftenverwalter etc., 3. Sitzungsprotokolle und Arbeitsberichte der einschlägigen Gremien und 4. die Mietverträge, Vereinsstatuten und Richtlinien für den Betrieb im Gemeinschaftszentrum.

Als die Arbeitsgruppe für das Quartier im Herbst 1970 zur Abstützung ihrer Forderung, die Buslinie der städtischen Verkehrsbetriebe bis in den Gäbelbach hinunter zu ziehen, bei der Bewohnerschaft eine Erhebung der Benützungsgewohnheiten öffentlicher und privater Verkehrsmittel und eine Meinungsumfrage bezüglich der Linienführung durchführen wollte, erschien es mir angezeigt, einige zusätzliche Fragen einzuschliessen, die die Zusammensetzung der Haushalte, die Berufstätigkeit und -ausbildung (insbesondere auch der Frauen) und die Stellung im Beruf, die Einstellung zur Wohnung und zur Siedlung und die Kontakthäufigkeiten in- und ausserhalb der Siedlung betrafen (vgl. den Fragebogen, S. 191 - 197), zumal ich von der Arbeitsgruppe mit der Durchführung der Erhebung beauftragt worden war.

Der Fragebogen wurde in zwei Versionen ausgeführt, für Alleinstehende, allein in einer Wohnung Lebende, und für Wohngemeinschaften, und er wurde ins Französische und ins Italienische übersetzt.

Er wurde an einem Freitag und Samstag im Februar 1971 ausgeteilt

mit der Bitte, ihn übers Wochenende auszufüllen, und im Lauf der folgenden Woche wieder eingesammelt.

Das Sample wurde auf 25% der Gesamtbevölkerung der Siedlung festgelegt, wobei die Wohnungsgrößen und der Tatbestand der Mietzinszulagen in den unteren Geschossen berücksichtigt und Quoten für jeden Wohnungstyp bestimmt wurden. Auf diese Weise sollte der sozialen Schichtung nach Berufsstatus und Grösse der Haushaltungen der Bewohnerschaft, über die bisher noch keine Angaben bestanden, Rechnung getragen werden. Das bedeutete konkret, dass die Verteiler an jeder vierten Türe einen Fragebogen abgeben mussten, beziehungsweise, wenn dort niemand zuhause war, an einer der nächstfolgenden drei Türen. Sie mussten sich dabei an die vorgegebenen Quoten halten.

Das Sample umfasste also 220 von insgesamt 864 Wohnungen im Gäbelbach; von diesen 220 Fragebogen kamen 185 (84% - vgl. Tabelle 23) ausgefüllt zurück.

Da in der vorliegenden Arbeit das Hauptgewicht auf den Entstehungszusammenhängen und der Gemeinwesenarbeit des Gemeinschaftszentrums liegt, und die Befragung bei der Bewohnerschaft mehr illustrativen Zwecken - als zusätzliche Dimension der sozialen Rahmenbedingungen des Gemeinschaftszentrums - dienen soll, wurde auf Signifikanztests verzichtet, zumal in einigen Berufs-Positions-Gruppen die Gesamtheiten sehr klein sind. Es wurden denn auch nur jene Erhebungsergebnisse weiterverwendet, die aufgrund eindeutiger numerischer Verhältnisse für gesichert gelten konnten.

Die Fragen im Fragebogen waren zumeist geschlossen, die Antworten sollten angekreuzt oder in einer Tabelle eingetragen werden. Offen wurden die Fragen nach den Vor- und Nachteilen der Siedlung Gäbelbach und nach den Gründen für allfällige Umzugsabsichten gestellt. Diese Fragen wurden von 77% jener beantwortet, die einen ausgefüllten Fragebogen zurückgaben (vgl. Tabelle 24). Die Bereitschaft, sich hierzu zu äussern, war bei den mittleren und oberen sozialen Schichten grösser als bei der Unterschicht. (Unterschiedliche

Tabelle 23

Das Sample: Erfüllung nach Wohnungstypen

Wohnungstyp ¹⁾	Anzahl ausgeteilte Fragebogen	Anzahl ausgefüllte Fragebogen	
		abs.	in %
1-1½	11	8	73
2½	26	19	73
3-3½	72	61	85
3-3½ s	61	55	90
4-4½	21	18	86
4-4½ s	23	18	78
5½, 6½	6	6	100
nicht subventionierte Wohnungen gesamt	136	112	82
subventionierte Wohnungen gesamt	84	73	87
Total	220	185	84

Anmerkungen:

1) unterschieden nach Wohnungsgrösse und Mietzulagen.

Tabelle 24

Die Beantwortung der offenen Fragen nach den Vor- und Nachteilen der Siedlung Gäbelbach, aufgegliedert nach den Berufspositionen der Haushaltvorstände

Berufsposition	beant- wortete Fragen	nicht beantw. Fragen	gesamt	prozentualer Anteil der beantworteten Fragen je Be- rufspositions- Gruppe
gehobene Position	8	0	8	100
Selbständige in Handel & Gewerbe	2	0	2	100
Angestellte in Büro und Handel	24	6	30	80,0
Handwerker, Arbeiter	35	5	40	87,5
uniformierte Beamte	11	7	18	61,1
übrige mittlere Angestellte	21	6	27	77,8
an- & ungelernte Hilfskräfte	35	18	53	66,0
Rentner; allein- stehende, nicht berufst. Frauen	6	1	7	85,7
Studenten	2	0	2	100
Total	144	43	187	77,0

Totale in den verschiedenen Tabellen - zum Beispiel 187 in Tabelle 24, 190 in den meisten anderen Tabellen bei gesamthaft 185 erhobenen Haushalten - sind daraus zu erklären, dass in einzelnen Haushalten zwei und drei alleinstehende Personen zusammenwohnen, die dann in der Auswertung gesondert ausgezählt wurden.)

Aus den Fragen:

Wohnen Sie gerne hier im Gäbelbach?

- o ja, sehr
- o ja, ziemlich
- o nein, nicht besonders
- o nein, gar nicht
- o so gern oder so ungern wie sonstwo auch

Wenn Sie sich heute noch einmal entscheiden müssten, ob Sie in den Gäbelbach ziehen wollen - würden Sie sich dann wiederum für den Gäbelbach entscheiden?

- o ja
- o nein
- o ich weiss nicht, das könnte ich nicht sagen

Haben Sie schon erwogen, vom Gäbelbach wegzuziehen?

- o ja
- o nein

bestimmte ich in Anlehnung an Katrin Zapf (1) das Mass der affektiven Bindung an den Gäbelbach. Eine "ungebrochene, starke affektive Bindung" liesse sich dann zum Beispiel mit folgenden Worten umschreiben: "Ich wohne sehr gerne im Gäbelbach. Ich habe noch nie daran gedacht, von hier wegzuziehen, und würde auch jederzeit wieder herkommen", eine indifferente Haltung etwa so: "Ich wohne hier so gerne wie sonstwo auch; ich würde wieder herkommen, habe aber auch schon erwogen, in eine andere Wohnung zu ziehen."



Zweck, Grundlagen und Aufgaben

Zweck

Gemeinschaftszentren wollen in ihrem Einzugsgebiet allen Bevölkerungskreisen Hilfe anbieten, damit sie ihre Bedürfnisse im sozialen und kulturellen Bereich wahrnehmen und Aktionen für deren Befriedigung einleiten können.

Die Gemeinschaftszentren stellen zu diesem Zwecke Beratung und Anregung durch Fachkräfte zur Verfügung sowie Räume, Anlagen, Einrichtungen und Möglichkeiten zur Kommunikation und Information.

Grundlagen

Gemeinschaftszentren

- dienen gemeinnützigen Zwecken,
- sind politisch und konfessionell neutral,
- stehen im Dienst aller Bevölkerungskreise,
- beteiligen alle interessierten Bewohner und Gruppen mitverantwortlich,
- handeln auf Grund von Prinzipien der Teamarbeit,
- wahren die Individualität und das freie Entscheidungsrecht des einzelnen und der Gruppen,
- arbeiten entsprechend den besonderen Strukturen ihres Wirkungsfeldes selbständig, im Rahmen der Richtlinien der Bernischen Vereinigung für Gemeinschaftszentren,
- überprüfen immer wieder ihre Zweckbestimmung und Arbeitsweise.

Aufgaben

Gemeinschaftszentren

- vermitteln vielfältige Anregungen zur Lebensgestaltung,
- versuchen, dem einzelnen das Bestehen in seiner Umwelt zu erleichtern,
- wecken das Verständnis für die anderen und Andersartigen,
- achten auf den Zusammenhalt und die gesunde Entwicklung der Familie,
- unterstützen die Initiative einzelner und ganzer Gruppen, besonders wenn sie sich für die Allgemeinheit einsetzen möchten,
- stellen sich für die Koordination, Information und Vermittlung zur Verfügung,

- fördern die sozial-kulturelle Arbeit, vor allem in den Bereichen Erwachsenenbildung, Freizeitgestaltung und Erholung,
- setzen sich ein für die Weiterbildung der Frauen und Mütter und ihre selbständige Stellung in der Gesellschaft,
- weisen auf die grossen Fragen unserer Zeit hin,
- ermöglichen ihren Leitern und Mitarbeitern die fachliche Weiterbildung

April 1970

Fragebogenheftblatt für die Kontaktperson

(1) Angaben über die Wohnung:

Block: A B C

Stockwerk: (U3 - Attika):

Lage: 0 links 0 Mitte 0 rechts
0 einzelne Wohnung

Anzahl Zimmer:

Mietzulagen: 0 ja 0 nein

(2) Angaben über alleinstehende Mieter:

Geschlecht: 0 Mann
0 Frau

vermutetes Alter: 0 16-20 0 21-25 0 26-30
0 31-35 0 36-40 0 41-45
0 46-50 0 51-55 0 56-60
0 61-65 0 66-70 0 über 70

vermutete Muttersprache:

wenn nicht Schweizerdeutsch: 0 spricht ch-deutsch akzentfrei
0 " " gut, aber mit Akzent
0 " hochdeutsch fließend
0 " " gebrochen
0 " kein deutsch

(3) Angaben über Wohngemeinschaften:

Welche Position hat das kontaktete Mitglied der Wohngemeinschaft?

beim abgeben

beim abholen

vermutete Muttersprache des kontakteten Mitglieds der W.G.:

kann nicht Schweizerdeutsch: spricht ch-deutsch akzentfrei

" " gut, aber mit Akzent

" hochdeutsch fließend

" " gebrochen

" kein deutsch

beim abgeben: Reaktion auf Einführungsgespräch:

beim abholen: fragen: "Wer hat den Fragebogen ausgefüllt?"

(4) Bemerkungen, Schwierigkeiten etc. (verweigerte Auskünfte, Türe vor der Nase zu)

beim abgeben

beim abholen

(5) Vereinbarung fürs Abholen:

Fragebogen für Wohngemeinschaften

Dürfen wir Sie bitten, diesen Fragebogen möglichst genau und vollständig auszufüllen? - Fangen Sie bei der ersten Frage an; wenn nichts besonderes vermerkt ist, geht es einfach bei der nächsten weiter, in andern Fälle steht es, welche Nummer als nächste folgt. Bei jeder Frage wollen Sie bitte die zutreffende Antwort ankreuzen bzw. bei den Pünktchen oder im leeren Feld einsetzen.

(1) Wer wohnt in dieser Wohnung?

Würden Sie bitte in der untenstehenden Tabelle (Nr. 1) alle Bewohner dieser Wohnung eintragen, und zwar nicht nur Familienangehörige, sondern auch nicht zur Familie gehörende Personen, wie z.B. Untermieter, Hausangestellte etc.

Führen Sie keine Namen an, der Fragebogen soll anonym bleiben; umschreiben Sie lieber die Art der Zugehörigkeit zur Wohngemeinschaft, z.B. Vater, Mutter, 1. Tochter, 1. Sohn, 2. Sohn, Schwiegermutter etc.; oder, bei nicht-familiären Wohngemeinschaften: z.B. 1. Mieter(in), 2. Mieter(in), Untermieter(in) etc.

Tabelle 1: Art und Zusammensetzung der Wohngemeinschaft

[illegible]

(?) Fragen zur Berufstätigkeit und zum Arbeitsplatz

Wer in dieser Wohngemeinschaft ist ganz- oder halbtags oder auch stundenweise berufstätig?

Wenn die Antwort ist: "niemand": Gehen Sie gleich zur Fragengruppe (5) über!

Tabelle 2.1: Berufstätigkeit, Arbeitsplatz, Betriebsgrösse

Wer ist berufstätig?	Angaben über Berufstätigkeit und Arbeitsplatz der einzelnen (bitte Angaben zur selben Person immer in derselben Spalte machen!)			
1. Bezeichnung der Zugehörigkeit zur Wohngemeinschaft (bitte dieselbe Bezeichnung verwenden wie in Tabelle 1 auf der Vorseite!)				
Welchen Beruf üben Sie aus?				
2. Berufstätigkeit, Lehre (bitte so genau wie möglich angeben!)				
Üben Sie diesen Beruf ganztags, halbtags oder stundenweise aus?				
3. Beschäftigungsgrad: a) ganztags b) halbtags c) stundenweise (zutreffendes bitte ankreuzen!)				
Sind Sie Arbeitnehmer, Arbeitgeber oder frei Erwerbender ohne festes Anstellungsverhältnis bzw. ohne Angestellte? (z.B. Inhaber eines Einmannbetriebs, Spettifrau, freier Journalist, Maler etc.)				
4. Stellung im Beruf: a) Arbeitnehmer b) Arbeitgeber c) frei Erwerbender (zutreffendes bitte ankreuzen!)				
Zusatzfrage für <u>Arbeitnehmer</u> : Sind Ihnen andere Angestellte oder Arbeiter unterstellt?				
4. d) ja e) nein				
Zusatzfrage für <u>Arbeitgeber</u> : Beschäftigen Sie Familienangehörige?				
5. Familienangehörige im Betrieb: ja nein				
Zusatzfrage für <u>Arbeitnehmer und -geber</u> : Wie gross ist der Betrieb, in dem Sie arbeiten? *				
6. Betriebsgrösse: a) Grossbetrieb c) mittleren Betrieb n c) Kleinbetrieb (zutreffendes bitte ankreuzen!)				

* Grossbetriebe sind z.B. grosse Fabriken, öff. Betriebe und Behörden, internationale Firmen, Warenhäuser, das Inselspital
mittlere Betriebe: kleine Fabriken, grosse Werkstätten, Detailhandelsgeschäfte.
Kleinbetriebe: Büros, Läden, Werkstätten mit weniger als 5 Angestellten

12) Fortsetzung

Welchen der folgenden Erwerbskategorien gehört der Betrieb bzw. gehören die Betriebe an, in dem/denen Sie arbeiten?

Es geht bei dieser Frage um die Kategorienzugehörigkeit des Betriebs, nicht um die Ihres Berufes. Ein kaufmännischer Angestellter in einem industriellen Produktionsbetrieb z.B. trägt sich bei "Industrie" ein; ein Mechaniker bei den SVB hingegen bei "öffentlicher Verkehr und Transport". Wenn Sie finden, Ihr Betrieb passe in keine der vorgegebenen Kategorien oder er lasse sich nicht eindeutig der einen oder anderen Kategorie zuordnen, setzen Sie ihn bzw. die Branche bei "sonstige Produktion" oder "sonstige Dienstleistungen" ein.

Tabelle 2.2: Erwerbskategorien

Erwerbskategorie	Bezeichnung der Zugehörigkeit zur Wohngemeinschaft (für Alleinstehende und einzige Erwerbstätige in einer Wohngemeinschaft genügt ein Kreuz in der entsprechenden Kategorie; sonst bitte dieselbe Bezeichnung wie in der vorangegangenen Tabelle einsetzen)			
<u>Land- und Forstwirtschaft</u>				
<u>Industrie</u> (Produktion in grossen Serien, Massenproduktion, aber auch: industrielle Einzelfertigung, z.B. von Roll AG)				
<u>Handwerk, Gewerbe</u> (Stückfertigung und -repa- ratur, u.U. auch Produktion in kl. Serien)				
<u>Baugewerbe</u> (Hoch- und Tiefbau, Stahlkon- struktionen etc.)				
<u>Energieversorgung</u> (Gaswerk, Elektrizitäts- werk etc.)				
<u>sonstige Produktion: welche?</u>				
<u>Handel, Vertrieb, Import/Export</u>				
<u>öffentlicher Verkehr und Transport</u> (SBB, PTT, SVB etc.)				
<u>privater Verkehr und Transport</u> (Taxi, Auto- vermietung, internat. Transporte etc.)				
<u>öffentliche Verwaltung und Behörden</u> (Bundes- verwaltung, städtische und kantonale Ver- waltung und Aemter, z.B. Tiefbauamt, Poli- zei, Müllabfuhr etc.)				
<u>privatwirtschaftliche Verwaltung</u> (Versi- cherungen, Banken, Liegenschaftsvorw.)				
<u>Forschung, Bildung, Erziehung</u>				
<u>Medizin, Krankenpflege und zugehörige Hilfs- berufe</u>				
<u>Gastgewerbe</u>				
<u>sonstige Dienstleistungen: welche?</u>				

(3) Fragen zum Weg an den Arbeitsplatz oder in die Schule

In welchem Quartier bzw. in welcher Ortschaft ausserhalb Berns liegt Ihr Arbeitsplatz, oder, wenn Sie Schüler einer weiterbildenden Schule (Berufsschule, Universität etc.) sind, Ihre Schule?

Wie gelangen Sie normalerweise dorthin?

Wollen Sie bitte in der untenstehenden Tabelle Nr. 3 in jedem Feld so viele Kreuzchen einzeichnen, wie Mitglieder der Wohngemeinschaft mit dem betreffenden Verkehrsmittel in das Quartier oder die Ortschaft fahren?

Tabelle 3: Lage des Arbeitsortes und benütztes Verkehrsmittel

Arbeitsort (bitte eintragen!)	benütztes Verkehrsmittel						
	zu Fuss	Velo/Mofa	Motorrad	Privatauto	Geschäftsauto	Bus	Bahn
Bethlehem							
Bümpliz							
Stadtzentrum							
Übrige:							
.....							
.....							
.....							
.....							
.....							
.....							

Können Sie zum Mittagessen nachhause fahren?

(Wenn einige können und einige nicht: tragen Sie bitte die Anzahl jener, die über Mittag nachhause kommen, bei "ja" ein, und jene, die das nicht können, bei "nein".)

☐ ja Anzahl:

☐ nein Anzahl:

wenn nein: Würde eine bessere Busverbindung, z.B. ein Bus, der direkt über die Murtenstrasse in die Stadt fahren würde, Ihnen erlauben, über Mittag nachhause zu fahren?

☐ ja

☐ nein

☐ das weiss ich nicht, ich müsste es zuerst ausprobieren

Zusatzfragen für jene, die mit der Bahn zur Arbeit fahren:

Besteigen Sie die Bahn im Bahnhof Bümpliz-Nord?

wenn ja: wie kommen Sie dorthin? ☐ in einem Fahrzeug mitgenommen

☐ zu Fuss

☐ mit Velo, Mofa

☐ mit anderem Verkehrsmittel: wie?

wenn nein: ☐ im Hauptbahnhof

☐ in einem andern Bahnhof: in welchem?

kommen Sie jeden Abend in den Gäbelbach zurück oder nur übers Wochenende?

☐ jeden Abend

☐ nur übers Wochenende

(4) Wohnen in diesem Haushalt Erwachsene und/oder nicht mehr schulpflichtige Jugendliche, die nicht erwerbstätig sind?

wenn ja: Würden Sie bitte die untenstehende Tabelle Nr. 5 ausfüllen?

wenn nein: Sie können gleich zur Fragengruppe (6) auf der nächsten Seite übergehen.

(5) Fragen für nicht erwerbstätige Erwachsene und Jugendliche

Tabelle 5: Berufsausbildung nicht (mehr) Erwerbstätiger

	Angaben über Nicht-Erwerbstätige (bitte Angaben zur selben Person immer in derselben Spalte machen!)			
1. Bezeichnung der Zugehörigkeit zur Wohngemeinschaft (bitte dieselbe Bezeichnung verwenden wie in Tabelle 1 auf der 1. Seite!)				
Sind Sie:				
2. a) Rentner(in) b) Hausfrau c) arbeitslos d) Schüler / Student(in) (zutreffendes bitte ankreuzen!)				
Haben Sie eine abgeschlossene Berufsausbildung?				
3. abgeschlossene Berufsausbildung: a) ja b) nein (zutreffendes bitte ankreuzen!)				
<u>wenn ja:</u> Für welchen Beruf sind Sie ausgebildet worden?				
4. Beruf ev. auch: Bezeichnung des Diploms oder Abschlusses (bitte möglichst genau angeben!)				

(6) Fragen zur Bedienung des Gäbelbach durch die öffentlichen Verkehrsbetriebe

Würden Sie es begrüßen, wenn der Bus in den Gäbelbach hinunter fahren würde?

- ☐ ja
- ☐ nein
- ☐ das ist mir egal

Wären Sie dafür, dass eine direkte Busverbindung über die Murtenstrasse in die Stadt eingeführt würde?

- ☐ ja
- ☐ nein
- ☐ das ist mir egal

Würden Sie im einen oder andern Fall den Bus häufiger benutzen und eventuell das Auto zuhause lassen?

falls der Bus in den Gäbelbach fahren würde:

- ☐ ja
- ☐ nein
- ☐ das weiss ich nicht

wenn ein direkter Bus in die Stadt eingeführt würde:

- ☐ ja
- ☐ nein
- ☐ das weiss ich nicht

(7) Fragen zur Wohnung und zum Gäbelbach

Wieviele Zimmer hat diese Wohnung?

Anzahl Zimmer:

Wohnen Sie gerne hier im Gäbelbach?

- ☐ ja, sehr
- ☐ ja, ziemlich
- ☐ nein, nicht besonders
- ☐ nein, gar nicht
- ☐ so gern oder so ungern wie irgendwo sonst auch

Können Sie mit ein paar Sätzen umschreiben, was Sie am Gäbelbach mögen und was Sie nicht so gut finden?

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

Wenn Sie sich heute noch einmal entscheiden müssten, ob Sie in den Gäbelbach ziehen wollen - würden Sie sich dann wiederum für den Gäbelbach entscheiden?

- ☐ ja
- ☐ nein
- ☐ ich weiss nicht, das könnte ich nicht sagen

Haben Sie schon erwogen, vom Gäbelbach wegzuziehen?

- ☐ ja
- ☐ nein

wenn ja: warum?

was könnte oder würde Sie veranlassen, wegzuziehen?

.....

.....

.....

.....

Verbringen Sie Ihre Abende und freien Tage häufiger gemeinsam mit Freunden und Bekannten, seit Sie im Gäbelbach wohnen, oder weniger häufig?

- ☐ häufiger
- ☐ weniger häufig
- ☐ ungefähr gleich häufig
- ☐ das weiss ich nicht

wenn häufiger: wohnen sie grossenteils auch im Gäbelbach?

- ☐ ja
- ☐ nein

wenn weniger häufig: liegen die Gründe dafür in Ihrem Umzug in den Gäbelbach?

- ☐ ja
- ☐ nein
- ☐ zum Teil vielleicht
- ☐ ich weiss nicht

Fahren Sie häufig in Ihrer Freizeit in die Stadt?

- ☐ ja
- ☐ nein

wenn nein: gingen Sie gerne häufiger?

- ☐ ja
- ☐ nein

(Anmerkung für Wohngemeinschaften: eventuell würden die verschiedenen Angehörigen der Familie diese Frage nicht gleich beantworten. Dürfen wir Sie in diesem Fall bitten, hinter dem "ja" oder "nein" einzusetzen, für wen die Antwort gilt?)

Genügt Ihnen die stumme Poststelle, die wir im Gäbelbach haben, oder fänden Sie ein eignes Postamt für den Gäbelbach nötig?

- ☐ die stumme Poststelle genügt
- ☐ die stumme Poststelle genügt nicht
- ☐ das ist mir egal
- ☐ das kann ich nicht beurteilen

Fragen für die Hausfrau: Wie sind Sie zufrieden mit den Läden im Einkaufszentrum? Bekommen Sie das meiste, was Sie brauchen, oder gehen Sie lieber ins Tscharnerngut oder in die Stadt, wenn Sie können?

- | | |
|---|---|
| ☐ ich bin zufrieden, ich bekomme das meiste | ☐ ich gehe lieber in die Stadt |
| ☐ ich bin mässig zufrieden | ☐ ich gehe lieber ins Tscharnerngut |
| ☐ wir kömmt das nicht drauf an | |

Fänden Sie das gut, wenn es im Gäbelbach auch einen Markt gäbe?

- ☐ ja
- ☐ nein

Das wär's - herzlichen Dank für Ihre Bemühungen!

Verzeichnis der Tabellen und Abbildungen

Tab. 1	Die Berufspositionen von Haushaltvorständen und Alleinstehenden	18
Tab. 2	Art und Grösse der Wohngemeinschaften: Haushalte mit Kindern	20
Tab. 3	Art und Grösse der Wohngemeinschaften: kinderlose Haushalte	21
Abb. 1	Die Altersverteilung im Gäbelbach, verglichen mit der Stadt Bern	22
Abb. 2	Die Altersverteilung im Gäbelbach	23
Tab. 4	Zivilstand und Familiengrösse der Jugendlichen und jungen Erwachsenen	25
Tab. 5	Die Nationalität der Gäbelbach-Bewohner	26
Tab. 6	Art und Grösse der Wohngemeinschaften der Ausländer im Gäbelbach	27
Tab. 7	Die Ausländer im Gäbelbach: Berufspositionen der Männer, Beruf bzw. Berufsausbildung der Frauen und Jugendlichen	28
Abb. 3	Die Verteilung der Arbeitsplätze der Bewohner des Gäbelbach über Bern und Umgebung	41
Abb. 4	Modellaufnahme der ausgeführten und projektierten Ueberbauungen in Bethlehem	42
Abb. 5	Plan der Siedlung Gäbelbach	57
Abb. 6	Die durchschnittliche Belegung der Wohnungen im Gäbelbach	64
Tab. 8	Die Belegung der Wohnungen im Gäbelbach	65
Tab. 9	Der durchschnittliche Wohnraumstandard im Gäbelbach, aufgegliedert nach Wohnungstypen	66
Tab. 10	Der Wohnraumstandard der Gäbelbach-Bewohner, aufgegliedert nach den Berufspositionen der Haushaltvorstände	69
Tab. 11	Die affektive Bindung an den Gäbelbach in Abhängigkeit vom Wohnraumstandard	71
Tab. 12	Die affektive Bindung an den Gäbelbach: aufgegliedert nach Wohnungstypen	73
Tab. 13	Die affektive Bindung an den Gäbelbach: aufgegliedert nach Berufs-Status-Gruppen	77
Tab. 14	Die affektive Bindung berufstätiger Frauen an den Gäbelbach	78

Tab. 15	Soziale Kontakte innerhalb der Siedlung und Klassen-zugehörigkeit	80
Tab. 16	Die Bewertung der Möglichkeit, soziale Kontakte mit Bewohnern anderer Quartiere aufrecht zu erhalten, durch die Angehörigen der verschiedenen sozialen Klassen im Gäbelbach	81
Tab. 17	Die Bewertung der Möglichkeit, soziale Kontakte mit Bewohnern in anderen Quartieren aufrecht zu erhalten, durch die Angehörigen der verschiedenen sozialen Klassen: Der Umzug in den Gäbelbach als Ursache für soziale Isolation	82
Tab. 18	Die affektive Bindung an den Gäbelbach: aufgegliedert nach der Häufigkeit der sozialen Kontakte in der Siedlung und mit andern Quartieren	84
Tab. 19	Einfluss der frustrierten Kontaktwünsche auf die affektive Bindung an den Gäbelbach	85
Tab. 20	Der Wunsch nach Wohnungswechsel, in Abhängigkeit von den sozialen Kontakten	86
Tab. 21	Die Stadtorientiertheit der Gäbelbach-Bewohner	88
Tab. 22	Affektive Bindung an den Gäbelbach und Stadt-orientiertheit	89
Tab. 23	Das Sample: Erfüllung nach Wohnungstypen	187
Tab. 24	Die Beantwortung der offenen Fragen nach den Vor- und Nachteilen der Siedlung, aufgegliedert nach den Berufspositionen der Haushaltvorstände	188

Anmerkungen und Nachweise

- zur Einleitung

- 1 Soziale und kulturelle Auswirkungen des Städtewachstums. Vortrag des Freizeitleiters des Gemeinschaftszentrums Tscharnnergut, gehalten an der Jahresversammlung 1969 des Schweizerischen Gemeinnützigen Frauenvereins. Sonderdruck aus dem Zentralblatt des Schweizerischen Gemeinnützigen Frauenvereins Nr. 7 /Jg. 57
- 2 Der Fürsorgedirektor, in seiner Grussadresse des Berner Gemeinderates zur Eröffnung des "Gäbelhus" am 5. Juni 1971
- 3 Die Bedeutung des Sozialwesens in der Regional- und Gemeindeplanung. Sonderdruck aus: Zeitschrift für öffentliche Fürsorge Nr. 6 / 1.6.1969, S. 6, 5
- 4 Der Fürsorgedirektor in seiner Grussadresse
- 5 Slogan des Stadtplaners, zitiert nach der Broschüre "Bümpliz gestern, heute, morgen", die im Anschluss an eine Ausstellung im August 1968 in Bümpliz zusammengestellt wurde. Bern, 1969, S. 15
- 6 Aussage des Stadtplaners an einer Sitzung (18. Juni 1970), zu der das Stadtplanungsamt einige West-Berner Bürger eingeladen hat
- 7 Zitate aus den Eröffnungsfeierlichkeiten für das "Gäbelhus" am 5. Juni 1971
- 8 Verwaltungsbericht 1969 der Stadt Bern, herausgegeben von der Städtischen Fürsorgedirektion, S. 113
- 9 Vgl. die Jubiläumsschrift "25 Jahre Familien-Baugenossenschaft Bern", herausgegeben im Oktober 1970, S. 16 ff.
- 10 Namens der Baugenossenschaft Brünnen-Eichholz festgehalten im Protokoll Nr. 16 der Verwaltungsratssitzung der Gäbelbach-Immobilien AG vom 21. 2. 1969
- 11 Passage aus dem Brif vom 20.3.1969 des am Gäbelbach beteiligten Notars und Liegenschaftenverwalters Dr. H.K. an den Freizeitleiter des Gemeinschaftszentrums Gäbelbach
- 12 Vgl. Berner Gemeinschaftszentren Nr. II/III 1971, S. 14
- 13 Stadt der Zukunft. Bern, Oktober 1967, S. 13 f.
- 14 Der Stadtpräsident am Informations- und Diskussionsabend "Neues Dorf- und Kulturzentrum Bümpliz", 4. November 1970
- 15 Schlussbericht der Sommersynode 1970 der Evangelisch-reformierten Landeskirche, S. 40. Zit. nach "Der BUND" 150/1.7.1970
- 16 Botschaft der Kirchenverwaltungskommission an den Gesamtkirchengemeinderat zuhanden der Gesamtkirchengemeindeversammlung betreff-

fend den Bau eines Kirchgemeindehauses in der Ueberbauung Gäbelbach/Weiermatt. Vom Kirchgemeinderat genehmigt am 16. Dezember 1968.

17 ebenda

18 Aus dem Interview vom 19. Januar 1971

19 Zitate aus der Ansprache des pensionierten Geschäftsführers der Familien-Baugenossenschaft zur Uebergabe des Gäbelhus an den Verein Gemeinschaftszentrum Gäbelbach am 5. Juni 1971.

20 Aus dem Interview vom 19. Januar 1971

21 Protokoll Nr. 30 der Verwaltungsratssitzung der Gäbelbach-Immobilien AG vom 16. September 1971

22 Protokoll Nr. 29 der Sitzung des Koordinationsausschusses Ueberbauung Gäbelbach vom 21. April 1969

23 ebenda

24 Die drei Zitate sind dem Interview mit dem Präsidenten der Bernischen Vereinigung für Gemeinschaftszentren und Freizeitanlagen (BVG) vom 20. August 1970 entnommen.

25 Der Kirchmeier im Interview vom 19. Januar 1971

26 Vgl. dazu die Ausführungen Hermann Korte zu den drei Entwicklungsschüben des Funktionalismus als methodischer Leitidee im Städtebau: Hermann Korte, Multifunktionaler Städtebau und politische Öffentlichkeit. In Hermann Korte (Hg.) 1971, S. 143

27 Otto Kirchheimer, Restriktive Bedingungen und revolutionäre Durchbrüche. In: Otto Kirchheimer 1967, S. 53 f.

- zum ersten Teil

1 Vgl. im Anhang: Methoden und Materialien

2 Diese Erhebung wurde im November 1971 vom Stadtplanungsamt der Stadt Bern für eine Fernsehstudie von Werner Vetterli, "Heute Abend in Bethlehem", durchgeführt. Jede Haushaltung erhielt ein Fragebogenblatt mit Begleitbrief, zurückgeschickt wurden allerdings nur die Hälfte der verteilten Fragebogen. Dadurch ist der Aussagewert der Zahlen, die mir freundlicherweise von Herrn Bernd Hamm vom Stadtplanungsamt zur Verfügung gestellt wurden, etwas gemindert, für unsere Zwecke mögen sie immerhin genügen; es sei lediglich noch die Vermutung angefügt, dass Leute, die wenig Umgang mit Schreibzeug haben und Resignierte, die keine Besserstellung ihrer sozialen Situation mehr erwarten, also: ein Teil der Alten und der Hilfsarbeiter, wenig motiviert sind, einen Wisch, der ihnen ins Haus geflogen kommt, auszufüllen und abzuschicken.

3 Die immer wieder genannte Zahl, basierend auf einer Auszählung im Oktober 1968, lautet auf 17%.

4 Vgl die Fussnote S. 31

5 Vgl. "25 Jahre Familien-Baugenossenschaft", op.cit., S. 50

6 Als Anschauungsmaterial sei ein Arbeitsbericht der Planungsgemeinschaft Brünnen aus dem Herbst 1971 angefügt:
 "Eine seinerzeit zielbewusste Einstufung grösserer, noch unbauter Gemeindeflächen in niedrigste Bauklassen mit dem Zweck, Aufzonungen nur in Verbindung mit Gesamtplanungen zu ermöglichen, schuf die Voraussetzung zur freiwilligen Gründung der Umlegungsgemeinschaft. In ihr sind rund zwanzig Grundeigentümer, Landwirte, Bauinteressenten, Industrielle, gemeinnützige Bauträger und die Gemeinde vereinigt.

...

Die spätere Neuzuteilung des Terrains erfolgt nicht flächengleich. Der ursprüngliche Besitz wird bewertet und daraus der Wertanteil am Gesamtbesitz errechnet, wobei allerdings Zuschläge oder Abzüge für bessere oder schlechtere Lagen nur geringe Abstufungen brachten. Grundstückform und Grösse wurden nicht berücksichtigt, dagegen der Ertragswert von bestehenden Gebäuden.

Die Neuzuteilung basiert auf der Neubewertung. Der Einzelne wird also vor und nach der Umlegung den gleichen Prozentanteil am Gesamtwert besitzen, jedoch über ganz verschiedene Anteile an der Fläche verfügen. Die Gemeinde wird ihren Besitz nicht zur Erstellung von Schulbauten oder von Grünflächen verwenden. Sie wird dafür Industrie- und Wohnland zugeteilt erhalten. Die Grün- und Freihaltezone wird sie zu stark reduziertem Preis wegen der bereits umgelagerten Nutzung von der gesamten Umlegungsgemeinschaft erwerben. Sie wird flächenmässig die grösste Besitzessteigerung erfahren.

Die Mitglieder der Umlegungsgemeinschaft fassen ihre Beschlüsse über Planung und Kostenteilung teilweise nach Kopffzahl, teilweise nach Prozentanteil. Die Geschäftsführung ist einem Ausschuss und einem Vorstand übertragen. Die Grundbesitzer werden periodisch an Versammlungen über den Planungsverlauf orientiert und veranlasst, Stellung zu nehmen."

Diese Umlegungsgemeinschaft, 1967 gegründet, droht nach der Gemeindeabstimmung vom 5. März 1972, in der die Vorlage für ein riesiges Laden-, Kongress- und Gemeinschaftszentrum im Osten verworfen wurde, auseinanderzubrechen. (vgl. S. 167 f., sowie die Anmerkung 59 im zweiten Teil)

Vgl. auch: Baugesetz (7.6.1970) Art. 79, 80: Umlegung von Bauland

7 nach dem Protokoll über die Wahl des Gemeinderates und des Stadtrates, 12. Dezember 1971

8 "25 Jahre FBG", op. cit., S. 5 f.

9 ebenda, S. 27

10 aus: "Lebende Quartierplanung", Hektographie

- 11 "25 Jahre Familien-Baugenossenschaft Bern", op. cit. S. 68
- 12 gehört am Informations- und Diskussionsabend "Neues Dorf- und Kulturzentrum Bümpliz", 4. November 1970
- 13 vgl. "Der BUND" Nr. 266/12.11.1972
- 14 gehört am Informations- und Diskussionsabend s.o.
- 15 nach einer Hektographie der Architekten-Gemeinschaft Gäbelbach vom 20.11.1969
- 16 nach einer Hektographie der Architekten-Gemeinschaft Gäbelbach vom 20.2.1968, S. 5
- 17 ebenda
- 18 Die Nutzungsziffer im Gäbelbach beträgt, je nachdem, ob man bloss das effektiv durch die Bewohner benützbare Terrain als Berechnungsbasis nimmt oder das gesamte, im Baulinienplan eingezeichnete Gelände, 1,0 oder 0,4. Eine Bauklassenplan-konforme Ueberbauung mit 1 1/2-geschossigen Bauten ergäbe eine Ausnutzungsziffer von ca. 0,4.
(Die Ausnutzungsziffer ist der Quotient aus der anrechenbaren Bruttogeschossfläche und der anrechenbaren Landfläche.)
- 19 vgl. das Protokoll des Referats von Architekt H. Helfer, in: Arbeitsbericht: Einflussgrössen zur Gestaltung und Umgestaltung städtischer Siedlungen. Aspekte für eine kritische Betrachtung der heute geübten Praxis der Stadterweiterung, bearbeitet von Studenten des 7. und 8. Semesters 1968/69, S. A 11. ETH, Abt. 1 für Architektur, Lehrstuhl für Orts-, Regional- und Landesplanung, Prof. W. Custer, Zürich, Juli 1969
- 20 vgl. den Verwaltungsbericht 1969 der Stadt Bern, herausgegeben von der Städtischen Fürsorgedirektion, S. 113
- 21 Protokoll Nr. 13, 1966, des Kirchgemeinderates Bethlehem
- 22 Protokoll Nr. 15, 1967, des Kirchgemeinderates Bethlehem;
Antrag des Gäbelbach-Pfarrers
- 23 Protokoll Nr. 2, 1968, des Kirchgemeinderates Bethlehem
- 24 Protokoll Nr. 5 der Vorstandssitzung des Vereins Gemeinschaftszentrum Gäbelbach vom 16.9.1970
- 25 vgl. das Protokoll Nr. 5 der Baukommission Gäbelbach vom 16.1.1970
- 26 vgl. die vorangehende Anmerkung 6
- 27 Antrag Nr. 44 vom 11.2.1970. In: Anträge an den Stadtrat, Erstes Halbjahr 1970.
- 28 ebenda
- 29 ebenda
- 30 vgl. die Protokolle der Sitzungen des Stadtrates und der Gemeindeabstimmungen. Erstes Halbjahr 1970, S. 190 ff.

- 31 die Zahl entstammt dem Kostenvoranschlag der Architekten-Gemeinschaft Gäbelbach vom 19.2.1968
- 32 aus dem Verwaltungsbericht 1969 der Stadt Bern, op.cit. S. 113
- 33 Brief des Fürsorgedirektors an die Gäbelbach-Immobilien AG vom 10.6.1971
- 34 Verwaltungsbericht 1969, op.cit., ebenda
- 35 Planungsgemeinschaft Brünnen, Planung Brünnen, August 1971, S. 2 (Materialien zum Soziologen-Seminar September/Oktober 1971)

Auch Ueli Roth stellt fest, dass solche Grossüberbauungen vom Staat unterstützt werden: "Das Institut der Arealüberbauung will den privaten Bauherren für eine gute Ueberbauung in grösserem Massstab belohnen. Diese Belohnung besteht in einem Ausnützungsbonus. D.h. die Ausnützungsziffer des Zonenplans darf für das betreffende Gebiet um 10 - 20% überschritten werden. Diese Leistungen bestehen vor allem in einer soziale Ziele verwirklichenden Bauweise." Ueli Roth, Verflechtung und Entflechtung, in: Werk 10/1967, zit. nach dem Arbeitsbericht: Einflussgrössen zur Gestaltung und Umgestaltung städtischer Siedlungen, op.cit., S. E 22
- 36 Abstimmungsvorlagen zur Gemeindeabstimmung vom 6.12.1964, S. 67
- 37 Sonderbauvorschriften zum Baulinienplan Gäbelbach-Weiermatt, Art. 2 Bauklassenzuteilung. Ebenda S. 70
- 38 Brief des Fürsorgedirektors op.cit.: "Eine Mitunterzeichnung des Vertrages und Garantie der Einwohnergemeinde für alle Verpflichtungen des Vereins kann nicht erfolgen, da wir nicht Vertragspartner sind und eine Garantie durch die Gemeinde durch den Stadtrat, wenn nicht sogar durch die Gemeindeabstimmung sanktioniert werden müsste. Wir können Sie aber versichern, dass wir durch Gemeinderatsbeschluss Nr. 2289 vom 12. November 1969 ermächtigt wurden, dem Verein Gemeinschaftszentrum Gäbelbach einen angemessenen Beitrag an die Betriebskosten zu leisten, der die Bezahlung der Hypothekarzinsen und Amortisationen sowie die Sicherstellung des Betriebs ermöglicht. Das Gemeinschaftszentrum Gäbelbach hat durch Vermittlung der Bernischen Vereinigung für Gemeinschaftszentren jeweiligen Budget und Jahresrechnung der Fürsorgedirektion zur Genehmigung vorzulegen, damit der jährliche Beitrag an das Betriebsdefizit festgelegt werden kann. Da die Miete, die der Verein Ihnen bezahlen muss, in die Betriebsrechnung kommt und wir das Betriebsdefizit übernehmen, bedeutet das, dass die Miete durch Zahlungen der Fürsorgedirektion an den Verein sichergestellt wird. Wir nehmen an, dass Ihnen diese Zusicherung genügen sollte und Sie den Vertrag mit dem Verein abschliessen werden."
- 39 - eine Fehlkonstruktion schon deshalb, weil sie auf falschen Annahmen basierte; vgl. hierzu Renate Krysmanski: "Der Anspruch mancher Architekten, das klare und ablesbare Bild eines Baugesfüges stelle wegen seiner Eignung zum Symbol einen Integrations-

faktor dar, muss zurückgewiesen werden. Die Raumgestalt 'ist nur eine Analogie, die man sich hüten sollte, allzusehr zu pressen. Das gilt auch etwa angesichts gewisser Strömungen in der modernen Architektur und Städteplanung, welche glauben, einzig durch Raumplanung und architektonische Gestaltung den neuen Gemeinden eine Garantie für eine innerlich erfüllte Gemeinschaft zu bieten'. ... Die Vielfalt der städtischen Wirklichkeit lässt sich kaum in architektonischen Symbolen einfangen, die zu innerer Integration führen könnten." Renate Krysmanski 1967, S. 221; Zitat im Text: René König, Die Gemeinde, S. 113, auch: 124.

- 40 "Die durch die moderne Stadtanlage hergestellten Kommunikationswege sind normiert und strikt, wenn auch oft statistisch kontrolliert. Durch diese Ambiguität der an die Stadt gerichteten Forderungen, das in dieser Gesellschaft Ungleiche zu trennen und es zugleich zwanghaft in kontrollierte Beziehungen zu setzen, ist die moderne Stadt funktional zu einer reinen Transportanlage geworden. Das einzelne Individuum hat, ohne es zu wollen, die passive Rolle der Ware übernehmen müssen: es ist der wichtigste Transportgegenstand, menschliches Stückgut." Hans G. Helms, Die Stadt - Medium der Ausbeutung. Historische Perspektiven des Städtebaus. In: Helms, Janssen (Hg.) 1970, S. 7
- 41 Lucius Burckhardt, Politische Entscheidungen der Bauplanung. Ebenda S. 37 ff.
- 42 Vgl. Justus Dahinden: "Verantwortlich für die Fehlentwicklung des Städtebaus der letzten Jahrzehnte ist aber auch die Mehrheit der Architekten, die es nicht gelernt hat, idealistische Traditionen aufzugeben, um mehr Verständnis für das 'Un-Ordnliche', 'Un-Fertige', 'Un-Reine' aufbringen können." aus: Stadtstrukturen für morgen, zit. nach "Der SPIEGEL" Nr. 1/2, Jg. 26, 3.1.1972, S. 79
- 43 Vgl. Zapf, Heil, Rudolph 1969, S. 21 ff.
- 44 op. cit. S. 24
- 45 ebenda
- 46 ebenda
- 47 vgl. im Anhang den Abschnitt über die Methode
- 48 vgl. Zapf, Heil, Rudolph, op. cit., S. 60
- 49 op. cit. S. 62
- 50 op. cit. S. 58
- 51 Dies stellt William Michelson, 1970, allerdings für US-amerikanische Verhältnisse, fest.
- 52 Diese Annahme scheint hiesigen Verhältnissen eher zu entsprechen. So bemerkt Hedwig Ortmann, 1971, in ihrer Studie: Arbeiterfamilie und sozialer Aufstieg: "Befragt nach dem 'Zuhause' des Industriearbeiters kommt in allen Antworten immer wieder zum Ausdruck, dass das Heim als Gegenstück zur Sphäre des Be-

triebes mit seinen Unsicherheiten und Bedrohungen gesehen wird: es ist ein Refugium, in dem man mit der Familie 'ganz für sich' leben und 'die Tür hinter sich zumachen' kann." (S. 56)

"Die wichtigste Funktion von Wohnungseinrichtung und der Umgebung des Hauses bestand in der Möglichkeit der Erholung. Eine zweite Funktion erfüllte die Wohnung als Betätigungsfeld für noch freie Kräfte. Die Wohnung galt charakteristischerweise als nie ganz fertig, sondern als etwas, an dem immer zu ändern und zu verbessern war. Schliesslich aber war das Heim für den Arbeiter zum 'Träger von Gefühlswerten', zum 'Symbol der Intimsphäre' geworden. Diese Intimsphäre wurde meist nach aussen hin mit allen Mitteln verteidigt, was in vielen Fällen einem völligen Ausschluss aller Personen, die als 'Fremde' angesehen wurden, gleichkam." (S. 57; Zitate nach Renate Wald)

- 53 vgl. Katrin Zapf, 1969, über die Rentner: "... ihre Bindungen sind die intensivsten." (S. 229)
- 54 Diese Annahme legen auch von anderen Autoren gefundene Erkenntnisse nahe: So schreibt z.B. Nathan Glazer: "We must root out of our thinking ... the assumption that the physical form of our communities has social consequences. ... The truth is that social surroundings are more important in determining what happens to people than are physical surroundings." (zit. nach Michelson, op. cit., S. 117)
Und Kathrin Zapf, op. cit.: "Die Bindungen an die Nordstadt sind sehr häufig vermittelt über Beziehungen zu den Menschen der Umgebung. Die eingangs ausführlich zitierten Soziologen gehen davon aus, es handle sich dabei um konkrete Kontakte zu konkreten Personen - Nachbarn insbesondere -, die durch die Sanierung beschnitten würden. Sie bedenken nicht, dass diese Beziehungen nur im Ausnahmefall wirklich bestimmten, nur mit Schmerzen austauschbaren Personen gelten, sondern viel unspezifischer den Mitmenschen im einigermassen vertrauten Milieu."
Vgl. auch Hermann Zinn, 1968, S. 53, sowie das dortige Literaturverzeichnis zum Thema.
- 55 vgl. auch Eckhart Bauer, Die Hilflosigkeit der Soziologie im Städtebau. In: Hermann Korte (Hg.), op. cit., S. 9 - 84; insbesondere S. 56
- 56 Hans Paul Bahrdt, 1961, S. 52 - 62. Bahrdt erbringt in dieser Veröffentlichung eine differenzierte Analyse der europäischen Stadt, wie sie im emanzipatorischen Kampf des zu sich selbst findenden Bürgertums geformt wurde. Er setzt jedoch diesen epochaltypischen Begriff der "Stadt" als allgemeingültigen und nimmt ihm dadurch, mit seiner historischen Dimension, die Möglichkeit der Anpassung an veränderte gesamtgesellschaftliche Strukturen.
- 57 vgl. Alexander Mitscherlich, 1965, S. 14
- 58 Jane Jacobs, 1963, S. 62
- 59 Alfred Lorenzer, 1969, S. 68

- 60 "Architecture creates the semblance of that world which is the counterpart of a self." Susanne K. Langer, zit. nach Alfred Lorenzer, op. cit., S. 91
- 61 Alexander Mitscherlich, op. cit., S. 20
- 62 Hans Joachim Giegel, 1971, S. 276
- 63 Georg Simmel, Die Grossstädte und das Geistesleben, in: C. Wright Mills, 1966, S. 381
- 64 vgl. Max Horkheimer und Theodor W. Adorno, Dialektik der Aufklärung. FfM 1969
- 65 "In der ersten Phase richtete sich der Funktionalismus gegen unnütze Schnörkel und Ornamente. Die Form sollte sich nur aus den architektonischen Funktionen ergeben. In der zweiten Phase wurden neben rein architektonischen auch elementarste gesellschaftliche Funktionen in die Ueberlegungen einbezogen. In der jetzt beginnenden dritten Phase werden auch weitergehende menschliche Bedürfnisse beachtet werden müssen, was eine neue, zusätzliche Aufgabenstellung notwendig macht: die Form auf ihre Funktion zu überprüfen." Hermann Korte, op. cit., S. 143
- 66 vgl. hierzu etwa "Die Phantasie an die Macht!" in: Architektur Extra, 1971, S. 240 f. oder: Jörn Janssen, Joachim Krausse, Joachim Schlandt, 1970, S. 19
- 67 op. cit., S. 95
- 68 zit. nach Berner Gemeinschaftszentren II/III 1971, S. 14
- 69 vgl. Alfred Lorenzer, op. cit., S. 59 f.
- 70 vgl. Anmerkung 11 in der Einleitung
- 71 Karolus Heil, 1968, S. 22 f.

- zum zweiten Teil

- 1 Hans Paul Bahrdt, 1961
- 2 vgl. Jürgen Habermas, 1969, S. 41 ff. und 69 ff.
- 3 ebenda, S. 71 ff. und 78 ff.
- 4 ebenda S. 8
- 5 Hans Paul Bahrdt, op. cit., S. 38
- 6 Jürgen Habermas, op. cit., S. 7
- 7 Berner Gemeinschaftszentren (BGZ) II 1969, S. 9
- 8 Wulchechratzer Nr. 4/5 (Sondernummer über den Gäbelbach), Jg. 7 1969
- 9 ebenda
- 10 Freizeitanlage Tscharnergut, Tätigkeitsbericht 1962/63, S. 4

- 11 vgl.: Soziale und kulturelle Auswirkungen des Städtewachstums, op. cit., S. 9: "Die Anstrengungen unseres Gemeinschaftszentrums, aber auch alle Bemühungen der Vereine, der Kirchen, der Schule und der übrigen Institutionen helfen mit, den Leuten des Quartiers eine gewisse Geborgenheit zu geben. Wenn auch nur ein kleiner Teil in den Vereinen mitwirkt, sich für Komitees zur Verfügung stellt oder bei spontanen Aktionen dabei ist, so gibt allein das Wissen, dass man hier oder dort mitmachen könnte, einen gewissen Quartierstolz. Nicht nur drinnen in der Stadt oder in den alten Vororten, nein auch bei uns in der Satellitensiedlung hat man solche Möglichkeiten! Ich habe schon oft Leute beobachtet, die an einem Sonntag ihre Verwandten oder Bekannten durchs Quartier führten, ihnen den Dorfplatz mit dem Glockenturm, die Bibliothek, den Tierpark und die Werkstätten zeigten und erklärten, was man da alles machen könne, Leute, die ihrerseits noch nie von diesen Möglichkeiten Gebrauch machten. Trotz des Wohnens in einem riesigen Haus, unter 100 Familien, braucht man nicht das Gefühl zu haben, irgendeiner unbekannten Hausverwaltung, einer gänzlich ungewissen Zukunft gegenüberzustehen."
- 12 BGZ II 1969, S. 10
- 13 BGZ I/II 1970, S. 2 (vgl. ebenda: "Unser Gemeinschaftszentrum versucht als Dienstleistungsbetrieb wesentliche Bedürfnisse der Quartierbevölkerung im sozialen, kulturellen und gemeinschaftsbildenden Bereich zu decken.")
sowie: Wulchechratzer Nr. 8, Jg. 8, 4.6.1970
Die Grundsatzserklärungen sind im Anhang (Methoden und Materialien) angefügt.
- 14 BGZ I/II 1970, S. 3
(vgl. auch BGZ II/III 1971, S. 19: "Aufgabe des Leiters wird es sein, zusammen mit den interessierten Quartierbewohnern, Vereinen und Gruppen die wirklichen Bedürfnisse abzuklären und dann dafür zu sorgen, dass sich jemand der Sache annimmt.")
- 15 BGZ II/III 1971, S. 21
- 16 BGZ II/III 1971, S. 15
- 17 BGZ II/III 1971, S. 6
- 18 BGZ I/II 1970, S. 3
- 19 Die Freizeitanlage in der Neusiedlung. Sonderdruck Pro Juventute Nr. 4/5, Jg. 45, 1964, S. 6
- 20 Freizeitanlage Tschärnergut, Tätigkeitsbericht 1964/65, S. 7
- 21 Freizeitanlage Tschärnergut, Tätigkeitsbericht 1965-67, S. 14
- 22 Soziale und kulturelle Auswirkungen, op. cit., S. 7
- 23 BGZ II/III 1971, S. 10
- 24 BGZ I/II 1970, S. 5
- 25 Zur Koordination vgl. BGZ I/II 1970, S. 10: "Dazu dient in erster Linie die jährliche Konferenz der Bethlehemer Vereine sowie

die halbjährliche Konferenz der Bethlehemer Jugendorganisationen. Eine wichtige Rolle spielt auch der Ausschuss für Jugendfragen, in dem alle an der Jugendarbeit interessierten Kreise vertreten sind. Beim Zurverfügungstellen von Räumen für Anlässe wirken wir darauf hin, dass die Vereine ihre Veranstaltungen von allgemeinem Interesse einem grösseren Publikumskreis zugänglich halten. Andererseits versuchen wir, Kollisionen zu vermeiden."

- 26 Freizeitanlage Tscharnergut, Tätigkeitsbericht 1962/63, S. 4 f. vgl. auch: Die Freizeitanlage in der Neusiedlung, op. cit., S. 4: "Sich gegenseitig verantwortlich fühlen, mithelfen am Aufbau einer neuen Dorfgemeinschaft, dazu möchten wir möglichst viele Leute gewinnen; dies durch alle unsere Anlässe, durch Mithilfe bei der Bildung von Hobbygruppen, durch unsere Zeitung und durch die dauernde Verfügbarkeit für jeglichen Wunsch und alle Probleme."
- 27 BGZ II/III 1971, S. 11
- 28 Die Freizeitanlage in der Neusiedlung, op. cit., S. 4
- 29 BGZ II/III 1971, S. 10
- 30 Die Freizeitanlage in der Neusiedlung, op. cit., S. 2 ff.
- 31 Auf diesen Zusammenhang weist auch Peter Nimmermann hin: "Die Fixierung auf die kleine überschaubare Nachbarschaft, die sowohl der Tradition einiger Bereiche amerikanischer Sozialarbeit als auch der herkömmlichen Architektenplaner-Ideologie entsprach, hat zum Scheitern der ersten Versuche von umfassender Planung des Lebens in der Stadt geführt. In dem Masse, in dem Sozialarbeiter und Stadtplaner sich von der Nachbarschaft abwenden und ihr Augenmerk auf grössere geographische Räume richten, enthüllt sich Sozialplanung als das, was sie in kapitalistischen Gesellschaften immer sein muss, als neue Form des Krisenmanagements und als Bestandteil einer privaten Interessen dienenden Wirtschaftswachstumsplanung." aus: Sozialplanung in den USA, in: C. Wolfgang Müller, Peter Nimmermann (Hg.), 1971, S. 112
- 32 zit. nach "Der BUND" Nr. 266/12.11.1972 - vgl. auch BGZ II/III 1971, S. 21
- 33 in: Franco Basaglia und Franca Basaglia Ongaro, 1972, S. 92 f.
 Sozial Unfähige sind nach Ruesch z.B. psychiatrische Patienten in Heilanstalten, physisch Behinderte, Straffällige, Alkoholiker etc.; als Gefährdet sind zu betrachten: Arbeitslose, geistig Zurückgebliebene, Einwanderer, in der Rehabilitation befindliche Personen etc. - in der Schweiz müssten die Einwanderer durch einen Teil der Fremdarbeiter, insbesondere die Saisonniers ersetzt werden.
- 34 ebenda
- 35 BGZ I/II 1970, S. 5
- 36 Soziale und kulturelle Auswirkungen, op. cit., S. 9

37 BGZ I 1969, S. 10

38 In welchem Zusammenhang der von den Initianten der Gemeinschaftszentren unreflektiert verwendete Demokratiebegriff etwa zu lokalisieren ist, mag ein Zitat erläutern: "Die politischen Wissenschaften verzichten nach und nach auf eine Ableitung der Demokratie aus Prinzipien, wie sie der klassischen Sozialphilosophie und der älteren Staatsrechtslehre geläufig war; sie ersetzen den objektiven Sinn der Institutionen durch ihre abstrakten Bestimmungen. Statt etwa vom Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit und der Volkssouveränität zu deduzieren, definieren sie Demokratie durch ihren tatsächlichen Apparat. Nach Schumpeter ist sie eine 'Ordnung der Institutionen zur Erreichung politischer Entscheidungen, bei welcher einzelne die Entscheidungsbefugnis vermittels eines Konkurrenzkampfs um die Stimmen des Volkes erwerben'. Den Staat nunmehr unter dem Aspekt einer Einrichtung politischer Herrschaft zu begreifen, ist fraglos auch ein Fortschritt. Aber die neuere Demokratieforschung bezahlt ihn mit dem Preis einer folgenreichen Beschränkung: Demokratie gilt fortan als eine bestimmte politische Methode; ihre Einrichtungen erscheinen formal als ein System möglichen Gleichgewichts; und am Ende brauchen nur die Gleichgewichtsbedingungen zureichend erkannt zu werden, um den Apparat sachgemäss zu steuern. Diese sozialtechnische Auffassung unterstellt die Demokratie als ein Modell, das sich vom realen Prozess ihres gesellschaftlichen Ursprungs ablösen und, Anpassungen eingerechnet, auf beliebige Situationen übertragen lässt.

Zu den Gleichgewichtsbedingungen einer funktionierenden Demokratie gehört auch die Beteiligung der Staatsbürger an der Politik. Bezogen auf Demokratie als ein System möglichen Gleichgewichts, muss sich das optimale Mass der durchschnittlichen staatsbürgerlichen Beteiligung bestimmen lassen. Als ein Faktor neben anderen wird politische Beteiligung isoliert, losgelöst von dem, woran man teil hat und worin solche Beteiligung sich erst verwirklicht. Der Formalisierung der Demokratie zu einem Set von Spielregeln entspricht die Fetischisierung der staatsbürgerlichen Teilnahme am politischen Leben.

Darüber gerät die Idee der Herrschaft des Volkes fast ganz in Vergessenheit; ..."

Jürgen Habermas, Ludwig v. Friedeburg, Christoph Oehler, Friedrich Wetz, Politische Beteiligung - ein Wert 'an sich'? in: Gisela Zimpel, 1970, S. 241 f.

39 BGZ II 1969, S. 10

40 Wulchehratzer Nr. 14, Jg. 9, 1971

41 Wulchehratzer Nr. 11, Jg. 9, 1971

42 Ludwig Marcuse, Gibt es noch die Provinz? in: Carl Améry, 1966, S. 181

43 nach E. Willems, Dictionnaire de Sociologie, Paris 1961 wird Öffentlichkeit (bzw. "public") wie folgt definiert:
"Groupement amorphe, élémentaire et spontané dont les membres

sont engagés dans une interaction antagonique en vue de parvenir, par la discussion d'un problème d'intérêt commun à l'unité de décision. La constitution du public dépend du degré de développement des moyens de communication et de la liberté de discussion."

(vgl. auch Gould and Kolb, A Dictionary of the Social Sciences)

- 44 David Riesman (op. cit., S. 371) hat auf die Fließblättfunktion der Freizeit in unserer Gesellschaft hingewiesen: "Leisure - Society's Blotting Paper: ... leisure is coming to occupy for adults something of the position the school already occupies for youngsters, of being the institution which seems 'available' to bear the brunt of all society's derelections in other spheres."
- 45 vgl. in der Einführung S. 5 f.
Es werden in diesem Kapitel einzelne Tatbestände und Daten, die schon früher zur Sprache kamen, wieder aufgenommen, soweit sie im entstehungsgeschichtlichen Zusammenhang des Gemeinschaftszentrums relevant sind.
- 46 vgl. Details: Abschnitt 2.3 Besitzverhältnisse, S. 45
- 47 aus der Zusammenfassung der Ergebnisse der Konferenz vom 16.12.1966 im Kirchmeieramt, gez. durch den Kirchmeier
- 48 Protokoll der internen Bau- und Betriebskommission Nr. 3, 13.11.1967
- 49 dieses und die folgenden Zitate in diesem Abschnitt sind einem Interview mit dem Initianten des "Podiums Weiermatt/Gäbelbach" vom 11.10.1971 entnommen
- 50 Protokoll der internen Bau- und Betriebskommission Nr. 7, 1.4.1968
- 51 Protokoll der Statutenkommission Nr. 1, 21.3.1969
- 52 Auszüge aus dem Memorandum der Arbeitsgruppe Gemeinschaftszentrum bezüglich Verhältnis Gäbelbachverein-Kirche:
"Die unterzeichnete Arbeitsgruppe ist tief beunruhigt über die Tatsache, dass die Gäbelbachbevölkerung, welche auf engstem Raum mit dem Gemeinschaftszentrum zusammenleben wird, bezüglich Ausgestaltung und Benennung der von der Kirche gebauten Gebäulichkeiten übergangen wurde und offensichtlich weiterhin übergangen werden soll!
Die Mehrheit der Arbeitsgruppe vertritt die Ansicht, dass mit der Gründung unseres Vereins vom 16. Oktober 1969, dessen Statuten neben den übrigen Gemeindegemeinschaften auch von der Kirche genehmigt worden sind, ein die Einwohnerschaft repräsentierendes Instrument geschaffen worden ist, das für sämtliche Fragen, die das Gemeinschaftszentrum betreffen, zu konsultieren ist. Wenn eine funktionale Führung und Belegung des Zentrums gewährleistet sein will, unter grösstmöglichem Engagement der Bevölkerung, in dessen Mitte die Anlagen stehen, müssen Kompetenzen, die üblicherweise bei der Kirche liegen, unserem Verein übertragen werden. Bei der heutigen unklaren Situation ist es beispielsweise

fraglich, ob unser Verein kompetent ist, ein Benützungsreglement festzulegen oder Pflichtenhefte auszuarbeiten. Unsere Arbeitsgruppe findet es äusserst dringend, dass die Kompetenzen zwischen unserem Verein und der Kirche als Gebäudeeigentümerin geklärt und in einem Statut fixiert werden. Mit dieser zukunfts- und richtungsweisenden Arbeit darf keinesfalls bis zur Eröffnung des Zentrums zugewartet werden, weil damit alle weiteren Vorarbeiten in Frage gestellt sind. Unsere Arbeitsgruppe vertritt weiter die Meinung, dass für das Verhältnis Kirche - Gäbelbachverein folgende Gesichtspunkte massgebend sind:

- ...
 - Alle Gebäudeeigentümer plus Vertreter der Gäbelbachbevölkerung und der Stadt Bern haben unseren Verein als einzigen Träger für die ganze Anlage gegründet. Bei den Beratungen der Statuten waren wiederum alle interessierten Gruppen vertreten. Die Statuten wurden zudem durch die Vertreter der Gebäudeeigentümer, Bewohnerschaft und durch die Bernische Vereinigung für Gemeinschaftszentren genehmigt. In zähen Verhandlungen wurden anfängliche Vetorechte der privaten Gebäudeeigentümer fallen gelassen, mit Rücksicht auf die volle Aktionsfähigkeit des Vereins und nicht zuletzt aus der Ueberlegung, dass im Vorstand des Vereins die Gebäudeeigentümer gebührend vertreten sind. Die Kirche ist sogar auf zwei Ebenen vertreten, indem Herr Dr. N. (der Kirchmeier - Anm. d. Verf.) im Vorstand der Bernischen Vereinigung die Interessen der Kirche wahrnimmt.
 - Wegleitend beim Aufbau des Vereins war das Ziel, die Einwohnerschaft weitgehend zur Mitsprache, Mitverantwortung und Mitbestimmung heranzuziehen (siehe beide Arbeitsgruppen). Bisher war unsere Arbeitsgruppe der Meinung, dass auch die Kirche, im Bestreben wieder glaubwürdige 'Volkskirche' werden zu wollen, aus ihrer konservativen und sterilen Isolierung heraus-treten werde und wahrhaft bereit ist, neue Lösungen zu akzeptieren.
- ...
 - Damit das Gemeinschaftszentrum Gäbelbach nicht nur baulich und dem Namen nach, sondern auf geistiger Ebene wirkliches Zentrum dieser modernen Siedlung wird, muss primär die Bewohnerschaft, über die Organe des Vereins, bei sämtlichen Fragen in demokratischer Weise mitentscheiden können."

- 53 "Wenn die politische Theorie solchermassen ihr Interesse am Interesse bekundet und dies für sich als grundlegend ansieht, so hat sie bereits die grösste Gefahr, ihrem Gegenstand äusserlich zu bleiben, vermieden. Denn das Interesse am Interesse, d.h. also die Reflexion auf Interesse ist bereits die konkrete Allgemeinheit der realen Interessenstruktur, die immer auch schon eine subjektive Reflexionsstruktur ist. Interesse lässt sich nicht als allgemeines durchsetzen, sondern nur als bestimmtes, aber jede Durchsetzung und jedes Geltendmachen eines bestimmten Interesses realisiert das Interesse als allgemeines." Bernard Willms, Institutionen und Interesse. Elemente einer reinen Theorie der Politik. In: Helmut Schelsky, 1970, S. 54

- 54 op. cit., S. 55
- 55 vgl. Rüdiger Altmann, Abschied von den Kirchen. Spiegel-Essay, Der SPIEGEL Nr. 28, 1970, S. 120 f.
- 56 Synodalratsbericht Sommer 1970, S. 40. Zit. nach Der BUND Nr. 150/1.7.1970
- 57 "Der Abschied der Kirchen von der Gesellschaft vollzieht sich nicht im Kampf, höchstens im Kampf um Anpassung. " Rüdiger Altmann, op. cit.
- 58 vgl. das Zitat des Kirchmeiers (Anmerkung 18) in der Einleitung, S. 11
- 59 Nach dem Nein zum Thoracker: Ist Berns Planungsrecht gefährdet? Von Dr. H.K., Fürsprecher und Notar, Bern. In: Der BUND Nr. 60/12.3.1972
- 60 ebenda
- 61 ebenda
- 62 vgl. das Zitat des Fürsorgedirektors in der Fussnote S. 6
- 63 S. von Moos, Industrialisierte Folklore? Eindrücke aus England und ein schweizerisches Postskriptum. In: archithese 2/1971, S. 8
- 64 ebenda
- 65 "England ist - zu Recht - ein Mekka der Architekten geworden. Es wird wichtig sein, die britische Lektion zu beherzigen: Sie liegt nicht nur auf der Ebene der 'formalen Qualität', sondern, in noch höherem Masse, auf der Ebene politischer und sozialer Verantwortung." op. cit., S. 10
- 66 Konrad Stahl, Gerhard Curdes, 1970, S. 21 f.
- 67 vgl. die Anmerkung 59
- 68 in: Der BUND Nr. 86/13.4.1972
- 69 Jo Boer, K. Utermann, 1970, S. 16
- 70 vgl. hierzu auch: Sigmar Gude, Wirtschaftsentwicklung, Infrastrukturpolitik und Stadtplanung. In: Hermann Korte (Hg.), 1972, S. 152 - 178, insbesondere S. 165 ff.
- 71 op. cit. S. 222
- 72 Harry Specht, Disruptive Taktiken in der Gemeinwesenarbeit. In: C. Wolfgang Müller, Peter Nimmermann (Hg.), 1971, S. 211
- 73 op. cit., S. 217
- 74 vgl. Der SPIEGEL Nr. 1/2, Jg. 26, 3.1.1972, S. 20 f.
- 75 vgl. Franco Basaglia, Die Institutionen der Gewalt. In: Franco Basaglia (Hg.), 1971, S. 114 - 161

- 76 Bazon Brock in einer von der SRG am 10.1.1972 ausgestrahlten TV-Sendung über moderne Kunst; der Film wurde im Rahmen einer dreiteiligen Reihe im Auftrag des Studios Bremen für das 3. Programm gedreht.
- 77 In diesem Zusammenhang sei auf Alexander Mitscherlichs Begriff der "Anpassung an das eigene Denken" als einer Form gelungener Anpassung verwiesen: "Dem Ich fällt es im Rahmen der Erlebnissvorgänge und des Erinnerns zu, das Denken von den Zumutungen der inneren Bedürfnisspannungen wie der Uebergriffe aus der Umwelt frei zu halten. Diese besondere Form der Anpassung, wie sie sich hier vollzieht, lässt sich im Effekt dahin zusammenfassen: man bewahrt sich die Freiheit seines Denkens, aber dieses (gleiche) Denken schützt meinen Nachbarn vor meinem Angriff. Die Anpassungsformel würde lauten: man kann aktiv sozial leben, weil man eigene Denkfähigkeit entwickelt hat. Ein wichtiges Element dieses Vorgangs der Anpassung an das eigene Denken ist seine Ausnutzung für das 'Probehandeln': der die Selbstbefreiung einleitende Tabufrevel wird zunächst gedacht; es wird nicht blindlings gehandelt, sondern erst nach der Einübung ins Denken." Alexander Mitscherlich, Aggression und Anpassung. In: Herbert Marcuse et al., 1969, S. 124

- zum Anhang

- 1 Katrin Zapf, 1969, S. 227

Literaturverzeichnis

- Adorno, Theodor W., Ohne Leitbild. Parva Aesthetica. Frankfurt/Main 1967.
- Adorno, Theodor W., Stichworte. Kritische Modelle 2. Frankfurt/Main 1969
- Adorno, Theodor W., Aufsätze zur Gesellschaftstheorie und Methodologie. Frankfurt/Main 1970
- Adorno, T.W., Else Frenkel-Brunswik, Daniel J. Levinson and R. Nevitt Sanford, The Authoritarian Personality. vol. I/II New York 1964
- Amery, Carl (Hg.), Die Provinz. Kritik einer Lebensform. München 1966
- Apel, Karl-Otto, Claus v. Bormann, Rüdiger Bubner, Hans-Georg Gadamer, Hans Joachim Giegel, Jürgen Habermas, Hermeneutik und Ideologiekritik. Frankfurt/Main 1971
- Aeppli, W., W. Hüppi, R. Imholz, H. Suter, Sozialpsychologische Aspekte des Städtebaus - Materialien zur Diskussion. In: Arbeitsbericht: Einflussgrößen zur Gestaltung und Umgestaltung städtischer Siedlungen. Zürich, Juli 1969, Kapitel H
- Arbeitsbericht: Einflussgrößen zur Gestaltung und Umgestaltung städtischer Siedlungen. Aspekte für eine kritische Betrachtung der heute geübten Praxis der Stadterweiterung, bearbeitet von Studenten des 7. und 8. Semesters 1968/69. ETH-Z, Abt. 1 für Architektur, Lehrstuhl für Orts-, Regional- und Landesplanung, Prof. W. Custer. Zürich, Juli 1969
- Architektur Extra. Architektur und Stadtplanung im Spätkapitalismus. Frankfurt/Main 1971
- Basaglia, Franco (Hg.), Die negierte Institution oder die Gemeinschaft der Ausgeschlossenen. Ein Experiment der psychiatrischen Klinik in Görz. Frankfurt/Main 1971
- Basaglia, Franco und Franca Basaglia Ongaro, Die abweichende Mehrheit. Die Ideologie der totalen sozialen Kontrolle. Frankfurt/Main 1972
- Bentmann, Reinhard und Michael Müller, Die Villa als Herrschaftsarchitektur. Versuch einer kunst- und sozialgeschichtlichen Analyse. Frankfurt/Main 1970
- Berndt, Heide, Das Gesellschaftsbild bei Stadtplanern. Stuttgart 1968
- Berndt, Heide, Alfred Lorenzer und Klaus Horn, Architektur als Ideologie. Frankfurt/Main 1969
- Boer, Jo, K. Utermann, Gemeinwesenarbeit. Community Organization - Opbouwwerk. Einführung in Theorie und Praxis. Stuttgart 1970

- Burckhardt, Lucius, Politische Entscheidungen der Bauplanung.
In: Hans G. Helms, Jörn Janssen (Hg.), 1970, S. 37 - 47
- Dumazédier, Joffre, et Aline Ripert, Le loisir et la ville. Loisir
et culture. Paris 1966
- Giegel, Hans Joachim, Reflexion und Emanzipation. In: Karl-Otto
Apel et al., 1971, S. 244 - 282
- Grossmann, Heinz (Hg.), Bürgerinitiativen. Schritte zur Veränderung?
Frankfurt/Main 1971
- Gude, Sigmar, Wirtschaftsentwicklung, Infrastrukturpolitik und
Stadtplanung. In: Hermann Korte (Hg.), 1972, S. 152 - 178
- Habermas, Jürgen, Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchun-
gen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft.
Neuwied und Berlin 1969
- Habermas, Jürgen, Ludwig v. Friedeburg, Christoph Oehler, Friedrich
Weltz, Politische Beteiligung - ein Wert 'an sich'?
In: Gisela Zimpel, 1970, S. 241 - 246
- Heil, Karl heinz Wilhelm, Umfeld und Kommunikation. Eine verglei-
chende Analyse der Kommunikationsstrukturen in einem innen-
stadtnahen Altbauquartier und einer neuen Grosswohnsiedlung
am Stadtrand. München 1968 (Dissertation TU München)
- Helms, Hans G., Die Stadt - Medium der Ausbeutung. Historische
Perspektiven des Städtebaus. In: Hans G. Helms, Jörn Jans-
sen (Hg.), 1970, S. 5 - 35
- Helms, Hans G., Jörn Janssen (Hg.), Kapitalistischer Städtebau.
Neuwied und Berlin 1970
- Herlyn, Ulfert, Wohnen im Hochhaus. Eine empirisch-soziologische
Untersuchung in ausgewählten Hochhäusern der Städte Mün-
chen, Stuttgart, Hamburg und Wolfsburg. Stuttgart 1970
- Horkheimer, Max, und Theodor W. Adorno, Dialektik der Aufklärung.
Frankfurt/Main 1969
- Horn, Klaus, Ueber den Zusammenhang zwischen Angst und politischer
Apathie. In: Herbert Marcuse et al., 1969, S. 59 - 79
- Iben, Gerd, Menschen unterm Planquadrat. Sozialpolitische und
sozialpädagogische Aspekte der amerikanischen Stadterneu-
erung. München 1971
- Jacobs, Jane, Tod und Leben grosser amerikanischer Städte.
Frankfurt/Main, Berlin 1963
- Janssen, Jörn, Joachim Krausse, Joachim Schlandt, Stadtplaner und
Reformgeister. Berlin 1970
- Kirchheimer, Otto, Restriktive Bedingungen und revolutionäre
Durchbrüche. In: Otto Kirchheimer, 1967, S. 30 - 57
- Kirchheimer, Otto, Politische Herrschaft. Fünf Beiträge zur Lehre
vom Staat. Frankfurt/Main 1967

- König, René, Grundformen der Gesellschaft: Die Gemeinde. Hamburg 1958
- Körber, Klaus, Planung und Öffentlichkeit in der Klassengesellschaft. In: C. Wolfgang Müller, Peter Nimmermann (Hg.), 1971, S. 118 - 145
- Korte, Hermann, Multifunktionaler Städtebau und politische Öffentlichkeit. In: Hermann Korte (Hg.), 1971, S. 127 - 184
- Korte, Hermann (Hg.), Zur Politisierung der Stadtplanung. Düsseldorf 1971
- Korte, Hermann (Hg.), Soziologie der Stadt. München 1972
- Krysmanski, Hans Jürgen, Zwischen Integration und Desintegration: Sozialwissenschaft als Praxis. In: Bernhard Schäfers (Hg.), 1969, S. 96 - 117
- Krysmanski, Renate, Bodenbezogenes Verhalten in der Industriegesellschaft. Materialien und Ergebnisse empirischer Sozialforschung. Materialien zur Raumplanung. Münster, 1967
- Larrabee, Eric, and Rolf Meyersohn (eds.), Mass Leisure. Glencoe, Ill. 1961
- Lorenzer, Alfred, Städtebau: Funktionalismus und Sozialmontage? Zur sozialpsychologischen Funktion der Architektur. In: Heide Berndt, Alfred Lorenzer, Klaus Horn, 1969, S. 51 - 104
- Marcuse, Herbert, Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft. Neuwied und Berlin 1962 (2. Aufl.)
- Marcuse, Herbert, Anatol Rapoport, Klaus Horn, Alexander Mitscherlich, Dieter Senghaas, Mihailo Marcovic, Aggression und Anpassung in der Industriegesellschaft. Frankfurt /Main 1969
- Marcuse, Ludwig, Gibt es noch die Provinz? In: Carl Amery (Hg.) 1966, S. 181/2
- Michelson, William, Man and his Urban Environment: A Sociological Approach. Reading, Mass.; Menlo Park, Cal.; London; Don Mills, Ont., 1970
- Mills, C. Wright, Klassik der Soziologie. Eine polemische Auslese. Frankfurt/Main 1966
- Mitscherlich, Alexander, Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftungen zum Unfrieden. Frankfurt/Main 1965
- Mitscherlich, Alexander, Sozialpsychologische Stadtplanung. In: Bauwelt 39/40, 1966, S. 876 ff.
- Mitscherlich, Alexander, Thesen zur Stadt der Zukunft. Frankfurt/Main 1971
- Mitscherlich, Alexander, Aggression und Anpassung. In: Herbert Marcuse et al., 1969, S. 80 - 127

- Moholy-Nagy, Sibyl, Die Stadt als Schicksal. Geschichte der urbanen Welt. München 1970
- von Moos, S., Industrialisierte Folklore? Eindrücke aus England und ein schweizerisches Postskriptum. In: archithese 2, 1972, S. 2 - 10
- Müller, C. Wolfgang, Peter Nimmermann (Hg.), Stadtplanung und Gemeinwesenarbeit. Texte und Dokumente. München 1971
- Nimmermann, Peter, Sozialplanung in den USA. In: C. Wolfgang Müller, Peter Nimmermann (Hg.), 1971, S. 86 - 116
- Ortmann, Hedwig, Arbeiterfamilie und sozialer Aufstieg. Kritik einer bildungspolitischen Leitvorstellung. München 1971
- Riesman, David, Leisure and Work in Post-Industrial Society. In: Eric Larrabee and Rolf Meyersohn (eds.), 1961, pp. 363 - 387
- Ruesch, Jurgen, Die soziale Unfähigkeit. Das Problem der Fehlanpassung in der Gesellschaft. In: Franco Basaglia und Franca Basaglia Ongaro, 1972, S. 79 - 97
- Schäfers, Bernhard (Hg.), Thesen zur Kritik der Soziologie. Frankfurt/Main 1969
- Schelsky, Helmut (Hg.), Zur Theorie der Institution. Düsseldorf 1970
- Siebel, Walter, Zur Zusammenarbeit zwischen Architekten und Soziologen. In: Das Argument. Berliner Hefte für Probleme der Gesellschaft, Nr. 44, Jg. 9, September 1967 (2. Auflage Dez. 1968), S. 287 - 299
- Simmel, Georg, Die Grossstädte und das Geistesleben. In: C. Wright Mills, 1966, S. 381 - 393
- Specht, Harry, Disruptive Taktiken in der Gemeinwesenarbeit. In: C. Wolfgang Müller, Peter Nimmermann (Hg.) 1971, S. 208 - 227
- Stahl, Konrad, Gerhard Curdes, Umweltplanung in der Industriegesellschaft. Lösungen und ihre Probleme. Reinbek/Hamburg 1970
- Willms, Bernard, Institutionen und Interesse. Elemente einer reinen Theorie der Politik. In: Helmut Schelsky (Hg.), 1970, S. 43 - 57
- Wolf, Erwin, Bümpliz gestern, heute, morgen. Bern 1969
- Zapf, Katrin, Rückständige Viertel. Eine soziologische Analyse der städtebaulichen Sanierung in der Bundesrepublik. Frankfurt/Main 1969
- Zapf, Katrin, Karolus Heil, Justus Rudolph, Stadt am Stadtrand. Eine vergleichende Untersuchung in vier Münchner Neubausiedlungen. Frankfurt/Main 1969

Zimpel, Gisela, Der beschäftigte Mensch. München 1970

Zinn, Hermann, Beziehung zwischen Raumgestaltung und Sozialleben.
Publikation der Metron, Brugg, Dez. 1968

Gabriele Herrmann

L e b e n s l a u f

Geboren am 30.9.1942 in Zürich. Nach der Matura Beginn des Studiums der Soziologie und Psychologie an der Universität Zürich, danach Studium der Sozialwissenschaften an der Universität Bern. Abschluss des Studiums mit dem Lizentiat 1968 in Bern. 1970-72 Arbeit an der Dissertation. Seit dem Wintersemester 1972/73 Assistentin an der Architekturabteilung der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich.

